

Wiener Landtag

11. Sitzung vom 23. Jänner 1998

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	(S. 3)	Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (S. 38), Harry Kopietz (S. 40), Mag Maria Vassilakou (S. 42), Dr Matthias Tschorf (S. 43), Dr Helmut Günther (S. 44), Franz Ekkamp (S. 46), Susan- ne Jerusalem (S. 48) und Dr Rüdiger Stix (S. 50)
2. Fragestunde:		Abstimmung (S. 51)
1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 5);		7. Pr.Z. 24-MDBLTG, P. 1: Ergänzung- wahl (S. 51)
3. Anfrage (S. 6); 4. Anfrage (S. 10);		8. Pr.Z. 1702/97-MDBLTG, P. 2: Tätig- keitsbericht 1996/97 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien
5. Anfrage (S. 13)		Berichterstatterin: LhptmSt Grete Laska (S. 51 u. 71)
3. Pr.Z. 18/AL: Aktuelle Stunde zum The- ma "Warum verhindern SPÖ und ÖVP die Einführung von Untersuchungsaus- schüssen in Wien?"		Redner: Die Abgen Mag Christoph Chorherr (S. 16), Hanno Pöschl (S. 18), Dr Matthias Tschorf (S. 19), Mag Hilmar Kabas (S. 20), Godwin Schuster (S. 20), Dr Wolfgang Alkier (S. 21), Günter Kenesei (S. 22), Mag Franz Karl (S. 23), Dr Wilfried Series (S. 24) und Johann Hatzl (S. 24)
Redner: Die Abgen Mag Christoph Chorherr (S. 16), Hanno Pöschl (S. 18), Dr Matthias Tschorf (S. 19), Mag Hilmar Kabas (S. 20), Godwin Schuster (S. 20), Dr Wolfgang Alkier (S. 21), Günter Kenesei (S. 22), Mag Franz Karl (S. 23), Dr Wilfried Series (S. 24) und Johann Hatzl (S. 24)		Redner: Die Abgen Mag Alexandra Bolena (S. 52), Susanne Jerusalem (S. 56), Gerhard Pfeiffer (S. 59) und Walter Strobl (S. 59), StR Karin Landauer (S. 61) sowie die Abgen Heinz Vettermann (S. 62), Alessandra Kunz (S. 64), Dr Wolfgang Ulm (S. 67) und Brigitte Schwarz-Klement (S. 69), Kinder- und Jugendanwältin Dr Marion Gebhart (S. 70) sowie Kinder- und Jugendanwalt Dr Anton Schmid (S. 71)
4. Mitteilung des Einlaufs	(S. 25)	Abstimmung (S. 72)
5. Vorliegen einer Stellungnahme des Ausschusses der Regionen der Euro- päischen Union, betreffend "Ansichten der Regionen und Kommunen zur Ge- staltung der europäischen Struktur- politik nach 1999"	(S. 26)	9. Pr.Z. 35-M07, P. 3: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Ver- anstaltungsgesetz geändert wird (Beilage Nr. 2)
Redner: Die Abgen Marco Smoliner (S. 31), Mag Christoph Chorherr (S. 34), Gerhard Pfeiffer (S. 37),		Berichterstatter: Amtsf StR Dr Peter Marboe (S. 72)
		Abstimmung (S. 72)

(Beginn um 9.00 Uhr.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte Sie sehr herzlich zur 11. Sitzung des Wiener Landtags begrüßen. Die 11. Sitzung des Wiener Landtags ist somit eröffnet.

Heute ist erstmals der Nachfolger von Abg Effenberg Mag Thomas Reindl anwesend. Sie wissen, daß es geschäftsordnungsmäßig möglich ist, daß er heute an der Landtagssitzung schon teilnimmt, obwohl er erst im kommenden Gemeinderat angelobt wird. Ich möchte ihn sehr herzlich in unserem Kreis des Wiener Landtags willkommen heißen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Entschuldigt sind die Abgen Mag Gabriele Hecht, Susanne Kovacic, Martina Malyar, Ing Peter Westenthaler und Ernst Woller.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden von Präsidentin Maria Hampel-Fuchs folgende Anfragen aufgerufen:

1. Anfrage (Pr.Z. 67/LM/KFP): Abg Michael Kreißl an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal:

Im Zuge der Pensionsdebatte wurde unter anderem auch darüber diskutiert, im öffentlichen Dienst die Gehaltskurve dahingehend zu verflachen, daß höheren Anfangsgehältern entsprechend niedrigere Endgehälter gegenüberstehen. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag bzw. welche Aktivitäten werden Sie für dessen Verwirklichung setzen?

2. Anfrage (Pr.Z. 48/LM/KSP): Abg Hans Schiel an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination:

Wie weit sind die Vorbereitungen für das neue Wiener Naturschutzgesetz gediehen?

3. Anfrage (Pr.Z. 66/LM/KLF): Abg Mag Alexandra Bolena an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal:

Im letzten Bericht der Kinder- und Jugendanwalt- schaft wurden Experten im Bereich Kinder- und Ju- gendpolitik befragt, welche konkreten gesetzlichen Änderungen im Sinn der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt in Ihren Augen notwendig und vorrangig wären. Wiederholt wurde dabei die Änderung des Wahlrechts insofern genannt, als das aktive Wahlrecht für 14- bzw. 16jährige eingefordert wurde. Wie stehen Sie zu einer solchen Änderung der Gemeindewahlordnung?

4. Anfrage (Pr.Z. 42/LM/KGR): Abg Dr Peter Pilz an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadtneuerung:

Wieviel bereits fertiggestellte geförderte Wohnun- gen (aufgeschlüsselt nach Eigentumswohnungen, Ge- nossenschaftswohnungen, Mietwohnungen und Ge- meindewohnungen) stehen derzeit in Wien leer?

5. Anfrage (Pr.Z. 39/LM/KVP): Abg Mag Franz KARL an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal:

Welche Schritte in der Rechtsbereinigung sind im Bereich des Landes Wien im letzten Jahr unternommen worden?

Die 1. Anfrage wurde von Herrn Abg Michael Kreißl gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal gerichtet. - Ich bitte Sie, Frau Stadträtin, um Beantwortung.

Armtsf StR Mag Renate Brauner: Einen schönen guten Morgen!

Zur Anfrage des Herrn Kollegen Kreißl. Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich kann Ihnen zu Ihrer Anfrage, wie ich dem Vorschlag gegenüberstehe, im öffentlichen Dienst die Gehaltskurve dahingehend zu verflachen, daß höheren Anfangsgehältern entsprechend niedrigere Endgehälter gegenüberstehen sollen, mitteilen, daß ich grundsätzlich einer Umschichtung der Lebensverdienstsumme der öffentlich Bediensteten nicht ablehnend gegenüberstehe.

Soweit ich informiert bin, ist im Zusammenhang mit der parlamentarischen Diskussion um das Pensionspaket im Zuge der Hearings, auch diese Frage zur Sprache gekommen.

Sofern Sie sich in Ihrer Frage auf Überlegungen für ein neues Bundesvertragsangestelltengesetz beziehen, kann ich Ihnen mitteilen, daß nach meinen Informationen derzeit auf Bundesebene eine Reihe von Modellen auf ihre finanzielle Auswirkung geprüft wird. Es gibt also noch kein konkretes Verhandlungsergebnis oder gar ein konkretes Rechenmodell, zu dem ich jetzt Stellung beziehen könnte.

Es wird allerdings - und das gilt für viele Reformschritte - genau zu prüfen sein, welche Mehrkosten sich aus einer Änderung des Systems ergeben können. Wir haben ja oft die Schwierigkeit vor uns, daß wir versuchen, strukturelle und finanzielle Verbesserungen für die Zukunft vorzunehmen, daß aber in der Übergangszeit, durch das Überlappen sozusagen zweier verschiedener Systeme, und durch die Wahlmöglichkeiten, die man üblicherweise den Betroffenen bei zwei verschiedenen Systemen geben muß, entsprechende Mehrkosten entstehen und zu erwarten beziehungsweise zu befürchten sind.

Das heißt, daß ich als Wiener Personalstadträtin die Auffassung vertrete, daß wir - wie es in unserem Vorschlag 1998 auch geschehen ist - die Personalkosten stabilisieren müssen, um die politischen Gestaltungsmöglichkeiten über das Budget weiter zu erhalten, andererseits alles unternehmen sollen, um ein leistungsgerechtes, modernes und transparentes Gehaltssystem im öffentlichen Dienst zu realisieren.

Ich weiß und bin zutiefst davon überzeugt, daß auch seitens der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten dazu konstruktive Vorschläge kommen werden und es möglich sein wird, entsprechende gemeinsame

Lösungen zu finden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Kreißl. - Bitte.

Abg Michael Kreißl (FPÖ): Frau Stadträtin!

Daß das natürlich mit dem Bund abgestimmt werden muß, ist klar.

Meine Frage: Gibt es einen konkreten Zeitplan beziehungsweise Fahrplan in Übereinstimmung mit dem Bund, wann man eventuell eine derartige Regelung in die Tat umsetzen könnte?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Nachdem es noch keinen konkreten Vorschlag gibt, wie ich vorhin auszuführen versucht habe, kann es diesen konkreten Zeitplan natürlich noch nicht geben.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Smoliner. - Bitte.

Abg Marco Smoliner (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

In einem der letzten Ausschüsse wurde ein Maßnahmenpaket beschlossen, und zwar gegen eine Stellungnahme des Finanzministeriums, ein Maßnahmenpaket, das es unter anderem ermöglicht, daß Frühpensionisten in Wien dafür finanziell entschädigt werden, und zwar Mehreinnahmen dadurch haben, daß sie von der Gemeinde Wien in Frühpension geschickt werden.

Die Stellungnahme des Finanzministeriums - und der Finanzminister ist ein ehemaliger Stadtrat dieses Hauses, der der SPÖ zugehört - war vernichtend. Es hat davon geschrieben, daß es sich um eine Golden-shake-hands-Regelung handelt, die sämtlichen Bemühungen des Bundes zuwiderläuft. Ist das für Sie ein Bestandteil einer vernünftigen Gehalts- und Lohnpolitik für öffentlich Bedienstete in Wien?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Details über Bereiche der Stadt Wien, über die wir aus verschiedenen Gründen schon lange diskutiert haben, möchte ich den Kollegen und Kolleginnen ersparen, die mit der Lebensmittelwirtschaft und mit der Fleischwirtschaft nicht so intensiv vertraut sind, wie wir in unserem Ausschuß mittlerweile. Aber Betriebe, die sich aufgrund struktureller Veränderungen in einem gewissen Bereich in der bestehenden Form überholt haben, immer wieder zu durchleuchten, auch mit Hilfe von externen, sehr renommierten Beratungsunternehmungen, solche Betriebe auf eine grundsätzlich sehr ordentliche Art und Weise, auch mit externen Experten, genau begutachten zu lassen und auf Basis dessen dann Entscheidungen zu treffen, die sowohl auf die Interessen der Steuerzahler als auch auf die Interessen der Betroffenen Rücksicht nehmen, halte ich sehr wohl für einen Teil einer vernünftigen, modernen und zukunftschagenden Politik, zu der natürlich auch die Gehaltspolitik gehört.

Beim Schlachthof St Marx haben wir uns das Unternehmen sehr kritisch angeschaut, haben es sehr kritisch auf betriebswirtschaftliche Kennziffern angeschaut. Wir sind aber nicht über die Köpfe der dort

Bediensteten drübergefahren. Wir haben nicht gesagt: Ja, Pech gehabt. Da gibt es einen 53jährigen Fleischer, für den haben wir jetzt keine andere Arbeit, schmeißen wir ihn hinaus, wie es vielleicht in einem Privatbetrieb der Fall gewesen wäre oder wie es vielleicht in einem Wirtschaftssystem passiert wäre, das nur Rücksicht darauf nimmt, daß die Rendite für die Besitzer stimmt, und keine Rücksicht darauf, daß die Wirtschaft aus Menschen besteht. Das haben wir nicht getan.

Was wir getan haben, ist im Prinzip nichts anderes, als das zu erstellen, was in der Privatwirtschaft bei großen Unternehmungen als Sozialplan bezeichnet wird, der im übrigen - und vielleicht habe ich Sie nur akustisch nicht richtig verstanden - keine Mehreinnahmen für die Betroffenen bietet, sondern nur dafür sorgt, daß sie keine Nachteile dadurch haben - wofür sie ja nichts können -, daß der Betrieb der Stadt, in dem sie gearbeitet haben, in dieser Form nicht mehr weiter existieren wird.

Das heißt, ich bekenne mich dazu, daß das sehr wohl eine moderne, betriebswirtschaftlich korrekte, aber trotzdem auch den Menschen gegenüber verantwortungsvolle Politik ist, daß wir nicht, wenn sich ein Unternehmen in der Form betriebswirtschaftlich nicht mehr rentiert, darauf vergessen, daß es Menschen sind, die dort arbeiten, sondern daß wir versuchen, jene, die noch vermittelbar sind, in anderen Bereichen unterzubringen und im Zuge eines Sozialplans anderen den Übertritt in den Ruhestand zu ermöglichen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Frau Abg Sander gestellt. - Bitte.

Abg Jutta Sander (GRÜNE): Sie haben gesagt, daß Verhandlungen geführt werden. Ich hätte gerne gewußt: Welche Position vertritt die Gewerkschaft bei diesen Verhandlungen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Meinen Sie den Vorschlag mit der verflachten Gehaltskurve? - Das sind Verhandlungen, die beim Bund geführt werden, aber ich weiß, daß die Gewerkschaft dieses Modell zum einen mit ausgearbeitet hat und daß die Gewerkschaft sehr interessiert ist an einer konstruktiven Diskussion mit einem baldigen Ergebnis.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Tschirf gestellt. - Bitte.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Frau Stadträtin!

Es finden derzeit auf Bundesebene Verhandlungen statt über ein Bundesangestelltengesetz. Gibt es auch von Seiten der Stadt Wien - die Stadt Wien ist ja auch im Verhandlungskomitee der Gebietskörperschaften vertreten durch Ihre Person und durch die Beamten - Überlegungen, ein derartiges System auch auf Wiener Ebene umzulegen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Wir sind im Moment gerade dabei, diese Verhandlungen beim Bund abzuwarten, denn das ist, wie wir auch schon vorhin festgestellt haben, ein Thema, das natürlich nicht Wien allein betrifft, ganz im Gegenteil. Das heißt, hier muß

unbedingt akkordiert vorgegangen werden. Es gibt keine Verhandlungen, die sich im Moment nur auf Wien beziehen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Kreißl. - Bitte.

Abg Michael Kreißl (FPÖ): Frau Stadträtin!

Eng verbunden mit dem Lebenseinkommen der Bediensteten ist natürlich die Frage der Pensionsregelung. Wie wir alle wissen, enthält die neu ausgehandelte Pensionsregelung im öffentlichen Dienst erhebliche Einkommensverluste, bezogen auf die Lebensverdienstsumme. Das Drei-Säulen-Modell der Freiheitlichen wurde von Ihnen und auch von Ihrer Fraktion in diesem Haus abgelehnt.

Allerdings war am letzten Montag in der Tageszeitung "Die Presse" ein Artikel im Wirtschaftsteil, wonach viele Gemeinden bereits an Pensionskassenmodellen für ihre Vertragsbediensteten basteln, und Ihr Parteifreund Bgm Stingl in Graz hat, wie wir auch wissen, ein derartiges System in Aussicht gestellt.

Meine Frage ist nun dahingehend, ob Sie sich nach dieser Debatte hier im Haus bei Ihrem Parteifreund Stingl erkundigt haben, wie ich Sie ersucht habe, und ob Sie sich jetzt doch vorstellen können, daß eine derartige Regelung in Wien eingeführt wird, auch wenn die Idee dazu von den Freiheitlichen kommt?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Sie brauchen sich zum einen keine Sorgen zu machen, über die innerparteiliche Kommunikation innerhalb der Sozialdemokratie.

Zum zweiten halte ich persönlich nach wie vor die von Ihnen eingebrachten Vorschläge, über die wir öfters diskutiert haben und wie ich es schon formuliert habe, nicht für zielführend.

Zum dritten haben wir auch in Wien gerade jetzt neue Regelungen getroffen. Es ist ja nicht so, daß die deswegen sakrosankt sind. Das möchte ich damit nicht zum Ausdruck bringen. Man kann immer wieder darüber diskutieren, wie es verbessert werden kann. Man kann immer wieder darüber diskutieren, was man - und das gilt ja insgesamt, für das gesamte äußerst komplizierte Gehaltssystem hier bei uns im Haus - vereinfachen kann, wo man noch flexibler werden kann. Hier gibt es in Wirklichkeit eine permanente Debatte, denn so, wie das hier oft dargestellt wird, als ob wir ein starres System hätten und es tut sich nichts, ist es ja überhaupt nicht. Ganz im Gegenteil. Das gilt natürlich in allen Bereichen.

Aber an meiner inhaltlichen Position, daß ich die von Ihnen eingebrachten Vorschläge für uns nicht für zielführend halte, hat sich nichts geändert, Herr Kollege.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Frau Stadträtin.

Die 2. Anfrage wurde von Herrn Abg Hans Schiel gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrsorganisation gerichtet. - Herr Stadtrat, ich bitte um die Beantwortung.

Amtsf StR Fritz Svhalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Die Vorbereitungen für ein neues Wiener Naturschutzgesetz stellen einen Prozeß dar, der natürlich aufgrund verschiedener Entwicklungen besonders viel Dynamik verlangt. Wir haben daher in den letzten Monaten wesentliche Erkenntnisse der letzten Jahre im Zusammenhang mit nachhaltigem Umweltschutz, mit Maßnahmen auch im europäischen Bereich und mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen in diesen Entwurf eingearbeitet.

Wir haben mittlerweile die Begutachtung abgeschlossen und haben damit wesentliche Neuerungen im Programm. Ich darf nur einige wenige anführen. Es wird so sein, daß die Ziele des Naturschutzes unter Berücksichtigung stadtökologischer Grundsätze neu formuliert sind, im Sinne der von mir vorhin genannten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Der Schutz der Lebensräume, der Biotope, wird erstmalig durch eine neue Schutzkategorie "Biotopschutz" erweitert. Die gesamten Artenschutzbestimmungen werden im Sinne auch der europäischen Erkenntnisse den EU-Verpflichtungen und den wissenschaftlichen Erkenntnissen angepaßt. Nicht zuletzt scheint mir ein sehr wichtiger Punkt zu sein, daß wir den Veränderungen in der Natur durch die neue Schutzkategorie "Ökologische Entwicklungsfläche" Rechnung tragen. Ich glaube, daß das ein besonders wichtiger Punkt ist, der vorausschauend Lebensräume für Mensch und Tier entsprechend absichert.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Pöschl gestellt. - Ich bitte.

Abg Hanno Pöschl (Liberales Forum): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Es gab ja zu diesem Naturschutzgesetz einen Expertenentwurf, der jetzt zusammengestrichen wurde. Wie beurteilen Sie die Kritik zahlreicher Experten, daß zum Beispiel zu weit gefaßte Ausnahmeregelungen für naturzerstörende Maßnahmen oder das gänzliche Fehlen von Finanzierungsinstrumenten für den Naturschutz oder für den vertraglichen Naturschutz die Intention dieses Naturschutzgesetzes, die ja eine gute war, eigentlich völlig aushöhlt?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Fritz Svhalek: Ich sehe das naturgemäß nicht so. Erstens, glaube ich, ist wesentlich dabei, daß der Naturschutzbeirat - und das ist für mich, ich sage das sehr offen, neben der Begutachtung das wichtigste Gremium - diesen Vorschlag so sehr positiv akzeptiert hat. Das bedeutet, daß sämtliche Experten, die mit diesen Fragen beschäftigt sind - der Naturschutzbeirat ist ja gesetzlich verankert -, zugestimmt haben. Das ist meiner Auffassung nach inhaltlich der wesentlichste Teil.

Das zweite ist, daß diese finanziellen Mittel, die Sie angesprochen haben, budgetär gesichert wurden. Das heißt, es geht nur darum: Welche Form findet man? - Wir haben uns aus verschiedensten Gründen, auch aus Gründen einer Diskussion in der Vergangenheit über

Wasser-Steiermark et cetera, dazu entschlossen, es aus dem Budget zu finanzieren. Das heißt, es ist vorgesehen, im Sinne der Vorgaben 12 bis 15 Millionen S mehr aufzuwenden, nur haben wir das Finanzierungsmodell des Budgets gewählt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorherr gestellt. - Bitte.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Herr Stadtrat!

Sie haben mit blumigen Worten dargestellt, warum es notwendig ist, das Naturschutzgesetz zu reformieren. Tatsache ist, das derzeitige ist total veraltet und seit zwei Jahren liegt ein durchaus zukunftsorientierter Entwurf in Ihrer Schublade. Es ist völlig unverständlich, warum hier nicht rasch vorgegangen wird.

Eine sehr präzise Frage: Wann wird spätestens von Ihnen dieser Entwurf vorgelegt und wann soll er beschlossen werden? Oder werden wir weitere zwei Jahre warten?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amstf StR Fritz Svhalek: Es stimmt nicht, daß der Entwurf in meiner Schublade ist, nachdem es erstens bereits das offizielle Begutachtungsverfahren gegeben hat und sich zweitens der Naturschutzbeirat inhaltlich und mit einem Beschuß damit beschäftigt hat. Seit über einem Jahr ist dieser Entwurf in der öffentlichen Diskussion. Nachdem der Naturschutzbeirat und die Begutachtung abgeschlossen sind, werde ich am 30. Jänner den Klubs den überarbeiteten Entwurf übermitteln. Gleichzeitig gibt es bereits einen Termin für Parteigespräche und als logische Konsequenz wird das neue Wiener Naturschutzgesetz daher sicher heuer noch vor dem Sommer hier beschlossen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage stellt Herr Abg Klucsa. - Ich bitte.

Abg Rudolf Klucsa (ÖVP): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Die Erhaltung einer unversehrten Natur ist eine wichtige Zielsetzung. Daher ist auch in diesem Gesetz eine Höchststrafe von 500 000 S vorgesehen.

Um aber die Rechtsstreitigkeiten schon von vornherein auszuschließen oder soweit wie möglich auszuschließen: Ist eigentlich eine Verordnung zu diesem Gesetz vorgesehen, eine zusätzliche Verordnung?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amstf StR Fritz Svhalek: Wir haben jetzt im Zusammenhang mit der Begutachtung und dem Naturschutzbeirat auch die Rechtsexperten beauftragt, zu versuchen, eine Klärung herbeizuführen, ob das, was Sie richtigerweise angeschnitten haben, ausreichend im Gesetz berücksichtigt ist oder ob wir dazu eine eigene Verordnung brauchen. Es ist daher ein Auftrag an die Juristen gegangen, das zu prüfen.

Ich kann Ihnen garantieren: Wenn es im Gesetz rechtlich nicht ausreichend verankert sein sollte, werden wir selbstverständlich eine Verordnung dazu machen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Ing Klopf. - Ich bitte.

Abg Ing Manfred Klopf (FPÖ): Herr Stadtrat!

Der WWF hat die 100 wertvollsten Gebiete Österreichs aufgelistet. In dieser Liste findet sich auch der Wienerwald. Der Wienerwald wird ganz besonders gelobt, für seinen Artenreichtum, für seine Wiesen, für seine Bäume und so weiter. Die Lobau beispielsweise finden wir darin nicht. Wir haben ja schon lange die Bedeutung des Wienerwalds erkannt. Das war auch mit ein Grund, warum wir Initiativen für einen Nationalpark Lainzer Tiergarten gesetzt haben, der auch zusätzlich Gebiete des Wienerwalds mit einschließt.

Meine Frage geht nun dahin: Inwieweit können Sie sich vorstellen, und welche Maßnahmen kann man sich dabei vorstellen, gesetzliche Bedingungen, Rahmenbedingungen im Rahmen des Naturschutzgesetzes zu schaffen, um derart wertvolle Gebiete vielleicht noch verbessert zu schützen beziehungsweise überhaupt den Denkanstoß zu geben, doch einen Nationalpark für diesen Bereich zu schaffen, der natürlich die Forderungen, die diese Organisation beispielsweise stellt, noch wesentlich verdeutlichen würde?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amstf StR Fritz Svhalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Abgesehen von der politischen Forderung und Konsequenz dieses Nationalparks, wo wir nicht einer Meinung sind, gebe ich Ihnen inhaltlich recht, daß gerade dieses Gebiet besonders schutzbedürftig ist und daher auch erhalten werden muß. Ich werde daher vorschlagen, nachdem wir innerhalb des Naturschutzgesetzes eine neue Schutzkategorie schaffen - wir werden nämlich zur Verwirklichung eines europaweiten ökologischen Netzes "Naturjahr 2000" eine neue Schutzkategorie schaffen, betitelt auch als "Europaschutzgebiet" im Zusammenhang mit "Naturjahr 2000" -, dieses Gebiet unter den Schutz "Europaschutzgebiet - Naturjahr 2000" zu stellen. Ich glaube, daß das ein wichtiger Schritt für den Bereich des Wienerwalds ist, daß wir mit "Naturjahr 2000", mit dieser neuen Schutzkategorie "Europaschutzgebiet", auch über das neue hoffentlich hier im Landtag dann einstimmig beschlossene Naturschutzgesetz, ein weiteres Zeichen setzen, wie wichtig uns der Wienerwald ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Schiel. - Bitte.

Abg Hans Schiel (SPÖ): Ich habe keine Zusatzfrage. - Danke.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Er verzichtet. - Danke.

Die 3. Anfrage wurde von Frau Abg Mag Alexandra Bolena gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal gerichtet. - Ich bitte um Beantwortung.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Sie fragen mich unter Berufung auf den letzten Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft, wie ich zur Einführung des aktiven Wahlrechts für 14- beziehungsweise 16jährige in der Wiener Gemeindewahlordnung stehe.

In dem von Ihnen angesprochenen Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien für das Jahr 1996/97 ist eine Befragung verschiedener Persönlichkeiten darüber enthalten, was diese Experten auf Bundesebene ändern würden. In einigen Fragen wurde neben vielen anderen Punkten unter anderem auch die Wahlberechtigung ab 14 beziehungsweise 16 Jahren genannt.

Ehe ich auf diese Fragestellung eingehne, gestatten Sie mir einige grundsätzliche Bemerkungen. Selbstverständlich sind alle Maßnahmen zu unterstützen, die die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Jugendlichen verbessern, da dadurch sichergestellt wird, daß auf die Bedürfnisse der Jugendlichen Bedacht genommen und auch ihr Interesse an demokratischen Prozessen und gesellschaftlichen Fragen gefördert wird, nachdem ich nur dort Interesse entwickle, wo ich auch den Eindruck habe, mich einbringen zu können.

In diesem Zusammenhang ist es natürlich sehr wichtig, auch eine weitere schrittweise Herabsetzung des Wahlalters in Erwägung zu ziehen, darüber zu diskutieren. Soweit mir bekannt ist, wurde dieses Thema in verschiedenen Besprechungen der Kinder- und Jugendanwälte aller österreichischen Bundesländer diskutiert. Diese Umfrage, die dem Bericht angehängt wurde, ist sozusagen nur ein Beitrag. Es wird auf verschiedenen Ebenen diskutiert.

Man muß aber auch dazusagen, daß es in dieser Frage keinen einheitlichen und generellen Standpunkt gibt. Ich glaube, daß da sehr viele Ursachen dahinterstecken, unter anderem sicher auch, daß die Struktur der österreichischen Gemeinden sehr unterschiedlich ist und daß es in kleineren Gemeinden, wo man einander viel besser kennt, oft leichter ist, junge Menschen unmittelbar in örtliche Entscheidungen einzubinden und sie auf der Gemeindeebene teilnehmen zu lassen. Es ist sicher kein Zufall, daß gerade von Vertretern kleinerer Gemeinden diese Herabsetzung für sinnvoll angesehen wurde, wobei für den Bereich der Landtagswahl - zumindest meines Wissens nach - in diesen Debatten kein Anspruch erhoben wurde.

Das heißt natürlich nicht, daß wir uns nicht auch in der Großstadt Wien Gedanken machen müssen, wie wir junge Menschen - jetzt unabhängig vom Wahlrecht - in das öffentliche Geschehen miteinbeziehen. Ganz im Gegenteil: Weil es eine Großstadt ist, weil sehr oft die Entscheidungsprozesse für junge Menschen nicht so durchschaubar sind, müssen wir uns gerade hier Gedanken machen, wie wir Jugendliche in dem Bereich, der sie direkt betrifft - zum Beispiel bei der Errichtung von Schulbauten, bei der Anlage von Spielplätzen oder auch in anderen Bereichen -, vor Ort, am besten über die Bezirksvorsteher und Bezirksvorstehe-

rinnen, einbinden können. Das passiert auch, das wissen wir, es tut sich in diesem Bereich sehr viel, gerade in Wien.

Ich glaube, man soll diese Diskussionen Hand in Hand mit der Diskussion über die Herabsetzung des Wahlalters sehen, von dem ich der Ansicht bin, daß wir das noch weiter diskutieren müssen, auch mit entsprechenden Studien unterlegen müssen, wobei ich persönlich glaube, daß man im Endeffekt, wie immer diese Debatte dann ausgeht, eine einheitliche Regelung finden sollte, mit Nuancen, die sollen möglich sein, aber im Prinzip würde ich meinen, daß eine zu große Abweichung vom Wahlrecht in den einzelnen Bundesländern oder auch vom Wahlrecht für den Nationalrat problematisch sein könnte.

Das heißt, um es in einem Satz zusammenzufassen: Das ist sicher eine sehr ernsthafte und wichtige Debatte. Ich bin aber persönlich der Ansicht, daß die Diskussion noch weitergeführt werden muß, mit Vertretern von Jugendorganisationen, aber auch mit Juristen und Juristinnen. Ich denke, man muß auch sehr vorsichtig sein, denn Rechte auf der einen Seite können auch Pflichten auf der anderen Seite bedeuten. Stichwort: Rechtsfähigkeit von jungen Menschen. Das heißt, ich denke, man muß das in einem Gesamtpaket sehen, das noch weiterdiskutiert werden sollte.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Frau Stadträtin. - Die erste Zusatzfrage wird ebenfalls von Frau Abg Mag Bolena gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Alexandra Bolena (*Liberales Forum*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich entnehme Ihrer Antwort, daß Sie einer Senkung des Wahlalters nicht prinzipiell ablehnend gegenüberstehen, daß Sie aber meinen, es müßte noch länger diskutiert werden. Ich nehme das zur Kenntnis.

Tatsache ist jedoch, daß selbst bei einer Senkung des Wahlalters eine Reihe von Jugendlichen in Wien von einer Beteiligung an diesem Verfahren in dieser Stadt ausgeschlossen wäre und das sind die ausländischen Jugendlichen. Jetzt hat sich in internationalen Erfahrungen erwiesen, daß das in Wien diskutierte Modell der Ausländerbeiräte nicht akzeptiert wird.

Ich frage Sie daher: Welche Möglichkeiten sehen Sie, um gerade auch diesen Teil der Bevölkerung in die Entscheidungen dieser Stadt mit einzubinden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Ich muß leider schon einem Teil Ihrer Frage widersprechen. Es ist nämlich nicht so, wie Sie sagen, daß international die Modelle zu gewählten Ausländerbeiräten - da bitte ich zu unterscheiden, zu gewählten Ausländerbeiräten - nicht akzeptiert sind. Ganz im Gegenteil!

Ich habe noch in meiner Eigenschaft als Landesparteisekretärin der Sozialdemokratischen Partei, weil ich schon damals der Ansicht war, das Thema ist zu wichtig, um nur aus dem Bauch heraus zu agieren, da sollte man schon mit Fakten arbeiten, eine Studie bei dem sehr renommierten Institut des Prof Anton Pelinka in Auftrag gegeben, die genau diese Frage beinhaltet

hat: Was gibt es für Modelle an Ausländerbeiräten innerhalb Europas, nicht nur in Deutschland, weil wir oft ein bißchen den Fehler begehen, wenn wir über internationale Modelle reden, immer nur Deutschland zu meinen? - Und da hat sich herausgestellt, daß es sehr wohl sehr vernünftige Modelle gibt, auch sehr akzeptierte Modelle gibt, auch Modelle mit Wahlbeteiligungen, wie das letzte Mal in Duisburg zum Beispiel, mit bis zu 40 Prozent, wo wir uns, sollten wir uns für dieses Modell entscheiden, sehr anstrengen werden müssen, so einen hohen Teil zu erreichen, denn das ist sehr, sehr, sehr ehrgeizig. Das heißt, es gibt sehr wohl internationale Modelle, die dementsprechend funktionieren.

Das heißt, um auch den Punkt zusammenzufassen: Ich bin der Ansicht, daß das Thema Ausländerwahlrecht im Moment in Wien nicht aktuell ist, weil ich aus vielen Gesprächen weiß, daß es ein extrem polarisierendes Thema ist, das die Menschen nicht, wie ich es mir wünsche, zusammenbringt, zu einem Dialog bringt, sondern auseinanderbringt. Das mag mir passen oder nicht. Sie können sich vorstellen, daß es mir nicht paßt, aber es ist so. Deswegen steht das Thema im Moment nicht zur Debatte.

Ich glaube, daß es trotzdem wichtig ist, ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen mit einzubeziehen, ihnen die Möglichkeit einer Interessenvertretung zu geben, damit natürlich auch Verantwortung zu übernehmen, denn jedes Recht bringt eine Pflicht mit sich. Deswegen glaube ich nach wie vor, daß dieses Modell eines Ausländerbeirats ein sinnvoller Beitrag für ein friedliches Miteinander in Wien ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Frau Stadträtin. - Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Jerusalem gestellt. - Ich bitte.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Bei der Diskussion um die Änderung des Wiener Wahlrechts waren die GRÜNEN die einzigen, die sich für eine Herabsetzung des Wahlalters ausgesprochen haben. Alle anderen Parteien waren dagegen.

Heute lese ich im "Standard", daß sich Dr Jesionek und der Stadtschulratspräsident Dr Kurt Scholz, der ja auch der SPÖ angehört, für eine Herabsetzung auf 14 Jahre aussprechen.

Kann ich aufgrund dieser heutigen Meldungen davon ausgehen, daß ein Wandel in der Meinung der SPÖ stattfindet, daß es eine lebhafte Diskussion gibt, die möglicherweise in naher Zukunft darin endet, daß auch die SPÖ sagt: Ja, wir sind für eine Herabsetzung des Wahlalters?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Diese Debatte gibt es schon sehr lange. Nachdem offensichtlich alle mit großem Interesse die internen Diskussionen der Sozialdemokratie verfolgen, werden Sie sicher auch wissen, daß diese Diskussion keine neue ist. Die sozialistischen Jugendorganisationen zum Beispiel fordern schon sehr lange die Herabsetzung des Wahlalters. Also es gibt natürlich auch innerhalb der Sozialdemo-

kratie Meinungen, daß diese Herabsetzung raschest passieren soll.

Aber - und warum und wieso habe ich, glaube ich, vorhin ausführlich dargelegt - die Mehrheit - und dazu gehöre auch ich persönlich - ist der Ansicht, daß das Thema noch weiter diskutiert werden muß, daß wir noch weitere Untersuchungen brauchen. Vielleicht bin ich auch durch meine Tätigkeit als Konsumentenschützerin in der Arbeiterkammer geprägt, wo ich miterlebt habe, daß sehr oft die bedingte Rechtsfähigkeit, die Jugendliche bis zu einem gewissen Alter haben, sie vor großen Problemen gerettet und geschützt hat. Das heißt, ich glaube, daß man sehr genau darauf achten muß - aber ich gebe zu, daß ich da vielleicht sehr stark unter dem Einfluß meiner beruflichen Vergangenheit stehe -, wenn man die Debatte über die Herabsetzung des Wahlalters führt und damit den Jugendlichen eine neue Rechtsfähigkeit zuerkennt, daß trotzdem auf der anderen Seite nach wie vor meiner Ansicht nach berechtigte Schutzbestimmungen, die eben nur eine bestimmte Geschäftsfähigkeit für die verschiedenen Altersgruppen vorsehen, erhalten bleiben, daß hier keine Koppelung vorkommt, denn, wie gesagt, ich habe einige Male miterlebt, daß Jugendliche auf sehr miese Art und Weise Konsumterror - ich sage das jetzt einmal so verkürzt - ausgesetzt wurden und sich unter Umständen in finanzielle Transaktionen gestürzt hätten, durch die sie für den Rest ihres Lebens aufs Existenzminimum gepfändet worden wären, und das kann es wohl nicht sein.

Und wenn ich die Debatte verfolge, so verstärkt sich der Trend der Wirtschaft, sich auf Jugendliche zu stürzen, nicht nur, wenn es um ihr Konsumverhalten geht, sondern auch dann, um über die Jugendlichen an die Eltern heranzukommen. Deswegen warne ich jetzt als die für Konsumentenschutzfragen Zuständige, daß uns da in einer Kombination nichts passiert.

Also ganz klar: Weiter diskutieren. Nach wie vor gibt es große Skepsis, aber es gibt auch sehr starke Kräfte in der Sozialdemokratie, vor allem die Jugendorganisationen, die der Ansicht sind, man soll das Wahlalter rasch senken.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Karl gestellt. - Bitte.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Frau Stadträtin!

Ich unterstreiche und unterstütze die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Aber nach dem genannten Bericht der Jugendanwaltschaft ist Jugendlichen bis 18 Jahren das Autofahren, der Waffenbesitz, die Teilnahme an Glückspielen, ausgenommen Lotto und Toto, der Verkauf von Zeitungen auf der Straße, der Besitz und die Verwendung von Knallkörpern und gar bis 19 Jahren männlichen Jugendlichen das Heiraten verboten.

Wenn das Wahlalter nun aus - wie ich glaube - populistischen Motiven herabgesetzt werden sollte, sollte man nicht auch beim Führerschein, beim Waffenbesitz, bei den Glückspielen, beim Verkauf von Zeitungen, bei der Verwendung von Knallkörpern, bei der Heirat

auf das Erlaubnisalter 14 bis 16 Jahre zurückgehen, da die Bedeutung des Wahlrechts meiner Ansicht nach doch über alle diese Dinge und auch über die von Ihnen genannte Geschäftsfähigkeit zu stellen ist? (Abg Mag Christoph Chorherr: *Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich, Herr Abgeordneter!*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Ich nehme Ihre Frage als Beitrag und empfinde diesen Beitrag als Unterstützung für meine Position, daß man die Debatte über das Wahlalter eben nicht isoliert sehen kann, sondern im Zusammenhang mit einem Gesamtkonzept sehen muß, wobei ich zugeben muß, daß mir - aber, wie gesagt, ich gebe gerne zu, daß ich unter dem Einfluß meiner beruflichen Vergangenheit bin - die Geschäftsfähigkeit und damit der Konsumentenschutz ein wenig wichtiger sind als die Knallkörper. Aber ich nehme es, wie gesagt, als Unterstützung dafür, daß hier ein Gesamtkonzept vorliegt, daß Schutzbestimmungen auf der einen Seite natürlich auch verminderte Rechte im anderen Bereich bedeuten - Rechte und Pflichten sind immer untrennbar miteinander verbunden - und man hier auch beide Seiten der Waage sehen muß, beide Waagschalen sehen muß und versuchen muß, daß sie weiter im Gleichgewicht bleiben.

Ich kann Ihnen als Antwort nur das wiederholen, was ich vorhin zur Kollegin Jerusalem gesagt habe: Es gibt aus vielen Gründen berechtigte Skepsis, genauso wie es natürlich die berechtigte Forderung gibt. Ich denke, man muß einfach noch weiter darüber diskutieren. Jedenfalls ist das - da bin ich Ihrer Meinung - kein Thema für irgendwelche Parteitaktikspielchen, denn dazu ist es ein zu wichtiges Thema. Das sehe ich genauso wie Sie.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Günther. - Ich bitte.

Abg Dr Helmut Günther (FPÖ): Frau Stadträtin!

Die Herabsetzung des Wahlalters auf 14 oder 16 Jahre stellt nur einen Punkt des Wiener Wahlrechts dar, der sicher wichtig sein kann, aber es gibt viele andere Überlegungen, und schon im Jahr 1996 hat die Koalition behauptet, sie wird bis Ende des Jahres 1997 ihre Überlegungen darstellen und in den zuständigen Ausschuß einbringen. Im Jahr 1997 haben sich Ihr Vorgänger und jetziger Klubobmann Hatzl, aber auch der Herr Landeshauptmann den Kopf zerbrochen, wie man durch Einführung eines noch mehr mehrheitsfördernden Wahlrechts die Wahlzahlen zugunsten der Koalition vielleicht verändern könnte.

Jetzt ist die Frage: Wann werden diese Überlegungen dem zuständigen Ausschuß zur Vorberatung oder zur Zuweisung an einen Sonderausschuß, wie es das letzte Mal der Fall war, zugewiesen werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Wie Sie hier an dieser Debatte sehen, ist ja eine permanente Diskussion im Gange. Ich habe sowohl im Ausschuß als auch öffentlich ganz klar gesagt, daß natürlich dieses Thema eines ist, das von der Koalition gemeinsam ange-

gangen werden muß, das sehr sorgfältig vorbereitet werden muß, damit gemeinsame, akkordierte Vorschläge vorgelegt werden können. Wie Sie sehen, gibt es eine Fülle von Diskussionsbeiträgen, die immer wieder dazukommen. Es gibt in der Öffentlichkeit immer wieder Diskussionen darüber und es tauchen auch immer wieder neue Aspekte auf, denn zum Beispiel die Frage der Senkung des Wahlalters ist zwar in der Debatte insgesamt nicht neu, im Koalitionsübereinkommen ist aber - und ich hoffe, ich habe es nicht vergessen - keine Stellungnahme dazu enthalten. Das heißt, das ist ein Thema, das - jetzt abgesehen von wissenschaftlichen Untersuchungen, die möglich sind - hier auch noch in dem Zusammenhang mitdiskutiert werden muß.

Was ich damit sagen möchte, ist, daß es, glaube ich, nicht möglich, aber vor allem auch nicht sinnvoll ist, hier jetzt einen endgültigen Termin zu setzen, weil eben sehr viele Fragen noch offen sind und weiter diskutiert werden müssen und weil auch die in der Öffentlichkeit schon vorgezogene Diskussion zeigt, daß es sehr schwierig sein wird - und auch die letzten Debatten haben uns das gezeigt -, hier zu einer Einigung zu kommen. Vielleicht gelingt es trotzdem, und da würde ich meinen, daß es vernünftiger ist, länger zu diskutieren und zu versuchen, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, denn gerade ein Wahlrecht, eine Wahlordnung sollte von einem möglichst breiten Konsens getragen sein. Wenn das nicht möglich ist, muß man natürlich auch mit Mehrheiten arbeiten, denn für unsere Demokratie brauchen wir Wahlordnungen. Also wir können nicht sagen, Pech gehabt, wir einigen uns nicht, machen wir gar nichts.

Aber ich denke doch, daß es sinnvoll ist, hier weiter zu diskutieren, auch immer wieder neue Aspekte aufzunehmen und dann zu versuchen, zu einem Ergebnis zu kommen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Bolena gestellt. - Bitte.

Abg Mag Alexandra Bolena (Liberales Forum): Frau Stadträtin!

Sie haben in Ihrer Antwort gesagt, daß Sie auf eine bundeseinheitliche Regelung des Wahlrechts drängen und ich halte das auch für einen vernünftigen Zugang.

Ich möchte Sie aber fragen, nachdem das Wahlrecht nicht der einzige Zugang der Teilhabe von jungen Menschen am öffentlichen Leben ist, sondern bestimmte Dinge auch im Jugendschutz geregelt sind: Wie stehen Sie zu einer bundeseinheitlichen Regelung des Jugendschutzgesetzes? Wobei man immer im Hinterkopf haben muß, daß man monatelang an einer bundeseinheitlichen Regelung des Tierschutzes gearbeitet hat. Und ich denke, der Jugendschutz sollte uns mindestens genauso wichtig sein.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Ich habe ein wenig den Eindruck, daß ich dadurch, daß ich das letzte Mal die Ehre hatte, meine Kollegin, Frau VBgm Laska, zu vertreten, jetzt auch für Jugendfragen zuständig bin

und zum Jugendschutz gefragt werde. Aber das ist ein wichtiges Thema. Wir sollten uns alle damit befassen und ich habe kein Problem damit. Ich glaube, daß es sinnvoll ist, zu versuchen, hier zu Einigungen zu kommen. Aber Sie haben sich die Antwort ohnehin selber gegeben. Es gibt unterschiedliche Voraussetzungen, es gibt unterschiedliche Bedingungen. Und zu einheitlichen neuen Regelungen zu kommen, kann oft sehr schwierig und sehr langwierig sein. Das haben wir auch in anderen Bereichen festgestellt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 4. Anfrage würdè von Herrn Abg Dr Peter Pilz gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung gerichtet. - Ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Werner Faymann: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren!

Die Frage nach dem Leerstand im geförderten Wohnbereich ist natürlich vor dem Hintergrund zu sehen, daß wir in unserer Stadt über rund 400 000 geförderte Wohnungen verfügen, daß allein im letzten Jahr 11 500 Wohnungen fertiggestellt wurden und daß in einer Zeit, in der die Wohnbauförderung erreicht hat, daß das Angebot so massiv erweitert wurde, natürlich der Effekt entstehen mußte, daß es bei Wohnungen, die sich in einer nicht besonders beliebten Lage befinden, wo eine zu hohe Anzahl zugleich fertiggestellt wurde, oder die vom Grundriß her den Mieterwünschen nicht ausreichend entsprechen, zu Leerstehungen in einer gewissen Anzahl kommt.

Die Zahlen der Leerstehungen bei der Gemeinde Wien sind leicht zu erheben. Wir verwenden hier Zahlen von Wohnungen, die länger als drei Monate leerstehen. Das betrifft mit dem derzeitigen Stand 220 Wohnungen.

Die Bereiche der Genossenschaften werden von uns regelmäßig abgefragt, um ein klares Bild zu erhalten. Wir können natürlich nicht jede Zahl mit eigenen Magistratsabteilungen kontrollieren, aber die von den Genossenschaften oder privaten Wohnbauträgern genannten, die ebenfalls länger als drei Monate leerstehen - auch hier haben wir uns auf diese Maßgröße geeinigt -, betreffen 400 Mietwohnungen.

Die Anzahl der leerstehenden Eigentumswohnungen wird mit 100 beziffert.

Sie sehen also, das ist, insgesamt gesehen, im Vergleich zu der hohen Anzahl an geförderten Wohnungen, im Vergleich zu der hohen Fertigstellungsraten, eine relativ niedrige Zahl.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Pilz. - Ich bitte.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Na ja, 720 Wohnungen, in denen Förderungsmittel - auf die wir noch zurückkommen werden - drinnenstecken, die schlicht und einfach weder an die Frau noch an den Mann zu bringen sind, sind nicht gerade eine niedrige Zahl, sondern ein Hinweis, daß beim Fördern irgend etwas daneben gegangen ist, und das werden wohl nicht die extreme Grundrißverliebtheit oder die extremen Grundrißvorbe-

halte der Wiener Wohnungssuchenden sein. Zumindest nicht in erster Linie.

Ich möchte nur, Frau Präsidentin, eine kurze Bemerkung zur Geschichte dieser Anfrage machen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Nein, dazu ist keine Gelegenheit. (Heiterkeit.)

Abg Dr Peter Pilz (fortsetzend): Die ist jetzt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Sie können nur den Herrn amtsführenden Stadtrat fragen. Mich leider nicht.

Abg Dr Peter Pilz (fortsetzend): Nein, nein, ich nehme das einfach in die Begründung meiner Frage hinein und gehe davon aus, daß auch Sie mir zuhören werden. Ich würde mich in Zukunft sehr heftig freuen, wenn sachlich hoffentlich gerechtfertigte Anfragen nicht ohne jede geschäftsordnungsmäßige Begründung und außerdem offensichtlich rechtswidrig nicht zugelassen werden und nicht einmal eine Begründung geliefert wird und das nächste Mal gleich wieder zugelassen werden und auch keine Begründung geliefert wird.

Seien Sie das nächste Mal so lieb: Wenn Sie eine Frage von uns nicht zulassen wollen, ...

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Bitte die Frage!

Abg Dr Peter Pilz (fortsetzend): ... dann geben Sie bitte zumindest eine Begründung dazu an.

Aber jetzt konkret, Herr Stadtrat, zur Frage. Das Problem dürfte sich im letzten Jahr verschärft haben. Ich nehme jetzt nur ein Beispiel, das sind die Gemeindewohnungen am Leberberg, wo man jetzt schon dazu übergegangen ist, in Zeitungen zu inserieren: Bitte kommt, ihr braucht nicht einmal einen Vormerkschein. Um Gottes willen, nehmt uns doch die Gemeindewohnungen ab.

Ich frage Sie: Wenn die nicht in der Lage sind, nicht einmal über Zeitungsinserate, mit dem Angebot, ohne Vormerkschein einzuziehen, Wohnungen wegzubekommen, was werden Sie dann mit den geförderten Gemeindewohnungen am Leberberg, die derzeit leerstehen, tun?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amstf StR Werner Faymann: Man muß einige Punkte doch etwas tiefergehend beantworten.

Zum Grundriß. Wir haben uns sehr genau angesehen: Warum gibt es in denselben Wohnhausanlagen Wohnungen, die sofort weg sind, wo sogar weitere Vormerkungen vorhanden sind, und andere, die länger als drei Monate leerstehen? - Und da zeigt sich, daß in diesen Projekten die Grundrisse so geplant waren, daß es sich in der Regel um sehr große Wohnungen mit sehr großen Flächen handelt. Wie Sie wissen, sind natürlich Nutzfläche und Preis ein ganz entscheidender Faktor.

Es wird auch von den Wohnbauträgern - für die Zukunft ohnedies, aber auch in der Gegenwart - immer wieder erwogen, Wohnungen sogar nachträglich umzubauen, wenn man sieht, daß sich die Marktlage zwischen der Förderung und der tatsächlichen Fertigstellung geändert hat. Wenn man ein Projekt plant und

zur Förderung einreicht, vergehen bis zur tatsächlichen Fertigstellung doch drei, vier Jahre, manches Mal auch mehr. Und hier kann sich schon Wesentliches in der Nachfrage ändern. Daher ist die Größe der Wohnung in ganz konkreten, nachzuvollziehenden Beispielen der Grund für Leerstehungen und wird daher relativ leicht mit einigen Umbaumaßnahmen zu regeln sein.

Es zeigt sich, daß man trotz dieser großen Anzahl an Wohnungen - allein mehr als 18 000 befinden sich in Bau -, die ständig gebaut und daher auch fertiggestellt werden, feststellen kann, daß es eigentlich nur vier oder fünf Projekte von den Tausenden insgesamt in ganz Wien sind, bei denen es Schwierigkeiten gibt.

Und so ist beim gemeindeeigenen Wohnbestand darauf zu verweisen, daß es sich praktisch auf den Leberberg reduziert, weil hier eine sehr hohe Anzahl an Wohnungen zugleich fertig wird und weil innerhalb der Leberberg-Wohnungen, also jener Wohnungen, die am Leberberg errichtet werden, die Förderung des alten Generalmietvertrags nach § 15 den höchsten Anteil hat. In den restlichen Bereichen gibt es Leerstehungen im Ausmaß von 20 und 23 Wohnungen mit heutigem Stichtag. Das heißt, der Hauptbereich am Leberberg ist die alte Förderungsform des Generalmietvertrags nach § 15. Was heißt das in der Praxis? - Das heißt, daß die neue Gemeindewohnung dort nicht 2 000 S kostet, wie das im Neubau üblich ist, sondern 4 000 S bis 4 5000 S Eigenmittel pro Quadratmeter notwendig sind. Das ist eine Förderungsform, die sich überholt hat und die wurde 1995 beendet. Dieses Förderungsmodell des Generalmietvertrags gemeinsam mit einer Bank ist 1995 beendet worden. Es ist in einer Zeit entstanden, in der die Knappheit an Wohnungen so groß war, daß dieses Modell damals - also etwa im Wienerberg-Bereich oder in anderen Bereichen - helfen sollte, Gemeindemietner zu motivieren, anzureizen, ihnen vorzuschlagen, sich, wenn sie eine größere Wohnung wollen, wenn sie sich das leisten können, in diesem Wohnungssegment zu versorgen. Also eine Idee, die noch vor sechs oder sieben Jahren durchaus als akzeptable Idee gegolten hat, hat sich natürlich überholt.

Wenn Eigenmittel von 4 500 S und 5 000 S am Genossenschaftsmarkt der Durchschnitt sind, dann braucht die Gemeinde nicht parallel ein eigenes Modell zu schaffen, in Zeiten, in denen ausreichend Angebote vorhanden sind. Daher wurde 1995 dieses Modell gestrichen. Tatsächlich ist genau dieses Modell das größte Problem innerhalb des gemeindeeigenen Bereichs. Das war es in der Brünner Straße, dort betrachte ich es als erledigt, und das ist es am Leberberg. Und daher ist der Information speziell für dieses Modell, speziell für den Standort Leberberg, ob über Inserate oder Pressegespräche oder in Antworten auf Anfragen, durch welche Art auch immer, daß die Gemeinde aufzeigen muß, daß sie diese Wohnungen hat, politisch hinzuzufügen: Dieses Modell existiert nicht mehr.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Fuchs gestellt. Ich ertei-

le ihm das Wort.

Abg Georg Fuchs (ÖVP): Herr Stadtrat!

Die Koalition hat beschlossen, ab März die Jungfamiliengrundkostenförderung anzuheben, aber auch das Eigenmittlersatzdarlehen. Sehen Sie in dieser Vorgangsweise des erleichterten Wohnungszugangs, der natürlich dadurch eintritt, auch eine Möglichkeit oder prophylaktisch eine Maßnahme, daß Leerstehungen verhindert werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Armtsf StR Werner Faymann: Herr Kollege, die Verteilung oder die Neuverteilung im Verhältnis von Objekt- zur Subjektförderung, also stärker den einzelnen zu fördern, ist eine richtige, gemeinsam getragene Entscheidung. Hier werden auch die Maßnahmen des heurigen Jahres dazu führen, etwa auf 900 Millionen S Förderungsvolumen im Bereich der Subjektförderung aufzustocken, also eine Maßnahme, die nicht nur anzukündigen und zu unterstreichen und zu bekämpfen ist, sondern die auch nachzurechnen sein wird. Natürlich hilft es uns, hier sozial treffsicher vorzugehen.

Ich gehe aber trotzdem davon aus, daß - wenn man das Ziel hat, das Angebot in so großem Maß zu forcieren, daß Angebot und Nachfrage den Preis regeln - ein gewisser Leerstand dort, wo der Markt, die wirtschaftliche Entwicklung die Bedürfnisse der Nachfrager die Situation von vor fünf Jahren überholt haben, gegeben sein wird. Ein Anteil von 700 oder 800 Wohnungen im Vergleich zu dieser großen Zahl von 400 000 geförderten Wohnungen ist eine Zahl, von der ich überzeugt bin, daß sie auch in Zukunft existieren wird, weil man sich nicht gleichzeitig wünschen kann, das Angebot so massiv zu erhöhen und zum Schluß soll nichts überbleiben. Da bleibt in einem gewissen Anteil eine Entwicklung der Zeit, die sich etwa in dieser Größenordnung - davon gehe ich aus - leider auch in Zukunft zeigen wird. Trotzdem handelt es sich bei den beschriebenen Maßnahmen zur Subjektförderung um 100prozentig richtige und unterstützende Maßnahmen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage stellt Herr Abg Josef Wagner. - Bitte.

Abg Josef Wagner (FPÖ): Herr Stadtrat!

Wir haben heute von Ihnen gehört, daß es 720 geförderte Wohnungen gibt, die Sie nicht an den Mann und nicht an die Frau bringen. Ich erinnere daran, daß die sozialistische Regierung vor Jahren in Wien eine Abgabe auf unvermietete Wohnungen eingeführt hat, mit dem Ziel, Leerstehungen, vor allem im privaten Bereich, einer Sanktion zu unterwerfen. Diese Abgabe wurde allerdings dann vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Das hat die Stadt Wien viele Millionen S gekostet. Die gleiche Intensität, mit der Sie damals versucht haben, im privaten Bereich Leerstehungen zu verhindern, wäre wünschenswert, um Fehler zu vermeiden, die in der Vergangenheit durch Planung am falschen Standort entstanden sind, wo Förderungsmittel eingesetzt wurden, die unserer Meinung nach nicht zielführend ausgegeben wurden, weil Sie ja

heute praktisch Wohnraum haben, der nicht vermietbar ist.

Wie werden Sie in Zukunft sicherstellen, daß Förderungsmittel, die von der öffentlichen Hand ausgegeben werden, tatsächlich den Wohnungssuchenden zugute kommen und nicht irgendwelchen Genossenschaften, die dann auf Wohnraum sitzen - oder vielleicht sogar die Stadt Wien -, der den Bürgern nicht zur Verfügung steht?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Werner Faymann: Die Steuer auf leerstehende Wohnungen, die vor einigen Jahren, wie Sie es beschrieben haben, dann auch rechtlich gar nicht mehr eingesetzt werden konnte, war damals eine politische Überlegung, natürlich nicht eine Steuer auf Wohnungen einzuführen, die vom Grundriß her schlecht liegen oder wegen der Lage leerstehen, sondern um damit zu bewirken, daß Hauseigentümer nicht absichtlich Wohnungen zurückhalten. Nun sehe ich das nicht mehr als Problem, daher würde ich heute einer derartigen Maßnahme in keiner Weise nähertreten, egal, ob sie rechtlich in der einen oder anderen Form möglich wäre. Heute ist es so, daß Wohnungen, die im privaten Althaus vermietet werden können, im großen und ganzen auf den Markt kommen. Ich sage "im großen und ganzen", weil manchmal spekulative Absichten das Bild etwas anders zeichnen. Aber es handelt sich nicht um ein Problem, das mich veranlassen würde, hier neuerlich über Steuern oder anderes nachzudenken.

Es handelt sich beim Bestand der geförderten Wohnungen um ein anderes Problem. Die würden ja angeboten werden. Es gibt nur gleichzeitig, oft von demselben Bauträger, oft von genau denselben Genossenschaften oder privaten Gesellschaften, einfach bessere Angebote. Und in Zeiten, in denen man aussuchen kann, muß man auch damit rechnen, daß, wenn alle ausgesucht haben, etwas bleibt, was sich niemand ausgesucht hat oder was erst später ausgesucht wird. Damit wird jeder Betrieb, auch gemeinnützige, aber auch private Bauträger, in Zukunft zu rechnen haben.

Private Bauträger, die zu diesem Thema befragt werden, haben gesagt, sie rechnen von vornherein damit, daß sie einen gewissen Anteil an Wohnungen länger in ihrer Angebotspalette haben, daß natürlich letztendlich alles vermietet wird, aber daß es nicht mehr so ist wie früher, daß man in den ersten drei Monaten alles besiedelt hat, sondern daß ein gewisser Anteil an Wohnungen bleibt, weil sie selbst als Bauträger ständig so viel an neuem Angebot schaffen, daß eben die Möglichkeit des Aussuchens besteht. Ich bin überzeugt, das wird die Gemeinde in Zukunft am wenigsten treffen, weil dieser Generalmietvertrag nicht mehr existiert, der uns hier die größten Schwierigkeiten bereitet. Daher, glaube ich, wird es uns am wenigsten treffen. Ich gehe aber davon aus, daß private Wohnbauträger, egal, ob gemeinnützig oder nicht gemeinnützig, schon auch ein bißchen eine Mitverantwortung haben bei der Frage, in welcher Lage, mit

welchen Grundrissen und in welcher Beschaffenheit sie Wohnungen zur Verfügung stellen. Da gibt es schon auch eine Verantwortung derer, die planen und die bauen.

Unsere Verantwortung, weil es um Steuermittel geht, liegt im Rahmen des Beirats und der Jury. Aus unserer Sicht ist die Frage zu stellen: Ist das Projekt geeignet? - Also es gibt eine Reihe von Verantwortlichkeiten, die wahrzunehmen sind und wo ich davon ausgehe, daß sie auch in Zukunft wahrgenommen werden, in einer Zeit, in der sich - unter Anführungszeichen - "die Welt umgedreht hat", nämlich im Neubau von einem Nachfragermarkt zu einem Angebotsmarkt.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Hack gestellt. - Bitte.

Abg Mag Michaela Hack (*Liberales Forum*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich bin froh, daß Sie korrigiert haben, daß nicht der Grundriß allein, sondern die daraus resultierenden Kosten eines der Hauptprobleme für die Nichtvermietung oder für die schwierige Vermietung von manchen Wohnungen sind.

Ich möchte noch einmal auf die 220 Gemeindewohnungen zurückkommen, die jetzt leerstehen. Wäre es nicht möglich - nachdem die Wartelisten für 3- bis 4-Zimmer-Wohnungen durchaus noch vorhanden sind und gar nicht so kurz sind, man wartet noch immer zirka zwei bis drei Jahre auf eine 3- bis 4-Zimmer-Wohnung -, in diesem Bereich zumindest eine einkommensabhängige Miete zu berechnen? - Das hätte nämlich den umgekehrten Effekt, daß sich Leute, die ein geringes Einkommen haben, zumindest vorübergehend diese 3- bis 4-Zimmer-Wohnungen leisten können. Und wenn ich mir vorstelle, daß das meistens Familien sind, deren Kinder im Alter von zehn Jahren und älter sind, oder sprich, die also schon größere Kinder haben und vielleicht in Zukunft, wenn die Kinder ausziehen oder wenn die Kinder dazuverdienen können, ein größeres Familieneinkommen haben, wäre diese gestaffelte Form der einkommensabhängigen Miete durchaus eine Möglichkeit, zumindest vorübergehend die Wohnungen zu nutzen und sie nicht wie bisher, leerstehen zu lassen und dafür nicht einen Groschen hereinzubekommen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amstf StR Werner Faymann: Frau Abgeordnete!

Gerade bei jenen 220 Wohnungen, die so schwer vermietbar sind, den Nachfragenden zusätzlich noch zu sagen, daß man eine einkommensbezogene Miete einführt und jährlich ihre Einkommen kontrolliert, scheint mir von vornherein kein Anreiz zu sein, diese Wohnung deshalb anzumieten. Dies hätte nur dann einen Sinn, wenn das Einkommen so berechnet ist, daß es damit indirekt zu einer höheren Beihilfe käme und die Wohnungskosten für den Betreffenden damit deutlich geringer wären.

Dazu muß man sagen, daß es in der Regel bei diesem Modell - bei Eigenmittel von 4 000 bis 4 500 S -

sehr hohe Eigenmittlersatzdarlehen, Wohnbeihilfe, Jungfamilienförderung - also sehr hohe Förderungen - gibt, die, auch wenn man es umdreht und vom Einkommen berechnet, deshalb nicht mehr werden. Hier gibt es also sehr hohe Förderungen.

Tatsache ist aber, daß große Wohnungen, oft von den Räumen her nicht besonders gut angeordnet - also 3-Zimmer-Wohnungen -, gewisse Quadratmetergrenzen überschreiten und daß dieses Verhältnis von hoher Fläche und Preis dazu führt, daß man sagt, es gibt genug andere Angebote. Ich brauche für keine einzige Zeitung Werbung zu machen, da alle Printmedien ständig über die neuen Angebote berichten. Es gibt einen sehr ausführlichen Überblick für den Nachfragenden, welche Wohnungen er zur Verfügung hat. Bei der relativ hohen Anzahl an Angeboten läßt es sich relativ leicht aussuchen.

Ich glaube daher, daß die einkommensabhängige Miete keine wirkliche Lösung für die 220 Wohnungen am Leberberg darstellen würde.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Pilz gestellt. - Bitte.

Abg Dr Peter Pilz (GRÜNE): Herr Stadtrat!

Ganz stimmt es nicht, daß in Wien ein Wohnungsmarkt vorhanden ist, der vor Wohnungen überquillt, und daß die Leute sich fast nicht mehr vor den Wohnungen wehren können. Es gibt irgendwo noch 11 000 Leute, die nicht irgendwelche Wohnungen suchen, sondern Wohnungen, die sie sich leisten können. Demgegenüber stehen jetzt 720 Wohnungen mit toter Förderung. Wenn man die Förderungsmittel richtig verwendet hätte, hätten zumindest 720 Wohnungen - wahrscheinlich mehr, weil es im Schnitt um relativ große Grundrisse geht - für genau diese Bevölkerungsgruppe zur Verfügung gestellt werden können.

Jetzt zu meiner konkreten Frage: Meiner Schätzung nach - aufgrund meiner Unterlagen kann ich nicht mehr als eine Schätzung liefern -, ist die tote Förderung, die in den 720 genannten Wohnungen steckt, etwa in einem Betrag von 350 Millionen S anzusiedeln.

Meine Frage lautet: Wie hoch ist die von Ihnen berechenbare genauere Zahl der toten Förderung in diesen 720 Wohnungen?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Werner Faymann: Herr Kollege

Sie wissen, daß es sich nicht um eine tote Förderung handelt. Es ist auch keine Förderung gestorben, sondern es handelt sich um Wohnungen, wo davon auszugehen ist, daß sehr lebendig Familien einziehen werden und daß es sich um Zeitverzögerungen aus den von mir bereits mehrfach angeführten Gründen handelt. Man sucht sich eben zuerst aus, was man will, und dann dauert es bei jenen Wohnungen, wo die Anzahl derjenigen, die genau diese wollen, sehr gering ist, länger. Wenn man Projekte fertigstellt, die kleiner, überschaubarer und innerstädtische Projekte sind, ist eben die Anzahl der Nachfragenden größer. Aber es ist niemand gestorben, auch keine Förderung. Daher ist niemand tot und nichts verloren, sondern es ist ganz

umgekehrt.

Es ist festzuhalten - das muß man in diesem Zusammenhang wirklich sagen -, daß Förderungsmittel in Wien so gezielt eingesetzt werden, daß es gelungen ist, die Anzahl der Nachfragenden - also der Vormerkten für die Gemeindewohnungen - von 18 000 auf 11 000 zu senken. Das ist eine ganz klare Sprache von Reduktion der Familien genau auf dieser Seite.

Weiters ist festzustellen, daß für die Ärmsten der Stadt Neubauwohnungen vom Prinzip her nicht so gut geeignet sind wie alte Wohnungen. Das hat nichts damit zu tun, ob etwas richtig oder falsch gefördert wird, sondern bei alten Gemeindewohnungen haben Generationen den Anteil der Baukosten zurückbezahlt. Daher kann die Gemeinde - unter Anführungszeichen - "leicht", weil diese Leistung von Generationen erbracht wurde, 8 000 Wohnungen im Jahr anbieten, die nahezu gar keine Eigenmittel erfordern und sehr geringe Mieten haben, wenn man sie bezieht. Eine Neubauwohnung zu schaffen, die genauso billig ist wie eine alte, wo Generationen zurückbezahlt haben, ist unmöglich. Dieses Förderungsmodell gibt es nicht und die 6 Milliarden S, die wir vom Bund bekommen, werden so gewissenhaft und so zielgenau ausgegeben, daß dieser Spielraum nie vorhanden sein wird.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Herr Stadtrat.

Die 5. Anfrage wurde von Herrn Abg Mag Franz Karl gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal gerichtet.

Ich bitte um Beantwortung. (Abg Godwin Schuster: Schauen Sie auf die Uhrzeit! - Abg Gerhard Kubik: Es ist bereits sechs Minuten nach 10.00 Uhr! - Abg Alessandra Kunz: Wie lange dauert eine Fragestunde?)

Eine Minute habe ich noch. Ich stelle das immer hier ein.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Sehr geehrter Herr Kollege Karl!

Sie fragen mich, welche Schritte in der Rechtsbereinigung im Bereich des Landes Wien im letzten Jahr unternommen worden sind. Diese Frage ist schon in der Fragestunde des Dezember-Landtags einmal gestellt worden und nicht zum Aufruf gelangt. Sie hat sich damals auf das Jahr 1996 bezogen, während sich diese Frage jetzt nur auf 1997 bezieht. Aber ich gehe davon aus, daß Sie einverstanden sind, wenn ich sowohl 1996, als auch 1997 in meiner jetzigen Antwort behandle.

Ich habe zu diesem Zweck eine Information der Magistratsdirektion eingeholt, die ich jetzt zitieren darf:

"1996 wurden bei folgenden Rechtsvorschriften rechtsbereinigende Maßnahmen getroffen:

Das Wiener Tierzuchtförderungsgesetz und die Wiener Tierzuchtförderungsverordnung" - Sie erlauben mir, die Nummern der Landtagsblätter nicht mitzuzitieren -, "diese wurden infolge Neuerlassung des Wiener Tierzuchtgesetzes aufgehoben.

Verordnung des Landeshauptmanns, betreffend Be-

schränkung des Gemeingebräuchs und der Schiffahrt auf der Neuen Donau, aufgehoben infolge Neuerlassung im Jahre 1996.

Die Wiener Gemeindewahlordnung, aufgehoben infolge Neuerlassung der Wiener Gemeindewahlordnung 1996.

Verordnung der Wiener Landesregierung über Erleichterungen für Kleinhäuser, Reihenhäuser und Sommerhäuser, aufgehoben infolge Neuerlassung 1996.

Verordnung der Wiener Landesregierung zur Durchführung des Wiener Garagengesetzes, aufgehoben infolge Neuerlassung 1996.

Das Wiener Kleingartengesetz, aufgehoben infolge Neuerlassung 1996.

Bei folgenden älteren landesrechtlichen Vorschriften wurden im Jahr 1997 Rechtsbereinigungsmaßnahmen getroffen:

Und zwar die Verordnung der Wiener Landesregierung, womit ÖNORMEN zugelassen und überholte Vorschriften bautechnischen Inhalts aufgehoben wurden, aufgehoben 1997.

Die Verordnung der Wiener Landesregierung über die Anlage von Blitzableitern, ebenfalls 1997 aufgehoben.

Verordnung des Landeshauptmanns, betreffend die unschädliche Beseitigung von Tierkörpern, ihren Teilen und sonstigen Gegenständen tierischer Herkunft, aufgehoben infolge Neuerlassung der Verordnung des Landeshauptmanns über die Beseitigung von tierischen Abfällen 1997.

Stadtgesetz, betreffend die Erteilung von Unterricht in Gesellschaftstänzen, aufgehoben infolge Neuerlassung des Wiener Tanzschulgesetzes."

Sie sehen also, das ist ein sehr breites Thema. Gernade Sie, Herr Abgeordneter, liefern immer sehr wertvolle Beiträge dazu.

Und last but not least: "Verordnung der Landesregierung über das Schlachten und Töten von Tieren, aufgehoben infolge Neuerlassung der Verordnung der Landesregierung über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung und Tötung."

Wie Sie sehen, werden den Anliegen der Rechtsbereinigung auch weiterhin Bedeutung beigemessen. Selbst dann, wenn es nicht zu einer gänzlichen Aufhebung einzelner Rechtsvorschriften kommt, sondern nur im Wege der Neuerlassung überholte Bestimmungen wegfallen, ist damit in gewisser Weise natürlich auch den Anforderungen einer übersichtlichen und zeitgemäßen Rechtsordnung Genüge getan.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Karl.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Frau Stadträtin!

Der Kaiser hat seinerzeit die Gesetzesvorlagen seiner Minister einem Schweinehirten in der Fußta zum Lesen geben lassen. Wenn dieser sie nicht verstanden hat, mußten sie geändert und vereinfacht werden.

Könnten Sie sich vorstellen, Rechtsvorschriften zehn, nach einem Zufallsprinzip ausgewählten, Bürgern vorzulegen, und die Vorschriften erst dann in Kraft zu

setzen, wenn diese zehn Bürger diese Vorschriften verstanden haben?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amstf StR Mag Renate Brauner: Herr Abgeordneter!

Nur mehr wenige Schweinehirten gibt es heutzutage noch, aber davon abgesehen, glaube ich, daß die Grundidee, die hinter Ihrer Überlegung steht, daß man ohne besonderes Spezialistentum - ohne besondere Kenntnis möchte ich nicht sagen, weil das wird nicht möglich sein und ist auch nicht sinnvoll -, Gesetze und Verordnungen verstehen sollte - dieser Gedanke gefällt jemandem wie mir, die mit solchen Gesetzen und Verordnungen zu tun hat und keine Juristin ist -, sehr sympathisch ist. Ich glaube, daß wir versuchen sollten, in diese Richtung zu gehen.

Auf der anderen Seite muß man aber auch sehen, daß gewisse Verordnungen gewisse Zielgruppen haben und manche von vornherein nicht dazu gedacht sind, daß sie in der Tageszeitung veröffentlicht und zum allgemeinen Gaudium durchgelesen werden. Ich glaube, das Problem - da müssen wir uns schon selber an der Nase nehmen -, warum viele Gesetze so kompliziert sind, ist, daß sie sehr oft Kompromisse auf politischer Natur darstellen, daß oft in Begutachtungsverfahren noch Änderungen vorgenommen werden und daß man auf diese Art und Weise versucht, differenzierte Kompromisse - was oft sehr gut ist - zu finden, es aber im Gesetz sehr schwer ist, den Alltag abzubilden. Dies wird wohl nie ganz möglich sein.

Das heißt, ja zu Ihrem Grundgedanken. Ich habe großes - auch persönliches - Interesse daran, ihn umzusetzen. Über die Wege werden wir noch sehr lange diskutieren.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Günther gestellt. - Bitte.

Abg Dr Helmut Günther (FPÖ): Frau Stadträtin!

Es ist an sich interessant, daß der größte Verhinderer von Rechtsbereinigungen und Rechtsweiterentwicklungen genau diese Frage stellt (Abg Mag Franz Karl: *Aber, aber!*), wenn ich mir anschau, was er in letzter Zeit im Ausschuß aufgeführt hat, um eine Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts oder des UVS zu verhindern. Deswegen ist es durchaus interessant, daß jetzt von ihm die Frage nach der Rechtsbereinigung kommt. (Abg Mag Franz Karl: *Das war aber nicht rechtsbereinigend!* *Das war rechtsverkomplizierend!*) Ich glaube, dort ist es ausschließlich rechtsbereinigend, Herr Kollege.

Meine Frage zum UVS: Mir kommt vor, daß die zuständige Stadträtin den Initiativantrag der Liberalen, GRÜNEN und Freiheitlichen nicht einmal dem zuständigen Obersenatsrat zum Lesen gegeben hat, weil er das letzte Mal im Ausschuß noch das alte Exemplar hatte. In dem Ausschuß wurde bekanntgegeben, daß bereits seit 1992 das eine oder andere Problem aufgetreten ist, was nicht zu Novellierungen geführt hat. Jetzt möchte der Magistrat doch einen Vorschlag einbringen,

der im Jänner der Begutachtung zugeführt werden sollte, und daran anschließend das UVS auch neu erlassen wird.

Ich frage Sie: Ist es sichergestellt, daß im Jänner das Begutachtungsverfahren beginnt und daß noch vor dem Sommer die Novelle zum UVS geregelt wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Herr Abgeordneter!

Wir haben diese Debatte zum UVS im Ausschuß sehr ausführlich geführt. Offensichtlich haben wir sie - aber das ist wahrscheinlich so, wenn man unterschiedliche Positionen vertritt - ein bißchen anders wahrgenommen, denn es war keinesfalls so, daß Herr OSR Ponzer, der konkret dazu Stellung genommen hat, gesagt hätte, es wären schon seit Jahren so viele Urteile da, die eine Veränderung zwingend notwendig gemacht haben. (Abg Dr Helmut Günther: *Nein, das hat er nicht gesagt!*) Er hat im Gegenteil nur darauf hingewiesen, daß, wenn man sehr aufmerksam und mit exzellentem Wissen - das der Herr Obersenatsrat hat - ausgestattet ist und seit Jahren die Rechtssprechung verfolgt, schon eine gewisse Tendenz zu erkennen war, die annehmen ließ, daß jene Ergebnisse beziehungsweise Erkenntnisse, die uns nunmehr vorliegen, zu erwarten waren. Diesbezüglich war es für Experten, die diese Rechtssprechung und diese Entscheidungen sehr aufmerksam verfolgen, keine wirkliche Überraschung, denn die Tendenz ist schon in diese Richtung gegangen. Es war aber keinesfalls so, daß schon seit Jahren Erkenntnisse vorliegen, die zwingend eine Veränderung hervorgerufen haben.

Ich wollte dies nur klarstellen, denn wir beide waren bei der Diskussion dabei, die anderen Kollegen und Kolleginnen aber nicht. Darüber hinaus ist seit Jahren im Ausschuß deutlich gesagt worden, daß die Fragen, die sich einerseits aufgrund des Erkenntnisses ergeben, geregelt werden müssen, daß gleichzeitig aber auch die Personal- und Besoldungsfragen geregelt werden müssen. Der Herr Obersenatsrat hat auch deutlich gemacht, daß sein Vorschlag im Jänner, spätestens Februar, vorliegen wird, daß er aber bezüglich des anderen Vorschlags nicht für einen Kollegen sprechen kann, wann dieser Personalbereich im weitesten geregelt ist und daß es unabdingbar notwendig ist, beide Dinge gemeinsam zu behandeln, womit auch die Begutachtung gemeint ist.

Das heißt, ich kann Ihnen jetzt nicht fix versprechen, daß mit Ende Jänner beide Dinge in Begutachtung gehen, aber ich kann Ihnen sehr wohl versichern, daß es absolut auch in meinem Interesse ist, daß beide Bereiche miteinander diskutiert werden, weil ich auch glaube, daß sie aus inhaltlichen Gründen untrennbar miteinander verbunden sind, daß, wenn der Bereich, den der Herr Obersenatsrat betreut, fertig ist und der zweite nicht lange auf sich warten läßt, das Ganze dann selbstverständlich unverzüglich in Begutachtung geht und daß wir die üblicherweise notwendigen Fristen setzen werden. Dazu gibt es allgemeine Regeln,

die nicht Jahre und auch nicht Monate, sondern Wochen sind, und da wird dann auch die entsprechende Diskussion geführt werden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Smoliner gestellt. - Ich bitte.

Abg Marco Smoliner (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Es gibt in Wien nicht nur eine Fülle von Rechtsvorschriften, die von Zeit zu Zeit einer Überarbeitung harren und bedürfen. Es gibt - wie wir wissen - unter den Bediensteten in Wien auch mehr als 1 600 verschiedene oder verschieden berechnete und verschiedenen zusammengesetzte Zulagen zu ihren Gehältern und Bezügen. Unter anderem gibt es zum Beispiel eine Nachtwächterzulage für jene Nachtwächter, die außer ihrer Nachtwächtertätigkeit keine weiteren Tätigkeiten zu vollführen haben, um nur ein besonders skurriles Beispiel herauszugreifen.

Frau Stadträtin, jetzt meine Frage: Warum hat sich die sozialdemokratisch-ÖVP formierte Stadtregierung in Wien bisher standhaft geweigert, über eine Überarbeitung dieser Zulagen und Nebengebühren auch nur zu diskutieren und diese Nebengebühren auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen zu lassen, vielleicht sogar mit dem Ergebnis, daß sie alle sinnvoll und berechtigt sind? Warum hat sich die Regierung da geweigert?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate Brauner: Sehr geehrter Herr Kollege!

Das ist in dieser Form absolut unrichtig. Es ist nicht nur falsch, daß sich die Koalitionsregierung weigert, ernsthafte Debatten zu führen (Abg Marco Smoliner: *Unsere Anträge sind aber abgelehnt worden!*), es wird nicht nur diskutiert, sondern auch Maßnahmen werden gesetzt. Es ist nicht so, daß die Zulagen nicht auch verändert werden.

Wir haben zum Beispiel - ich glaube, in der vorletzten Ausschußsitzung - sechs Zulagen, die es im Rahmen der Wiener Verkehrsbetriebe gegeben hat, im Zuge einer Überarbeitung - und dazu bekenne ich mich -, in Absprache mit der Personalvertretung beziehungsweise mit der Gewerkschaft vereinheitlicht. Das heißt, hier ist aus einer beträchtlichen Anzahl von mehreren Zulagen eine gemacht worden. Es stimmt also nicht, daß nicht versucht wird, wo es sinnvoll und notwendig ist, Zulagen zu vereinheitlichen, zu verändern, anzupassen, flexibel zu gestalten.

Was ich aber nicht für sinnvoll halte, ist das, was Sie und Ihre Fraktion fordern, nämlich einen Kaischlag, also so zu tun, als ob es eine vernünftige Regelung wäre, einfach drüberzufahren und zu sagen, Zulagen sind überholt, und wir schaffen alle ab, ohne sich genau anzuschauen, welche Tätigkeit die Leute machen, welche Alltagssituationen dahinterstecken und welchen Belastungen die Menschen ausgesetzt sind. Das halte ich nicht für sinnvoll. Das machen wir nicht.

Deswegen sind wir bis jetzt bei den Debatten im Ausschuß auch nicht zusammengekommen, denn - diesen einen Satz erlauben Sie mir noch - es ist ein

Unterschied, wenn wir uns unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Haus anschauen, ob eine Sozialarbeiterin im Radldienst beim 24-Stunden-Frauennotruf ist, oder ob jemand Jurist oder Juristin beim UVS ist, oder ob jemand bei der MA 48 beschäftigt ist. Das sind völlig unterschiedliche Berufsgruppen, die wir haben, die dann natürlich in einem zugegebenermaßen komplizierten und sehr differenzierten Besoldungssystem entsprechend Niederschlag finden.

Das heißt, ja zur Reform, ja zu sinnvollen Maßnahmen - die werden gesetzt und sind auch schon gesetzt worden -, aber nein zu einem Kahlschlag ohne Rücksicht auf die Arbeitssituation der Betroffenen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Auf die vierte Zusatzfrage wurde von der grünen Fraktion verzichtet. Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Karl.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Frau Stadträtin!

Die Wiener Bauordnung hat derzeit 37 Novellen und kommt somit langsam dem ASVG nahe. Die Wiener Stadtverfassung hält zum Beispiel bei 19 Novellen.

Wien hat nun mit der Wiener Rechtsvorschriften-sammlung eine ganz ausgezeichnete Darstellung der Rechtslage, die allerdings - zum Unterschied von Niederösterreich - den entscheidenden Nachteil hat, rechtlich nicht verbindlich zu sein.

Könnte man hier in absehbarer Zeit zu einer Verbindlichkeit gelangen, oder meinen Sie, eine Wiederverlautbarung der Wiener Bauordnung und der Wiener Stadtverfassung seien hier der bessere Weg?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Armtf StR Mag Renate Brauner: Herr Abgeordneter!

Ich glaube, daß eine Wiederverlautbarung sinnvoll wäre und würde vorschlagen, daß wir Sie - nachdem Sie so viele Beiträge dazu haben - einladen, darüber nachzudenken, wie man das am gescheitesten machen kann.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke, Frau Stadträtin. - Damit ist die Fragestunde beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Von Herrn Abg Mag Christoph Chorherr wurde eine Aktuelle Stunde mit dem Thema "Warum verhindern SPÖ und ÖVP die Einführung von Untersuchungsausschüssen in Wien?" verlangt.

Das Verlangen wurde gemäß der Geschäftsordnung von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Ich bitte den Erstunterzeichner, Herrn Abg Mag Chorherr, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, daß seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wien ist demokratiepolitisches Entwicklungsland. In der Tat stellt sich die Frage, wieso es in allen entwickelten Ländern, überall wo Demokratie eine Rolle spielt, selbstverständlich die Möglichkeit gibt, Untersuchungsausschüsse einzurichten.

Ich greife das jüngste Beispiel - die "Teleges-

Affäre" - auf. Da stellt sich StR Rieder zerknirscht, demütig in die Öffentlichkeit und sagt: "Lieber Steuerzahler, ich bitte um Entschuldigung. Da wurden Fehler gemacht. Da sind eben 10 bis 15 Millionen S verlustig gegangen. Ich bitte um Entschuldigung."

Es ehrt ihn, daß er um Entschuldigung bittet. Aber welche Konsequenzen hat das nun? Wer untersucht, warum sich der arme StR Rieder entschuldigen muß? Wer untersucht, wo auch eine politische Verantwortung festzumachen ist, wo, wenn die Kontrollinstrumente funktioniert hätten, es vielleicht nicht dazu gekommen wäre?

Nein, Wien ist Feudalsystem. Es scheint die Entschuldigung des StR Rieder zu genügen, und man geht zur Tagesordnung über. Zur wichtigsten Innovation, die für die Kontrollrechte in Wien notwendig ist, daß es überhaupt möglich wird, Untersuchungsausschüsse einzurichten, gibt es von der SPÖ - und insbesondere vom Klubobmann Hatzl - ein kategorisches Njet.

Wie schaut das sonst in Österreich und in Europa aus? - Der Kärntner Landtag kann Untersuchungsausschüsse einsetzen. Der niederösterreichische Landtag kann Untersuchungsausschüsse einsetzen. Der Salzburger Landtag kann Untersuchungsausschüsse einsetzen. In der Steiermark können Untersuchungsausschüsse von einem Drittel der Mitglieder eingesetzt werden. Der Tiroler Landtag kann Untersuchungsausschüsse einsetzen. Selbst - das ist kein Witz - der burgenländische Landtag kann Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Schauen wir kurz über die Grenze. Stellen wir uns vor, auf Nationalratsebene wäre es nicht einmal möglich, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. - Selbstverständlich kann der Österreichische Nationalrat Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Wir haben kurz in Berlin angerufen, weil die Situation dort ähnlich ist. Dort können auf Landesebene Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden, die auch Gemeindeagenden überprüfen.

Die wichtigste Verbesserung für Wien wäre - das wird nachhaltig unsere Forderung beziehungsweise unser Drängen sein, wo vor allem die interessierte Öffentlichkeit unser Verbündeter sein wird -, daß es möglich sein muß, in Wien Untersuchungsausschüsse einzusetzen und das kategorische Njet einer Sozialdemokratie zu durchbrechen, die wirklich noch glaubt, die Macht und die Kontrolle zu haben und jeden, der kontrollieren will und nach politischer Verantwortung fragt, abschmettern will. Dieses Kredo des Klubobmann Hatzl muß durchbrochen werden.

Man muß der SPÖ zumindest zugute halten, sie verfolgt eine konsequente Linie. Sie ist gegen Kontrolle. Sie ist gegen Oppositionsrechte. Das ist nichts Neues. Insofern gibt es zumindest noch eine gewisse Aufrichtigkeit.

Kommen wir zur ÖVP, einer ÖVP, über die, würde Grillparzer heute noch leben, er ein neues "Bürgerliches Trauerspiel" schreiben könnte.

Ich darf ein paar Zitate bringen:

"ÖVP fordert Untersuchungsausschuß zum Fall Harrach."

"Die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Grundstückstransaktionen, fordert der Wiener ÖVP-Klubobmann Dr Günter Goller." - Daß Goller gelernter Orientalist ist, sei nur am Rande angemerkt. Das war übrigens 1990.

Oder 1992 betreffend Horr-Stadion: "Die Wiener ÖVP fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur 'Affäre Horr-Stadion'", vermeldet die APA.

'Oder EbS: "Im Hinblick auf die EbS-Sondersitzung im Wiener Gemeinderat fordert die Wiener ÖVP in einem Pressegespräch einen Untersuchungsausschuß."

Oder Osthilfe: Der von mir geschätzte Prochaska, der, politischen Mut vorausgesetzt, nicht nur hier nicht spricht, sondern auch heimlich aus dem Landtag hinausschleicht, weil ihm das zu Recht sehr peinlich ist (Abg Mag Franz Karl: *Also, das hat er wirklich nicht notwendig! Das ist eine Unterstellung!*), fordert im Zuge der Osthilfe-Debatte am 21. Februar 1995 (Abg Mag Franz Karl: *Welche hübschen Worte haben Sie für ihn? Auch Mörder und Verbrecher?*): "Nun sind Untersuchungsausschüsse am Zug", stellt Prochaska abschließend fest. (Abg Dr Helmut Günther: *Seither hat sich viel verändert!*)

Letztendlich hat sich Johannes Prochaska, der Klubobmann der Wiener ÖVP, der Aufrechte, 1991 ange-sichts des vom Rechnungshof aufgedeckten U-Bahn-Skandals noch für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses eingesetzt.

Was passiert jetzt? - "Bürgerliches Trauerspiel", die ÖVP kommt in die Regierung. Was sie dort tut, außer oft Pressesprecher der Weiterführung der SPÖ-Politik zu sein, ist eine andere Frage. (Abg Gerhard Pfeiffer: *Sie haben überhaupt keine Ahnung, Herr Chorherr!*) Auf einmal ist von Untersuchungsausschüssen keine Rede mehr. Ganz im Gegenteil, werden Gemeinderätliche Kommissionen konstruiert, die man aber auch nicht ernst nimmt. In Wirklichkeit ist jede Initiative für die notwendige Einsetzung von Untersuchungsausschüssen aufgegeben worden.

Als Zeuge möchte ich nur einen anführen, unter dem die Wiener ÖVP - man hält es nicht für möglich - einmal 34 Prozent der Stimmen gehabt hat. Dieser Dr Busek wurde neulich in einem Gespräch gefragt, warum er damals auf Bundesebene noch einmal als ÖVP-Obmann angetreten ist.

Busek sagt darauf: "Weil der andere Kandidat Görg hieß und ich den gut kannte." - Nachsatz: "Wenn ich heute nach Wien schaue, denke ich, daß ich richtig gehandelt habe." - Das richtet Ihnen Dr Busek aus! (Abg Mag Franz Karl: *Was hat das mit Kontrolle zu tun, Kollege Chorherr?*) Was hat das mit Kontrolle zu tun? - Von 34 Prozent auf 15 Prozent, wenn Sie sich die jetzigen Umfragen anschauen, tümpelt das "Bürgerliche Trauerspiel" ÖVP irgendwo bei 12 bis 13 Prozent herum. Zu Recht fragen sich viele Wähler, wozu man Sie in dieser Stadt eigentlich noch braucht.

Ich würde eigentlich sagen, verglichen mit dem Rückgrat des Klubobmann Prochaska hat ein Gartenschlauch Stahlbetonqualität, meine Damen und Herren von der ÖVP! (Beifall bei den GRÜNEN. - Abg Gerhard Pfeiffer: *Es ist ein wirkliches Trauerspiel, was Sie von sich geben!* Zuerst agieren Sie erfolglos auf Bundesebene und dann stellen Sie sich hier heraus und verzapfen derartigen Unsinn!)

Zu Recht haben wir den Anspruch, zu sagen, diese ÖVP ist in dieser Stadt überflüssig geworden! (Abg Gerhard Pfeiffer: *Sie machen sich lächerlich!*) Es bedarf einer Partei, die ernsthaft zu dem steht, was Sie will! Schäumen Sie nicht, sondern fragen Sie Ihren Klubobmann, warum er sich jetzt verzieht und nicht mutig herauskommt und seinen Tanz beziehungsweise sein gummiartiges Rückgrat hier darstellt! (Abg Gerhard Pfeiffer: *Denken Sie doch einmal an Ihre Mißerfolge auf Bundesebene! Dann stellen Sie sich nicht hier heraus und halten eine derartige Rede!*)

Schauen wir uns das ein bißchen im Detail an. Sie werden nicht verhindern können, daß die Notwendigkeit von Untersuchungsausschüssen öffentlich diskutiert wird. (Abg Gerhard Pfeiffer: *Wenn Sie mich so reizen, müssen Sie sich dessen bewußt sein, daß Sie Zwischenrufe bekommen!*) Melden Sie sich zum Wort, Kollege Pfeiffer, und sparen Sie sich erbärmliche Zwischenrufe!

Gehen wir ins Detail dieser sogenannten "Gemeinderätlichen Kommission". (Abg Gerhard Pfeiffer: *Na endlich!*) Worum geht es bei Untersuchungsausschüssen wirklich? Was sind die Eckpunkte, die wir verlangen? - Nur in einem einzigen Punkt sind wir gesprächsbereit, wenn es nämlich um den Namen des Kindes geht. Wenn alles kommt und es nur daran scheitern sollte, ob es "Untersuchungsausschuß" oder "Gemeinderätliche Untersuchungskommission" heißt, sei dies geschenkt, meine Damen und Herren.

Was ist aber der Inhalt, um den es geht? - Der Inhalt ist erstens, daß jede Partei, die im Gemeinderat vertreten ist, in dieser Untersuchungskommission sitzen muß.

Zweitens darf es nicht das Belieben der Mehrheit sein. Es muß ein klares Oppositionsrecht beziehungsweise ein klares Minderheitenrecht sein, daß diese Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden.

Drittens darf es kein netter Kaffeepausch sein, sondern bei diesem Untersuchungsausschuß müssen Rechte in der Verfassung verankert werden. (Abg Dr Matthias Tschirf: *In welcher Verfassung? Auf Landesebene oder Bundesebene?*) Welche Rechte? - Prinzipielle Aktenübereinsicht muß gewährleistet sein. Es kann nicht sein, daß es vom Belieben des zuständigen Stadtrats oder des zuständigen Beamten abhängt, ob man in Akten überhaupt Einsicht nehmen kann oder nehmen darf.

Nächster, ganz wichtiger Punkt - die Wahrheitspflicht: Wir haben den Antrag und die Unterlagen der Tiroler Untersuchungsausschüsse vorgelegt. Haben alle diejenigen, die vor den Untersuchungsausschüssen aussagen, der Wahrheitspflicht nach dem Strafgesetz

zu unterliegen? Hat das, was dort ausgesagt wird, eine Konsequenz, oder ist das ein netter Kaffeepausch?

Es ist wichtig, diese Punkte zu klären, weil es gerade in Wien mit seiner obrigkeitstaatlichen Tradition, mit seinem oft an ein Feudalsystem erinnernden Demokratieverständnis eines scharfen, wirksamen Kontrollinstruments bedarf, und das ist der Untersuchungsausschluß.

Ob es den Damen und Herren von der SPÖ und der ÖVP paßt oder nicht, wir werden so lange Oppositionspolitik machen und so lange öffentlich argumentieren *(Abg Gerhard Pfeiffer: Hoffentlich besser als jetzt!)*, bis in Wien der Mindeststandard von Demokratie erreicht wird, nämlich die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN. - Abg Johann Hatzl: Und im übrigen sind die GRÜNEN ... fehlt noch! Das hätte jetzt dazugehört!)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, daß sich die Damen und Herren Abgeordneten nur einmal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Als nächster Redner hat sich Herr Abg Pöschl gemeldet. - Ich bitte.

Abg Hanno Pöschl (*Liberales Forum*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir zur Einleitung noch einmal auf das schon vorher erwähnte Zitat des Herrn StR Rieder zurückzukommen, das im "Kurier" am 17.1. abgedruckt war: "Ich kann mich nur bei den Steuerzahlern entschuldigen."

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Mit Verlaub, die Steuerzahler pfeifen auf Ihre Entschuldigung! Das, was sie von den Regierenden erwarten, ist, daß sie diese Stadt ordentlich verwalten und zum Beispiel mit Steuergeldern sparsam umgehen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sie erwarten von uns, von der Opposition, daß wir Ihnen auf die Finger schauen, auf die Finger schauen können und daher auch kontrollieren können. Doch wie schaut es in der Realität aus?

Wir haben die aburde Situation, daß diejenigen, die kontrolliert werden sollen, selbst bestimmen, ob sie kontrolliert werden wollen oder vielleicht lieber doch nicht. Wenn Sie glauben, daß man das nicht übertreffen kann, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich Ihnen, das kann man übertreffen. Sie sollten nämlich bedenken, daß diese Herrscher über Sein oder Nichtsein der Kontrolle in Wien, wenn sie von der Öffentlichkeit - wie zum Beispiel in der "Affäre Teleges" - gezwungen werden, etwas zu tun, sich noch immer aussuchen können, wie sie kontrolliert werden. Dies übertrifft das Ganze noch bei weitem.

Welche Kontrollmöglichkeiten gäbe es theoretisch? - Es gäbe die Prüfung durch das Kontrollamt. Das ist in Wien möglich. Es ist dies aber ein Mehrheitsrecht. Die Problemstellung siehe oben. Zur Information: In zwei

Dritt der anderen Bundesländer ist das ein Minderheitenrecht.

Als zweite theoretisch wichtige Möglichkeit gibt es die Prüfung durch den Bundesrechnungshof. Das ist derzeit in Wien nicht möglich, in anderen Bundesländern aber eine Selbstverständlichkeit und dort auch ein Minderheitenrecht.

Die dritte Möglichkeit - das ist das Thema der heutigen Diskussion - sind Untersuchungsausschüsse, das heißt, die Einsetzung einer Kommission oder eines Ausschusses - wie immer man das auch nennt - zur Untersuchung eines bestimmten Themas oder Vorfalls. Dieses Kontrollrecht existiert in sieben von neun Bundesländern. Die anderen zwei sind Oberösterreich - dort gibt es dies auf Gemeindeebene, aber sie überlegen, ob sie es nicht auf Landesebene einführen - und natürlich das Land Wien, wo sich bis jetzt gar nichts tut.

Diese drei Bereiche machen ganz klar deutlich, daß Wien in Sachen Kontrollrechte ein demokratiepolitisches Entwicklungsland ist.

Wie kann man das nach Ansicht der Liberalen ändern? - Erstens Prüfungsaufträge an das Kontrollamt als Minderheitenrecht, zweitens die Anrufung des Rechnungshofs ermöglichen - auch als Minderheitenrecht - und drittens - nicht zu vergessen - die Schaffung einer Untersuchungsmöglichkeit auf politischer Ebene unter Beiziehung von Experten. Sie merken, daß ich sehr vorsichtig umschreibe, wie so etwas heißen kann, weil ich glaube, daran sollte man es nicht aufhängen.

Die Begründung der Ablehnung einer solchen Untersuchungsmöglichkeit oder von Untersuchungsausschüssen durch die SPÖ ist in dieser Frage sehr eigenartig. Sie sagen, Untersuchungsausschüsse gibt es in anderen Bundesländern nur auf Landesebene. Damit haben Sie recht. Da es in Wien aber auf Landesebene keine Budgetfreiheit gibt, brauchen wir eigentlich keine Untersuchungsausschüsse und wir brauchen nichts zu kontrollieren.

Sehr geehrter Herr Klubobmann Hatzl! Es herrscht sehr wohl Bedarf an Kontrolle und an lückenloser Untersuchung in Wien. Sogar Ihr Regierungspartner und Kollege - zum Beispiel der Kollege Hahn - hat erkannt, daß dies notwendig ist. Er hat zum Beispiel vor drei Tagen zur "Affäre Teleges" gesagt, daß "das nur die Spitze des Eisbergs ist, er sich nicht vorstellen kann und es fast unlogisch wäre, wenn sich diese Problemstellungen und diese Mißstände nur auf die Teleges beziehen würden."

Es ist also ganz klar, daß es Mißstände in dieser Stadt gibt, die zu untersuchen sind. Wie könnten wir diesem "Eisberg" auf den Grund gehen, ohne die formellen Ausschließungsgründe der SPÖ zu provozieren?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schlüssel liegt in der Geschäftsordnung. Dort gibt es die Möglichkeit der Einsetzung einer Gemeinderätlichen Kommission. Es steht nirgends, daß diese Kommission keine Untersuchungskommission sein kann.

Was müssen wir also tun? - Wir müssen festlegen, welche Rahmenbedingungen in dieser Kommission einzuhalten sind. Hier ist die Zusammensetzung festzuhalten - das wurde schon gesagt -, jede Partei muß vertreten sein.

Dann der Modus der Einsetzung, weil ich glaube, es wird Ihnen auf Dauer nicht gefallen und Sie werden es nicht durchhalten, damit zu argumentieren, daß sich die Mehrheit - diejenigen, die zu kontrollieren sind - aussucht, ob sie kontrolliert wird. Das heißt also ein Minderheitenrecht, wobei ich aber einschränke, daß man darauf achten muß, daß es nicht zu exzessiv ausgenutzt wird.

Ebenfalls schon erwähnt habe ich die Verfahrensordnung. Das heißt also Akteneinsicht, Aussagepflicht und Berichterstattung.

Gestatten Sie mir, abschließend festzuhalten, daß derzeit mein Optimismus, daß wir in Wien von einem demokratiepolitischen Entwicklungsland in Sachen Kontrolle zumindest zu einem Schwellenland werden können, meinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit Ihrer Bemühungen, wirklich etwas zu verändern - ich komme schon zum Schluß -, noch überdecken kann. Ich kann nur hoffen, daß Sie uns nicht zwingen werden, diese demokratiepolitischen Mindeststandards erkämpfen zu müssen und die konstruktiven Gespräche, die wir derzeit führen, durch einen handfesten Streit zu ersetzen, denn das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre für das Ansehen der Politik ganz sicher nicht förderlich.

Im übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird das Liberale Forum dafür sorgen, daß die Tage der Parteibuchwirtschaft in Wien gezählt sind! - Danke. (Beifall beim Liberalen Forum.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (Abg Mag Christoph Chorherr: Wo ist Prochaska? Prochaska schämt sich!)

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben jetzt zwei Oppositionsredner gehört, die in völlig unterschiedlicher Weise zu diesem Thema Feststellungen getroffen haben.

Ich möchte zunächst auf meinen Vorräder eingehen und ihm zugute halten, daß er tatsächlich einen konstruktiven Beitrag geleistet hat, daß tatsächlich darüber diskutiert wurde - wie wir das auch in der entsprechenden GO-Kommission tun -, wie wir die Kontrolle weiterentwickeln, während wir davor einen demonstrierten Bundessprecher der GRÜNEN erlebt haben, einen demoralisierten Bürgerlichen, der offensichtlich eine entsprechende Sehnsucht nach dem Bürgerlichen hat und festgestellt hat, daß die einzige bürgerliche Partei eben die Österreichische Volkspartei ist! (Beifall bei der ÖVP. - Abg Günter Kenesei: Darum stimmen Sie keinem Untersuchungsausschuß zu!)

Das tut mir nämlich deshalb leid, weil es gerade unser Anliegen als ÖVP ist, die Kontrollmöglichkeiten in dieser Stadt zu verbessern. (Abg Mag Christoph

Chorherr: Und deswegen sind Sie gegen Untersuchungsausschüsse! - Abg Günter Kenesei: Weiß das eigentlich Ihr Kollege Prochaska! - Abg Susanne Jerusalem: So schauen Sie auch aus!)

Uns geht es darum, daß wir das nicht nur als Oppositionspartei getan haben, sondern auch durch unsere Arbeit in diesem Haus in den letzten 14 Monaten (Abg Günter Kenesei: Es muß eine Geheimstrategie sein, die Sie verfolgen!), zum Beispiel durch die Entpolitisierung durch den Kulturstadtrat (Abg Günter Kenesei: Haben Sie ihn aus der Partei ausgeschlossen? - Abg Mag Hilmar Kabas: Ist der Marboe schon aus Ihrer Partei ausgetreten?), zum Beispiel durch die Möglichkeit der Einsichtnahme in Vergabefragen des Planungstadtrats und Landeshauptmann-Stellvertreters oder in der Art der Vorsitzführung der Landtagspräsidentin.

Das heißt, wir haben sehr wohl gezeigt, daß wir eine Veränderung herbeiführen wollen. Wir sind in diesen Gesprächen auch darum bemüht, eben in der Frage, wie es mit dem Aktenspiegel ausschaut, oder wie es mit Minderheitenrechten hinsichtlich der Prüfung durch Rechnungshof und Kontrollamt ausschaut. Auch in dieser Frage - da kann ich meinem Vorräder nur Recht geben - überlegen wir uns, wie wir eine verfassungskonforme Lösung finden können. Daher unser Vorschlag hinsichtlich einer eigenen Kommission.

Aber so, daß man sagt, uns ist es egal, ob Wien eine Gemeinde ist und ob das auf Gemeindeebene geht oder nicht, ob wir auf Wiener Ebene - darum geht es hier - Zivil- und Strafrecht anwenden, was die Verfassung ganz klar verbietet, sehen wir die Verhandlungen leider nicht. Es ist leider so, daß sich die GRÜNEN lediglich in fünfeinhalbstündigen Reden ergehen, um anderen Oppositionsparteien die Möglichkeit der Artikulation zu nehmen. Ähnlich geht es in diesen Geschäftsaufnahmenverhandlungen zu, wo ich sagen muß, daß ein sehr konstruktives Klima von allen Fraktionen herrscht, man aber von den GRÜNEN per Medien immer wieder das gleiche hört, nämlich, daß es Untersuchungsausschüsse geben muß, ohne zu klären, wie man sie tatsächlich rechtlich definiert, wie wir es eben schaffen, aufgrund der bundesverfassungsrechtlichen Vorgaben, eine solche Lösung zustande zu bringen, oder wie es mit den Fragen des Zivil- und Strafrechts hinsichtlich einer gerichtlichen Vorgangsweise überhaupt möglich ist.

Es ist eben nicht möglich. Wir wollen aber die Kontrolle tatsächlich stärken. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, lade ich die GRÜNEN ein, endlich in die Verhandlungen über eine Stärkung der Kontrollmöglichkeiten im Sinne der Bürger einzutreten.

Wenn die Fragestellung lautet, wer die Einrichtung von Kontrollmöglichkeiten verhindert und warum, dann kann ich nur sagen, die GRÜNEN sind es, die in diesem Hause verhindern, daß substantielle Verhandlungen über die Stärkung der Kontrollmöglichkeiten tatsächlich in Gang kommen! (Beifall bei der ÖVP. - Abg Mag Christoph Chorherr: Nicht wir sind es! Die ÖVP ist es!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Red-

ner hat sich Herr Abg Mag Hilmar Kabas zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Mag Hilmar Kabas (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die SPÖ ist jahrzehntelang an der Macht. Dadurch hat sie auch jahrzehntelang versucht, Kontrolle abzublocken, was ganz klar ist, weil sie doch sehr viele Mißstände zu verantworten hat und natürlich nur ein sehr geringes Interesse daran hat, daß auch aufgeklärt wird. Wir sind - das haben die Vorredner schon gesagt - von einer demokratischen Kontrolle noch sehr weit entfernt. Beim Ausbau der Minderheitenrechte treten wir etwa noch immer auf der Stelle.

Aber ein Instrument verweigert jetzt - das zeichnet sich bedauerlicherweise wieder ab, daß sie es nicht haben will - die SPÖ, nämlich den Untersuchungsausschuß. Gerade dieser wäre notwendig, zur Aufklärung großer, verzweigter, verfilzter Skandale und vor allem zur Feststellung der politischen Verantwortung daran. Das wäre äußerst wichtig, denn wenn das verantwortliche Regierungsmitglied - Stadtrat, Bürgermeister - versagt, müssen eben auch die Konsequenzen - etwa des Rücktritts - gezogen werden. Genau davor hat die SPÖ verständlicherweise Angst. Sie blockt daher alles mit einem Njet ab.

So bleiben viele Skandale - die leider Gottes eine permanente Kette in dieser Stadt bilden - im Halbdunkeln oder überhaupt unaufgeklärt stecken, die Verantwortlichkeiten werden negiert, etwa bei Fragen über Vorgänge beim U-Bahn-Bau, bei den Oshaftungen der Stadt und - ganz aktuell - beim Teleges-Skandal.

Gerade dieser "Teleges-Skandal" zeigt, wie wichtig ein Untersuchungsausschuß wäre, wie sehr aufklärungsbedürftig es wäre, wie nämlich der Geschäftsführer der Teleges - ein SPÖ-Gemeinderat aus Gablitz - diese Millionenschäden durch seine sozialistischen Verbindungen in Wien anrichten konnte, etwa inwieweit der jetzige Innenminister mit seiner ehemaligen Firma verstrickt war, daß die sozialistische Verwaltung nicht - wie der Herr Bürgermeister gemeint und behauptet hat - Opfer anstatt Täter ist, sondern daß die SPÖ und ihre Stadträte sehr wohl schuld sind und Verantwortung dafür tragen, daß diese Firma von der Gemeinde beauftragt worden ist. Diese Firma ist schließlich nicht von der Opposition beauftragt worden, sondern seit 1981 von der Regierung, und sie hat Millionenaufräge zugeschanzt bekommen. Die Kontrolle durch die Regierung hat - das wurde jetzt auch zugegeben - in diesem Fall überhaupt nicht funktioniert.

Sich dann hinzustellen - das wurde heute schon gesagt - und sich beim Steuerzahler für die durch Mißwirtschaft - man sagt auch durch Korruption - entstandenen Millionenschäden zu entschuldigen, ist einfach zu wenig, um nicht zu sagen, ein Hohn! Hier ist eigentlich der Rücktritt des dafür zuständigen und verantwortlichen Stadtrats am Platz! (Beifall bei der FPÖ.)

Aber genau diesen einzigen richtigen Schritt tun Sie nicht, und genau das könnte man mit Untersuchungsausschüssen viel besser herausarbeiten.

Die Sozialdemokratische Partei hat eine Reihe von Ausreden entwickelt, warum sie Untersuchungsausschüsse nicht will, aber der wahre Grund ist, weil sie Angst und Sorge davor hat, daß es zu ernsthafteren Konsequenzen als bisher kommen würde.

Daß die ÖVP von ihrer früheren Forderung nach der Möglichkeit von Einsetzungen von Untersuchungsausschüssen abgerückt ist, ist aus der Konstruktion der kleinen Koalition verständlich. Das macht es aber nicht besser und das ist bedauerlich. Aber vielleicht kann man hier noch Überzeugungsarbeit leisten. (Abg Mag Franz Karl: Herr Kabas, uns brauchen Sie nicht zu überzeugen!) Die Abwesenheit des Klubobmanns Prochaska zeigt, daß er vielleicht schon nachdenkt und in sich geht.

Daß sich die Sozialisten als Machthaber zu Recht vor Einsetzungen von Untersuchungsausschüssen fürchten, ist klar, weil dadurch so mancher ihrer Stadträte gehen müßte. Aber das würde die Arbeit in der Stadt jedenfalls wesentlich bessern. Daher werden wir uns weiterhin für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen einsetzen! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Schuster zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Godwin Schuster (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte eingangs zwei Bemerkungen machen, die, glaube ich, in diesem Zusammenhang notwendig sind. Wenn mein Vorredner in erster Linie über ein Untersuchungsergebnis gesprochen hat, wo ich davon ausgehe, daß - so wie er gesprochen hat - er es nicht gelesen hat, bedaure ich es, daß er das in diesem Zusammenhang hier und heute macht, weil das Thema ein anderes ist. Ich bedaure es auch deshalb, weil, hätte er es gelesen, er wüßte, daß im Ergebnis der Untersuchung des Kontrollamts eindeutig steht, daß eine Verbindung zu einer Parteienverantwortlichkeit - wie er es sagt - nicht gegeben ist, überhaupt nicht herzustellen ist. (Abg Dr Wilfried Serles: So ein Unsinn!) Das, was hier konstruiert wird, ist meines Erachtens nichts anderes, als, wenn ich schon unrecht habe, muß ich ganz einfach trotzdem behaupten, ich hätte weiterhin recht.

Die zweite Eingangsbemerkung: Ich glaube, daß Kollege Chorherr mit dem Thema, das er heute in den Mittelpunkt dieser Aktuellen Stunde gesetzt hat, etwas gemacht hat, was er bei vorhergehenden Verhandlungen dem Liberalen Forum vehement vorgeworfen hat, nämlich, daß er eine Vereinbarung, die wir getroffen haben, daß wir Gespräche führen, bis wir ein Ergebnis haben, das auch terminiert ist, vorzeitig in die Öffentlichkeit tragen muß und nicht abwarten möchte, was bei den Gesprächen um eine neue Regelung für unseren Gemeinderat herauskommt.

Ich bedaure dies wirklich sehr und sehe auch heute nicht die Dringlichkeit im großen Vordergrund. Ich kann nur sagen, die SPÖ hat in dieser Stadt größtes Interesse daran, daß die Kontrolle tatsächlich funktioniert.

Wir haben hierfür Einrichtungen, von denen ich hoffe, daß sie in der Form, wie sie arbeiten, auch von den anderen Abgeordneten gewürdigt werden.

Ich glaube, daß das Kontrollamt, das in dieser Stadt arbeitet, eine hervorragende Arbeit leistet, weil es seine Untersuchungen in sehr objektiver Form darlegt, weil es überparteilich, ohne Rücksicht auf irgendwelche Parteieninteressen, arbeitet und weil es das Ergebnis sehr korrekt darstellt. Ich glaube, daß kein einziger von uns nur im geringsten anzweifelt, daß diese Arbeit eine sehr positive ist.

Unsere Aufgabe ist es, daß wir aus den Ergebnissen der einerseits sehr regelmäßig, unaufgefordert stattfindenden Untersuchungen - wir sind kein Entwicklungsland, wie das behauptet wurde - sowie andererseits aus den von uns allen gewollten Untersuchungen (Abg Dr Wolfgang Alkier: Von Ihnen gewollt!) die entsprechenden Schlüsse ziehen. Ich weiß, daß es auch unser Interesse ist, aufgezeigte Mängel zu beseitigen und noch mehr Effizienz innerhalb der Verwaltungsabläufe zu erreichen. Kein vernünftiger Mensch hat ein Interesse daran, negative Entwicklungen fortzuschreiben, zu vertuschen oder zu rechtfertigen. Kein vernünftiger Mensch sollte aber auch - den Eindruck habe ich vor kurzem noch nicht gehabt, daß das für alle zutrifft - Interesse haben, die Öffentlichkeit trotz Fehlens von Hinweisen in einem Kontrollamtsbericht weiterhin mit Verdächtigungen oder bewußten Falschmeldungen zu informieren. Dies passiert leider manchmal doch.

Wir haben uns - das wissen alle Parteien in diesem Haus - für den Ausbau von Oppositionsrechten eindeutig ausgesprochen. Wir haben dies nicht nur bei den Gesprächen um eine neue Geschäftsordnung gemacht, sondern wir haben das auch in aller Öffentlichkeit schon vorher dokumentiert. Das ist auch ein Bestandteil des Koalitionsübereinkommens. Wir haben auch die Wirkung und die Möglichkeiten von Kontrollenrichtungen in Österreich im Kontrollausschuß gemeinsam diskutiert und genau das Gegeht von dem festgestellt, was heute hier geäußert wurde, nämlich, daß wir keinen Vergleich zu den Bundesländern scheuen müssen.

Wir sprechen uns gegen einen Untersuchungsausschuß deshalb aus, weil im Gegensatz zu den anderen Bundesländern der Wiener Landtag keine Budgethoheit hat. Die Wiener Stadtverfassung müßte insgesamt und generell geändert werden.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist um.

Abg Godwin Schuster (fortsetzend): Ich komme schon zum Schluß.

Wir haben den Kontrollausschuß und die Rechnungshofprüfungen, dessen Leiter im Kontrollausschuß - wie nicht in den anderen Bundesländern selbstverständlich - weisungsfrei eine hervorragende Arbeit leisten kann. Und wir haben die einzelnen Ausschüsse, insbesondere den Finanzausschuß, der gemäß Wiener Stadtverfassung auch berechtigt ist, die Kontrolle der

Gebarung aller städtischen Einrichtungen wahrzunehmen und zu sichten.

Jeder von uns ist aufgerufen, diese Arbeit zu tun. Wir brauchen dazu sicherlich keine öffentlichen Schauprozesse oder sonstiges mehr! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Alkier gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Dr Wolfgang Alkier (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zuerst ein paar Bemerkungen zu den bisherigen Beiträgen:

Punkt eins: Daß ständig moniert wird, wo Herr Prochaska ist, halte ich nicht für notwendig. Ich glaube, daß Kollege Tschirf in aller Deutlichkeit und Repräsentanz gezeigt hat, wie der Zustand dieser ehemals staatstragenden Partei ist, die früher - als Opposition - gefordert hat, daß es Untersuchungsausschüsse gibt. (Abg Mag Franz Karl: Ha, hal)

Punkt zwei: Wieso nur Herr StR Rieder? Wieso wird ständig nur sein Auftritt zitiert, wo er vor die Steuerzahler getreten ist und sich entschuldigt hat?

Das ist immerhin schon etwas gewesen. In Wirklichkeit geht die "Teleges-Geschichte" auf einen Zeitraum und in einen Bereich zurück, wo StR Rieder überhaupt nichts damit zu tun gehabt hat. Die ganze Beauftragungssache der Teleges geht letztlich in den Bereich der MA 34 - nunmehr MA 23 - zurück. Damit ist ein anderer Stadtrat heutzutage befaßt, von dem ich zu der ganzen Sache praktisch überhaupt nichts gehört habe.

Schließlich ist auch ein Bürgermeister damit befaßt oder damit zu befassen, weil er für den gesamten Bereich der Gemeinde zuständig ist. Teleges ist nicht nur ein Spitalsskandal, sondern Teleges ist ein Skandal zwischen der Gemeinde Wien und einer Firma, die alle möglichen Sachen gespielt und ausgenutzt hat. Und was hören wir von diesem Bürgermeister? - "Wir sind Opfer und nicht Täter." - Das ist etwas, wo es mir sehr schwer fällt, nicht genauer darauf einzugehen, aber das könnte sonst vielleicht mißverstanden werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 51 Jahren hat die SPÖ die Alleinregierung. Seit 51 Jahren hat die SPÖ diese Stadt in vielen Bereichen so behandelt, als würde sie ihr gehören. Das sind nun die Konsequenzen. Da braucht man nicht zu hinterfragen und nicht darüber zu diskutieren, ob der Kontrollamtsbericht festgestellt hat, daß es Verbindungen zwischen der SPÖ und dieser ganzen Sache gibt oder nicht. (Abg Godwin Schuster: Hat er es?)

Das ist aus diesem Bericht nicht zu erwarten und nicht herauszulesen. Oder stellen Sie sich von einer Kontrollamtsprüfung vor, daß der Kontrollamtsdirektor hingehst und sagt: "Entschuldigen Sie, Sie sind doch von der SPÖ. Haben Sie mit der Sache vielleicht etwas zu tun?"

Das kann nicht das Ergebnis eines Kontrollamtsbe-

richts sein. Das ist nicht zu erwarten. Solche Dinge wären unter anderem in Untersuchungsausschüssen zu klären. Deshalb wundert es mich unter anderem nicht, wieso die SPÖ so strikt dagegen ist.

Aber überlegen wir uns doch einmal, wovor Sie bei diesem Thema "Untersuchungsausschüsse" oder "Untersuchungskommissionen" wirklich Angst haben, nämlich, daß man die Wahrheit findet, daß man Konsequenzen ziehen müßte, daß sich etwas an diesen unbeschreiblichen Zuständen herausstellen oder ändern würde.

Gehen wir doch auf die Teleges ein. Was würde bei einem solchen Ausschuß unter Umständen herauskommen? - Die Fragestellung: War es wirklich nur Naivität? Oder war es eine Täuschung? Was soll sich wirklich ändern? Wer ist wirklich verantwortlich? Sind wir wirklich nur Opfer? Oder sind wir vielleicht auch Mittäter? Oder wer waren die Zuseher, die uns in diese Opferrolle gebracht haben?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Befund der ganzen Kontrollmöglichkeit in Wien ist im Moment nach wie vor ein sehr trauriger und tragischer. Man muß in Wien eine anonyme Anzeige schreiben und diese anonyme Anzeige nach Möglichkeit an das Kontrollamt oder - noch besser - an den Rechnungshof schicken, auf jeden Fall in Kopie an die Medien und zumindest an das Liberale Forum. Nur so kommt überhaupt etwas in Bewegung. Oder glauben Sie, daß wir als Liberales Forum im Kontrollausschuß eine Kontrollamtsprüfung der Teleges durchgebracht hätten?

Ich wette 1,50 S mit Ihnen, daß dieser - wie 32 andere Anträge - von der Mehrheit abgelehnt worden wäre. (Abg Mag Franz Karl: Aber 1,50 S ist kein hoher Einsatz!) Das ist der Befund, daß man anonyme Anzeigen mit Kopien an Medien und an Oppositionsparteien schreiben muß, damit überhaupt einmal eine solche Untersuchung stattfinden kann. Und das ist einmal die Kontrollamtsprüfung, welche noch lange nichts mit einem Untersuchungsausschuß zu tun hat, der - da brauche ich mich wirklich nicht mehr mit den meisten Vorrednern zu wiederholen - wirklich eine Notwendigkeit wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

"Der entscheidende Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Diktatur liegt im Umgang mit der politischen Minderheit. Äußerlich demokratische Formen finden sich oft in totalitären Regimen. Es gab auch immer wieder Diktaturen, die die Mehrheit hinter sich hatten. Erst wenn eine regierende Kraft bereit ist, sich der wirksamen Kontrolle durch eine mißtrauische Opposition auszusetzen, darf sie sich wahrlich demokratisch nennen."

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Zitat stammt aus einem Leitartikel einer großen Wiener Tageszeitung aus dem Mai des vorigen Jahres. Bitte nehmen Sie sich das zu Herzen! (Abg Mag Sonja Wehseley: Und was schließen Sie daraus?) Ich schließe daraus, daß die Mehrheit in diesem Haus in der Lage sein müßte, so demokratisch zu agieren und so demo-

katisch zu denken, daß sie das Instrument der Untersuchungsausschüsse in Zukunft zuläßt. Und ich sehe nach wie vor eine historische Chance für die ÖVP, daß sie nunmehr dazu bereit ist und mit einer Oppositionspartei dies ermöglicht.

Im Übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird das Liberale Forum dafür sorgen, daß die Tage der Partiebuchwirtschaft in Wien gezählt sind! (Beifall beim Liberalen Forum.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Kenesei gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Günter Kenesei (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wurde viel zum Thema Untersuchungsausschüsse und warum sie notwendig sind gesagt, leider - wie immer - nur von den Oppositionsparteien. Eine eher als Verteidigungsrede zu bezeichnende Wortmeldung des Kollegen Schuster und eher schwache bis hilflose Argumente des Kollegen Tschirf haben bewiesen, daß sowohl diese Stadtregierung, als auch ihre Mandatinnen und Mandatare überhaupt nicht mehr in der Lage sind zu erkennen, was in der Öffentlichkeit als Kontrolle, als Kontrollfunktion oder als ordnungsgemäß funktionierende Stadtverwaltung wahrgenommen wird.

Herr Kollege Schuster sprach davon, daß er keine öffentlichen Schauprozesse möchte und meinte, daß das Kontrollamt - diesem einen kurzen Satz stimme ich zu - gute Arbeit leistet, gleichzeitig aber vergaß er dazuzusagen, daß das Kontrollamt eigentlich nur begrenzte Möglichkeiten hat. Wenn wir uns die Geschäftsordnung ansehen, so hat das Kontrollamt keine Möglichkeiten, bei Firmen Einschau zu nehmen, auf Unterlagen zurückzugreifen, und es basiert überhaupt nur auf Freiwilligkeit, an Unterlagen heranzukommen.

Wenn man sich nur als ein Beispiel beim Fall Teleges die Einleitung zu Gemüte führt, wo das Kontrollamt selbst sagt, daß es intern im Haus auf Unverständnis gestoßen und förmlich gegen eine Mauer gerannt ist, weil jeder gesagt hat, nein, bei der Teleges ist ohnedies alles in Ordnung, da braucht ihr nichts untersuchen. Nun gibt es doch einen guten und ausgezeichneten Teilbericht - ich nenne das einen Teilbericht -, im Rahmen der Möglichkeiten, die das Kontrollamt und der Kontrollamtsdirektor hatten, um einen Bericht vorzulegen. Wir sind aber bei weitem noch nicht dort angelangt, wo ein Ende der Affäre abzusehen ist.

Und ich frage mich, und das tut sich die Öffentlichkeit zusehends, Herr Klubobmann Hatzl und auch die ÖVP, die aber maximal im Windschatten der SPÖ mitsegelt und schon lange keine eigene Meinung mehr zu diesem Thema hat, wovor oder vor wem fürchtet sich die SPÖ? Es kann doch nicht sein, daß Oppositionsrechte mit Brachialgewalt erkämpft werden müssen, wo alle in dieser Stadt sagen, das ist eine Selbstverständlichkeit. Wo kann geklärt werden, daß es über Jahre hindurch im Krankenanstaltenverbund kein Controlling gegeben hat, wie es so schön in dem Bericht heißt? Wer hat entschieden, daß diese Controlling-

Stelle nicht eingerichtet wird? Wo wurde die politische Entscheidung getroffen, daß Controlling im KAV nicht notwendig ist? Jetzt werden alle Maßnahmen getroffen, daß eine solche Controlling-Stelle eingerichtet wird.

Oder, wer hat die Personalentscheidungen im Hinblick auf die jetzt so heftig kritisierten Direktoren und im Spitalsbereich tätigen Personen getroffen? - Da gibt es ja klare politische Verantwortlichkeiten. Es ist ja nicht durch Zufall geschehen, daß jene Herren an diese Positionen gelangt sind. Wer hat den Krankenanstaltverbund-Generaldirektor bestellt? Wer ist mit dem Vorschlag gekommen, das sei der Beste? - Herr StR Rieder, Sie werden sich doch noch an Ihre Presseaussendungen über die Bestellung der technischen Direktoren und der Verwaltungsdirektoren in den einzelnen Spitätern erinnern, wo Sie sie als toll, grandios und "das sind die Besten, die wir haben", beschrieben haben.

Man kann sich schoninstellen - das anerkenne ich auch als einen ersten ehrlichen Schritt -, um zu sagen, das Mindeste ist, daß ich mich jetzt einmal bei jenen entschuldige, die die Geschädigten sind und das sind die Wiener Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Aber der zweite Schritt muß sein, auch für sich selbst zu überlegen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, beziehungsweise - und das haben der Kontrollamtsbericht zur Causa Teleges, aber auch die Diskussionen, sei es nun der U-Bahn-Bau, sei es die Osthilfe, immer wieder gezeigt - es müssen Instrumente geschaffen werden, um die Kontrollmöglichkeiten ausweiten zu können. Denn es müßte auch in Ihrem Interesse liegen, Herr StR Rieder, und im Interesse der SPÖ - ob das im Interesse der ÖVP ist, ist mir beim derzeitigen Zustand dieser Partei nicht wirklich klar -, weitere Aspekte auf die Tagesordnung zu bringen. Denn es steht mittlerweile durchaus Aussage gegen Aussage in diesem Teleges-Fall. Da wird von Herrn KommR Knoll durchaus unterschiedlich dargestellt, wie es zu der Auftragsvergabe gekommen ist, also von den technischen und den Verwaltungsdirektoren.

Daher wäre es gerade in diesem Fall, aber auch bei der Osthilfe, bei der U-Bahn und in vielen anderen Fällen notwendig, unter Heranziehung dieser Personen, Untersuchungsausschüsse zu haben, um auf der einen Seite die Verantwortung zu klären und auf der anderen Seite tatsächlich die Grundlagen für eine effiziente Kontrolle zu schaffen, um hier im Haus ein Controlling zu installieren. Denn mit halben Informationen, Herr StR Rieder und meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir nur den halben Erfolg haben. Halber Erfolg im Falle Teleges würde heißen, daß nicht 17 Millionen S in den Rauchfang zu schreiben sind, sondern nur 8,5 Millionen S. Bei Gott noch immer viel zu viel, um es beim Fenster hinauszuschmeißen. Daher kann die Forderung nur lauten: Wien braucht so rasch wie möglich das Instrument der Untersuchungsausschüsse.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren ...

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist um!

Abg Günter Kenesei (fortsetzend): ... der Regierungsparteien, werden Sie endlich munter und nehmen Sie zur Kenntnis, daß sich die Öffentlichkeit das nicht mehr länger gefallen lassen wird. Daher die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen so rasch wie möglich als Oppositionsrecht hier in diesem Haus. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag Karl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Franz Karl (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Titel der heutigen Aktuellen Stunde müßte sinnvollerweise heißen: "Warum verhindern SPÖ und GRÜNE die Einführung von Untersuchungsausschüssen in Wien?" (Heiterkeit bei Abg Günter Kenesei.)

Ich halte die genommene Fragestellung der grünen Fraktion ganz einfach für eine Frechheit. (Abg Mag Christoph Chorherr: Wir sind ja nicht in der Unterkommission! - Abg Günter Kenesei: Wir bringen den Initiativantrag noch heute zusammen!) Das Motto der GRÜNEN heißt: "Sogar die Verfassung stehet still, wenn unser grüner Arm es will." Wir GRÜNE interpretieren uns unsere Verfassung selbst, und zwar immer so, wie sie uns in den Kram paßt. Und auch die Gesetze sind für uns nur dann bindend, wenn sie unserem Zweck dienen, sonst sind sie zu ignorieren und die Geschäftsordnung ist uns überhaupt egal. Dies hat sich zwar seit dem Abgang von Herrn Pilz um ein Nuancerl verbessert, aber nicht wesentlich.

Ich sage Ihnen eines, Kollege Chorherr, um auf Ihren Unterschichtenjargon, wie "die ÖVP-Verhandler sind Waschlappen", zurückzukommen, diesen Waschlappen werden Sie von mir noch ordentlich um die Ohren bekommen, das kann ich Ihnen sagen. (Heiterkeit bei Abg Günter Kenesei. - Beifall bei der ÖVP.)

Ich meine, in diesem Fall haben Sie sich ohnedies fast einer vornehmen Diktion befleißigt, wenn ich an die "Mörder und Verbrecher" in einer anderen Angelegenheit denke. Aber Sie pflegen - vor allem in den Medien - Ihren Heiligschein, der nichts anderes als Scheinheiligkeit ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun, ich möchte noch einmal hervorheben - trotz der Wortmeldung des Kollegen Alkier -, daß sich das Liberale Forum und die FPÖ in dieser Frage doch durch einen konstruktiven Verhandlungsstil wohltuend von den GRÜNEN unterscheiden. Die GRÜNEN haben mit Ihrem Verhandlungsstil erst die kleinen Fortschritte, die wir auch beim Kollegen Hatzl herausgearbeitet haben (Abg Mag Hilmar Kabas: Das war sicher schwer genugl - Heiterkeit bei Abg Günter Kenesei.), wieder um Jahre zurückgeworfen.

Ich sage noch einmal, die ÖVP bekennt sich zu einem Untersuchungsinstrument, wir haben es Untersuchungskommission genannt. Aber, meine Damen und Herren, nehmen Sie das auch zur Kenntnis: Sie haben

es im rot-grünen "Sideletter" ja auch nicht geschafft, mit den Sozialdemokraten irgend etwas in dieser Sache festzuhalten.

Und im Koalitionsvertrag steht: "In diesen Fragen ist nur eine gemeinsame Vorgangsweise der Koalitionsparteien möglich." Und wir sind - zum Unterschied von den GRÜNEN und anderen hier im Haus - pakttreu. (Abg Günter Kenesei: *Pakttreu!*) Auch wenn es uns vielleicht nicht passen sollte. Auf die Leimroute des Kollegen Chorherr: "Beschließen wir doch zu viert gegen die SPÖ", werden wir nicht gehen, in die kann er sich nur selber hineinsetzen und picken bleiben. (Abg Johannes Prochaska: *Das möchte er ohnehin!*)

Die richtige Vorgangsweise wäre gewesen, mit diesen Fragen - wie es übrigens auch vereinbart war - nicht in die Öffentlichkeit zu gehen, sondern in vernünftigen Verhandlungen, insbesondere Herrn Klubobmann Hatzl zu überzeugen, daß es in irgendeiner Form eine Möglichkeit geben sollte. (Abg Günter Kenesei: *Dann wünsche ich Herrn Klubobmann Hatzl ein langes Leben, damit wir das noch erleben!*) Ich gebe schon zu, daß Untersuchungsausschüsse, die wir auch einmal in Oppositionszeiten - ohne vielleicht die Verfassung genau zu beachten - verlangt haben, in dieser Form schwierig sind. Aber wir haben gesagt, wir wollen ein Untersuchungsinstrument und das, meine Damen und Herren, ist das Entscheidende und wir haben sicher nichts zu verbergen. Es kann alles untersucht werden, wenn es im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten liegt.

Darum sage ich noch einmal ganz deutlich, meine Damen und Herren, die ÖVP ist durchaus für ein Untersuchungsinstrument. Es muß aber gesichert sein, daß auf der einen Seite dieses Untersuchungsinstrument nicht in typisch grüner Art und Weise für eine Hexenjagd und ähnliche Dinge verwendet wird, und auf der anderen Seite muß sichergestellt sein, daß der durchaus berechtigte Wunsch nach Kontrolle erfüllt wird. Für diese Dinge sind wir wirklich offen. (Abg Günter Kenesei: *Es wird keine Hexenjagd geben!*) Es wird in diesem Sinne keinen Vier-Parteien-Antrag geben, weil wir pakttreu sind, aber wir sind durchaus bereit, in vernünftigen Verhandlungen unseren Koalitionspartner in diese Richtung zu führen. (Abg Günter Kenesei: *Keine Hexenjagd! - Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Serles gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Dr Wilfried Serles (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn es im Stall stinkt, dann weiß der Bauer, was er zu tun hat. Dann greift er nämlich nach dem großen Besen und nach der großen Schaufel und dann wird Ordnung gemacht und zusammengekehrt und möglicherweise steigt während dieses Reinigungsprozesses kurz einmal die Geruchsbelästigung, aber danach herrscht wieder Ordnung.

Auch im Fall Teleges war die Geruchsbelästigung enorm und als die Geruchsbelästigung dieser Sauerei

so groß war, daß sie in der ganzen Stadt bemerkbar war, gab es in der SPÖ erste zaghafte Versuche, hier aufzuräumen, allerdings mit unzureichendem Instrumentarium. Herr StR Rieder hat überhaupt falsches Werkzeug zum Reinmachen eingesetzt. Er hat eine Personalkommission eingesetzt, bestenfalls ein kleines Beserl, und hat damit vielleicht einen Zentimeter in diesem großen Stall ausgekehrt, aber nicht mehr als einen Zentimeter. Er hat überhaupt keinen Beitrag zur Wahrheitsfindung in dieser Angelegenheit geleistet, hat bestenfalls eine medienpolitische Flucht nach vorne und aus der politischen Verantwortung angetreten, aber auch nicht mehr.

Auch ein größerer Rechen, ein größeres Instrument trat in Aktion - der Herr Kontrollamtsdirektor wird mir diesen Vergleich gestatten -, es trat nämlich das Kontrollamt in Aktion. Und dem Kontrollamt gelang es durchaus, gewisse Ordnung in diese Affäre Teleges zu bringen. Aber genauso wenig, wie man mit einem großen Rechen Sand schaufeln oder feine Gegenstände ordnen kann, genauso wenig konnte das Kontrollamt mit dem begrenzten, ihm zur Verfügung stehenden Instrumentarium, Licht ins Dunkel der Causa Teleges bringen.

Es ist nicht Sache des Kontrollamts, politische Verantwortung zu klären und das Kontrollamt kann das System der Verhaberung, das zwischen dem Bericht des Kontrollamts hindurchschimmert, letztlich nicht klären. Das heißt, meine Damen und Herren, es fehlt in dieser Stadt, und darauf haben meine Vorredner schon hingewiesen, das geeignete Instrument, die Causa Teleges abschließend zu klären, nämlich der Untersuchungsausschuß. Nur der Untersuchungsausschuß kann politische Verantwortlichkeiten klären und es ist völlig klar, und diese Antwort möchte ich aus meiner Sicht geben, warum in Wien der Untersuchungsausschuß nicht erwünscht ist. Er ist deswegen nicht erwünscht, weil die SPÖ den Staub der vergangenen Jahre nicht aufwirbeln will, weil es der SPÖ peinlich ist, wenn die Strukturen der Verhaberung, der Verfilzung, mit denen wir jetzt im Fall Teleges konfrontiert werden, aufgedeckt werden.

Herr Klubobmann Hatzl, wenn Sie als letzter Redner in dieser Aktuellen Stunde ans Rednerpult treten werden, dann können Sie bestenfalls den Staub zusammenkehren, den die Redner hier aufgewirbelt haben, die zentimeterdicke Staubschicht in der Causa Teleges, sie bleibt unangetastet. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner ist Herr Abg Hatzl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann Hatzl (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Nur zur letzten Bemerkung eine Bemerkung: Selbst wenn es uns nicht gut gehen sollte, was hier nicht zutrifft, sind wir im Saubermachen besser als die Freiheitlichen, das können Sie mir glauben.

Zweitens und zum Tatsächlichen: Die SPÖ hat sich immer zu sinnvollen und tauglichen Minderrechtsrechten

bekannt und auch entsprechende Möglichkeiten, selbst in jener Zeit, wo sie über die absolute Mehrheit verfügt hat, eingeräumt. Ich erinnere an die Klubs, an die sehr niedere Struktur für Klubstärken, daran, daß jede Fraktion im Kontrollausschuß vertreten ist, an die Ersatzmitglieder in den Gemeinderatsausschüssen, besonders interessant für die Kleinstfraktionen, denn wenn einer fehlt, wäre sie überhaupt nicht vertreten gewesen. In diesem Zusammenhang darf ich auch daran erinnern, daß wir immer auf den Vorsitz im Kontrollausschuß - jetzt sogar auf Stellvertretung - verzichtet haben. (Abg Mag Christoph Chorherr: Sie haben auf den Vorsitz verzichtet? - Abg Godwin Schuster: Sicherl - Abg Ilse Forster: Immerl)

Wir haben weiters zugesagt, daß wir Lösungen für weitere Bereiche suchen, die notwendig sind. Lösungen, die man vorzunehmen hat, die man entwickeln kann, ohne daß das erfüllt wird, was Sie sich vorstellen: Die Verpolitisierung des Rechnungshofs und des Kontrollamts. Weil wir diese als besonders unabhängige Einrichtungen weiterhin schätzen und in diesem Zusammenhang auch für die Zukunft gesichert haben wollen. Das sind in Wirklichkeit unsere Beweggründe, warum wir manches von dem, was Sie sich vorstellen, auch in diesem Zusammenhang nicht mittragen. Jedoch dort, wo es sinnvoll ist, wie Antragsrechte, Bereiche zur Einleitung von Prüfungen, das wissen Sie, das haben wir zugesagt, auch wenn Sie es heute anders darstellen, sind wir gesprächsbereit.

Gelegentlich habe ich den Eindruck, daß Herr Chorherr im Jänner versucht, die Gespräche unbedingt platzieren zu lassen. Ich weiß nicht aus welchem Grund. Erfolg haben Sie bei mir sicher nicht. Wir werden weiter reden, auch wenn Sie es möglicherweise in diese Richtung provozieren. Wir werden ja dann sehen, wie das Ergebnis ist. Fallweise habe ich überhaupt den Eindruck, wie wenn manche auf der grünen Seite wie irakische oder andere Mullahs auftreten: Rufen, zündeln und trotzdem nicht recht haben, das ist ein bißchen der Stil, der sich hier dokumentiert.

Ich will auch noch zu den geäußerten Wortmeldungen einige wenige Bemerkungen treffen. Ich habe den Eindruck, daß beim Kollegen Kenesei etwas entstanden ist, das lautet, Rückzugspolitik auch in der Frage Teleges anzutreten. Dies gilt auch für andere, weil sich der Hauptvorwurf der politischen Verantwortung auch durch diesen Bericht nicht erhärtet hat. Jetzt muß man die Niederlage verschleiern, weil diese politischen Vorwürfe mißlungen sind. (Abg Günter Kenesei: Was ist an dem Kontrollamtsbericht eine Niederlage?)

Dies ist ein Bereich, den man in diesem Zusammenhang auch ansprechen muß. Wenn heute kritisiert wird, da geschieht manches im Halbdunkel, dann möchte ich sagen, es ist nicht die Regierung, die das Licht abdreht (Abg Günter Kenesei: Sind Sie nicht mehr in der Lage, Kontrollamtsberichte objektiv zu lesen?), sondern die Opposition selbst, weil sie meint, daß dann die Menschen durch klares Licht nicht erken-

nen können, was richtig ist und versucht, durch diesen politischen Schachzug manches zu verändern.

Noch ein Wort: Wenn heute vom freiheitlichen Redner darüber gesprochen wurde, was der Teleges seit 1981 zugeschanzt wurde, dann möchte ich zumindest behaupten, meinem Wissensstand und meinen Informationen nach, waren das Entscheidungen, die in den Gemeinderatsausschüssen, wo das bestimmt wurde, zum damaligen Zeitpunkt immer einstimmig, also auch mit Zustimmung der Freiheitlichen getroffen wurden. Hier vom Zuschanzen zu reden, ist ein starkes Stück.

Herr Kollege Alkier, auch zu Ihnen eine Bemerkung: Natürlich, wer nicht sehen will, sieht nicht. Wer nicht hören will, hört nicht. Da bleibt von den drei Bereichen, die es gelegentlich in fabelhafter Darstellung gibt, nur das Reden über. In Ordnung, trotzdem muß man nicht recht haben. Wir haben keine Angst vor dem Ausbau von Kontrollrechten. Wir haben auch keine Angst vor dem Ausbau von Oppositions- und Minderheitsrechten. Nur eines wird es weiterhin nicht geben; daß die Minderheit zur Mehrheit wird. Es ist auch unser politisches Recht, dem zu entsprechen, worüber die Bevölkerung in freier Entscheidung bestimmt hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß an schriftlichen Anfragen von den Abgeordneten des Liberalen Forums eine, der Österreichischen Volkspartei zwei, der Freiheitlichen Partei Österreichs eine vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn sind folgende Anträge von Landtagsabgeordneten eingelangt: Von den "Die Grünen - Grüne Alternative Wien" drei und von der Freiheitlichen Partei Österreichs einer.

Abg Mag Gabriele Hecht und PartnerInnen haben einen Antrag, betreffend Abschaffung der Wiener Verwaltungsabgabemarken, eingebracht. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen, und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zu.

Abg Mag Michaela Hack und PartnerInnen haben gemäß § 30 b Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung der Bauordnung, hinsichtlich Benachrichtigung der betroffenen Bürger bei Änderungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, eingebracht. Da dieser Antrag nicht genügend unterstützt ist, ersuche ich jene Mitglieder des Landtags, die diesen Antrag unterstützen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag ist damit genügend unterstützt. Ich weise ihn dem Ausschuß für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zu.

Von der Bezirksvertretung Margareten wurde ein Antrag, betreffend Änderung der Wiener Stadtverfassung, eingebracht. Diesen Antrag weise ich der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Der Ausschuß der Regionen der Europäischen Union hat die Stellungnahme zu "Ansichten der Regionen und Kommunen zur Gestaltung der europäischen Strukturpolitik nach 1999" übermittelt. In Absprache mit dem Landeshauptmann wurde Ihnen diese Broschüre in Kopie zur Verfügung gestellt.

Lhptm Dr Michael Häupl und LhptmSt DDr Görg haben sich gemäß § 16 der Geschäftsordnung zu Mitteilungen mit den Themen "Die Osterweiterung der Europäischen Union" beziehungsweise "Die Rolle Wiens im Europa der Zukunft" zum Wort gemeldet. Die Mitteilungen werden nacheinander erfolgen und die Debatte über diese wird - wie in der Präsidiale vereinbart - gemeinsam durchgeführt.

Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann das Wort.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geschätzter Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einer der wichtigsten Aspekte der Entwicklung der Europäischen Union ist neben der notwendigen Neustrukturierung des Finanzierungswesens und der Fonds der Europäischen Union wohl die politische und wirtschaftliche Einbindung der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU, also das wirtschaftliche, soziale und politische Integrationsvorhaben der Osterweiterung Europas. Es ist dies ein wesentlicher Meilenstein für die Zukunft Europas und veranlaßt mich daher zu dieser Mitteilung an den Wiener Landtag über die aktuelle Diskussion.

Das Ziel eines gemeinsamen Europa, sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht, ist eine zentrale Herausforderung für die Europäische Union, aber natürlich auch für Österreich und Wien. Ich hatte bereits in der Vergangenheit mehrfach die Gelegenheit, mich nicht nur in diesem Hause, sondern auch auf nationaler und internationaler Ebene deziert und grundsätzlich für dieses Vorhaben der Osterweiterung auszusprechen. Auch der Wiener Landtag hat in seiner am 21. Oktober 1997 beschlossenen Deklaration zu aktuellen europäischen Fragen die historische Bedeutung der Erweiterung der Europäischen Union festgestellt und dieses im gesamteuropäischen Interesse gelegene Vorhaben nachdrücklich unterstützt.

Das grundsätzliche Ja zur Osterweiterung sehe ich nicht nur vor dem Hintergrund der Chancen und der Herausforderungen für die österreichische Wirtschaft, der Wachstumsentwicklung, der Exportentwicklung, kurzum der Erweiterung des gemeinsamen Markts, sondern insbesondere auch vor dem Hintergrund, daß dieses ehrgeizige Projekt eine historische Chance ist, eine nachhaltige politische und soziale Friedensordnung in Europa zu erreichen.

Diese Aufgabe der Osterweiterung verlangt Mut und Gestaltungswillen von uns. Denn nur die politische und wirtschaftliche Einbindung der mittel- und osteu-

ropäischen Länder in die Strukturen der Europäischen Union kann stabile und gerechte soziale Verhältnisse in Europa schaffen, die demokratische Entwicklung fortsetzen und eine künftige europäische Zweiklassengesellschaft verhindern und somit umfassend Sicherheit und Frieden in Europa garantieren.

Die Erweiterung der Union muß allerdings auch Hand in Hand mit einer Vertiefung der Union gehen, also der Ausgestaltung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Vertiefung der EU muß drei wesentliche Ziele verfolgen: Die EU als Friedensprojekt, die EU als Beschäftigungsunion und die EU als globale Wirtschaftskraft. Das Projekt der EU-Osterweiterung beinhaltet sowohl für die Arbeitswelt, als auch für die Wirtschaft Chancen und Risken zugleich. Die mittel- und osteuropäischen Länder stellen für die nahe und mittlere Zukunft trotz aller Übergangsprobleme und Schwächen aufgrund des hohen Aufholbedarfs hinsichtlich der Infrastruktur, des Produktionskapitals und des Konsumniveaus eine wichtige Wachstumsregion dar.

Dem Economic Outlook der OECD vom Dezember 1997 ist zu entnehmen, daß das Bruttonsozialprodukt Ungarns von einem Wachstum der letzten Jahre von ein bis eineinhalb Prozent auf ein prognostiziertes Wachstum von drei bis vier Prozent jährlich ansteigen wird. Das Bruttonsozialprodukt Sloweniens wird sich weiterhin auf einem jährlichen Wachstum von zirka vier Prozent stabilisieren und auch das bemerkenswert hohe Wachstum des Bruttonsozialprodukts der Slowakei in den letzten Jahren von bis zu sieben Prozent wird sich auf hohem Wachstumsniveau von vierinhalb bis fünf Prozent halten. In einer ähnlichen Situation wie die Slowakei befindet sich Polen, dessen Bruttonsozialproduktwachstum der letzten Jahre von jährlich sechs bis sieben Prozent auch in den nächsten Jahren auf einem jährlichen Niveau von zirka fünfseinhalb Prozent bleiben wird.

An diesen für die osteuropäischen Länder für die nächsten Jahre prognostizierten hohen Wachstumsraten wird mit Sicherheit auch die heutige EU teilhaben, und mit Sicherheit wird damit auch unser Land, das mit den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern ausgesprochen gute Handelsbeziehungen unterhält, vom Wachstum dieser Länder profitieren. Das belegt auch eine Untersuchung des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung vom Oktober 1997. Das WIFO hat in dieser Untersuchung festgestellt, daß das österreichische Exportangebot mit der Nachfrage der meisten osteuropäischen Länder sehr gut übereinstimmt - die starke Marktposition Österreichs in den Oststaaten ist zu einem Gutteil auf das passende österreichische Exportangebot zurückzuführen - und daß diese Märkte Westens auch in Zukunft potentielle Schwerpunkte des österreichischen Exports sein werden.

Das rasche Wirtschaftswachstum, die wirtschaftliche Prosperität dieser unserer Nachbarländer wird die

Annäherung des Lebensstandards unserer Nachbarn an das Niveau der Europäischen Union bewirken und damit verbunden auch die Verstärkung der demokratiepolitischen Entwicklung beschleunigen. Österreich hat 1 259 Kilometer gemeinsame Grenze mit insgesamt vier osteuropäischen Nachbarstaaten. Das ist mehr als ein Drittel der gesamten Außengrenze der EU zu den mittel- und osteuropäischen Ländern. Das ist fast die Hälfte der österreichischen Staatsgrenzen und das ist länger als es die österreichischen EU-Binnengrenzen sind.

Die wichtigsten österreichischen Ballungszentren liegen in der Nähe der MOEL-Grenzen und rund fünf Millionen Österreicher, also über 60 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung, leben innerhalb von weniger als 100 Kilometer Entfernung zu diesen Grenzen. Zwei Drittel der österreichischen Wirtschaftsleistung werden in diesen grenznahen Regionen erbracht. Es liegt daher auf der Hand, daß die bestehenden Unterschiede in der Wirtschaftskraft der EU beziehungsweise Österreichs einerseits und unserer Nachbarländer andererseits und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Zukunft es erforderlich machen, die Debatte zur EU-Osterweiterung offen, öffentlich und intensiv zu führen. Nur eine intensive Auseinandersetzung mit diesen Vorhaben kann einen raschen Meinungsbildungsprozeß der Wienerinnen und Wiener bewirken.

Eine positive und offene Diskussion hat daher die Vorteile der EU-Osterweiterung zu transportieren, aber auch die Probleme deutlich darzustellen und Lösungsansätze aufzuzeigen. Ein Ziel der Erweiterung der Europäischen Union müßte zunächst die Angleichung des Wohlstands niveaus auf dem hohen EU-Level, als auch der Abbau von Marktverzerrungen und Produktionsverlagerungen sein. (Beifall bei der SPÖ.)

So wie Österreich seinerseits schon ab der Anmeldung seines Interesses zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union - also schon lange vor dem Beginn des Beitritts im Jahre 1995 - gegenüber der EU signalisiert hat, seinen relevanten Rechtsbestand an die Regeln der Europäischen Union fruestmöglich anzupassen und dies auch in weiten Bereichen schon vor dem Beitritt zur Europäischen Union umgesetzt hat, so wird es auch Aufgabe der jetzigen Beitrittswerber sein, bereits im Zuge der Beitrittsverhandlungen und somit vor einem Vollbeitritt zur Europäischen Union, den Rechtsbestand der Europäischen Union weitgehend zu übernehmen, seinen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt auf kooperationsfähiges Niveau anzuheben und damit dem Avis der Europäischen Union zu entsprechen.

Der Annäherungsprozeß der mittel- und osteuropäischen Länder an die Europäische Union ist schon voll im Gange. Die EU hat bereits mit Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien, Polen, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland und Litauen Assoziationsabkommen abgeschlossen. Osteuropa ist - neben der Europäischen Union - zum zweitwichtigsten Exportmarkt Österreichs geworden. Der österreichi-

sche Warenhandel mit der Tschechischen Republik, mit Ungarn, mit der Slowakei und mit Slowenien hat sich in den Jahren 1988 bis 1994 beim Export nahezu verdreifacht und beim Import immerhin verdoppelt. Der Dienstleistungsbilanzüberschuß mit diesen vier Staaten betrug 1994 11,6 Milliarden S, der Warenhandelsbilanzüberschuß 13,6 Milliarden S.

Wie das Österreichische Statistische Zentralamt festgestellt hat, ergab sich auch für das erste Halbjahr 1997 im Außenhandel Österreichs mit den MOEL eine Zunahme des Warenverkehrs bei der Ausfuhr von plus 34,5 Prozent und bei der Einfuhr von plus 23,8 Prozent. In absoluten Zahlen wurden Waren im Wert von 35,7 Milliarden S, das sind 10,7 Prozent aller Exporte, ausgeführt, die Einfuhr betrug 26,2 Milliarden S somit 7 Prozent aller Einfuhren. Insgesamt ergibt sich sohin eine positive Bilanz von 9,5 Milliarden S.

Dieser Annäherungsprozeß hat aber auch dazu geführt, daß sich insbesondere im Bereich der arbeitsintensiven Produktion Abwanderungsbewegungen von Wirtschaftsbetrieben aus Österreich in die Nachbarländer ergaben und das noch deutlich niedrige Lohnniveau und die oft noch unzureichenden Umwelt- und Sozialstandards der mittel- und osteuropäischen Länder einerseits für die österreichische Wirtschaft zu einer wettbewerbsverzerrenden Situation führen und andererseits in Wahrheit keine gravierende soziale und ökonomische Verbesserung für die Bevölkerung in diesen Staaten eintrat.

Es wird daher ganz wesentlich sein, im Zuge der Beitrittsverhandlungen, sachliche Kriterien und Standards, und dort wo dies sinnvoll ist, auch jene Zeiträume, bis zu denen diese Standards zu erreichen sind, festzulegen und damit die Voraussetzung für einen Vollbeitritt zu diesem gemeinsamen Europa zu schaffen. Die Einbindung der beitrittswilligen Länder in den zu erreichenden Wirtschafts- und Sozialraum sollte auf Grundlage der notwendigen Standards und Kriterien erfolgen, wobei Inhalte und nicht bloß Zeitpunkte diesen Prozeß bestimmen.

Denn es muß auch Ziel dieser Erweiterung sein, die Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern und die heute gravierenden Wohlstandsunterschiede zwischen den Menschen dies- und jenseits der Grenzen auf das hohe westeuropäische Niveau aus- und anzugleichen. Nur ein hohes Einkommensniveau in den beitrittswilligen Ländern führt zu starker innerer Nachfrage der Produkte des gemeinsamen Markts, zum Abbau von Migrationsstendenzen nach Westeuropa, für die grenznahen Regionen wohl auch zum Abbau des Einpendelns von Arbeitskräften.

Auch der Transfer von Produktionsbetrieben und damit der Verlust von Arbeitsplätzen werden nur dann in den Griff zu bekommen sein, wenn dem westlichen Standard entsprechende Sozial-, Umwelt- und Konsumentenschutzregelungen in Mittel- und Osteuropa erreicht werden. Es gilt jener Politik den Riegel vorzuschieben, die sich ausschließlich auf die Verlagerung der Produktion in die billigeren beitrittswilligen Staaten

konzentriert, um die dadurch entstehenden kostengünstigen Produkte auf dem Weltmarkt günstiger anbieten zu können.

Das Projekt des neuen Europa der erweiterten Europäischen Union wird nur dann eine beständige Friedensordnung - und hier meine ich nicht so sehr den politischen, militärischen als viel mehr den sozialen Frieden - gewährleisten können, wenn das bestehende Wohlstandsgefälle bis zum Beitritt im wesentlichen ausgeglichen wird. Daher ist die Angleichung der Produktionsverhältnisse Grundlage des gemeinsamen Wachstumspotentials und sind soziale, ökonomische und ökologische Mindeststandards für die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen notwendig.

Ein weiteres wichtiges Ziel der Europäischen Union muß die Beschäftigungspolitik sein, die den Abbau der Arbeitslosigkeit in Europa erreichen muß. Die wesentlichen Ziele einer europäischen Beschäftigungspolitik müssen - so ist die Haltung Österreichs - die Senkung der Arbeitslosenquote von derzeit 10,8 auf 6 Prozent, die Reduzierung der Langzeitarbeitslosenquote auf 3 Prozent, die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit von derzeit 20 auf 12 Prozent, die Erhöhung der Beschäftigungsquote von 60 auf 66 Prozent und eine Harmonisierung der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Grundsätze europäischer Beschäftigungspolitik, die in den nächsten Jahren europaweit umgesetzt werden sollten, müssen auch für die Vollintegration der beitrittswilligen Staaten gelten. Nur wenn Ost und West eine nachweisbar erfolgreiche Beschäftigungspolitik betreiben, ist ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt möglich. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Hebung der Umweltstandards in beitrittswilligen Ländern ist eine wesentliche, ja unabdingbare Voraussetzung. Wir brauchen dazu intensive Bemühungen in ganz Europa. Wien hat hier bereits vorbildhafte Kooperationsmodelle erarbeitet und es gilt auch auf europäischer Ebene, nach diesem Vorbild diesen Weg mit Bestimmtheit fortzusetzen.

Gerade die ökotechnologischen Kooperationen zwischen Wien und Prag, Wien und Budapest, Wien und Ljubljana oder zum Beispiel auch zwischen Wien und Warschau, sind dafür ein anschaulicher Beweis. Diese Kooperationen sind absolut erforderlich, denn - ich nenne hier nur Beispiele - etwa ein außerordentlich hoher Prozentsatz des Luftschadstoffeintrags wird von den kalorischen Kraftwerken eines unserer Nachbarstaaten verursacht. Ein anderes Beispiel ist die Stickstoffbelastung aus dem agrarwirtschaftlichen Bereich in unmittelbarer Grenznähe.

Wien ist stolz darauf, daß wir das notwendige Know-how und modernste Umwelttechnologien angeboten haben und auch weiterhin anbieten werden, sei es für integrierte Abfallwirtschaftskonzepte, sei es im Entsorgungsbereich, im Deponiebau, bei der Müllverbrennungsmodernisierung und auch bei der Modernisierung der Wasserversorgung in vielen Städten der MOEL.

Wenn etwa die Modernisierung der kalorischen Kraftwerke im Norden eines unserer Nachbarländer bislang nicht durchgeführt wird, obwohl wir diese Technologie zur Verfügung stellen können und obwohl derartige Maßnahmen mit einem Schlag eine enorme Reduktion von Luftschadstoffeinträgen in Österreich bedeuten würden, so ist dies darin begründet, daß die Reformländer bei der Modernisierung der Anlagen und Betriebe bisweilen auch Strategien entwickeln, die eine rein betriebswirtschaftliche und nur gering volkswirtschaftliche Dimension auch über Grenzen hinweg zu grunde legen. Ich bin jedoch ungebrochen überzeugt davon, daß die Notwendigkeit der Anhebung der Umweltstandards, das Anbieten brauchbarer Technologiealternativen voraussetzt.

Zur Frage der Kernkraftwerke verweise ich auf die ganz klaren Aussagen in der Europa-Deklaration dieses Hauses. Europa wird sich aber auch dazu bekennen müssen, für solche Vorhaben geeignete Finanzierungsprogramme zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Neuordnung Europas und der damit für die europäische Bevölkerung erreichbare Nutzen sind natürlich auch eine Kostenfrage. Sicher ist die Erweiterung der EU nicht zum Nulltarif zu verwirklichen. Das Heranführen unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn an das westeuropäische Wohlstandsniveau wird eine gemeinsame Kraftanstrengung erfordern, die Erweiterung der Europäischen Union darf kein Pokerspiel werden, in dem der eine gewinnt, was der andere verliert.

Wesentlich ist jedenfalls, daß der Rahmen für die finanziellen Leistungen im vorhinein festgesetzt ist und die Europäische Kommission und natürlich auch Österreich gehen davon aus, daß die Obergrenze für die Finanzierung des EU-Budgets auch im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung 1,27 Prozent des BIP nicht übersteigen darf. Es muß daher zu Einsparungen durch Effizienzsteigerung und auch zu einem realen Wachstum der Wirtschaft und damit des EU-Budgets kommen, damit ein Finanzierungsspielraum für die Osterweiterung erreicht wird. Nicht zusätzliche Mittel, die die bisherigen Nettozahler aufzubringen haben, können die Lösung der Finanzierungsfrage sein, sondern es wird eine innere Neuverteilung geben müssen, die insbesondere auch im Bereich der landwirtschaftlichen Förderungen Umstellungen erforderlich macht. (Beifall bei der SPÖ.)

Man muß zur Kenntnis nehmen, daß noch immer 48 Prozent der gesamten Ausgaben des Budgets der Europäischen Union in die Landwirtschaft fließen und ich befinde mich mit dieser Feststellung im vollen Einklang mit der Meinung des zuständigen EU-Kommissars Fischler. Man muß weg von der Produktförderung hin zu einer Förderung der konkreten Leistung, des konkreten Beitrags der landwirtschaftlichen Betriebe für gesunde Ernährung und für gesunde Umwelt kommen. Zuschüsse zu Marktpreisen müssen abgelöst werden durch Leistungsabgeltung, mit denen ökologische Kulturleistungen, beispielsweise der österreichi-

schen Bergbauern, aber auch der Bauern in vergleichbaren Gebieten etwa Italiens oder Spaniens, abgegolten werden.

Darüber hinaus steht für mich zweifellos fest, daß mit der Erweiterung der Europäischen Union auch in unseren Grenzregionen und damit funktionell in Zusammenhang stehenden Ballungsräumen frühzeitig und vorbeugend flankierende finanzielle Maßnahmen - natürlich im Rahmen der Europäischen Union - getroffen werden müssen. Österreich wird gemeinsam mit Deutschland, Finnland und Italien von der Europäischen Union mit Nachdruck verlangen, daß für die im Grenzbereich zu den Mittel- und Osteuropäischen Ländern gelegenen Regionen ein Sonderprogramm erforderlich sein wird, da die vorgeschlagenen neuen regionalen Ziele der Strukturfonds, die konkreten Anpassungsprobleme der grenznahen Ballungsräume unberücksichtigt lassen.

Auch die von der Kommission vorgeschlagenen grenzüberschreitenden Maßnahmen von INTERREG III erscheinen wegen deren geringer Dotierung, aber auch wegen der eingeschränkten inhaltlichen Orientierung und wegen der begrenzten Gestaltbarkeit durch die Mitgliedstaaten und Regionen, für die Bewältigung der mit der Erweiterung verbundenen Probleme nicht ausreichend. Das gilt auch für die notwendige Anpassung der Infrastruktur, die durch die Strukturfonds derzeit überhaupt nicht berücksichtigt wird. Österreich wird daher die Einrichtung eines derart rasch umsetzbaren Sonderprogramms für jenen Übergangszeitraum fordern, bis sich das Einkommensgefälle zu den angrenzenden Regionen der beitrittswilligen Länder signifikant verringert hat.

Was wir brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und lassen Sie mich es auf einen Nenner bringen, ist, so wie seinerzeit bei der Erweiterung der Europäischen Union nach Süden unter anderem auch durch die Kohäsionsfonds starke Finanzströme geflossen sind, auch für die grenznahen Regionen ein Osterweiterungsprogramm im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung.

Ich fasse daher zusammen. Ja zur Osterweiterung, aber unter geordneten Bedingungen. Unter geordneten Bedingungen für uns. Aber auch unter geordneten Bedingungen für die beitrittswilligen Länder, unsere Nachbarn und unsere Freunde. (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für seine Mitteilung und ersuche nun Herrn LhptmSt Dr Görg um seinen Beitrag.

LhptmSt DDr Bernhard Görg: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben es mit einer eigenartigen Situation zu tun. Wir erleben zum gegenwärtigen Zeitpunkt das ehrgeizigste, das aufwendigste, aber auch das durchdachteste Friedens- und Wohlstandsprojekt, das es je in der Geschichte der Neuzeit gegeben hat, und dennoch kommt bei vielen Menschen keine große Begeisterung, ja nicht einmal Zustimmung auf. Es gibt einige wenige, die sind begeistert, recht viele sind dafür, sehr

viele sind gleichgültig. Und auch eine nicht unbeträchtliche Anzahl steht aus den unterschiedlichsten Motiven diesem Friedens- und Wohlstandsprojekt skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Da darf es überhaupt nicht verwundern, daß gerade der nächste Schritt dieses Friedens- und Wohlstandssprojekts, die sogenannte Osterweiterung, auf besondere Skepsis stößt, weil besonders viele Leute glauben, sie werden auf der Verliererseite stehen und die gerade vom Herrn Bürgermeister zu Recht eingemahnte Balance zwischen Gewinn und Verlust, würde bei einer Osterweiterung ganz eindeutig nicht gegeben sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen diese Ängste, diese Skepsis ernst nehmen. Aber dennoch sage ich ganz klar, auch ich begrüße diese Osterweiterung und namens meiner Fraktion sage ich, wir halten diese Osterweiterung unter bestimmten Voraussetzungen für notwendig und für wünschenswert. Die Voraussetzung ist, daß es eine faire Balance zwischen den Chancen, und die sind speziell für Österreich und speziell für Wien in dieser Osterweiterung durchaus gegeben, aber auch eine Balance zu den Risiken gibt, weil diese auch für Österreich und speziell für die grenznahen Regionen Österreichs, und dazu zählt Wien in ganz besonderem Maße, gegeben sind.

Wir haben Rücksicht zu nehmen, auf die Arbeitsmarktsituation in unserem Land und in unserer Stadt. Wir haben auf die wirtschaftliche Wettbewerbssituation der Stadt und ihrer Betriebe Rücksicht zu nehmen. Ich sage das auch in Solidarität mit den Landsleuten aus dem bürgerlichen Bereich, wir müssen auch Rücksicht nehmen, auf die landwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Das heißt ganz konkret, daß sich diese Rücksicht von seiten der EU in einer Neuorientierung der Strukturfonds manifestieren muß. Es wird von seiten der EU für die grenznahen Regionen spezielle Mittel geben müssen. Aber auch, daß wir die Grundfreiheiten in diesen mittel- und osteuropäischen Ländern nur nach einem Stufenverfahren einführen, um sicherzustellen, daß es keine negativen Auswirkungen für die Arbeitsplatzsituation und für die Wettbewerbssituation der österreichischen und der Wiener Betriebe gibt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, was kann die Rolle Wiens in diesem Europa sein? Welche Position soll Wien in diesem Europa der Zukunft einnehmen? - Wobei ich gleich vorausschicke, ich halte überhaupt nichts von Träumen, daß in Wien am Ballhausplatz oder gar im Rathaus die Kutscher Europas sitzen würden, wie das einstmais der Fall gewesen ist. Ich halte auch relativ wenig davon zu glauben, daß wir uns sozusagen eine psychologische Sonderrolle gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern arrangieren können, aus dem Glauben heraus, wir haben ein besonderes Talent, mit diesen Ländern umzugehen.

Wir haben Standortvorteile, die wir nutzen sollen und wir haben auch recht gute historische, aber zum Teil positive und negative Verbindungen. Allzu große Hoffnung darauf zu setzen, da wird sich jetzt durch

eine Osterweiterung für Wien automatisch eine Sonderrolle ergeben, davor möchte ich warnen und davon halte ich eigentlich sehr wenig. Insgesamt bin ich aber der Überzeugung, daß Wien in diesem Europa eine starke Rolle einnehmen kann. Zunächst einmal deswegen, weil die Städte in Europa wiederum an Bedeutung gewinnen.

Wenn wir in der Geschichte zurückblicken, muß man sagen, daß Europa undenkbar wäre ohne seine Städte und dieses Europa würde ein ganz anderes Gesicht haben, wenn es Florenz, wenn es Nürnberg, wenn es Paris, wenn es Prag, wenn es Köln nicht gegeben hätte. Die Städte haben in Europa immer eine besonders starke Rolle gehabt. Was man von amerikanischen Städten, die lange Zeit hindurch nichts anderes waren, als ein riesengroßer Bahnhof mit angeschlossenem Einkaufszentrum, nicht behaupten kann. Es hat sich überhaupt keine geistige, kulturelle Kraft aus den Städten ergeben.

Dann haben auch die Städte in Europa in den letzten Jahren und Jahrzehnten an Bedeutung verloren, das ist gar keine Frage. Wir haben die Stadtflucht erlebt. Es hat einmal von Zukunftsforschern geheißen, die Wirtschaft braucht angesichts der Telekommunikationsmöglichkeiten den Standort Stadt nicht mehr. Man kann seine wirtschaftliche Tätigkeit und dergleichen mehr genauso aus 50, 100 Kilometer Entfernung außerhalb des Stadtgebiets betreiben. Interessant ist, daß die Stadtforchung weltweit und europaweit nachweisen kann, daß eine Trendwende zu verspüren ist. Die Städte nehmen an Attraktivität wieder zu.

Die Wirtschaft, vor allem die Dienstleistung und die produktionsnahe Dienstleistung - das ist ja die Wirtschaft, die stadtrelevant für die Zukunft ist -, flieht überhaupt nicht aus der Stadt, sondern sucht ganz im Gegenteil wieder prestigeträchtige Standorte in den Städten. An manchen Städten wird die Trendwende vorbeigehen. Manch andere werden trendverstärkend wirken. Und wir haben die Chance, wenn wir alles tun als Stadt Wien, daß dieser Trend zur Stadt wiederum ganz besonders stark zum Ausdruck kommt. Allerdings, das kommt nicht von alleine, wir müssen dazu etwas tun.

Was sind denn diese Voraussetzungen, die dafür sorgen, ob wir beim Trend auf der positiven oder auf der negativen Seite stehen? - Erstens, wir brauchen - ich und wir alle haben es hier oftmals erwähnt - eine optimale, internationale und intermodale Verkehrsanbindung, den Verkehrsknoten. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das kann nicht heißen, daß wir nur auf Brüssel hoffen, sondern wir müssen unsere eigenen Anstrengungen intensivieren und eigene Leistungen erbringen.

In Sachen TEN passiert einiges. Erst in den letzten Tagen habe ich ein Gespräch mit dem Verkehrsministerium und mit den ÖBB gehabt, wo eine neue für uns durchaus interessante Idee zur Untersuchung aufgetaucht ist, den Flughafen Schwechat, neben dem Bahnhof Wien, auch in das internationale Schienennetz einzubinden. Nicht nur in das lokale Schie-

nennetz einzubinden - was wir ohnehin vorhaben -, sondern den Flughafen Schwechat auch zu einem internationalen Bahnpunkt zu machen.

Eine zweite Herausforderung stellt dar, wenn man Berichte von Unternehmen liest, Studien analysiert, et cetera, et cetera, dann kommt immer wieder zum Vorschein, daß der größte Hemmschuh Wiens puncto Standortattraktivität, unser Ruf der Überbürokratie ist. Wobei man sagen muß, in der Praxis, wenn die Unternehmen dann hier sind, sind sie gar nicht mehr so davon überzeugt, daß wir eine überbürokratische Stadt sind, aber der Ruf eilt uns voraus. Wir müssen alles tun, um diesem Ruf zu begegnen, weil er wirklich den größten Hemmschuh unserer Standortattraktivität darstellt. Die Stadt tut im Moment sehr viel dazu, um Untersuchungen in Richtung schlankere Bürokratie zu forcieren, und ich bin überzeugt davon, daß es noch im Laufe dieser Legislaturperiode gelingen wird, einen ganz klaren, signifikanten Fortschritt in Richtung Abbau der Bürokratie zu erreichen.

Bei einer Städtekonferenz in Brüssel, an der ich unlängst teilgenommen habe, gab es eine gemeinsame Klage aller Großstädte Europas. Die Klage bezieht sich auf die Schwierigkeit, die Entwicklung von der Stadt zur Stadtregion politisch nachzuvollziehen. Im Klartext, alle Großstädte Europas, auch jene, die sogenannte Umlandverbände haben, klagen darüber, daß es kein politisch taugliches Instrumentarium dafür gibt: Wie kann die Stadt und die Region um die Stadt wirklich eine gemeinsame Planung erreichen?

Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß diese Frage der gemeinsamen Planung nicht der einzige, aber doch ein ganz wesentlicher Punkt ist, ob die Politik den Primat des Handelns noch für sich reklamieren kann, oder ob wir mehr oder wenig tatenlos zusehen müssen, wie Großunternehmen die Konkurrenzsituation, die zwischen Stadt und Umland besteht, ausspielen und uns eigentlich diktieren, was hier in der Stadt und im Umland zu passieren hat.

Ich bin auch der felsenfesten Überzeugung, daß zu einem Zeitpunkt, wo die Wirtschaft immer mehr globalisiert, die Politik nicht provinialisieren darf. Und wir müssen alles dazu tun, um diesem Globalisierungsprozeß in der Wirtschaft ein adäquates Instrument von seiten der Politik entgegenzustellen, um nicht wirklich tatenlos zusehen zu müssen, wie die Wirtschaft Anziehungspolitik betreibt, ohne daß die Politik ein wirkliches Sagen und Mitreden hat. Ich bin daher froh, daß in Brüssel, das bis dato dem Thema Stadt und auch dem Thema Stadtregion völlig - ich sage das ganz bewußt - verständnislos gegenübergestanden ist (Der Begriff Stadt kommt im ganzen Maastricht-Vertrag nicht ein einziges Mal vor.), ein Umdenken zu spüren ist.

Gerade die Diskussion um die "AGENDA 2000" und die Neugestaltung des Strukturfonds zeigt, daß Brüssel und die EU durchaus erkennen, daß die Förderungspolitik stadtrelevanter werden muß. Wir brauchen aber nicht nur eine Politik für die Städte, wir brauchen in dem Zusammenhang auch eine Politik der Städte.

(Beifall bei der ÖVP.) Ich freue mich, hier ankündigen zu können, daß es uns gemeinsam als Regierung gelungen ist, das erste offizielle Urban-Forum der Europäischen Union im November dieses Jahres in Wien beherbergen zu können. Hier werden 600 hochrangige Politiker und Experten im Rahmen einer Städtekonferenz über folgende Themen diskutieren: Wie soll die Politik der Europäischen Union in puncto Städte sein? Was wollen die Städte selbst? Wie wollen sie sich in dieser Europäischen Union einbringen?

Die Neugestaltung der Strukturfonds in Richtung Städte.

In diesem Zusammenhang wird die Stadt Wien auch einen ganz klaren Vorschlag machen. Nachdem alle Städte darüber klagen, daß es keine gemeinsame politische Planung mit dem Umland gibt, wird einer unserer Vorschläge sein, daß die Europäische Union finanzielle Anreize für jene Regionen schaffen soll, die spezielle, taugliche Instrumente einführen, um diese gemeinsame Planung wirklich zu schaffen. Darin, meine Damen und Herren, sehe ich nämlich auch die politische Rolle Wiens in der Europäischen Union, ohne unsere Möglichkeiten überschätzen zu wollen.

Aber überall, wo wir hinkommen, jedes Mitglied des Stadtsenats oder der Landesregierung wird eines bestätigen können, man schaut mit Interesse auf Wien, mit der Frage, wie schafft es Wien, eine derart enorme Lebensqualität aufgebaut zu haben und zu erhalten. Wir wollen diesen Standortvorteil der Neugierde der anderen Städte dazu nutzen, in den kommenden Jahren wirklich ein Netzwerk mit den europäischen Großstädten zu schaffen, um selbstbewußt sowohl auf nationaler Ebene, als auch auf internationaler Ebene die Anliegen Wiens und anderer Städte in Österreich und in der Europäischen Union zu formulieren und auch durchzusetzen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Präsident Mag Hilmar Kabas: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter für seine Mitteilung und eröffne die Debatte. Die Geschäftsordnung bestimmt, daß bei der nun folgenden Besprechung kein Redner öfter als zweimal und länger als insgesamt 20 Minuten sprechen darf. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind der Herr Landeshauptmann und die zuständigen weiteren Mitglieder der Landesregierung.

Zur Besprechung der Mitteilung erteile ich Herrn Abg Smoliner das Wort.

Abg Marco Smoliner (*Liberales Forum*): Hoher Landtag! Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wie Mitte Juni 1989 der österreichische Außenminister und der ungarische Außenminister an der österreich-ungarischen Grenze den Eisernen Vorhang durchschnitten haben, war Jubel in ganz Europa. Österreich wird zum Brückenkopf ins befreite Osteuropa, der Weg ist frei für Investitionen in die osteuropäischen und mitteleuropäischen Nachbarländer. Egal, ob jetzt Wiener Einkäufer die Soproner Kässeregale leer geräumt haben oder ob personalintensive Betriebe nach Osten investiert haben, oder aber ob zum Beispiel auch Ein-

käufer in die ehemaligen Ostblockländer gefahren sind, wie zum Beispiel das Bundesministerium für Landesverteidigung, das in der tschechischen Republik die Uniformstoffe kauft.

Egal! Wir haben die Ostöffnung nicht nur erkannt und uns darüber gefreut, wir haben auch begonnen, sie zu nützen. Dann wurde für den EU-Beitritt geworben: Nicht draußen bleiben! Welche Vorteile bringt die EU für uns? - Beinahe jede Woche war irgendwo zu lesen, was nicht alles österreichische Politikerinnen und Politiker für Österreich herausgeholt haben und was es für uns in der EU für Vorteile gibt. Zweifellos gibt es sehr viele Vorteile.

Dann waren der Beitritt, der Jubel und die Euphorie. Ich kann mich noch heute an das Gesicht der jetzigen StR Ederer erinnern, die sich damals zu Recht - wie wir alle oder fast alle - gefreut hat, daß Österreich endlich in der Europäischen Union drinnen ist. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Was haben Sie gesagt?)* Euphorie habe ich gesagt.

Ich war diese Woche bei einer Diskussion. Ein Diskussionsteilnehmer war das Mitglied des Europäischen Parlaments Ettl und er hat da eine sehr interessante Bemerkung gemacht, die er ungefähr fünfmal wiederholt hat. Er hat nämlich gesagt: "Nur keine Euphorie bei der Osterweiterung! Bitte alles, nur keine Euphorie!" Jetzt ist sie weg, die Euphorie. Das nehmen wir einmal zur Kenntnis. Aber er hat noch andere Dinge gesagt, so wie andere Interessenvertreter und -vertreterinnen und auch PolitikerInnen der Regierungsparteien.

Es sind noch andere Worte gefallen, nicht nur: "Keine Euphorie!" Herr Ettl hat zum Beispiel auch gesagt: "Wenn die Ungarn und die Slowenen den westlichen Wirtschaftsstandards unterworfen werden, dann spielt's Karacho." Das hat er gesagt. Ich erspare mir jetzt, Ihnen die genaue Bedeutung des Wortes "Karacho" im lateinamerikanischen Raum zu erklären, weil das ein Wort ist ... *(Abg Mag Christoph Chorherr: Na bitte! Bitte!)* Herr Ettl ist nicht da und wenn er hier wäre, würde ich es ihm erklären, denn dann würde er es sicher nicht mehr verwenden. Aber fünf- oder sechsmal hat er dann wiederholt: "Bitte keine Euphorie."

Herr Lhptm Pröll in Niederösterreich ist ihm gefolgt und hat auch ein paar interessante Aussagen gemacht. Vielleicht würde es Sinn machen, wenn er sich mit unserem Herrn VBgm Görg zusammensetzen und einmal abgleichen würde, wie man zur EU-Osterweiterung steht. Herr Lhptm Pröll hat nämlich einmal gesagt, daß Niederösterreich einen zusätzlichen Konkurrenten auf dem Agrarsektor erhalten würde. Das ist richtig erkannt. Das ist nur nicht die Aussage eines Teamspielers, wenn Sie es genau analysieren, denn in einem Team gibt es keine Konkurrenten, sondern da gibt es nur Teamspieler. Er hat aber auch gesagt: "Ich bin nur dann für die Osterweiterung, wenn sie keine negativen Folgen für uns hat." Das ist auch nicht wirklich die Aussage eines Teamspielers, denn wenn man ein

schwächeres Mitglied in ein Team aufnimmt, dann liegt es in der Natur der Sache, daß das Team etwas hergeben muß, um dem schwächeren Mitglied zu helfen, dorthin zu kommen, wo der Rest des Teams schon ist.

Er hat auch noch eine andere Aussage gemacht, die außenpolitisch vor allem bei unseren Nachbarländern wahrscheinlich nicht besonders gut angekommen ist. Er hat wörtlich gesagt, daß er einen Schulterschluß der Bundesländer gegen eine rasche Osterweiterung fordert. Das ist eine Aussage für unsere Nachbarn! Die werden sich für das Klima, das von dieser Aussage ausgeht, schön bedanken! Das Klima eines Landeshauptmanns mit Grenze zu einem potentiellen Beitrittsland!

Herr Lhptm Stix hat eingestimmt. Er hat gleich gesagt: "Keine Osterweiterung vor 2006 und dann mindestens fünf- bis siebenjährige Übergangsfristen!" Und er hat uns auch gleich gesagt, was passiert, wenn das nicht so sein wird, nämlich wörtlich: "Millionen neue Arbeitslose."

ÖGB-Präsident Verzetsnitsch, seines Zeichens auch europäischer Gewerkschaftsboß, hat im Zusammenhang mit der Osterweiterung - und das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen - wörtlich von einer gesellschaftlichen Katastrophe gesprochen!

Das sind Signale, die bei unseren Nachbarn tatsächlich als Katastrophe aufgenommen werden! Wir galten zu Recht nach der Ostöffnung als Brückenkopf in Richtung der mittel- und osteuropäischen Länder. Jetzt im Zuge einer an sich durchaus positiv geführten Osterweiterungs-Diskussion kommen von Landeshauptleuten und von Interessenvertretern solche Aussagen! Die Schlagzeilen, die daraus resultieren, können sich sehen lassen, und die verbreiten dieses Klima dann auch gerne weiter. Da liest man: "Unnötige Furcht vor Zuwanderern" - also es gibt im Zuge der Beitrittsdiskussion eine Furcht vor Zuwanderern, das ist schon eine mutlose Botschaft an den Osten -, und die Fragestellung: "Wie willkommen ist der Osten?"

Andere Schlagzeilen heißen: "Die Ängste, die Europa trennen" und "Die Furcht vor den armen Verwandten!"

Ich glaube, daß die letzte Schlagzeile, die ich zitiert habe, wahrscheinlich die zutreffendste ist. Die Bedenken, die Ängste, die im Zuge dieser Beitrittsdiskussion oft geschürt werden, sind in Wahrheit die Furcht vor den armen Verwandten. Die Furcht vor unseren nicht so reichen Beitrittsländern.

Ich habe jetzt, wie der Herr Bürgermeister seine Mitteilung verlautbart hat, sehr genau aufgepaßt. Er hat nämlich über die geplanten und außer Streit stehenden Übergangsregelungen gesprochen, und zwar hat er, wenn ich ihn richtig verstanden habe - korrigieren Sie mich bitte, Herr Bürgermeister, wenn ich Sie falsch verstanden habe -, gefordert, daß es vor dem Beitritt im Zuge - so nehme ich an - der Heranführungsstrategie Übergangszeiträume geben soll, in denen man die Kriterien erreichen muß. Erst dann kann

man in die Europäische Union hineinkommen. So habe ich es verstanden.

Ich glaube auch, daß es unvermeidbar sein wird, auf einigen Gebieten - zum Beispiel beim freien Personenverkehr - derartige Übergangsregelungen zu vereinbaren. Sie haben aber dann gesagt, daß diese Übergangsregelungen nicht zeitlich befristet sein sollten, sondern sich nach Kriterien richten sollten. Da stimmen wir nicht überein! Wir glauben, daß zeitlich befristete Übergangskriterien und -regelungen - und zwar nach dem Beitritt -, es den neuen Beitrittskandidaten besser ermöglichen, den *Acquis Communautaire* in geeigneter und rascher Form zumindest zu erreichen.

Unsere Stellungnahme dazu ist: Besser Übergangsregelungen nach dem Beitritt, als eine zu hohe Latte vor dem Beitritt.

Ich habe vor kurzem ein Zitat eines bilateralen europäischen Botschafters eines EU-Landes in Wien gehört - weil auch immer wieder die Kosten der EU-Osterweiterung ins Treffen geführt werden - und das war etwas ganz Nettes. Er hat nämlich gesagt. "Hätte uns während des Kalten Krieges jemand gesagt, daß wir für 5 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts die östlichen Nachbarländer vom Kommunismus befreien könnten, so hätten wir wässrige Augen bekommen." Wir hätten uns wirklich darauf gefreut und hätten das in Kauf genommen. Wir hätten uns unheimlich gefreut, daß wir den Kommunismus um 5 Prozent beseitigen können. Jetzt, meine Damen und Herren, wo der Kommunismus in unseren Nachbarländern als Feindbild verschwunden ist, ist ganz schnell ein neues Feindbild entstanden, das aber niemand so beim Namen nennt, nämlich die Armut.

Wir sprechen von einer ... (*Abg Mag Maria Vassilakou: Wir nicht!*) Wir nicht. Es gibt viele Kritiker und sogenannte Vorsichtige, die von einer Wanderungsbewegung sprechen. Es wird eine Wanderungsbewegung geben und die Leute werden zu Hunderttausenden, zu Millionen nach Österreich kommen. In der EU werden sie dann unseren Österreichern die Arbeitsplätze wegnehmen. Beim Beitritt von Spanien, Portugal und Griechenland nahmen die Wanderungsbewegungen ab und nicht zu! Die Tatsache, daß unsere Nachbarländer auf einen höheren Lohn- und Sozialstandard kommen werden, wird dazu führen, daß die Leute mehr in ihren Ländern gehalten und eher in ihren Ländern bleiben werden, als auszuwandern.

Als Beispiel wird auch gerne Ostdeutschland angeführt, weil aus Ostdeutschland in den Jahren 1989/90 etwa 1 Million Arbeitskräfte abgewandert sind. Das hat sich in der Zwischenzeit umgekehrt! Ostdeutschland ist Zuwanderungsgebiet und natürlich nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Polen und aus anderen Städten und Ländern, auch innerhalb der EU.

Lassen Sie mich ganz kurz auf unterschiedliche Umweltstandards eingehen. Ich möchte Ihnen gerne ein Beispiel geben: Anläßlich einer Umfrage der AGENDA 2000 haben BewohnerInnen, Staatsbürger der neuen Beitrittskandidaten als Hauptgrund, warum

sie gerne in die EU wollen, geäußert, daß es in der EU eine saubere Umwelt und hohe Umweltstandards gibt. Das sei mit ein Grund, warum sie in die EU hineinwollen!

Jetzt sage ich ein Beispiel, warum es eine Chance und nicht ein Risiko ist, diese Länder mit hineinzunehmen. In der Gemeinde Schrattenberg im Weinviertel wurde eine Kläranlage mit einem vorgeschriebenen Klärwert von 98 Prozent errichtet. Die Kläranlage ist ausgezeichnet, aber mit diesem Klärwert natürlich teuer. In Valdice, einen Steinwurf weiter weg, auf der anderen Seite der Grenze der Tschechischen Republik, gibt es auch eine Kläranlage. Diese Kläranlage hat einen Klärwert von 30 Prozent. Sie können sich daher an fünf Fingern abzählen, welche Kläranlage die höheren Errichtungskosten, die höheren Betriebskosten und die höheren Anschlußkosten hat. In einem gemeinsamen Binnenmarkt sind ja nicht nur die Umweltstandards gleich, sondern es kann sich auch jeder an die Kläranlage mit dem hohen Klärwert anschließen lassen, und wir haben gleiche wirtschaftliche Voraussetzungen auch für Umweltbetrieb!

Atomkraftwerke haben in der EU andere Standards. Es gibt auch andere Grenzwerte für Emissionen.

Herr Ettl hat sich diese Woche bei seiner Diskussion auch darüber beschwert, daß es mit den Beitrittskandidaten angeblich keine kompatiblen Wirtschaftsdaten gibt. Na ja, wenn Herr Abg Ettl das sagt, dann wird es vielleicht, meint er, schon stimmen. Es gibt aber tausende Unternehmen, große und kleine, die in diese potentiellen Beitrittsländer expandiert haben, und es gibt internationale Rating-Agenturen, die sehr wohl kompatible Wirtschaftsdaten zur Verfügung haben und die sehr wohl richtige, vergleichbare und seriöse Wirtschaftsdaten zur Verfügung hatten, wie sie expandiert haben. Vielleicht meldet sich Herr Kollege Ettl irgendwann einmal an die Agentur Moodys, die offenbar solche Probleme nicht sieht!

Lassen Sie mich kurz über die liberalen Schwerpunkte für die Osterweiterung sprechen:

Erstens. Wir sprechen uns dafür aus, daß die Verhandlungen so früh wie möglich beginnen, und zwar mit allen Beitrittswerbern. Wir begrüßen die Entscheidung, die im Dezember in Luxemburg gefallen ist, daß mit allen Beitrittswerbern Verhandlungen geführt werden.

Zweitens. Wir sind für individuell flexible Übergangsfristen, und zwar nach Möglichkeit nach dem Beitritt.

Drittens. Die Einhaltung der Menschenrechte ist für uns unabdingbar. Dazu gehören die gesetzliche Abschaffung der Todesstrafe und die Rechte von Minderheiten nach der Definition des Europäischen Rates.

Viertens. Verhandlungen über die Abschaltung oder Nichtinbetriebnahme von Atomkraftwerken.

Fünftens. Für die Slowakei, die aus demokratiepolitischen Gründen nicht unter den Erstverhandlern sein wird, trotzdem eine verstärkte Heranführungsstrategie. Die Beitrittsverhandlungen aber erst bei politischen

Reformen.

Sechstens. Die Umschichtung von Mitteln aus den Agrarfonds zu den Strukturfonds und die Bearbeitung der Grenzregionen. Zu den Agrarfonds. Der Herr Landeshauptmann hat das erwähnt und ich möchte Ihnen ein kleines bildhaftes Beispiel geben, damit wir sehen, wo es bei den Agrarförderungen krankt:

Wir haben zum Beispiel innerhalb der EU zwei Länder, in denen Tabak angebaut wird. Sie wissen, Europa ist nicht gerade ein klassisches tabakproduzierendes Land. Trotzdem fließen laut Angaben des EU-Kommissärs Fischler insgesamt - alle Förderungen in diesem Bereich zusammengenommen - etwa 2 Milliarden Euro in die Tabakförderung.

Seidenraupen werden in der Europäischen Union - und auch hier ist Europa auch nicht gerade ein klassischer Seidenproduzent auf dem Weltmarkt - mit etwa 600 Millionen Euro gefördert.

Wenn ich mir also aussuchen könnte, ob ich in Europa lieber ein Arbeitsloser oder eine Seidenraupe wäre, dann muß ich sagen: Ich wäre lieber eine Seidenraupe, denn dann bekomme ich einfach um 250 Millionen mehr an Förderung. Alle Arbeitslosigkeitsprogramme zusammengenommen werden nämlich nur mit 350 Millionen Euro gefördert! Also hier ist bei der Umstrukturierung der Fonds und bei der Umschichtung von Mitteln aus den Agrarfonds zu den Strukturfonds noch viel zu tun. Ich muß auch unumwunden zugeben, daß in dieser Hinsicht Herr Kommissär Fischler richtig liegt und aktiv ist. Das wird von allen, die sich mit der Osterweiterung intensiv beschäftigen, auch zugegeben werden.

Die Osterweiterung ist Teil eines Gesamtprojekts Europäische Union als internationale Staatengemeinschaft. Wäre die EU ein riesiges Wirtschaftsunternehmen, dann wäre es denkbar falsch, in der jetzigen Phase zu expandieren. Dann wäre es falsch, vor einer inneren Konsolidierung zu expandieren. Die EU ist aber kein riesiges ausschließliches Wirtschaftsunternehmen. Die EU ist eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft. Sie steht zwischen zwei boomenden Wirtschaftsblöcken: Japan und den USA. Es werden in Zukunft auch schlafende Riesen in der Weltwirtschaft aktiv werden. Ich denke an Indien, an China und eventuell an Brasilien.

Langfristig wird es daher notwendig sein, daß die Europäische Union sich nach Osten erweitert. Langfristig wird es auch von Nutzen sein, daß das passiert. Womit wir in Österreich jetzt anfangen müssen, ist, diese Idee endlich auch richtig zu verkaufen! Ich halte es nicht mit dem Herrn Abg Ettl: "Nur keine Euphorie!" Ich glaube, daß ein kleiner Schuß Euphorie, wenn wir über die Osterweiterung sprechen, uns nicht schaden kann, denn wenn wir die Osterweiterung nicht auch ein bißchen in unserem Herzen mittragen, sondern nur in unseren Köpfen, und wenn wir nicht auch ein bißchen mit Emotion und mit Herz Teamspieler in diesem Europa werden, dann brauchen wir über die Osterweiterung gar nicht weiter zu reden, weil dann werden wir

uns immer schwer tun, etwas rationell zu argumentieren! Zuerst einmal müssen wir mit dem Herzen dafür sein und dann müssen wir es mit dem Hirn auch anständig begründen. Es gibt nämlich gute Gründe und wir sollten uns alle miteinander dafür einsetzen, daß diese EU-Osterweiterung so zügig und entschlossen und so gewissenhaft und verantwortungsvoll wie möglich über die Bühne geht.

Im Übrigen wird das Liberale Forum auch in Europa dafür sorgen, daß die Tage der Parteibuchwirtschaft gezählt sind. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsidentin Erika Staubenwöll: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph Chorherr (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine Damen und Herren!

Sosehr ich in der Medialwahrnehmung - und das hat mit der Tradition der Kommunalpolitik und mit der Politik im allgemeinen in Österreich zu tun - feststelle, daß Österreich nicht der Heuler sein wird, wenn wir über die Osterweiterung diskutieren, sosehr halte ich das für richtig und notwendig. Wahrscheinlich wird erst im Rückblick, wenn unsere Politikergeneration beurteilt wird, gefragt werden, ob wir irgendwie bei den wenigen relevanten Fragen auf der richtigen Seite gestanden sind oder nicht.

Ich glaube, daß die Frage der Osterweiterung eine ist, wo sich jene irgendwie scheiden, die wirklich nur Krämerpolitik im üblichen Sinn machen, und jene, die langfristig auf der Basis der Humanität dieses Europas und dieses Landes Wien einen Schritt weitergebracht haben. Ich habe einen Begriff hier stehen, den auch Kollege Smoliner richtigerweise gebracht hat, und das ist der Begriff: Wir müssen irgendwie die Osterweiterung und - ich erweitere das ein bißchen - auch das Projekt "Europa" ins Herz bekommen. Warum springen die Leute da nicht an? - Und es ist so, daß hier viel Skepsis, auch begründete Skepsis ist. Das ist ein enorm technokratisches Projekt.

Nur ein Satz zum Euro: Der Euro ist notwendig. Der Euro wird kommen. Der Euro birgt Risiken, aber so wirklich bewegen, daß man sich emotional damit verbinden kann, kann er nicht.

Auch in Osteuropa - jetzt in bezug auf die Osterweiterung - gibt es viele Ängste. Ängste, die jetzt gar nicht geschürt werden müssen. Sie werden geschürt, aber das hat auch mit der österreichischen Tradition zu tun: "Jössas, was kommt da jetzt wieder! Jössas, jetzt hob'n ma eh schon immer mehr Arbeitslosigkeit und jetzt kommen da, jössas, 30, 40 Millionen Polen!" Ich kann diese Argumentation fortsetzen, wir kennen sie alle.

Jetzt kann man sich altklug herstellen und sagen: Es ist nicht so. Es ist in der Tat nicht so. Worüber wir nachdenken sollten, ist, wie man das kommunizieren kann und wie eine Politik hier in Wien aussehen könnte, die diesen Ängsten Ermutigung und Bekräftigung entgegengesetzt. Einer der wenigen Kritikpunkte an Ihrer

Rede, Herr Landeshauptmann, ist, daß Sie viel zu wenig emotional eine Sache bilanziert haben, die man einmal rausschreien muß. Es läßt sich nach allem, was irgendwie etwas mit Rationalität zu tun hat, beweisen, daß die Ostöffnung 1989 bisher eindeutig Österreich und vor allem Wien genutzt hat! Ob das jetzt die Exporte oder ob das die Beschäftigungsfragen sind, in allem können wir bilanzieren, daß die Osterweiterung den Menschen, die hier in Wien leben, genutzt hat.

Natürlich stimmt es, daß einige Betriebe, weil sie woanders billigere Produktionskosten haben, abgesiedelt sind. Das war immer so, das wird immer so sein und das sage ich in dem Fall nicht als Wiener und nicht als Österreicher, sondern als Europäer. Ich bin froh, daß auch in osteuropäischen Ländern Neuinvestitionen aufgrund der Standortvorteile möglich werden, die vielleicht scheinbar zu unseren Lasten gehen, aber zu deren Gunsten sind.

Die Hauptangst, um die auch hier anzusprechen, ist ja die: Wenn wirklich vor unserer Haustür - als Wiener können wir das sagen - ein derartiges Wohlstandsgefälle bleibt und nicht angeglichen wird, dann wird es zu einem Wanderungsdruck kommen. Da können wir noch soviel Militär und Polizei an die Grenzen stellen und noch sieben Schengen-Abkommen schließen! Das einzige, was wir damit betreiben, sind diese entsetzlichen Schlepperbanden, die mir auch die Politik so schwer machen, weil hier wirklich ein notwendiger Wunsch von Menschen besteht. Von Menschen, die sich einfach ein besseres Leben wünschen und anstreben und die ich nicht als Wirtschaftsflüchtlinge diskreditieren will, wenn jemand dort leben will, wo er Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten hat. Wenn wir hier rigider vorgehen, dann treffen wir genau jene, die ihr Vermögen gezahlt haben, um hier hereinzukommen!

Es gibt nur eine einzige Strategie, diese kriminelle, inhumane Schlepperei abzustellen, und die ist, das Reichtumsgefälle abzubauen. Dazu ist die EU-Osterweiterung so notwendig. Und ich unterstreiche: Ja, das wird uns etwas kosten. Ich verstehe, daß Sie sich, Herr Landeshauptmann, hier festlegen - um nicht negative Schlagzeilen zu machen - und sagen: "Die Zahlungen aus dem BIP dürfen nicht erhöht werden." Ja, wenn es gelingt. Aber das Um und Auf wird sein, dazustehen und politisch emotional zu begründen, warum es notwendig ist, letztlich dort zu investieren. Warum das auch für uns wichtig ist und warum - noch einmal, um es ökonomisch zu sagen -, wenn dort die Wirtschaft wächst, unsere Arbeitsplätze und unsere Umwelttechnologien letztlich dorthinfließen können.

Ein paar Punkte, die wir als Wiener jetzt einbringen können und die emotional besetzt sind:

Der Transitverkehr. Wir wissen, der liegt den Menschen sehr am Herzen. Alles deutet darauf hin, daß der explodieren wird. Hier Sensibilität im Bereich der Europäischen Union herbeizuführen, als Wiener Bevölkerung, als Wiener Politiker, und zu sagen. Hallo, da haben wir ein Riesenproblem, denn gegen das, was hier kommen kann, wenn nicht investiert wird, ist der

Brenner - ohne jetzt den Tirolern zu nahe treten zu wollen - mittelfristig gesehen eine Nebenstraße. Wir wissen, wie sich in Osteuropa die Verhältnisse Straße-Schiene auf westliches Niveau annähern. Wie wenig dort in die Schiene investiert wird, weniger als bei uns, und wie notwendig es ist, hier Prioritäten zu setzen. Wie wichtig es wäre, eine europaweite, auch osteuropaintegrierende Straßenbenützungsgebühr zu diskutieren und umzusetzen, um das zu finanzieren und um hier Deckelungen vornehmen zu können.

Nächster Bereich: Der Atombereich. Ich freue mich, daß wir einen Fünfparteienantrag einbringen können, der klarstellt - ich lese ihn jetzt nicht im Detail vor -, daß es unsere Aufgabe ist - Wiener, österreichische und EU-Aufgabe -, diese Mittel hin zu Atomausstiegsprogrammen fließen zu lassen. Nicht mit erhobenem Finger und anerkennend, daß auch dort der Strom woherkommen muß. Sie stehen in der Tat vor der Alternative, diese Dreckschleudern von kalorischen Kraftwerken zu haben. Ein solches kalorisches Kraftwerk emittiert an SO2 mehr als ganz Österreich! So ist es! Wir Wiener können sagen, daß 90 Prozent unserer SO2-Immissionen von dort herkommen. Das heißt, daß wir deshalb Interesse daran haben müssen - und das sage ich auch zum Herrn Pawkowicz -, daß Mittel fließen, daß dort investiert wird, um unsere Luft reinzuhalten und unsere Lungen - jetzt mache ich es populistisch - atmen zu lassen.

Wir müssen aber hier Mittel fließen lassen und jene stärken, die in den Ländern auch berechtigt Angst vor Atomkraftwerken haben. Wenn wissenschaftliche Untersuchungen eindeutig belegen, daß Wien die von AKW meistbedrohte Millionenstadt der Welt ist und das halt nur aus dem medialen Tagesgeschäft hinausschwimmt, dann ist das ein originäres Interesse, wo wir den Herrn Landeshauptmann auffordern, auch im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz, das Thema EU-Osterweiterung an Atomausstiegspläne so eng wie möglich zu koppeln, auch wenn das hart in Verhandlungen ist, und das nicht oberlehrerhaft, sondern in einer Weise zu vertreten, daß das auch verständlich ist, und zwar immer zuerst zu sagen: Wir wollen das, weil wir wollen auch eure Fürsprecher sein, aber wir haben vitale Interessen, die auch in eurem Interesse liegen.

Richtigerweise hat der Herr Landeshauptmann auf die Umweltmaßnahme hingewiesen. Ich möchte das ein bißchen detaillierter vom Gesamtthema machen. Jeder, der sich gegen die EU-Osterweiterung stemmt, zementiert diese unterschiedlichen Standards und leistet somit einer Abwanderung der österreichischen Industrie nach Tschechien und nach Polen - ich nehme jetzt die Slowakei auch noch dazu - Vorschub. Denn wir wissen eines: Wenn in drei, fünf, sieben, neun Jahren - und in diesen Horizonten sprechen wir hier - diese Länder in der EU sein werden - und so sehr ich jetzt als GRÜNER die EU-Umweltstandards als zu lasch kritisieren muß, aber für diese Länder sind sie ein Fortschritt -, dann muß dort investiert werden. Hier kann

wiederum Wien seine Vorteile nutzen und dann ändert sich auch das Angebot, in Umweltdumping hinüberzuinvestieren. Wir müssen nur hart bleiben und auch bei den Verhandlungen sagen: Nicht zu lange Übergangsfristen, was die Umweltstandards betrifft. Denn was heißt das für die EU-Umweltpolitik, wenn die Standards weiß Gott wie lange sind? - Das hieße dann: Wenn die jetzt als quasi Mitgliedsland schon so lange Fristen haben, dann dürfen wir als Westeuropäer weitere Umweltstandards schon gar nicht hinaufschrauben. Das ist notwendig, das würde Beschäftigung bringen, hier müssen wir extrem vorsichtig sein.

Ein bißchen anknüpfend an den Herrn Vizebürgermeister jetzt die Frage der Emotionalität, die diesem Thema hier leider fehlt, und wo wir einfach den Mut haben müssen, zu den Leuten hinauszugehen und den Ängsten mit Argumenten, aber auch mit Emotionalität entgegenzutreten. Hier bietet sich in der Tat die Möglichkeit zu fragen: Welche Rolle kann Wien hier grundsätzlich spielen? Welche Rolle kann überhaupt Kommunalpolitik, können überhaupt Städte spielen? - Diese Frage ist richtig.

Jetzt halten wir einmal eines fest, Herr Vizebürgermeister: Es ist nicht Brüssel, das die Städte nicht wahrnimmt. Das rennt ganz anders. Die Europäische Union - und jeder, der sich dort öfter aufhält, weiß das - würde gerne viel stärker mit Regionen auch in ihrer Unterschiedlichkeit Projekte umsetzen, weil letztlich konkrete Projekte viel stärker in Städten und Regionen passieren können als in Nationalstaaten, denn nicht jeder Staat ist so klein wie Österreich!

Nehmen wir Spanien oder Italien her: Man kann mit Italien kein großes Programm machen, denn es ist ein Unterschied, ob man in Venetien oder in Sizilien agiert. Sie würde gerne, aber die Angst der nationalstaatlichen Regierungen, daß die EU zu stark in reale Netze mit Regionen kommt, verhindert und blockiert das. Es haben hier die Städte eine hervorragende Möglichkeit, weil sie sehr viel mehr tun können! Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß die Stadt Wien mehr umsetzen kann, weil wir an gewissen Dingen näher dran sind. Wir sollten genau das tun, was hier vorgeschlagen wird! Nicht die EU ist der Bremser. Wir müssen unsere Projekte vorlegen.

Jetzt lassen Sie mich ein bißchen bildhaft etwas zitieren: Ulrich Beck hat ein hervorragendes Buch über eine neue Sozialpolitik und eine neue politische Verankerung geschrieben, und zwar "Kinder der Freiheit", in dem er über die Repolitisierung und über die Wichtigkeit der Kommunalpolitik spricht.

Er spricht davon, die Identität einer Stadt im Sinne einer realitätstüchtigen, realitätssüchtigen Magie neu zu erfinden: "Kommunalpolitiker sind, wenn sie gut sind, urbane Magier, die durch öffentliche Dramaturgie die Entwicklung von Stadtprojekten und durch Stadtarchitektur die Identität ihrer Stadt in Konkurrenz mit anderen Städten formen." Da stellt sich in der Tat nicht nur die Frage, wo die Magier sind, sondern welche Projekte es sind, in denen er zurecht exemplari-

sche Lösungen für Großstadtprobleme als eines der relevantesten Dinge anspricht. Könnten wir uns hier als Wiener darstellen und nicht nur darstellen im Reden, sondern im Tun? - Lösen wir hier Umwelt-, Luft-, Wasser- und Verkehrsprobleme und bieten wir das als Gesamtkompendium an!

Ein kleines Detail, wo ich - der Herr Landeshauptmann weiß das möglicherweise - mich bemüht habe, im Rahmen der EU-Präsidentschaft etwas zu tun. Durch die Bauträgerwettbewerbe, die einiges weitergebracht haben, haben wir jetzt so etwas wie einen ganz guten Standard beim ökologischen Massenwohnbau in Europa geschaffen. Nicht einige wenige Exemplare, sondern breiter. Diese rund 2 Milliarden S, die über öffentliche Nachfrage durch die Bauträgerwettbewerbe mobilisiert wurden, sollten wir den paar 1 000 Juristen, die nach Wien kommen und nicht nur an der EU interessiert sind und von denen jeder in einer Stadt wohnt, offensiv herzeigen! Ich denke an Osteuropa und ich denke an Regionen, wo es minus 20, 30, 40 Grad hat und wo katastrophale Heizungen laufen. Denen sollte man sagen: Hallo, es ist möglich, Niedrigenergie zu bauen. Schaut her, schaut euch an, wie wir das gemacht haben, und nicht nur, weil wir so gut sind. Wir bieten Kooperationen an und wir würden zur EU fahren und sagen: Hoppala, probieren wir einmal Sonderprojekte aus! Bemühen wir uns um Sondermittel! Stellen wir ein bißchen etwas aus Wien zur Verfügung! Nicht die Osthilfe in dem Sinn, wie sie gescheitert ist, sondern wirklich konkret angepackt und klein begonnen. Da könnten wir unglaublich viel bewegen. Das Gefühl, daß wir so etwas sein könnten, ist, glaube ich, in der Politik nicht wirklich vertreten. Jetzt wäre eine Chance, das anzugehen.

Jetzt abschließend ein Projekt, das nicht unmittelbar mit Osteuropa zu tun hat, sondern generell mit einer europäischen Ausrichtung. Dieses Projekt ist mir selber ein großes Anliegen und ich bin bisher bei der Stadtregierung und bei allen Parteien auf offene Ohren gestoßen, und zwar das Projekt "Europa". Heute wurde in der "Presse" zur immer stärkeren Entpolitisierung der jungen Menschen eine Studie veröffentlicht, die mich bestärkt hat. Gerade das Projekt "Europa", von dieser humanitären, von dieser Friedensseite her jungen Menschen zu vermitteln, ist extrem schwer, denn vielen ist Europa - jetzt sage ich es distanziert - ziemlich egal, im guten Sinn gesprochen.

Also eine Vision zu haben, daß jeder junge Mensch in Europa 6, 12 Monate in einem anderen EU-Land seiner Wahl leben und im Sinne von neuem Engagement an ökologischen, sozialen und kulturellen Projekten teilnehmen kann, daß die Regionen, die Städte, hier Informationsnetzwerke schaffen, die EU das finanziert, und wir als Stadt Wien uns heuer als die Stadt profilieren, die als Hauptstadt am weitesten vorgeht - dann sind wir was. Ich bin froh, daß jetzt auch einige Stadträte hier sitzen. Dieses EU-Programm gibt es. Es gibt auch die organisatorischen Zusagen, daß Wien einen gewissen Finanzbetrag zur Verfügung

stellen wird.

Ich war letzte Woche in dieser Agenda in Brüssel und habe dort mit Mitarbeitern des Ressorts von Edith Cresson, der zuständigen Kommissarin für Jugend und Forschung, gesprochen, die daran sehr interessiert ist, daß endlich eine Stadt hier aufspringt, etwas vorzeigt, und wirklich - auch als Aufforderung an die Verwaltung zu nennen - neue Projekte generiert. Wir haben über vier Projekte gesprochen:

1. Umwelt: Die Jugend ist enorm daran interessiert, an Ökoprojekten mitzuwirken, bei denen sie einen Zusammenhang von Engagement und Ergebnis sieht.

2. Integration: Zu sehen und zu erleben, daß Integration immer ein schwieriges Unterfangen ist und uns das neue Europa immer mehr Aufgaben stellt, es aber bewältigbar ist.

3. Kultur: Gerade als Stadt Wien sollten wir Kulturprojekte anbieten und europäischen Jugendlichen die Möglichkeit geben, hier mitzuwirken.

4. Der gesamte Bereich der Medien. Hier wären - ausverhandelt - 50 solcher Stellen anzubieten und unsererseits zu bewerben: Leute geht's raus. Ich halte es für unglaublich wichtig, daß man Sprachen lernt, und ich sage das einmal mit Hans Magnus Enzenberger, der einen schönen Satz gesagt hat: "Jeder Menschen zwischen 4 und 90 lernt in sechs Wochen eine Sprache. Es sei denn, er geht in die Schule." - Man braucht keinen Sprachunterricht, wenn es die Möglichkeit gibt, ein halbes Jahr in Sevilla bei einem Integrationsprojekt, in Brüssel bei einem Stadtentwicklungsprojekt, oder in London bei einem Kulturprojekt teilzunehmen! Da wird Europa emotional erfahrbar. Da kommen andere Menschen zurück!

Wenn wir uns bemühen, das speziell in einen Bereich von Leuten hineinzukommunizieren, die nicht - sage ich jetzt - so wie ich oder viele von Ihnen vom Elternhaus angeregt wurden, international zu denken, hier also speziell Berufsschulabsolventen anzuregen, dann glaube ich, wäre das etwas, wo Wien einen emotionalen Zugang zu diesem Projekt "Europa" hätte. Wenn es dann schlußendlich gar noch gelänge, hier auch osteuropäische Anknüpfungspunkte zu finden, dann hätten wir sehr viel geleistet, denn wir könnten dann auch in der Öffentlichkeit zeigen, daß es uns nicht nur um ein technokratisches, sondern auch um ein inhaltliches Anliegen geht.

Deshalb halte ich es für gescheit, daß quer durch die Parteien die Fragen der Osterweiterung wichtig genommen werden. Jetzt müssen aber Taten folgen. Jetzt sollten wir uns darauf verständigen, was wir konkret beitragen können. Da haben wir in den letzten Jahren - sage ich sehr zurückhaltend - ein bißchen geschlafen. Das wirkliche Bewußtsein ist noch nicht da. Vielleicht ist das Jahr der EU-Präsidentschaft eine Möglichkeit, einen großen Schritt weiter zu tun. Hauptaufgabe wird sein, der Angst, die in dieser modernen Gesellschaft vorherrscht, eine optimistische, mutige Vision entgegenzustellen. In diesem Sinn bin

ich froh, daß wir das heute ausführlich diskutieren. - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Erika Stubbenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Pfeiffer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die EU-Osterweiterung, so wie die EU, ist kein Selbstzweck. Sie ist auch nicht im Sinne der Wohltätigkeit oder aus rein humanitären Überlegungen entstanden und wird auch nicht aus diesen Überlegungen heraus eingeleitet und weitergeführt.

Die EU-Osterweiterung, so wie die EU selbst, dient dem Frieden der europäischen Völker und dem Wohlstand ihrer Bürger. Dies müssen wir immer im Auge behalten, wenn wir die weitere Entwicklung steuern wollen und wenn wir diese Entwicklung auch zu einem befriedigenden Ergebnis führen wollen.

Friede und Wohlstand basieren auf Freiheit und Sicherheit der Menschen innerhalb und außerhalb der Grenzen der Europäischen Union. Freiheit und Sicherheit können aber auch nur in einem Umfeld wirtschaftlicher Ausgewogenheit und Prosperität gedeihen, die allen Regionen, so auch unserer - der Terminus "Vienna Region" steht im Raum -, Aussicht auf Fortschritt und positive Entwicklung bieten. Daher werden wir, die Volkspartei, das Thema "Osterweiterung" behutsam und wohlüberlegt, das Thema "Vienna Region" hingenommen akurat und zielstrebig angehen.

Es geht uns nicht so sehr darum, ob der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder schneller oder langsamer erfolgt, sondern vielmehr darum, daß sich der Beitrittszeitpunkt der einzelnen Länder danach zu richten hat, wie sehr sie die Beitrittsbedingungen der Europäischen Union auch tatsächlich erfüllen. Das sollte nicht so verstanden werden, daß es hier nur um die Ausübung von Macht und Kontrolle ginge und um Vorschriften, sondern es geht darum sicherzustellen, daß die Interessen aller, sowohl des beitrittswilligen Landes als auch der bestehenden Mitgliedsstaaten, weitestgehend gewahrt bleiben.

Ich werde auch versuchen, das an einigen Beispielen so darzustellen, daß es immer aus der Sicht des Beitrittslandes genauso wie aus der Sicht der Mitgliedsstaaten gesehen werden kann. Zum Beispiel sollen es keine wirtschaftlichen Überforderungen benachbarter Regionen geben und auch keine unausgeglichenen Konkurrenzverzerrungen durch Zusammenballungen von Dienstleistungen in bestimmten Räumen oder auf bestimmten Gebieten.

Ich nenne das Bau- und Baubewerbe, das dafür prädestiniert wäre, genauso wie das Heizungs-, Sanitär-, und Elektrogewerbe und die Reinigungs- und Transportunternehmungen. Vom Arbeitsschutz, von der Arbeitsmedizin, von den Dokumentationspflichten bis hin zu Sozialleistungen sind die Unternehmungen aus den Beitrittsländern in unvergleichbar anderen Situationen als ihre Konkurrenten ein paar Kilometer weiter jenseits der Grenzen innerhalb der EU. Das darf

keine unkontrollierbaren Migrationsströme auslösen, von denen die Bürger ebenso wie Unternehmungen betroffen werden können! Zum Beispiel das Abwandern hochqualifizierter Arbeitskräfte aus Niedriglohnregionen der Beitrittsländer in die Nachbarschaft mit hohem Lohnstandard oder umgekehrt der Export von Arbeitsplätzen für Billiglohnanwendungen, der in der betroffenen Region dann aber langfristig erst recht ein Umfeld niedrigen Lebensstandards erzeugt oder die Schwarzarbeits situation in grenznahen Regionen weiter anheizt.

Es dürfen keine Schlupflöcher für kontraproduktive Kapitaltransfers oder steuertechnische oder sozialstaatliche Manipulationen und Mißbrauch geschaffen werden, wie zum Beispiel der Sozialtourismus im Bereich von zuziehenden EU-Bürgern aus Ländern, deren Sozialsystem nicht so ausgebaut ist: Inanspruchnahme der Mitversicherung von Angehörigen im Gesundheitswesen oder beim Pflegegeld oder bei Sozialhilfemaßnahmen. Aber auch wieder umgekehrt, die Absaugung von Kapital aus weniger gut entwickelten Regionen in solche, wo das Bankenwesen die Kapitalgesetzgebung und die Sicherheit von Investitionen mehr gewährleistet erscheinen als in den beitrittswilligen Ländern.

Es sollen aber auch keine Ungerechtigkeiten bei der Niederlassungsfreiheit einreißen, zum Beispiel bei der gegenseitigen Anerkennung von Befähigungsnachweisen, die jedoch auf einem möglichst einheitlichen Umfeld und jahrzehntelanger marktwirtschaftlicher Tradition beruhen, sodaß man annehmen kann, daß jemand nach einer entsprechend langen Tätigkeit in einem bestimmten Gewerbe als Selbständiger oder als Betriebsleiter auch die Befähigung zur Ausübung einer bestimmten gewerblichen Tätigkeit erworben hat.

Letztendlich sollen aber auch keine Verzerrungen bei den Vergaben, die über EU-weite Ausschreibungen erfolgen und durchgeführt werden müssen, entstehen, weil eben die Normierungs- und die Umweltstandards, das Lohnniveau und die arbeitsrechtlichen Bestimmungen noch weit von einer Angleichung entfernt sind.

Sie sehen also, daß es bei der EU-Osterweiterung noch einen großen Bedarf an kurzfristig zu erarbeitenden Überlegungen und Strategien gibt, die notwendig sind, um das jeweilige Beitrittsland und auch die derzeitigen Mitgliedsstaaten insbesondere in den Grenzregionen vor enormen Schwierigkeiten zu schützen. Schwierigkeiten, die dazu angetan sein könnten, das Hauptziel, nämlich Frieden und Wohlstand, zu gefährden.

Dennoch muß es gerade uns ein Anliegen sein, den Beitritt unserer Nachbarstaaten zu fördern und alles zu unternehmen, um dies rasch und reibungslos geschehen zu lassen, um eben auch unseren Frieden und Wohlstand zu sichern.

Grundlage für unsere Region ist, daß wir uns verstärkt auf jene Aufgaben konzentrieren, die im Rahmen der Transeuropäischen Netze auf uns zukommen. Der Auf- und Ausbau dieser Transeuropäischen Netze zur

Beschleunigung der Kohäsion der Staaten der Gemeinschaft und zur Stärkung der Wettbewerbsgleichheit untereinander ist seit dem Maastricht-Vertrag aus dem Jahr 1992 ein wichtiges Ziel der Europäischen Union.

Im Jahr 1997 hat die dritte gesamteuropäische Verkehrskonferenz in Helsinki jene Korridore genannt und die für die mittel- und osteuropäischen beitrittswilligen Staaten sinnvollen und zweckmäßigen Wege festgelegt, die den Anspruch an die TEN gewährleisten sollen. Da muß etwas passiert sein, denn es ist offensichtlich so, daß Wien im Abseits liegt und wir Gefahr laufen, im Abseits liegen zu bleiben. Wir müssen deshalb massive Anstrengungen und Dinge unternehmen, um die Landkarte, die Helsinki 1996 gezeichnet hat, doch wieder etwas zu verändern, denn mit der derzeitigen Gestaltung der Korridore gewinnt das Transeuropäische Verkehrsnetz Konturen und läßt Rückschlüsse auf langfristige Standortvor- und -nachteile zu, die in entscheidendem Maße die wirtschaftliche Entwicklung der Region beeinflussen werden.

Die derzeit festgelegten Nord-Süd-Verbindungen über Berlin, Prag, Brünn, Bratislava, Budapest, Belgrad lassen Wien sowohl bei der Bahn als auch beim Straßenausbau im Abseits. Die Regionen, die entlang der West-Ost-Magistrale - so nennt sie sich -, Paris, Nancy, Strasbourg, Karlsruhe, Stuttgart, Ulm, Augsburg, München, Wien, Budapest, liegen, sind der Gefahr ausgesetzt, bei der Realisierung ihrer Hochleistungsstrecken ins Hintertreffen zu gelangen. In dieser Situation muß die "Vienna Region" bundeslandübergreifend tätig werden, um durch das Setzen von Fakten Wettbewerbspotentiale aufzubauen, die auch von der EU selbst, wenn sie Landkarten zeichnet soviel sie will, nicht mehr übersehen werden können. Dies betrifft sowohl den Ausbau von und den Anschluß an Hochleistungsstrecken für den Personen- und Güterverkehr genauso auf Bahn, Straße und Fluß, als auch Einrichtungen im Bereich der Luftfahrt, der Energieträger und beim Datenhighway.

Dies kann nicht im Verantwortungsbereich der Stadt Wien und ihrer Einrichtungen alleine liegen, sondern umfaßt einen viel größeren Raum, der zumindest durch die Bundesländer Niederösterreich, Burgenland und Oberösterreich mitumschrieben ist. Zusätzlich gibt es eine enge Verflechtung von öffentlichen und privaten Betreibern und Providern, deren optimale und aufeinander abgestimmte Vorgangsweise eine Notwendigkeit darstellt, wenn wir die vorhandenen Mittel auch tatsächlich effizient und zielführend einsetzen wollen. Um hierbei aber aus dem Stadium der Absichtserklärungen herauszukommen, ist es zielführend, seitens der Stadt Wien Anstrengungen zu unternehmen, um der Verwirklichung eines intermodalen Knotens Wien auch näherzukommen.

Aus diesem Grund haben wir einen Antrag einzubringen, der lautet:

"Der Landtag wolle beschließen: Der zuständige Stadtrat für Planung und Zukunft möge eine Koordinationsstelle einrichten, die zum Ziel hat, alle für den

Aufbau eines intermodalen TEN-Knotens erforderlichen Tätigkeiten zu planen, im eigenen Wirkungsbereich der Stadt Wien mit anderen Dienststellen entsprechend der Geschäftsverteilung für den Magistrat durchzuführen, sowie mit damit in Frage kommenden Partnern, Gebietskörperschaften, Körperschaften privaten und öffentlichen Rechts und Privaten, gemeinsame Projekte im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft zu erstellen, beschlußreif zu machen und die Durchführung sicherzustellen."

Es muß nunmehr endgültig aus dem Stadium des Redens zur Umsetzung und zum Handeln kommen, sonst stehen wir in kürzester Zeit davor, daß unsere Stadt eine Tourismus- und Pensionistenstadt wird und die Wirtschaft sich an jenen Knoten ansiedelt, die sich dann tatsächlich - vorgezeichnet durch die derzeitigen Netze - ganz woanders befinden werden.

Dazu habe ich bei der Vorbereitung meiner heutigen Rede paketweise Presseaussendungen aus nur einem einzigen Jahr vorgefunden. Ein sehr dickes Paket, aber tatsächlich geschehen ist weder seitens des Bundes noch der Bundesländer sehr viel!

Als Wiener Volkspartei werden wir allerdings nunmehr darauf drängen, daß Strukturen geschaffen werden, die dieser komplizierten Materie und daher auch dieser diffizilen Zusammenarbeit wirklich gerecht werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Eines davon hat der Herr Vizebürgermeister heute schon gesagt: Wien als Gründer und Motor eines EU-Städte-Netzwerks. Das ist schon ein guter Anfang, um tatsächlich etwas zu erreichen. Wir werden uns in dieser Regierungskoalition auch massiv dafür einsetzen, daß unser Wien und seine Bürger durch diese Aktivitäten eine friedvolle und gesicherte Zukunft auch im kommenden Jahrtausend haben können. Das ist unser einziges und wirkliches Ziel, meine sehr geehrten Damen und Herren! Daran werden wir arbeiten, und wir werden alles daran setzen, es gemeinsam mit jenen, die mitarbeiten wollen, wirklich darzustellen und zu verwirklichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Erika Stabenow: Als nächster Redner ist Herr Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dipl Ing Dr Rainer Pawkowicz (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn wir heute die Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns, aber auch jene des Herrn Vizebürgermeisters gehört haben, so ist für mich schon etwas ganz interessant. Ich habe den folgenden Eindruck: Hier wurde doch versucht, von der Realität der Gegenwart in Zukunftsüberlegungen hinüberzugehen und irgend etwas auch mit schönen Worten zu zeichnen. Bei all diesen Ausführungen ist mir aber schon aufgefallen, daß die Gegenwart, nämlich daß es jetzt in Wien etwa 80 000 Arbeitslose gibt - die höchste Arbeitslosenrate überhaupt -, an sich mit überhaupt keinem Wort erwähnt worden ist, vor allem nicht der Zusammenhang damit - der da sehr wohl besteht -, denn die Arbeitslosigkeit wird nämlich mit der Erweite-

rung der EU - mit dem Öffnen der Grenzen - nicht sinken, sondern das Gegenteil wird der Fall sein! Wir werden mit dieser Politik weitere Arbeitslosigkeit importieren und das ist die traurige Realität.

Ich meine, das ist aber auch das Ergebnis einer falschen SPÖ-ÖVP-Politik, die darauf abzielt, Vorzugs-schüler in der EU oder in der EU-Osterweiterung zu sein. Ich glaube aber, wir können uns das ganz einfach ersparen, denn wir brauchen nicht Vorzugsschüler sein, sondern wir, der Wiener Gemeinderat, haben einen Auftrag von den Wiener Wählern und wir sollen daher die Interessen der Wienerinnen und Wiener wahrnehmen. Ich weiß schon, daß das insgesamt natürlich eine komplexe Situation ist und es da die unterschiedlichsten Facetten gibt, aber unser Hauptanliegen muß es sein, in Wien den sozialen Frieden zu sichern und zu schauen, daß genügend Arbeitsplätze da sind und unsere Heimatstadt Wien und unser Heimatland Österreich dabei nicht unter die Räder kommt, wie schön auch immer dieses Europa oder eine Europaentwicklung sein mag. Unser erstes Anliegen ist es (*Beifall bei der FPÖ.*), Politik für Wien zu betreiben!

Was heute gesagt worden ist, hat schon etwas für sich. Natürlich wäre Wien von seiner geographischen und geopolitischen Lage aus prädestiniert gewesen - und ist es auch -, eine Drehscheibenfunktion zwischen West- und Osteuropa einzunehmen. Aber machen wir uns doch nichts vor: In Wirklichkeit hat doch die verfehlte Politik in unserer Stadt auch wirkliche Chancen vergeben, denn nach dem Scheitern des Sozialismus in unseren östlichen Nachbarländern hat es wirkliche Chancen für Wien gegeben. Ich erinnere an den früheren Bgm Zilk, der gleich die Spendierhosen angezogen und gesagt hat: Da müssen wir jetzt etwas tun. Dann haben wir uns überlegt: Wie machen wir die Geschichte mit der Ostmilliarden? Die Abwicklung war, mit Verlaub gesagt, leider dilettantisch, schlecht vorbereitet, Überhastet, und durchaus vom gleichen Geiste getragen, den es jetzt auch gibt.

Man muß jetzt Hilfestellung leisten, nachdem dort so abgewirtschaftet worden ist, und die neuen Reformländer auf einen Kurs der Demokratie zurückführen. Das müßte uns etwas wert sein und das muß uns für den Frieden und für die Sicherheit in Europa etwas wert sein. Dieser grundsätzliche Gedanke, der ist ja dagewesen und der ist auch ein richtiger Gedanke. Deswegen hat es auch eine breite Zustimmung gegeben, auch etwa hier im Landtag, aber das war in der weiteren Abwicklung leider schlecht gemacht und das hat schlußendlich zu Projekten geführt, bei denen irgendwelche Leute dann geschaut haben, daß sie auch mit ins Geschäft kommen. Im Dunstkreis der Politik hat es dann sehr negative Entwicklungen gegeben, an denen zum Teil noch immer herumlaboriert wird und - machen wir uns nichts vor - wo die Bevölkerung auch durchaus nach wie vor eine berechtigte Skepsis hat.

Wenn wir uns dann anschauen, wie die zaghafte und verspäteten Versuche der sozialistischen Regierung, Wien als Drehscheibe zu positionieren, bewertet

werden, dann müssen sie in Wirklichkeit als gescheitert betrachtet werden. So hat auch das Wirtschaftsforschungsinstitut, das WIFO, der SPÖ - der Wiener Stadtregierung - in diesem Punkt ein wirklich negatives Zeugnis ausgestellt. Das, Herr Landeshauptmann, muß ich schon ein wenig korrigierend zu den Ausführungen vorhin sagen.

Das WIFO sagt nämlich, daß der Boom, der nach der Ostöffnung für Wien aus der Option eines Transaktionszentrums für Mitteleuropa erwartet wurde, bislang völlig ausgeblieben ist. Dabei müssen wir in der weiteren Folge berücksichtigen, daß es sich bei unseren östlichen Nachbarstaaten zum guten Teil um eine überwiegend landwirtschaftlich dominierte Wirtschaft mit einer veralteten Industrie- und Gewerbestruktur, einer schwach ausgebildeten Sozialstruktur und einer instabilen Währungspolitik handelt. Ich sehe schon auch, daß man hier Umweltstandards anheben soll und das auch in unserem Interesse sein kann, und ich sehe schon die Kostenzusammenhänge und die Bedeutung und die Wichtigkeit, aber was wir hier brauchen, ist eine ganz klare gute Vorbereitung in bilateralen Bereichen und in einzelnen Wirtschaftsbereichen. Hier kann die Stadt vielleicht Hilfestellung geben, etwa über den Know-how-Transfer in Wirtschaftsfragen, über Hilfe bei der Modernisierung der veralteten Wirtschafts- und Landwirtschaftsstrukturen und beim Aufbau eines EU-konformen Sozialsystems.

Aber dieselben Personen, die es nicht zustandegebracht haben, für beide Teile - den Osten Österreichs und die Region Wien - die offensichtlichen Potentiale auszuschöpfen, denn das ist durchaus etwas ähnliches, kaschieren jetzt die Versäumnisse. Da meine ich, daß für eine derartige Vorbereitung vor allem aus der eigenen Kraft der Marktwirtschaft heraus Dinge ins Laufen kommen sollen, die man vielleicht fördern und unterstützen kann, aber ich warne davor, diese EU-Osterweiterung mit Euphorie zu eben einem Zeitpunkt zu betreiben, wo wir selbst die höchste Arbeitslosenrate in unserem eigenen Land haben. Damit setzen wir vielleicht sogar leichtfertig die soziale Sicherheit aufs Spiell! Es kann nicht so sein, daß bei allem Idealismus, den die Wienerinnen und Wiener haben, und bei allem Wohlwollen für Geschichte und die langjährigen Verbindungen, die es hier gibt, schlußendlich wieder die Österreicher, die Wiener und die Wienerinnen die Zähler bei der ganzen Sache sind und dabei übrigbleiben! Das kann nicht unsere Politik sein! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Landeshauptmann, es gibt natürlich eine gewisse Skepsis. Sie werden das verstehen. Erinnern wir uns doch an die Zeit vor dem EU-Beitritt. Was ist uns alles versprochen worden? - Tausende neue Arbeitsplätze und so weiter und so weiter. Das ist alles nicht eingetreten! Fest steht, daß drei Jahre nach Amtsantritt von Bgm Häupl die Arbeitslosigkeit in Wien um rund 20 Prozent gestiegen ist, und - wie gesagt - in diesem Winter die beängstigende Rekordmarke von 80 000 erreicht hat. Das sind schon Alarmglocken, die

da läuten müssen.

Wien schneidet im Bundesländervergleich - wenn wir jetzt im eigenen Land bleiben - am schlechtesten ab. Vor allem Frauen und Jugendliche sind in Wien überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Das ist Faktum. Während im Bundesgebiet die Frauenarbeitslosigkeit um 3,7 Prozent stieg, beträgt der Zuwachs in Wien gleich 11,1 Prozent. Besonders alarmierend ist die Situation im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. Während sich im Bundesgebiet die Jugendarbeitslosigkeit um 1,4 Prozent sogar leicht rückläufig entwickelt, ist sie in Wien gegenüber dem Vorjahr um 6,4 Prozent gestiegen.

Und jetzt sollen mittel- und osteuropäische Staaten zusätzlich in die EU aufgenommen werden. Das bedeutet natürlich zehn neue Nettonehmer, die durch ein niedriges Lohnniveau und Tausende Auswanderungswillige zu einer großen Belastung - das zeichnet sich eindeutig ab - für die Stadt führen werden.

In unserer Runde befindet sich auch der Herr Landeshauptmann und er ist natürlich einer der wichtigsten Macher in der Frage der Osterweiterung. Er sitzt in der Führungstroika des Rates der Gemeinden und der Regionen Europas und da hat er natürlich eine Schlüsselposition. Ich verstehe schon den Idealismus, den man einbringt, wenn man in so eine Position hineinkommt, meine Bitte an den Wiener Landeshauptmann lautet nur: Vergiß die Wiener nicht ganz! Denn die Wienerinnen und Wiener haben, wenn so eine bedeutende Persönlichkeit in diesem Gremium sitzt, schon auch ein Recht darauf, deutlich und fest vertreten zu werden - bei allem Idealismus und bei allen Zukunftsbildern, die zuerst skizziert worden sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß. Bei der Diskussion um die Osterweiterung muß eines klargestellt sein: Österreich muß uns ein sicheres Heimatland bleiben. Wenn ich von Sicherheit spreche und sicheres Heimatland sage, dann meine ich jetzt nicht nur vordergründig Sicherheit und Kriminalität, Sicherung der Grenzen, Kriminaltourismus und was es da alles gibt und was da immer wieder diskutiert wird - ich gehe jetzt nicht darauf ein, aber das ist immerhin eine Sorge, die viele Österreicher, viele Wienerinnen und Wiener bewegt -, dann meine ich, sicheres Heimatland heißt auch, sichere Arbeitsplätze und sozialer Friede im Land. Die Österreicher haben ein Recht darauf, daß die Politik diese Sicherheit bietet.

Ich sage daher völlig unmißverständlich: Wir Wiener Freiheitliche werden mit Nachdruck für diese berechtigten Interessen der Wienerinnen und Wiener eintreten. 80 000 Arbeitslose sind das Ergebnis der verfehlten Politik der SPÖ und ÖVP. Jetzt wird - das war den schönen Reden heute zu entnehmen - von Häupl und Görg die Erweiterung gefordert, aber mit der Erweiterung - auch wenn man versucht, die gesamte Problematik durchaus idealistisch darzustellen - steht eines vor der Tür: Wir sind dabei, neue Arbeitslosigkeit

zu importieren.

Diese Politik kann nicht im Interesse unserer Heimatstadt Wien sein und daher sagen wir Freiheitliche ein klares Nein zu einer übereilten, schlecht vorbereiteten Osterweiterung. Bevor nächste Schritte gesetzt werden, wird es notwendig sein, auch ein ganz klares Konzept vorzulegen. Aufgabe Österreichischer und Wiener Politik muß es sein, vorerst einmal die Interessen der eigenen Bevölkerung, die Interessen der Wienerinnen und Wiener, die Interessen der Österreicher zu vertreten.

Bei allem Verständnis für unsere östlichen Nachbarländer, die sich vom Sozialismus befreien konnten und die jetzt natürlich unserer Unterstützung bedürfen, damit sie in das gesamte demokratische Europa mit hineinwachsen, ist es unsere feste Überzeugung - und wird es auch weiterhin sein -, daß wir dafür zu sorgen haben, daß unser Heimatland Österreich, daß unsere Heimatstadt Wien politisch so vertreten werden - darauf haben sie ein Recht -, daß es Sicherheit in unserer Heimatstadt und in unserem Heimatland gibt. Sicherheit bedeutet eben auch sichere Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze, und Sicherheit heißt, daß zuerst die Interessen der Österreicher, die Interessen der Wienerinnen und Wiener wahrzunehmen sind und daß dann durchaus auch die Interessen vielleicht von Prag oder Warschau und so weiter in Gesamteuropa zu sehen sind.

Aber - und das darf ich hier im Landtag schon sagen - jetzt geht es einmal darum, die Interessen der Wienerinnen und Wiener und die Interessen der Österreicher in unserer Heimat zu vertreten. - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Kopietz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Harry Kopietz (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

"Es liegt im Interesse der Wienerinnen und Wiener Europa und es liegt im Interesse der Wienerinnen und Wiener auch die Erweiterung nach dem Osten. Durch die geopolitische Lage Wiens ist unsere Bundeshauptstadt geradezu prädestiniert, das europäische Zentrum für die Osterweiterung der EU zu werden. Wien hat aufgrund seiner über Jahrhunderte gewachsenen historischen Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarstaaten, die auch in der Zeit des kalten Krieges nicht vollständig eingeschlafen sind, die besten Voraussetzungen, diese Rolle zu übernehmen."

Es wird Sie vielleicht überraschen, aber diese Worte stammen nicht von einem vehementen EU- und Osterweiterungsbefürworter, nein, dieses wörtliche Zitat stammt aus einem Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei, und zwar aus dem Wahlprogramm der Wiener FPÖ zum Landtag und Gemeinderat 1996, ist also ein bißchen mehr als ein Jahr alt.

Natürlich klingen diese Worte gut, vor allen Dingen in einem Wahlkampf. Was aber von schönen Wörtern von Freiheitlichen zu halten ist, ist gerade im Hinblick

auf Europathemen hinlänglich bekannt, nämlich nichts. Gerade das Europathema liefert den schlagenden Beweis dafür, daß die FPÖ eine Partei der Umfaller und eines politischen Zickzacks ist, das gelegentlich schon zum Wirrwarr ausartet, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. - Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)

Wenn ich mich richtig erinnere, hat Ihr Bundesparteiobmann Haider in den letzten Tagen sogar die Möglichkeit eines Volksbegehrens gegen die Osterweiterung der Europäischen Union angedeutet. Oder war es doch eines gegen den uneingeschränkten Waffenbesitz, Herr Dr Pawkowicz? - Nein, es war beides. Aber gerade die Osterweiterung wäre Anlaß für ein freiheitliches Volksbegehren, das sinnlos und teuer und sicherlich nicht notwendig ist.

Abgesehen von der fraglichen formalen Sinnhaftigkeit eines solchen Volksbegehrens gegen einen gesamteuropäischen Entscheidungsprozeß, abgesehen davon, meine Damen und Herren von der FPÖ, daß Sie von den politischen Niederlagen der letzten Monate offensichtlich noch immer nicht genug haben - aber damit will ich mich nicht weiter beschäftigen -, möchte ich nur zwei sehr klare Aussagen gegenüberstellen.

Zitat 1 - Wahlprogramm der Wiener FPÖ vom Oktober 1996: "Durch die geopolitische Lage Wiens ...". Ich habe das bereits zitiert.

Zitat 2 - FPÖ-Bundesparteiobmann Jörg Haider am 20. Jänner 1998: "Ich sage zur Osterweiterung der EU ein Nein mit allen Konsequenzen." - Er ist sich offensichtlich nicht klar darüber, welche Konsequenzen das bedeuten könnte.

Heute vom gleichen Herrn, Ihrem Bundesparteiobmann - ich zitiere -: "Im Sinne der Interessen Österreichs könne es nur eine Forderung geben, nämlich daß Klima und Schüssel die EU-Osterweiterung blockieren." - Das sind die freiheitlichen Forderungen heute.

Ich frage mich nur: Was gilt wann? Wie ist die Meinung morgen? Wie ist sie übermorgen? - Wie sie vorgestern war, wissen wir zumindest.

Aber das ist ja nichts Neues: Wenn es um die Verwirklichung politischer Vorhaben geht, dann sträubt sich die FPÖ, dann gilt regelmäßig das nicht mehr, was sie noch einige Monate zuvor gefordert hat.

Es gibt auch Aussagen von FPÖ-Angehörigen in diesem Haus. Kollege Stix: "Wir sind die bessere Europapartei." Man forderte auf, man versuchte sogar, die ÖVP-SPÖ einer Packelei zu bezichtigen, zum Beispiel bezüglich der Europa-Deklaration. Ich zitiere: "Diese SPÖ-ÖVP-Packelei ist verantwortungslos und gefährdet ein für Wien und Österreich positives EU-Verhandlungsergebnis." Heute sagt der gleiche Mann, Dr Pawkowicz, ÖVP und SPÖ schüren und preschen vor und es sei katastrophal und entsetzlich.

Ich möchte Sie nicht ermüden, aber es gibt noch andere Dinge: "Nur eine Vollmitgliedschaft bei der EG kann verhindert, daß Österreich zum Entwicklungsland Europas wird." - Haider - "Die Vollmitgliedschaft bei der Europäischen Gemeinschaft ist für Österreich eine unabdingbare Notwendigkeit." - Haider - "Für die hei-

mische Landwirtschaft sei es unbedingt erforderlich, daß Österreich nicht vor der Türe stehen bleibt, sondern auch ein Mitspracherecht in der EG habe. Wenn nicht, gingen wir ein Risiko ein. Nähmen wir diese Chance und Herausforderung nicht an, würde der Weg in eine Isolation führen." - Haider.

Diese Zitate würden sich nahezu unendlich fortsetzen lassen. Ich werde es aber Ihnen und mir ersparen.

Was eine Europapartei wirklich ausmacht, meine Damen und Herren, ist, sich für die Interessen der Menschen in Europa einzusetzen und zusammen mit anderen Staaten und anderen Regionen an einem gemeinsamen Europa zu arbeiten. Und das ist es, wofür wir Sozialdemokraten stehen. Dieses gemeinsame Europa muß offen sein, für alle Staaten Europas, die an diesem großen Friedensprojekt teilhaben wollen und die entsprechenden Voraussetzungen dafür erfüllen.

Über die Bedeutung der Osterweiterung wurde an dieser Stelle bereits intensiv diskutiert. Ich erinnere nur an die Deklaration, die am 21. Oktober vom Landtag verabschiedet wurde. Aber wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben im Gegensatz zu den professionellen Angstmachern der FPÖ - darin sind Sie wirklich Spitze - keine Angst vor der Osterweiterung, im Gegenteil, wir sehen dieser Herausforderung optimistisch entgegen. Voraussetzung ist aber auf jeden Fall, daß sie gut und verantwortungsbewußt vorbereitet ist. Die Aufnahme der ost- und mitteleuropäischen Staaten in die EU ist sowohl ökonomisch, als auch sozialpolitisch und ökologisch vernünftig, aber eines muß uns auch klar sein: Nicht Termine, sondern Inhalte sollen die Vorbereitungszeit bis zum Beitritt neuer Staaten bestimmen. Das ist übrigens auch die Haltung der anderen 14 Mitgliedsstaaten.

Es freut mich, daß Brüssel sich in diesen Tagen dazu entschlossen hat, 700 Milliarden S zur Beitrittsvorbereitung zur Verfügung zu stellen - diese Summe ist immerhin doppelt so hoch, als jene des Marshall-Plans -, denn die Voraussetzungen, die zur Osterweiterung seitens der beitrittswilligen Länder zu erbringen sind, sind natürlich umfangreich und gehören auch dementsprechend professionell vorbereitet. Es sind dies: Hebung des Lohnniveaus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte, Hebung der Umweltstandards, Abbau von Marktverzerrungen und Produktionsverlagerungen.

Die Voraussetzungen seitens der EU sind: Finanzierungsprogramme, Belassung der Obergrenzen für die Finanzierung des EU-Budgets bei 1,27 Prozent des Bruttosozialprodukts, innere Neuverteilung der EU-Mittel, vor allem im Agrarbereich, Sonderprogramme für Grenzregionen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern - keine Frage -, Osterweiterungs-Sonderprogramm zum Beispiel analog dem seinerzeitigen Kohäsionsfonds bei der Süderweiterung. Immerhin haben wir 1 200 Kilometer gemeinsame Grenze zu den Ostländern. Auch das muß man sehen und wird man auch dementsprechend berücksichtigen.

Worauf es aber ankommt, meine Damen und Her-

ren: Die Beitrittswerber müssen sich wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich weiterentwickeln. Das heißt zum Beispiel: Wahrung der Menschenrechte, Schutz von Minderheiten, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, funktionierende soziale Marktwirtschaft. Dazu gehört auch die Anpassung des Lohnniveaus der beitrittswilligen Länder an die EU-Verhältnisse. Außerdem müssen sich diese Staaten an Maßnahmen gegen die illegale Arbeitsmigration beteiligen und umweltrechtliche Standards schon zum Zeitpunkt des Beitritts erfüllen.

Das heißt, die Beitrittswerber haben einiges dazu beizutragen, um die Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen, aber auch die EU muß sich auf die Vergrößerung vorbereiten. Europa befindet sich knapp vor der Verwirklichung der Währungsunion und ist damit natürlich schon einen wesentlichen Schritt voraus. Es ist dies ein weiterer Schritt, der bei der Einbindung neuer Mitgliedsstaaten natürlich auch besonders zu berücksichtigen ist. Damit wird die Hürde für die neuen Mitgliedsstaaten durchaus größer, denke ich. Die Finanzierung der EU muß gesichert bleiben.

All das macht Überlegungen notwendig, wie die größten Ausgabenblöcke der EU, jene für die Agrar- und Strukturpolitik, gestaltet werden. Hier werden natürlich Veränderungen notwendig sein. Es ist aber zu hoffen, daß für die Gestaltung gerade in diesen Bereichen auch eine entsprechend politische Vorbereitung unsererseits erfolgt.

Die Fakten: Für die osteuropäischen Länder werden große Wachstumsraten in den nächsten Jahren prognostiziert. Die Löhne und der Lebensstandard in diesen Ländern werden steigen. Die osteuropäischen Länder werden sich sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich und politisch dem EU-Standard anleichen. Diese Prognosen berechtigen durchaus zum Optimismus, bedeuten sie doch eine Angleichung der sozialen, demokratischen und wirtschaftlichen Standards an jene in der EU. Europa wird durch diese Stabilität innerhalb der Europäischen Union, die damit erreicht werden kann, eine Union des sozialen Friedens werden.

Abschließend möchte ich noch einmal kurz auf ein Thema - offensichtlich mein Lieblingsthema - zurückkommen, nämlich zum Wahlprogramm der FPÖ. Ich möchte noch einmal zitieren. "Die Wiener Freiheitlichen fordern" - man kann es nicht oft genug sagen, damit es alle hören - "die Einrichtung des Osterweiterungsinstituts der EU in Wien, um unsere östlichen Nachbarstaaten durch folgende Aktivitäten auf einen möglichen Beitritt vorzubereiten: Know-how-Transfer in allen Wirtschaftsfragen, Aus-, Fort- und Weiterbildung, Modernisierung der veralteten Wirtschafts- und Landwirtschaftsstrukturen, Aufbau eines EU-konformen Sozialsystems." Gilt das noch, meine Damen und Herren der FPÖ? Heute, morgen, übermorgen? - Ich würde mich freuen, ein Fax zu bekommen, was gerade Gültigkeit hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Arbeitslosigkeit, die angesprochen wurde: Ich

habe immer wieder den Eindruck, manche Damen und Herren in diesem Haus freut die hohe Arbeitslosigkeit, die wir derzeit haben. Uns schafft sie schlaflose Nächte, meine Damen und Herren. Das kann ich Ihnen garantieren. Aber eines sollte auch gesagt sein: Ein Vergleich innerhalb der letzten zehn Jahren zeigt uns, daß wir gerade in unserer Region, in unserer wunderschönen Stadt, eine wesentlich höhere Zahl an Beschäftigten haben - auch das sollte dazu gesagt sein, wenn uns auch jeder einzelne Arbeitslose, wie gesagt, wirklich schlaflose Nächte bereitet -, und Wien ist die einzige Großstadt Europas, die es geschafft hat, im vergangenen Herbst die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Auch das sollte bei dieser Gelegenheit gesagt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Leider ist der Zitierende momentan nicht im Saal, ich bitte aber, ihm, wenn es ihn interessiert, folgendes auszurichten: Unser Bgm Dr Häupl wird die Wiener Interessen noch vertreten, da wird die FPÖ auf die Größe zusammengeschrumpft sein, die ihr zusteht. - Danke (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Alkier zum Wort gemeldet. Ich sehe ihn aber nicht im Saal. - Gut. Dann nehme ich den nächsten Redner dran.

Es ist dies Frau Abg Mag Vassilakou. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Mag Maria Vassilakou (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Osterweiterung der Europäischen Union - ich glaube, darin waren sich fast sämtliche meiner Voredner und Vorednerinnen einig - stellt eine große Chance für Demokratie, Frieden und Stabilität in Europa dar. Doch wie soll die Rolle Wiens dabei ausfallen? - Bisher gab es nur Vorteile für die heimische Wirtschaft. Diese gilt es zu halten. Hier empfehlen wissenschaftliche Untersuchungen großteils eine Forcierung von strukturverändernden Maßnahmen durch Investitionen, eine Bildungs- und Qualifikationsoffensive und beispielsweise - auch für Wien in diesem Fall - den Einsatz für die Flexibilisierung unter anderem auch des Gewerbe-rechts.

Daher ergibt sich für Wien ein doppelter Auftrag, einerseits in Wien mittelfristig Investitionen zur Förderung neuer, erfolgversprechender Sektoren zu tätigen, zum anderen auch in Wien eine Qualifikationsoffensive zu fördern und zu forcieren. Das würde bedeuten, beispielsweise die Wiener Wirtschaftsförderung auch aus dieser Perspektive zu überdenken und zu überprüfen, ob sie tatsächlich auch in diese Richtung läuft. Andererseits würde das bedeuten - das gilt auch außerhalb von Wien -, die Osteuropahilfe zu reformieren und beispielsweise - ich beginne beim banalsten Beispiel - wegzukommen vom Bau von Hotels hin zu einer sinnvollen Hilfe zur Selbsthilfe. Wien hat ja brillante Erfahrungen im Sozialbereich, auf dem sozialen Sektor und hat auch jetzt im Zuge der URBAN-Projekte noch mehr Erfahrungen sammeln können. Dieses Know-how

gilt es, in die angrenzenden Länder zu exportieren, um so zum Entwicklungsprozeß dieser Länder beizutragen. In diesem Zusammenhang ist besonders die Slowakei zu erwähnen, die nun nicht in der erste Runde der Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurde. Hier kann Wien besonders zur Entwicklung demokratischer Standards und zur Lösung der Minderheitenfrage beitragen.

Dann wären da noch die zum Teil begründeten Befürchtungen, betreffend Arbeitsmigration "Osten neu", und die natürlich damit verbundenen und unter Umständen auftretenden Lohnsenkungs- und Verdrängungsmechanismen zu erwähnen. Diese werden zwar angesichts des laufenden Strukturwandels, der in diesen Ländern stattfindet, relativiert. So prognostiziert beispielsweise auch das Wirtschaftsförderungsinstitut in einer Studie eine Abfederung dieser Brüche durch rechtzeitige Investitionen und Qualifikationsmaßnahmen. Gleichzeitig werden aber großzügige, laufend zu evaluierende Übergangsfristen gefordert - auch von den GRÜNEN -, die erst nach dem Erreichen tatsächlicher Sozialstandards fallen sollten.

Andererseits verzeichnet Wien - und dies trotz Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Ostöffnung und den damit verbundenen Exportanstieg - derzeit traurige Arbeitslosigkeitsrekorde. Studien zufolge ist das Migrationspotential aus Ostmitteleuropa hoch, die Lohnerwartungen hingegen sind gering. Aufgrund seiner geographischen Lage hätte Wien in der Übergangsphase unter Umständen beziehungsweise realistischerweise mit einem hohen Potential an Arbeitspendlern aus den Grenzregionen zu rechnen. Da gilt es umso mehr, sich mit aller Kraft für die Beschleunigung des Aufholprozesses in den MOL einzusetzen. Da gilt es, in Form von Städtepartnerschaften weiterhin und in einem höheren Umfang als bisher zu kooperieren und in die Entwicklung dieser Städte zu investieren, denn diese Investitionen sind auch Investitionen in die Zukunft Wiens, in die Zukunft unserer Stadt.

Da gilt es auch, sich für die Schaffung einer über INTERREG weit hinausgehende, explizit auf diesen Rahmen gerichtete EU-Förderung innerhalb und außerhalb der EU-Grenzen einzusetzen. Und zwar jetzt schon, noch vor dem Beitritt! Und da gilt es, in Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervertretungen in den MOL, mutig Maßnahmen zur Vorbeugung gegen illegale Beschäftigung zu entwickeln.

Ein Auftrag für Wien wäre es, bereits 1998 im Rahmen der EU-Präsidentschaft zu einer ArbeitnehmerInnen-VertreterInnenkonferenz in Wien einzuladen, um einerseits im Rahmen dieser Konferenz in Zukunft betroffene Branchen und voraussehbare Strukturveränderungen auch aus dieser Perspektive zu sondieren, um aber andererseits auch notwendige Informationsmaßnahmen gemeinsam zu entwickeln und Meinungsbildungsprozesse rechtzeitig zu beeinflussen.

Ich glaube auch, daß unser Landeshauptmann, der ja bekanntlich für Austauschprojekte und für Kooperationen sehr aufgeschlossen ist, mitunter auch den Ehrenschutz einer solchen Konferenz übernehmen oder

auch eine solche Konferenz initiieren und dafür sorgen könnte, daß das regelmäßig immer wieder stattfindet.

Wien darf sich jedenfalls nicht mit einer Rolle des Begrüßens der Osterweiterung begnügen. Wien kann und soll eine Vorreiterrolle zur Schaffung von geordneten und sozial verträglichen Beitrittsbedingungen übernehmen. - Danke.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Matthias Tschirf (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bernhard Görg hat heute zu Recht davon gesprochen, daß Europa das durchdachteste Friedens- und Wohlstandskonzept der Neuzeit ist. Europa ist für die Österreichische Volkspartei und für die Wiener ÖVP immer schon ein besonderes Anliegen gewesen. Wir haben daher in diesem Haus bereits Anfang der neunziger Jahre auf die Bedeutung Europas für Wien hingewiesen und damit auch etwa die Einrichtung der Europakommission herbeigeführt.

Wir waren es, die erreicht haben, daß 1994 anlässlich der Beitrittsverhandlungen hier eine Deklaration verabschiedet wurde, die genau definiert hat, welche Anliegen insbesondere Anliegen Wiens sind und daher in diese Beitrittsverhandlungen einzubringen sind. 1996 haben wir aus Anlaß der Regierungskonferenz in diesem Haus eine Deklaration verabschiedet, in der die Wiener Anliegen dargestellt werden, und zuletzt im Jahr 1997 klar und deutlich die Position Wiens vor der EU-Präsidentschaft definiert.

Der lückenlosen Europatradition der ÖVP steht eine sehr merkwürdige Tradition der Freiheitlichen gegenüber. Die Freiheitlichen, die sich einmal als Europapartei bekannt haben, sind heute weit weg davon, gefährden mit unsinnigen Volksbegehren letztlich unseren Wohlstand. Das heißt, es handelt sich um eine Partei, die abgetreten ist, tatsächlich für die Interessen der Bürger gerade auch in Wien einzutreten. (Beifall bei der ÖVP.)

Für die ÖVP, speziell für die Wiener ÖVP, bedeutete Europa immer auch Mitteleuropa. Das läßt sich zurückverfolgen in die Zeiten eines Josef Klaus, eines Kardinals Franz König, das gilt auch für die Zeit eines Erhard Busek, in der Mitteleuropa immer eine ganz zentrale Frage für Wien bedeutet hat. (Abg Godwin Schuster: Kardinal König ist aber kein ÖVP-Funktionär!)

Wir sind daher für einen wichtigen Schritt in Richtung Osterweiterung, denn die Osterweiterung ist eine Chance gerade auch für Wien, um die Teilung Europas zu überwinden, um das fortzusetzen, was durch die Durchschneidung des Eisernen Vorhangs durch Alois Mock und den damaligen ungarischen Außenminister Horn vor sich gegangen ist.

Europa und Osteuropa - das bedeutet, daß wir gemeinsame Anliegen in diesem Europa weiterbringen müssen. Dazu gehören ökonomische, soziale Anliegen wie eben eine gemeinsame Beschäftigungsunion in Europa, eine gemeinsame Wirtschaftsunion. Für die

Wiener ÖVP sind aber auch jene Anliegen, die sie in der Landesregierung vertritt, von besonderer und zentraler Bedeutung, so vor allem der Kulturbereich und die Frage der Stadtplanung, eben die Region Vienna.

Mit großer Freude haben wir zur Kenntnis genommen, daß der EU die Förderung der osteuropäischen Regionen 700 Milliarden \$ wert ist. Sie steht damit in der Tradition des Marshall-Plans, das heißt in jener Tradition, die zur OECD geführt hat und der wir unseren Wohlstand verdanken.

Ein gemeinsames Europa hat sicherlich eine Zukunft als Friedens- und Sicherheitsordnung, als Beschäftigungsunion, als Wirtschafts- und Sozialunion, als kulturelle Einheit.

In diesem Sinne werden wir sicherlich den Weg der ÖVP als Europapartei auch hier im Wiener Rathaus weitergehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Günther zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Helmut Günther (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Herrn Kollegen Kopietz gratulieren. Er hat sich hier wirklich als profunder Kenner der Haider-Pressedienste und des freiheitlichen Parteiprogramms präsentiert. Er hat es nur, so wie es ausschaut, vielleicht nicht ganz verstanden (Lhptm Dr Michael Häupl: Ein gescheiter Burschl! Der Kopietz ist ein gescheiter Burschl!), aber ich darf ihm eines zum Wiener Wahlprogramm sagen:

Ich kenne das Wiener Wahlprogramm auch und selbstverständlich sind die östlichen Nachbarn an die Standards in der EU heranzuführen. Aber ich muß sie ja nicht sofort in die EU hereinziehen. Sie haben das zum Teil in Ihren Wortmeldungen auch schon dargestellt.

Ich darf aber noch hinzufügen: An sich ist die Europäische Union in letzter Zeit wirklich ein beliebtes Doppelpackspiel geworden. Immer dann, wenn die Tagesordnung des Landtags dünn ist, erhalten wir eine Mitteilung über Europa, was erfreulich ist, denn das ist ein wichtiges Thema und man sollte darüber reden. Begonnen hat es am 21. Oktober bei der Deklaration und bei den beiden Mitteilungen der Finanzstadträtin beziehungsweise des LhptmSt Görg. Damals ist in der Deklaration noch eindeutig gestanden, daß eingedenk der großen Herausforderungen, die sich angesichts der Frage der Erweiterung der Europäischen Union stellen, Wien die Initiative der Europäischen Kommission, sich offensiv mit den in der Agenda 2000 behandelten Themen auseinanderzusetzen, begrüßt.

Die Finanzstadträtin hat das dann schon etwas eingeschränkt. Sie hat nämlich gesagt: "Selbstverständlich reicht das nicht aus, die Osterweiterung zu befürworten und sich keine Gedanken um die entstehenden Kosten und die wirtschaftlichen Auswirkungen zu machen. Es muß klargestellt werden, daß die gegenwärtigen Mitgliedsstaaten nicht über ihre wirtschaftli-

chen Möglichkeiten hinaus belastet werden. Es ist aber auch ein Faktum, daß es unter den Mitgliedsstaaten zu Anpassungen der Gemeinschaftsfinanzierung kommen muß. Das heißt konkret, daß auch die bisherigen Nettoempfänger ihren Beitrag leisten müssen."

Und Görg hat das Ganze noch verstärkt und hat ihr geholfen, indem er gesagt hat, ... "daß gerade an den jetzigen Außengrenzen der Europäischen Union die Risiken einer Osterweiterung in Richtung Arbeitsplatz, Warenverkehr und Dienstleistungsverkehr bei den Klein- und Mittelbetrieben, die ja die wichtigsten Arbeitgeber in diesem Land sind, ganz besonders groß sind."

Das war durchaus etwas Wichtiges und Richtiges. Aber gerade diese schwerwiegenden Bedenken hätten dazu führen müssen, daß man ein klares Nein zur schnellen Osterweiterung formuliert. Aber was ist passiert? - Knapp nach dieser Landtagssitzung am 21. Oktober verkündet der Vorsitzende der SPÖ, Bundeskanzler Klima, in einem Pressedienst: "Es sind die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten mit zeitlicher Straffheit zu führen und keine Verzögerungen und keine Bremsen einzusetzen." Das heißt, er ist ein klarer Befürworter einer schnellen Osterweiterung, die ohne Überlegungen für den Arbeitsmarkt und für die Sorgen der Wienerinnen und Wiener erfolgen soll. - Das, meine Damen und Herren, können wir nicht unterstützen.

Er hat aber damals auch gemeinsam mit seinem Außenminister Schüssel in Brüssel der Osterweiterung und der schnellen Aufnahme von Gesprächen mit den osteuropäischen Nachbarn zugestimmt, und auch Sie, Herr Landeshauptmann, haben damals im Ausschuß der Regionen in Luxemburg der Osterweiterung zugestimmt. (Lhptm Dr Michael Häupl: Sicher! Im Sinne Ihres Parteiprogramms!) Ja, Herr Landeshauptmann, aber eines haben Sie dann nachher, nachdem Sie dort zugestimmt haben, auch blitzartig formuliert: Daß es doch nicht so gut ist, wenn man schnell in die Osterweiterung "hineingeht". (Lhptm Dr Michael Häupl: Wo steht das?) Bitte? (Lhptm Dr Michael Häupl: Wo steht das?) Ich lese nur Ihr "Presse"-Interview, das Sie erst vor ein paar Tagen gegeben haben. Vorige Woche war eine ganze Seite in der "Presse". (Lhptm Dr Michael Häupl: Wo steht "schnell"?) Nein, aber damals haben Sie gesagt, eine Osterweiterung soll es geben und Ihr Bundeskanzler und Ihr Parteivorsitzender hat gesagt, die Verhandlungen sind "ohne Bremse und mit Straffheit" zu führen. (Lhptm Dr Michael Häupl: Ja!) "Ohne Bremse" heißt für mich schnell. Normalerweise könnte das nur heißen ... (Lhptm Dr Michael Häupl: Verhandlungen im Sinne Ihres Parteiprogramms! - Ruf: Genau!) Im Sinne meines Parteiprogramms? - Sie meinen, des Wiener Wahlprogramms. Das Wiener Wahlprogramm hat nicht gesagt, daß die Ostöffnung auch sofort einen Beitritt der Oststaaten zur EU bedeutet. (Lhptm Dr Michael Häupl: Das habe ich ja nicht gesagt! - Abg Andreas Schieder: Sie müssen aufpassen! - Abg Ilse Forster: Das hat er nicht gesagt!) Auch der Bundeskanzler sagt, die Verhandlungen sind straff und schnell

zu führen. "Schnell" heißt für mich, so schnell wie möglich. (Lhptm Dr Michael Häupl: *Das habe ich nicht gesagt und auch nicht der Bundeskanzler!*)

Ich komme noch zu diesem Punkt, wie schnell das Ganze geht, aber in Ihrem Interview in der "Presse" wurde Ihnen die Frage gestellt: "Bevor diese Anpassungen" - von denen wir auch gesprochen haben - "ehemaliger Ostblockländer nicht verwirklicht sind, kann es also keine Osterweiterung geben?" Und Sie sagen darauf: "Natürlich nicht." (Lhptm Dr Michael Häupl: *Ja! - Abg Ilse Forster: Das hat er heute auch gesagt!*) Das heißt also, Sie schränken Ihre auch heute wieder dargelegte Freude mit der Ostöffnung ein, indem Sie sagen, zuerst sind die Anpassungen durchzuführen. Und genau das ist es! (Lhptm Dr Michael Häupl: *Das habe ich heute auch gesagt!*)

Warum sagen Sie dann, daß der Beitritt so dringend ist? - Eine Osterweiterung kann es erst geben, wenn die Nachbarstaaten auch den Möglichkeiten und den Standards der Europäischen Union nähergebracht werden. Und sogar das Mitglieds ... (Lhptm Dr Michael Häupl: *Ich habe etwas übrig für Wortklauberei! Aber was Sie betreiben, das ist exzessiv!*) Die Wortklauberei ist, daß die Angst der Österreicher vor Versprechungen eine durchaus hohe ist. Wir haben das schon einige Male erlebt. Das letzte Mal 1994 beim Beitritt zur Europäischen Union. (Lhptm Dr Michael Häupl: *Das schmerzt! Diese Abstimmungsniederlage schmerzt!*)

Es gibt einige Punkte und Gründe, die dagegen sprechen, daß eine schnelle Osterweiterung gewährleistet ist, und zwar sind das für mich insgesamt vier Punkte: Der eine ist die Finanzierung, der zweite ist die Arbeitsmarktlage, verbunden auch mit der hohen Arbeitslosigkeit in Österreich und im Europa der 15, der dritte sind die bevorstehenden Migrationsbewegungen und der letzte ist die Wirtschaftslage der Beitrittskandidaten.

Zum ersten Punkt, zur Finanzierung: Noch bevor es diesen Beschuß von Luxemburg gegeben hat, hat Ihr ehemaliger Stadtrat und jetziger Finanzminister davor gewarnt und hat gesagt: Es kann zu einer Verdopplung der Beitragszahlungen der Österreicher kommen. Und weiters hat er gesagt: Da ist noch nicht alles darin eingerechnet. - Das war eine Presseaussendung vom November des Vorjahrs.

Das nächste ist eine Wifo-Studie, die ganz neu erstellt wurde und aus der ich Ihnen jetzt zitieren möchte. Das Wifo schreibt: "Bei einer Erweiterung der Gemeinschaft nimmt die potentielle Anzahl der Empfänger öffentlicher Leistungen zu. Die Inanspruchnahme der Garantiefonds für die Landwirtschaft, der Strukturfonds sowie anderer Haushaltssmittel der EU durch Neumitglieder aus den mittel- und osteuropäischen Ländern würde bei Status-quo-Bedingungen zu einer immensen finanziellen Belastung der Altmitglieder führen." Die vom Wifo analysierte Schätzung zeigt eine Schwankungsbreite der Finanzbelastungen durch die vier Visegrad-Länder von mindestens 7 und höchstens 45 Milliarden ECU pro Jahr, was bedeuten wür-

de, daß für Österreich eine Belastung durch die Osterweiterung von mindestens 2,57 Milliarden S und höchstens 16,5 Milliarden S herauskommen könnte."

Das Wifo stellt weiters fest: "Unterstellen wir eine mittlere Kommissionsschätzung als annähernd, kommt es zu 9,5 Milliarden S an Mehrbelastungen. Bei derartigen Größenordnungen ist jedoch zu befürchten, daß die Wirksamkeit der EU-Wirtschaftspolitik und die Legitimation für eine Vertiefung der politischen Integration in Mitleidenschaft gezogen wird. Würden hingegen auf der Ausgabenseite des EU-Haushalts Kürzungen vorgenommen, sind Widerstände bei den Verhandlungen wie bei dem Vertrag von Maastricht zu befürchten, als eine Koalition aus Spanien, Portugal, Irland und Griechenland die Einrichtung des sogenannten Kohäsionsfonds für sie durchsetzte."

Es käme zu einer Konfrontation der Südländer mit den potentiellen Nettoempfängern aus dem Osten um die Verteilung begrenzter EU-Haushaltssmittel. Spätestens dann, wenn die derzeitigen 15 EU-Mitgliedsländer einstimmig beschließen müssen, neue EU-Mitglieder aufzunehmen, werden sie ihre Präferenz darlegen müssen. Die Hauptempfänger strukturpolitischer Transfers werden voraussichtlich ihre Zustimmung von der Zusage künftiger Strukturförderungen abhängig machen. Neben Besitzstandsgarantien ist seitens der jetzigen Hauptempfängerländer auch die Forderung zu erwarten, daß ihnen eine darüber hinausgehende finanzielle EU-Kompensation geboten werden muß."

Das besagt, daß im Ausdehnungsbereich eine durchaus hohe Sprengkraft drinnsitzt, nämlich auch innerhalb der EU, weil es hier unterschiedliche Interessen gibt. (Lhptm Dr Michael Häupl: *Das ist nichts Neues!*) Das ist nichts Neues, da haben Sie schon recht, Herr Landeshauptmann, aber dann kann man nicht mit solchen Hauruck-Aktionen, wie sie jetzt in Luxemburg beschlossen worden sind, versuchen, hineinzugehen und in den Verhandlungen weiterzugehen.

Es gibt ein Positionspapier der Bundesregierung für die Präsidentschaft ab 1. Juli, in dem drinnensteht: "Wir müssen uns in Österreich damit befassen, weil wir schon drei Monate mit 5 + 1 Ländern Verhandlungen führen werden. Hier wird der österreichischen Rolle große Bedeutung zugemessen." (Lhptm Dr Michael Häupl: *Was heißt das?*)

Das heißt, die Einschränkungen, die Sie machen, wenn Sie sagen: Schauen wir, daß vor einer EU-Osterweiterung der Standard in den Ländern angehoben wirdl, ist durch dieses Positionspapier der Bundesregierung für die Präsidentschaft - das ist Stand Mitte Jänner - schon wieder konterkariert. Denn dort heißt es, wir müssen uns intensiv und schnell mit den Verhandlungen befassen. (Lhptm Dr Michael Häupl: *Verhandlungen sind ja noch nicht das Ergebnis! Das ist ja absurd! Wir haben fünf Jahre verhandelt!*) Ja, gehen wir weiter! Sechs sogar, von 1989 bis 1995. (Lhptm Dr Michael Häupl: *Und uns hat man wollen!*) Das stimmt Herr Landeshauptmann! Gehen wir jetzt aber weiter.

Nach diesem Beschuß in Luxemburg gab es in der "Presse" einen großen Artikel, daß es vor allem bei einem Land besonders schwer sein wird, es an die EU heranzuführen, und zwar ist das Polen. Da schreibt man, daß die polnische Wirtschaft entgegen den anderen Wirtschaften, zum Beispiel Slowenien, noch weit von den europäischen Standards entfernt ist, daß die Lohnkosten stark unterschiedlich sind zu den europäischen - in Polen sind es ungefähr 20 Prozent bis 25 Prozent des europäischen Standards, während Slowenien schon bei 60 bis 70 Prozent liegt -, daß die Schwerindustrie noch stark darniederliegt und daß 27 Prozent der polnischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind; also ein Förderungsbereich, der vor allem die Agrarförderung der Europäischen Union betrifft. - So die "Presse" vom 19. Dezember 1997.

Weiters steht noch drinnen, daß auch die Fachleute in der EU dieser Meinung sind und daß man große Schwierigkeiten haben wird, Polen heranzuführen. (Lhptm Dr Michael Häupl: Sagen Sie das dem FDP-Minister in Deutschland! Der betreibt das ganz besonders!)

Jetzt kommt Ministerpräsident Kwasniewski auf Besuch und dann kommt ein polnischer Staatssekretär für Integration nach Wien und hält gemeinsam mit John Bell von der EU-Kommission einen Vortrag, und auf einmal sagen die beiden - auch in der Zeitung deutlich zu lesen -, Polen könnte 2002 der EU beitreten. (Lhptm Dr Michael Häupl: Das wird sich ein Pole wohl wünschen dürfen!) Wenn es am 19. Dezember heißt, daß es mit den Polen am schwierigsten ist, würde das bedeuten, daß alle anderen Länder schon vorher beitreten können. Das wollen wir doch wohl nicht annehmen, daß es das heißen kann. (Lhptm Dr Michael Häupl: Das ist ja absurd!)

Da brauche ich doch die Polen nicht auch noch anzulügen seitens der Europäischen Union und noch Wasser auf ihre Mühlen gießen und sagen: Das könnte sich ausgehen. (Lhptm Dr Michael Häupl: Ein Pole kann das fordern!) Wenn das jetzt der polnische Staatssekretär fordert, habe ich durchaus Verständnis dafür, denn das ist seine Sicht der Dinge. Wenn dort aber gleichzeitig ein Vertreter der Europäischen Union auftritt und das gleiche von sich gibt, dann, muß ich sagen, müssen auch die Überlegungen in der Europäischen Kommission dergestalt sein, denn sonst könnte es von dort nicht kommen.

Hier hätte wirklich die Notwendigkeit bestanden, daß Österreich das Wort ergreift und sagt, so etwas können wir uns nicht vorstellen. Das kann nicht im Interesse Österreichs und auch nicht im Interesse unserer Heimatstadt Wien liegen. (Lhptm Dr Michael Häupl: Genau das hat die Bundesregierung getan!) Herr Landeshauptmann, ich habe das von der Bundesregierung nicht so deutlich gehört, wie Sie es mir gerade sagen, aber ich bin froh, wenn Sie ... (Lhptm Dr Michael Häupl: Weil Sie eine selektive Wahrnehmung haben! Ihr habt ja nicht einmal mir zugehört! Ihr habt eine selektive Wahrnehmung!)

Und jetzt eines: Derzeit ist eine Ostöffnung und ein Beitreten dieser 5 + 1 Länder abzulehnen. Auf Sicht gesehen geht das sicher nicht. Der Landeshauptmann vom Burgenland ist da einer Meinung mit uns, indem er sagt, die Osterweiterung hat erst dann zu erfolgen, wenn beide Seiten ihre Hausaufgaben erledigt haben. Da kann ich Ihrem Parteifreund und Landeshauptmann vom Burgenland nur beipflichten. (Lhptm Dr Michael Häupl: Wodurch unterscheidet sich das von meiner Aussage? Wodurch unterscheidet sich das?) Sie sagen, nehmen wir sie herein und bereiten wir sie darauf vor. (Lhptm Dr Michael Häupl: Wo steht das? Wozu gebe ich euch mein Manuskript, wenn ihr es nicht lest! Wo steht das?)

Es ist auch schön, daß ich einen Erfahrungsbericht, der am 15. Dezember in Brüssel erstellt wird, heute in der Früh hier auf dem Tisch vorfinde. Ich glaube nicht, daß das die Information der Landtagsabgeordneten dieses Hauses ist, denn das Koordinationsbüro - oder wir haben in Brüssel sogar ein Wien-Haus - hat das sicher schon ein paar Tage früher gehabt. Die Präsidentin des Landtags hat es laut Eingangsstempel erst am 15. Jänner gehabt. Es wäre schön gewesen, das zur Vorbereitung auf Ihr Referat und zur normalen Information vielleicht doch früher zu bekommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Jedenfalls werden die Freiheitlichen derzeit einer Osterweiterung keine Zustimmung erteilen. (Beifall bei der FPÖ. - Lhptm Dr Michael Häupl: Das ist überraschend!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Frau, Pardon, Herr Abg Ekkamp zum Wort gemeldet. (Abg Franz Ekkamp: So weit sind wir noch nicht! - Heiterkeit.) Ich war schon bei Frau Abg Jerusalem.

Abg Franz Ekkamp (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Viele Damen und Herren dieses Hauses diskutieren die Fragen der Osterweiterung sehr sachlich, andere wiederum verbreiten nur Angst mit Europa. Fest steht, daß Europa vor großen Veränderungen steht. Diese Veränderungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hervorgerufen durch die neuen Beitrittswerber, bedeuten eine Herausforderung nicht nur für die Europäische Union, sondern auch für Österreich und insbesondere für Wien. Wir stehen vor einem Reformprozeß, der die europäische Architektur politisch, ökonomisch und sozial tiefgreifend verändern wird. Wien, als Metropole im Herzen Europas gelegen, wird die Auswirkungen, die Risiken, aber auch die Chancen dieses Prozesses unmittelbar zu spüren bekommen.

Man spricht viel über die strukturellen Defizite dieser neuen Beitrittswerber - zu Recht -, man spricht viel über die Konkurrenz durch einen freien Arbeitsmarkt, man spricht viel über die wirtschaftlichen Chancen unserer Betriebe, hervorgerufen durch den Nachholbedarf dieser Länder. Das ist notwendig, das hat alles seine Berechtigung, aber man redet wenig über die

einmalige Chance, die Zweiteilung Europas zu beenden, man redet wenig über die einmalige Chance, daß der unsichtbare Graben, der Europa Jahrzehntelang durchzogen hat, verschwindet, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, man sollte mehr über diefriedenspolitische Dimension reden, die unser Kontinent durch die Osterweiterung erfährt (Abg Dr Rüdiger Stix: *Dann gehen wir in die NATO!*), und sich nicht ausschließlich mit Kapital und Gewinnen beschäftigen. Denn der Frieden ist ein höchst kostbares Gut der Menschen, das leicht zerbrechlich ist. Dies sollte auch der Europäischen Union spätestens angesichts des blutigen Bürgerkriegs, der zur Hinrichtung zahlreicher unschuldiger Menschen im ehemaligen Jugoslawien geführt hat, bewußt geworden sein.

Frieden, meine sehr verehrten Damen und Herren, kostet etwas: Nicht nur Geld, sondern auch die Überwindung geistiger und politischer Barrieren. Natürlich reicht es nicht aus, die Osterweiterung ganz einfach zu befürworten und sich keine Gedanken zu machen, um die entstehenden Kosten, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die soziale und gesellschaftliche Entwicklung. Es muß selbstverständlich klargestellt werden, daß die gegenwärtigen Mitgliedsstaaten nicht über ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten hinaus belastet werden. Es muß klar sein, daß es unter den Mitgliedsstaaten zu Verschiebungen der Gemeinschaftsfinanzierung kommen muß. Das bedeutet, daß naturgemäß auch die bisherigen Nettoempfängerländer ihren Beitrag zu dieser Erweiterung zu tragen haben. Es muß aber auch klar sein, daß die Beitrittswerber unsere Unterstützung brauchen! Gratis, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Osterweiterung nicht zu haben sein.

Großes Augenmerk ist der wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem aber dem Arbeitsmarkt zu widmen. Wir wissen, daß sich die Wirtschaft viele positive Effekte erwartet. Diese Erwartung wird dadurch verstärkt, daß sich die Annäherung der osteuropäischen Länder durch Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union bis dato positiv für unsere Exportwirtschaft ausgewirkt hat. Die Zahlen sprechen für sich: Von 1989 bis 1994, also insgesamt in fünf Jahren, wurde ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Österreich von 1,3 Prozent erzielt. Wenn man das umrechnet auf neu geschaffene Arbeitsplätze, so könnte man dies - da setzt man die Zahl ganz tief an - durchaus mit 20 000 beziffern.

Die Annäherung der osteuropäischen Länder hat sich auch für Wien gut ausgewirkt, denn das Wiener Urbanprodukt ist um 2,5 Prozent pro Jahr - und dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, seit 1989 - gestiegen. Ein Werbeslogan: Der Vergleich lohnt sich! Andere Großstädte, nahe Großstädte, weisen für ihr Stadtprodukt nur 1,1 Prozent Steigerung aus. Der europäische Durchschnitt der Großstädte beläuft sich auf 1,6 Prozent. Es ist dies also, wie Sie sehen, durchaus keine schlechte Entwicklung für die Wiener Wirtschaft.

Ich gebe schon zu, daß nicht alles der Osterweite-

lung zuzuschreiben ist, aber sie hat ihren Anteil an der positiven Entwicklung des Wiener Urbanprodukts. Viele Wiener Betriebe, viele Konzerne haben die wirtschaftlichen Chancen durch den Nachholbedarf der osteuropäischen Staaten sehr geschickt und in hohem Maße wahrgenommen. Internationale Konzerne haben den Wiener Niederlassungen Regionskompetenzen für alle neuen Beitrittswerber übertragen. Das ist ein gewisser Vertrauensvorschuß und ein Kompetenzbeweis, denn das könnte genauso auch von einer anderen Zentrale in Europa aus betreut werden. Das heißt, für uns stellt sich eine Aufgabe: Wien muß eine wirtschaftspolitische Drehscheibe in unserem Europa werden! (Beifall bei der SPÖ.)

Nicht vergessen sollte man die Chance, daß sich die Wiener Wirtschaft stärker internationalisiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Gerade die stärker werdenden Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa können dazu beitragen, unsere historisch bedingte Binnenmarktorientierung zu überwinden. Unsere Wirtschaft muß sich mehr exportorientiert zeigen; ein kleiner Verweis auf das Handelsbilanzdefizit sei gestattet. Neue Märkte mit intelligenten Produkten! - Nur so kann die Devise lauten.

Die Wiener Wirtschaft, so glaube ich, ist auf dem richtigen Weg. Das zeigt die Steigerungsrate des Exportanteils. Ich bin sicher, sie wird sich auch weiterhin erfolgreich auf diesen Märkten behaupten können, wenn wir uns weiterhin auf hochwertige Produkte und Dienstleistungen konzentrieren. Hier wird insbesondere die stärkere Zusammenarbeit der Wirtschaft mit unseren Universitäten oder Hochschulen von wesentlicher Bedeutung sein. Auch hier müssen noch einige Barrieren, die einer verstärkten Zusammenarbeit im Wege stehen, abgebaut werden. Finanzielle Anreize - zum Beispiel in Form eines Innovationsfonds - der Forschung und Entwicklung einerseits und die gegenseitig Inanspruchnahme von Wirtschaft und Hochschulen andererseits müssen ein Baustein zur Bewältigung der Zukunft sein.

Mit Lohndumping in Konkurrenz mit den Beitrittswerbern zu treten, ist wirtschaftlicher Blindflug, der zum Scheitern verurteilt ist. Die weitläufige Frage des Arbeitsmarkts bedarf einer sehr sensiblen Betrachtung. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat nichts mit Angst zu tun, sondern mit gesellschaftspolitischer Verantwortung, denn wenn auch die wirtschaftliche Entwicklung durchaus positiv zu bewerten ist, so birgt die künftige Öffnung des freien Arbeitsmarkts doch einige gesellschaftspolitische Spannungsfelder in sich.

Ein Vorschlag eines Wirtschaftsexperten vom Institut für Höhere Studien, der diese Woche gemacht wurde, regt nicht nur zum Nachdenken an, sondern ist auch sehr bedenklich. Jener Vorschlag, man möge doch jährlich 25 000 Arbeitskräfte aus Osteuropa zulassen, um Know-how aufzubauen, würde den Arbeitsmarkt, insbesondere den Arbeitsmarkt der Ostregion, überfordern und ist daher abzulehnen. Besonders

die Beschäftigten in der Bauwirtschaft würde die Annahme dieses Vorschlags vor katastrophale Folgen stellen.

Das heißt, gerade auf dem Sektor des Arbeitsmarkts muß es Übergangsbestimmungen geben, um faire Wettbewerbsbedingungen zu haben. Diese Übergangsbestimmungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollen sich nicht nach einem fixen Zeitpunkt richten, sondern sich an dem Erreichen tatsächlicher Mindeststandards in den Ländern der Beitrittswerber orientieren. Ein Faktor dabei ist - heute schon mehrfach angesprochen -, daß das Lohnniveau jener Länder ein gewisses Mindestniveau, gemessen am EU-Durchschnitt, erreichen muß.

Es ist auch absolut notwendig, Lücken im Arbeitsrecht zu schließen, um ein System von arbeitsrechtlichen Mindeststandards zu gewährleisten.

Desgleichen muß die Frage der rechtlichen und faktischen Gleichstellung der Frauen stärker in den Vordergrund gerückt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn die Frauen waren nicht gerade die Gewinner des Umstrukturierungsprozesses der Werberländer. Umso größer müssen nun die Anstrengungen sein, ihnen eine menschenwürdige und soziale Integration zu ermöglichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein wichtiger funktionaler Schritt der Osterweiterung ist die Schaffung handlungsfähiger, rechtlich abgesicherter Interessenvertreter, um in dem notwendigen Dialog zwischen Arbeit und Kapital bestehen zu können.

Erst nach Erfüllung gewisser Kriterien kann es einen Vollbeitritt für diese Länder geben, denn wenn das nicht geschieht, dann können wir wahrscheinlich nicht vermeiden, daß es zu gesellschaftspolitischen Spannungen in den übrigen Ländern kommt.

Natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß man die Beitrittsländer auch bei der Ausarbeitung einer neuen gemeinschaftlichen Beschäftigungsstrategie miteinbinden. Vorschreibungen an diese Länder alleine werden nicht sehr hilfreich sein. Es müssen auch finanzielle Hilfen, die in der Heranführungsphase gewährt werden, in erster Linie für Schaffung und Stabilisierung von Beschäftigung eingesetzt werden.

Es gäbe noch weitere Rahmenbedingungen, zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt der Beitrittskandidaten in Relation zum österreichischen, die Kaufkraftparität der Landeswährung der Länder zum Euro - wir schauen schon in die Zukunft -, wichtig wird auch die Arbeitslosenrate in den osteuropäischen Grenzregionen in Relation zu den österreichischen Grenzregionen sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Grundsätzlich ist zu sagen, daß sich die Rahmenbedingungen nicht nach einem Zeitraum richten dürfen, sondern an der Erreichung bestimmter Niveaus der Beitrittswerber.

Warum die Freiheitlichen gegen die Osterweiterung auftreten, scheint klar zu sein: Es paßt nicht zur politischen Oppositionsrolle, obwohl die Freiheitlichen vor einigen Jahren vehementest den Beitritt gefordert haben; insbesondere ihr derzeit sehr demotivierter

Obmann. "FPÖ für baldigen EG-Beitritt Österreichs." - Jänner 1988. "Für EG-Beitritt Gunst der Stunde nützen." - Derselbe. "FPÖ und FDP urgieren massiv EG-Beitritt Österreichs." "Haider fordert Volksabstimmung über EG-Beitritt."

Die Liste an Forderungen könnte man weiter fortführen, aber der Zickzackkurs paßt genau in das politische Sittenbild der Freiheitlichen, wie auch die jüngste Entscheidung, die der sogenannte demotivierte Bundesparteiobmann der Freiheitlichen getroffen hat.

Er hat nämlich untersagt, daß ein Landeshauptmann-Stellvertreter in der Frage der konstruktiven Wirtschaftspolitik dementsprechend mitgestalten soll. Also die Rolle scheint zugeschnitten auf die Oppositionspolitik. Ich hätte mir aber heute gedacht, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Freiheitliche Partei doch ein wenig mehr Sachlichkeit einbringen wird. Ich bin nicht enttäuscht, ich bin nur bestätigt worden. Die Inhalte der F-Politik sind Verbreitung von Angst und Neid und von politischer Finsternis.

Sehr verehrte Damen und Herren! Wir sollten an das Projekt Europa nicht mit Angst herangehen, denn wer mit Angst an ein Projekt herangeht, der hat meistens schon verloren. Sachlichkeit in dieser Frage ist oberstes Gebot. Wir wollen ein soziales Europa. Wir wollen ein friedliches Europa. Wir müssen mit Mut und Kreativität an diese Erweiterung herangehen. Profitieren sollen davon die Menschen in unserem Europa. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Susanne Jerusalem (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren des Landtags!

Ich möchte keine lange Rede halten, sondern nur einige Punkte herausgreifen, die mich im Verlauf der Debatte sozusagen angesprungen haben.

Herr Abg Kopietz hat in seiner Rede erwähnt, daß es der SPÖ schlaflose Nächte verursacht, wenn die Arbeitslosigkeit so hoch ist. - Schlaflose Nächte können auch den klaren Blick trüben. Ich hoffe, das ist nicht die einzige Reaktion der SPÖ auf die steigende Arbeitslosigkeit, sonst könnte eines passieren, nämlich daß die Ära Häupl als Bürgermeister in Wien zur Ära der steigenden Arbeitslosigkeit in Wien wird. Und das wollen wir im Grunde genommen alle nicht, und Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, wahrscheinlich am wenigstens.

Herr Abg Pfeiffer hat gesagt: Geredet wird viel, geschehen tut wenig. - Das ist eine sehr präzise Analyse der Regierungspolitik dieser Stadt und ich hätte sie von seiten der ÖVP eigentlich am wenigsten erwartet. Nur, mein Verdacht ist, daß sich dieses "geredet wird viel, geschehen tut wenig" mittlerweile auch zur Bevölkerung herumgesprochen hat und daß daraus im Grunde genommen das Mißtrauen und die Skepsis der Bevölkerung resultieren, die den Verdacht hat, daß in Vorbereitung auf die Osterweiterung nicht alles getan wird,

was eigentlich geschehen müßte. Hier keimt ein Verdacht in der Bevölkerung und Sie, Herr Abg Pfeiffer, haben das im Grunde genommen auf den Punkt gebracht.

Ein anderer Satz, der auch immer wieder in derartigen Debatten kommt und der sehr ernst zu nehmen ist, ist der Satz: Das wird uns etwas kosten. Denn die Frage, die daran anschließt, ist ja: Wer ist da "uns"? Wen wird es etwas kosten? Werden die Landtagsabgeordneten besonders viel bezahlen müssen oder als Gemeinderäte oder in sonst irgendeiner Funktion? - So wird es ja nicht sein. Das heißt, die Menschen, die mit Elan in die Osterweiterung hineinziehen, so sie Politiker sind oder durchaus auch Wirtschaftsfachleute, das sind ja nicht die, die die Kosten zu tragen haben. Dieses "uns" wird die Bevölkerung sein und da halte ich es für notwendig, auch einmal zu schauen: Wer ist denn diese Bevölkerung?

Und da ist schon eines ganz klar: Es gibt 50 Prozent in der Bevölkerung, die sagen können, das wird uns etwas kosten, und wir wollen das auch leisten, wir wollen es auch bezahlen, denn wir können es auch bezahlen. Aber es gibt leider auch die anderen 50 Prozent der Bevölkerung, von denen mehr als die Hälfte gar nichts bezahlen können, weil sie es nicht haben, das sind die sozioökonomisch schwachen Haushalte. Und dann gibt es diese insgesamt 50 Prozent, die sich alle recht schwer tun und die sich sehr wohl überlegen: Wofür habe ich noch Geld, was kann ich noch leisten und wofür kann ich noch etwas ausgeben?

Es gibt aber noch einen anderen Verdacht, der in der Bevölkerung tief sitzt, nämlich das ist der Verdacht, daß dieses "das wird uns etwas kosten" möglicherweise die Arbeitsplätze sind. Es gibt eine Reihe von Personen, es gibt einen großen Teil in der Bevölkerung, die Angst hat davor, daß uns das Arbeitsplätze kosten wird. Und wer die Geschichte der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß dieser Verdacht nicht zu Unrecht besteht und daß die Politik sich damit auseinandersetzen muß.

Meine Damen und Herren, um jetzt nicht den falschen Verdacht in Ihnen aufkommen zu lassen: Ich bin sowohl für die Osterweiterung - ich füge gleich hinzu, ich habe für den Beitritt zur Union gestimmt - als auch dafür, daß man Ängste ernst nimmt, nicht zur Seite schiebt und nicht dann auf die Ängste der Bevölkerung blödsinnige Werbekampagnen draufsetzt, um den Leuten etwas einzureden, was im Grunde genommen alles nicht stimmt.

Auf ein Bild möchte ich eingehen, das vom Liberalen Forum heute geprägt wurde und das auch ein bißchen in meinem Kopf sitzen geblieben ist: Das war dieses Bild von den Teamspielern. Es war ein sehr euphorisches und ein sehr schönes Bild von diesem Team, daß wir alle gemeinsam mit den Ostländern sind, wo es die Starken gibt und wo es die Schwachen gibt und wo selbstverständlich die Starken aufgefordert sind, die Schwachen bei der Hand zu nehmen und

hinaufzuziehen, und dann geht es los und dann wird das Tor eingeschossen.

Nur, auch zu diesem Bild ist zu sagen, daß sich die Bevölkerung, und zwar wirklich ein großer Teil der Bevölkerung, ganz zu Recht, gar nicht sosehr als die Starken sieht, die die anderen in die Höhe mitreißen können, sondern sich eher als jemand erlebt, der schwach ist, und wenn er jetzt noch einen Schwachen an die Hand oder um den Hals gehängt bekommt, dann zieht es alle gemeinsam hinunter. Das ist das andere Bild, das viele Menschen in den Köpfen haben. Die einzige Antwort, die man darauf geben kann, ist ganz konkrete Politik. Das sind Handlungen und Maßnahmen, die zu setzen sind, damit man die Leute mit Taten und Ergebnissen überzeugt und nicht mit blödsinnigen Werbekampagnen und Feiertagsreden.

Es haben heute drei männliche Redner, unter anderem mein Klubobmann, darauf hingewiesen, daß dieser Debatte bedauerlicherweise die Emotion und die Euphorie fehlt. Ich bedaure das auch sehr. Ich kann das aber auch wieder verstehen, denn im Grunde genommen fehlt nicht die Emotion, sondern es ist die falsche Emotion. Es ist nämlich die Angst, die mehr und mehr dieses Thema belastet und die wir umdrehen müssen, und ich sage es noch einmal, nicht mit schönen Worten, sondern mit Taten. Denn 80 000 Arbeitslose in Wien, das ist viel, das ist sehr viel, das ist zu viel, vor allem in Anbetracht dessen, daß auch dieser Arbeitsmarkt schrumpft. Das kommt als zweiter Moment in dieser ganzen Debatte noch dazu.

Meine Damen und Herren! Ich möchte, um es rasch zu machen, ein paar der notwendigen Schritte nennen, wo ich denke, die könnten auch Menschen überzeugen.

Wir haben schon in der letzten Sitzung über die Luxemburger Richtlinien gesprochen, die es gibt. Ich bin dafür, daß Wien diese Luxemburger Richtlinien erfüllt und daß wir, wenn Wien quasi das Zentrum der EU sein wird, einen nationalen Plan, der Hand und Fuß hat, vorzulegen imstande sind.

Die beschäftigungswirksamen Investitionen und Betriebsgründungen, die regional wirksam werden, die die regionale Bevölkerung beschäftigen und die gar nicht in Gefahr geraten, abzuwandern, weil sie daraus keinen Vorteil ziehen können. Wir wissen, daß zum Beispiel die Studie "Leben in Wien" sehr ans Herz legt, einen Nutzungsmix im Nordosten Wiens anzusiedeln. Ja, das ist fein, wenn es wo steht, aber gemacht muß es werden.

Auf zwei Konfliktpunkte möchte ich in meiner Rede ganz kurz hinweisen, denn ich glaube, man muß nicht nur den Ausgleich zwischen dem Osten und Österreich und der EU schaffen, sondern auch einen internen Ausgleich herstellen. Es gibt nach wie vor enorme Einkommensunterschiede zwischen den Frauen und den Männern in diesem Land. Das muß ausgeglichen werden.

Es gibt auch enorme Einkommensunterschiede zwischen jeweils gleich gut ausgebildeten und in densel-

ben Berufen tätigen Inländern und Ausländern. Auch dieser Konfliktpunkt muß entschärft werden. Das spielt eine große Rolle, wenn die EU noch größer werden wird.

Wenn es nicht gelingt, die Kaufkraft der Wiener Bevölkerung zu erhalten - und das hängt an der Arbeitslosigkeit dran -, dann kann Wien als Wirtschaftsstandort auch nicht reüssieren. Dasselbe gilt: Wenn es Wien nicht gelingt, die Lebensqualität zu behalten beziehungsweise zu erhöhen, dann sind wir damit konfrontiert, daß einkommensstarke Bevölkerung abwandert. Das steht im Raum als Problem und auch das muß verhindert werden, denn auch das würde die Kaufkraft in Wien tatsächlich schmälern.

Und damit bin ich auch schon am Ende meiner Rede. Ich möchte noch einmal etwas wiederholen, was heute auch schon andere Redner gesagt haben: Von nichts kommt nichts - stimmt, machen werden wir etwas müssen - und automatisch ist gar nichts. Das stimmt auch.

Das heißt, eines ist ganz klar: Die Politik ist gefordert. Und wenn wir das nächste Mal hier stehen und über die EU reden, dann wünsche ich mir als Landtagsabgeordnete, daß es nicht irgendwelche Mitteilungen oder Debattenbeiträge von Regierungsmitgliedern beziehungsweise von Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP gibt, sondern dann wünsche ich mir, und das fordere ich auch ein für die GRÜNEN, daß ein Aktionsprogramm für die Osterweiterung vorgelegt wird, wo konkret drinnensteht, was zu tun ist, damit die Osterweiterung zu einer Chance für Wien wird und nicht zu einem uneinschätzbaren Risiko. - Danke. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich schöpfe die 20 Minuten nicht aus. Was ich zu sagen habe, läßt sich auch in 8 Minuten sehr kompakt zusammenfassen.

Meine Damen und Herren! Die ganzen volkswirtschaftlichen und regionalen Indikatoren können Sie sehr gut erfassen, wenn Sie sich eine Schleuse vorstellen. Sie befinden sich an der Donau, wenn wir schon von EU-Osterweiterung sprechen - oder wenn Sie Vorarlberger sind, von mir aus am Rhein -, und es ist überhaupt keine Frage, daß es günstig ist, auch günstig ist für Wien, wenn die Donau durchgängig befahrbar ist. Ja, selbstverständlich. Glauben Sie mir aber: Es wäre eine Katastrophe, eine Katastrophe für uns alle, wenn plötzlich bei Ybbs-Persenbeug oder wo auch immer eine Schleuse einfach so hochgezogen wird. Ich wünsche Ihnen dann viel Vergnügen! Ob Sie dann noch die durchgängige Befahrbarkeit des Rhein-Main-Donau-Kanals begrüßen? - Mag sein, daß Sie dann trotzdem für den Rhein-Main-Donau-Kanal sind, daß Sie sagen, das ist wunderbar, man kommt vom Schwarzen Meer bis nach Bregenz und man kommt an die Nordsee. Nur,

leider Gottes, dort, wo die Schleuse hochgegangen ist, wo die Schleusen geöffnet worden sind, da sind halt alle tot.

Genau in der Situation befinden wir uns und das liegt nun mal im Gefälleunterschied des Wassers und in dem Fall an den regionalen Indikatoren. Über die kann man ganz sachlich diskutieren, meine Damen und Herren.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, das haben wir auch immer gesagt, sind natürlich Budapest oder Prag Kulturen, die unsere Kulturen sind, die befreundete Kulturen sind. In Prag war der böhmische König, der war immerhin der erste deutsche Kurfürst. Das war der Österreichische Herzog nie. Bezuglich Budapest haben wir vor 150 Jahren gewartet, daß uns die Legionäre zu Hilfe kommen bei unserer bürgerlichen Revolution in Wien. Verbindungen gibt es durch die ganze Geschichte und das sind erstklassige Verbindungen, und es sind befreundete Kulturen.

Das ändert nur nichts daran, daß sowohl in Ungarn als auch in der Slowakei oder in Prag genauso wie in der gesamten EU die regionalen Indikatoren weit auseinandergehen. Westungarn ist nicht Debrecin und das südliche Portugal ist nicht Amsterdam.

Sie sollten vielleicht einmal darüber nachdenken, bevor Sie die Schleusen öffnen. In aller Nüchternheit betrachtet. Natürlich konvergieren die Nationalökonomien. Im wesentlichen - mit Ausnahme Griechenland, aber das hat andere Gründe - gibt es eine Konvergenz der europäischen Nationalökonomien. Gleichzeitig aber, meine Damen und Herren - und wir sind Wiener Landtag, wir sind die Stadt Wien -, sind die regionalen Unterschiede bei Konvergenz der Nationalökonomien größer geworden. Das bitte ich Sie zu bedenken. Da bitte ich Sie, einmal in Ruhe darüber nachzudenken und das in Ruhe nachzulesen und sich die Zahlen anzuschauen. Eine nationale Konvergenz der Volkswirtschaften, aber eine Divergenz der regionalen Indikatoren. Übrigens, im Ausschuß der Regionen, wo Sie drinnsitzen, ausführlich dokumentiert und auch besprochen.

Es ist daher überhaupt keine Frage, daß Westungarn oder Prag oder - um jetzt von dem Beitrittswerber zu sprechen, den man bei der Osterweiterung weniger im Auge hat - Zypern eine volkswirtschaftliche Gesamtleistung haben, in dem Fall Bruttoregionalprodukt - bei Zypern würde es für den griechischen Teil Zyperns stimmen -, die locker etwa dem Standard von Mittelitalien entspricht, als Bruttoregionalprodukt. Überhaupt keine Frage. Ändert nur nichts daran, daß das eben ein Bruttoregionalprodukt ist, und auf der anderen Seite beispielsweise Warschau, das relativ gute Werte hat, konterkariert wird durch die Tatsache, daß eben 27 Prozent der polnischen Wirtschaft Landwirtschaft sind - etwas, was für den EU-Haushalt völlig unmöglich zu bewältigen ist.

Schauen wir uns aber aufgrund der Kürze der Zeit die zwei wichtigsten Indikatoren, die eine Stadt betreffen, konkret an. Das eine ist die Tatsache - und das ist

wiederum die offizielle, wenn man so will konventionelle Weisheit der EU, ebenfalls im Regionalausschuß untersucht -, daß 40 Prozent aller Haushalte in der EU, und zwar überproportional in den Städten, unter die Armutsgrenze - wohlgemerkt die EU-Armutsgrenze, die ein bißchen niedriger definiert ist, als die österreichische Armutsgrenze - fallen würden, wenn die Sozialleistungen in Form von Sozialtransfers wegfallen. Das heißt, sobald beim EU-Budget auch nur ein bißchen eine Überlastung eintritt, drücken Sie relativ viele Haushalte unter die Armutsgrenze. Das wissen Sie, Sie sitzen im Regionalausschuß, die Zahlen liegen am Tisch. Das ist auch keine überraschende Entwicklung.

Ich komme zum zweiten Indikator: Die Erwerbstätigkeit. Die Zahl der Arbeitsplätze in der EU wäre nicht das Problem. Die Zahl der Arbeitslosen ist das Problem. Das Problem unter anderem deshalb, weil pro Jahr die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 1 Prozent gestiegen ist. Warum ist sie gestiegen? - Weil große Agrargebiete und veraltete Industrien, von Kohle über Schiffbau bis zur Olivenzucht, abgesiedelt wurden und sich die Erwerbstätigen natürlich in den Städten konzentrieren.

Das heißt, Sie werden, wenn Sie jetzt beispielsweise einen Staat - ich habe vorhin Polen genannt - mit 27 Prozent Agraranteil integrieren, natürlich aus diesem Agraranteil - und dasselbe gilt für Prag und dasselbe gilt für Budapest - die Erwerbstätigen plötzlich zu versorgen haben, im sekundären und in Wirklichkeit im tertiären Sektor.

Wenn Sie jetzt die EU von den gesamten Zahlen her vergleichen, würden wir nicht so schlecht liegen. Wir sind in etwa gleich stark wie die USA. Nur, die haben keinen Anteil zu versorgen, wo 27 Prozent agrarische Wirtschaft sind, sondern die sind bei 2, 3 Prozent agrarische Wirtschaft.

Und jetzt kommen wir zu dem Bereich, wo Sie selber säumig waren. Sie waren selber säumig in den Verhandlungen. Sie waren selber säumig in den Forderungen für Wien. Sie sind selber dort säumig, wo die Strukturen schlecht liegen. Bedenkt man, daß in den USA etwa ein Drittel der Wertschöpfung im Bereich Telekom und EDV geleistet wird, wir aber gleichzeitig die höchsten Telefongebühren ganz Europas haben, sieht man, wie groß der Spalt der Modernisierung, der selbstverschuldete Spalt der Modernisierung tatsächlich ist.

Ich appelliere daher abschließend an Sie: Öffnen Sie nicht die Schleuse, schaufeln Sie das Geld nicht mit vollen Händen beim Fenster raus, machen Sie die Befahrbarkeit der Donau, aber so, daß niemand zu Schaden kommt, und nehmen Sie nicht nur die Ängste ernst, sondern nehmen Sie die Realität, die Indikatoren, die Fakten, die Sie alle kennen, die Sie selbst vorgelegt haben, ernst. Eine kulturelle Zusammenarbeit, eine Sicherheitspartnerschaft, dafür haben Sie immer unsere Hand. Sie könnten beispielsweise schon morgen gemeinsam mit uns einen NATO-Beitritt mit den Un-

garn und mit den Tschechen vollziehen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Es ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunkts sind zwei Beschuß- und Resolutionsanträge eingebracht worden, über die wir noch abstimmen müssen.

Wir kommen zum Beschuß- und Resolutionsantrag der Abgen Mag Christoph Chorherr, Dipl Ing Rudolf Schicker, Gerhard Pfeiffer, Dr Helmut Günther und Hanno Pöschl, betreffend EU-Osterweiterung und Atompolitik. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrags beantragt.

Ich ersuche daher jene Abgeordneten, die dafür sind, daß dieser Antrag angenommen wird, die Hand zu erheben. - Das ist einstimmig angenommen.

Der Beschuß- und Resolutionsantrag der Abgen Gerhard Pfeiffer und Patrizia Markus betrifft die Koordination von Aktivitäten für den TEN-Knoten Wien. Hier wird in formeller Hinsicht die Zuweisung dieses Antrags an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die zustimmen, daß dieser Antrag dem Herrn Stadtrat zugewiesen wird, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch diese Zuweisung erfolgt einstimmig.

Bevor wir nun die unter Postnummer 1 vorgesehene Ergänzungswahl vornehmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden.

Gemäß § 28 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag sind Wahlen mittels Stimmzettels vorzunehmen, wenn der Landtag nicht mit Zweidrittelmehrheit etwas anderes beschließt. Ich schlage vor, die vorgesehene Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtags, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig angenommen. Danke.

Herr Dr Oskar Wawra ist durch Mandatsverzicht aus dem Unvereinbarkeitsausschuß ausgeschieden. Der entsprechende Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei lautet auf Herrn Abg Dr Matthias Tschirf. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Somit ist die Wahl einstimmig erfolgt.

Die Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft den Tätigkeitsbericht 1996/97 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien an den Wiener Landtag.

Ich bitte die Berichterstatterin, Frau LhptmSt Laska, die Verhandlung einzuleiten, und die Anwälte, falls sie da sind, hier vorne ihre Plätze einzunehmen. - Ja, sie sind anwesend. Ich darf die Anwälte, Frau Dr Marion Gebhart und Herrn Dr Anton Schmid, im Landtag herzlich willkommen heißen.

Bitte sehr, Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin LhptmSt Grete Laska: Sehr ge-

ehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Bericht der Kinder- und Jugendarbeitschaft für die Jahre 1996/97 liegt Ihnen vor, genauso wie dieser Bericht bereits dem Ausschuß und dem Stadtsenat zur Diskussion vorgelegen ist.

Eingangs möchte ich mich dafür bedanken, daß dieser Bericht zustandegekommen ist, weil diese Papierform eigentlich nur das äußere Zeichen für die eigentliche Arbeit ist, die damit verbunden ist.

Mein Dank gilt unseren beiden Kinder- und Jugendarbeitswältern. Ich möchte von dieser Stelle aus betonen, daß wir auch mit dem neuerlichen Bericht den Beweis dafür haben, daß die Wichtigkeit der Einrichtung einer Kinder- und Jugendarbeitschaft in Wien eine Bestätigung gefunden hat. Das zu beweisen, war nicht notwendig, denn wir haben es bereits gewußt, wie wir es getan haben, aber ich möchte die Gelegenheit benützen, Ihnen persönlich ganz besonders für Ihr Engagement zu danken. Wir alle, und ich im besonderen als politisch Verantwortliche, sehen unsere Aufgabe im Bereich des Lobbyismus für Kinder und Jugendliche. Ich weiß mich mit Ihnen eines Sinnes in diesem Bereich und ich möchte Ihnen persönlich für Ihre geleistete Arbeit in Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit danken. (*Allgemeiner Beifall.*)

In einer Zeit, wo immer wieder nicht nur Presseberichte, sondern auch die Erfahrungen des Amtes für Jugend und Familie und anderer davon berichten können, welche tragischen Schicksale oft für Kinder in dieser Erwachsenenwelt tatsächlich vorzufinden sind, denke ich mir, daß es unser aller Einsatz bedarf, diese Situation zu verändern. Und so meine ich, daß ein Punkt dieses Berichts ganz besonders hervorgehoben gehört, weil er letztendlich auch mitverantwortlich war, für eine sehr breit angelegte Kampagne der Gemeinde Wien zum Thema "Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen". Dieses Thema ist damit leider nicht beendet worden, sondern die Diskussion darüber hat sehr breit begonnen, und ich meine, wir haben sie fortzusetzen.

Ein zweites Thema, das mir persönlich sehr wichtig ist, ist die Situation für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum und damit auch der Stellenwert, den Kinder und Jugendliche in der öffentlichen Diskussion und im Bereich der Partizipation haben. Wir sind gerade dabei umzusetzen, daß es nicht nur auf Wiener Ebene, sondern auch auf Bezirksebene verstärkte Möglichkeiten zu eben jener Mitbestimmung und zu eben jenem Miteinander gibt, das aus meiner Sicht in einem partnerschaftlichen Miteinander von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unbedingt erforderlich ist.

Ein letzter Punkt, auf den ich eingangs hinweisen möchte, ist, daß es sicherlich auch zu den Aufgaben der Kinder- und Jugendarbeitschaft gehört, die österreichweite Vernetzung von Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, aus ihrer Sicht voranzutreiben und vor allem dann auch in Richtung gesetzlicher Veränderungen eine Übereinstimmung zu erzielen, weil -

wie Sie alle wissen - die gesetzlichen Rahmenbedingungen, besonders auch die Bedingungen des Jugendschutzgesetzes der einzelnen Länder, unterschiedlich sind, was nicht gerade von Vorteil ist.

So gesehen denke ich mir, daß dieser Bericht in vielen Bereichen ganz wichtige Themen anschneidet, in einigen Bereichen aufzeigt, wie intensiv die persönlichen Kontakte sind, die die Kinder- und Jugendarbeitswälter mit Betroffenen haben, und wie die Kooperation und die Integration im sonstigen Bereich der Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche in dieser Stadt doch sehr gut funktioniert.

In diesem Sinn noch einmal ein herzliches Dankeschön an Sie, und ich bitte Sie alle um Kenntnisnahme dieses Berichts. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Frau Abg Mag Bolena zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Alexandra Bolena (*Liberales Forum*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Jugendarbeitswälter!

Wir freuen uns, daß Sie heute in diesem Haus die Möglichkeit haben werden, selbst zu Ihrem Bericht zu sprechen. Wir bedauern, daß das noch kein Recht ist, sondern eine Erlaubnis. Wir wünschen uns, daß Sie in Zukunft dieses Recht haben werden. Wir haben einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir werden darauf dringen, daß er behandelt wird, und hoffen, daß Sie in Zukunft das Recht haben, hier zu sprechen. Wir freuen uns aber, daß Sie heute immerhin hier reden können.

Herzlichen Dank, Frau Jugendarbeitswältin Dr Gebhart, herzlichen Dank, Herr Jugendarbeitswalt Dr Schmid. Sie leisten hervorragende Arbeit für diese Stadt, vor allem, wenn man bedenkt, welches Budget Sie zur Verfügung haben. Es sind für heuer 367 000 S, immerhin um 7 000 S mehr als im letzten Jahr. Und wenn das zynisch klingt: Ich meine das durchaus zynisch.

Sie leisten bewußte Lobbyarbeit für Kinder, aus der Perspektive von Kindern. Sie sehen die Stadt und die Probleme in dieser Stadt mit den Augen von Kindern. Sie versuchen, sie zu analysieren, Sie versuchen mit diesem Minimalbudget, die Situation der Kinder zu verbessern, Defizite aufzuzeigen und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Es ist auch ein Verdienst der Kinder- und Jugendarbeitswalt, daß das Thema Gewalt nicht mehr ein Tabu ist in dieser Stadt. Diese unabhängige Stelle, Ihre Arbeitswalt, hat sicher das ihre dazu beigetragen, Kinder und Jugendliche zu ermutigen, über ihre Probleme zu sprechen, über die Verbrechen zu sprechen, die an ihnen begangen werden. Wir denken, daß gerade die Einrichtung einer unabhängigen Stelle viel dazu beigetragen hat, dieses Tabu aufzubrechen.

Man sieht das an den Kontakten zum Thema Gewalt. Die haben im letzten Jahr um 58 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Ich denke, das ist eine beachtliche Zunahme. Das heißt aber nicht, daß es um so viel mehr Gewalt gibt. Ich glaube, das heißt

einfach, daß mehr über dieses Thema gesprochen wird. Und das ist unheimlich wichtig, denn nur wenn darüber gesprochen wird, nur wenn die Täter darauf vertrauen können, daß sie ihre Taten nicht heimlich und unbemerkt an diesen Kindern vollziehen können, nur dann ist damit zu rechnen, daß sie in Zukunft diese Taten unterlassen werden, daß Täter sich hüten werden, an Kindern Verbrechen und Gewalt auszuüben, weil sie eben befürchten müssen, in die Öffentlichkeit zu geraten. Ich denke, daß man einfach durch die Thematisierung dieses Themas "Gewalt an Kindern" viel präventive Arbeit leistet.

Auch die Kampagne gegen Gewalt, die von der Gemeinde Wien initiiert wurde, hat einiges dazu beigetragen, dieses Thema zu enttabuisieren. Und ich betone noch einmal: Das ist deshalb so wichtig, weil in Zukunft entsprechende Taten hoffentlich verhindert werden können. Aber das ist nur eine Seite der Betrachtungsweise.

Die Zunahme der Einzelkontakte zum Thema "Gewalt an Kindern" bedeutet auch, daß in den Betreuungseinrichtungen eine verstärkte Nachfrage nach Hilfe erfolgen wird. Wir haben es oft thematisiert und wir tun es auch heute wieder. Wir denken, daß die Kampagne gegen die Gewalt an Kindern wichtig und notwendig war. Aber ich denke, man darf nicht außer acht lassen, daß diese 11 Millionen S, die dort eingeflossen sind, auch in einem Verhältnis zu den Mitteln betrachtet werden müssen, die der Kinder- und Jugendanwaltschaft zur Verfügung stehen, und das sind 367 000 S. Und man muß diese 11 Millionen S auch in einem Verhältnis zu den Mitteln sehen, die der "Möwe", einer Hilfseinrichtung, nicht zur Verfügung gestellt wurden, nämlich zu 300 000 S.

Die Kampagne hat sicher - ich betone es noch einmal - dazu beigetragen, die Zahl der entsprechenden Kontakte in den Beratungseinrichtungen zu erhöhen, zu intensivieren. Sie sind trotzdem nur dann argumentierbar, wenn gleichzeitig auch eine verstärkte finanzielle Förderung der Therapieplätze erfolgt. Aber das, meine Damen und Herren, passiert nur unzureichend. Wir haben mehrfach auf dieses Problem, auch schon bei der Genehmigung der Mittel für die Gewaltkampagne, hingewiesen. Die Nachfrage nach Therapieplätzen steigt ständig, während andererseits notwendige Gelder zur Subventionierung von Therapien im Zuge der Sparpakete drastisch gekürzt wurden. "In vielen Fällen" - und da zitiere ich jetzt wörtlich aus dem Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht - "können Therapiewillige gar nicht mehr auf Wartelisten genommen werden."

Ich denke, das ist für eine Weltstadt wie Wien gerade auch mit der therapeutischen Tradition ein Armutzeugnis, ein Armutzeugnis für die Stadt und - was noch viel, viel schlimmer ist - eine Zumutung für die von Gewalt betroffenen Kinder und Jugendlichen, die endlich den Mut gehabt haben, über ihr Leid zu sprechen, die ermuntert wurden, sich zu trauen, darüber zu sprechen, was an ihnen und mit ihnen gemacht

wurde, und die endlich über die an ihnen verbrochenen Dinge sprechen, die dann aber verrostet werden. Therapie, um diese Dinge, die jahrelang verheimlicht und verdrängt wurden, nun aufzuarbeiten, die gibt es zur Zeit viel zuwenig, leider gar nicht, es heißt "bitte warten" und manchmal ist nicht einmal mehr auf der Warteliste ein Platz.

Meine Damen und Herren! Das ist der Punkt, warum wir die Kampagne gegen Gewalt immer mit zwiespältigen Gefühlen gesehen haben, denn es ist unsinnig und in Wahrheit eigentlich ein Hohn, einerseits betroffenen Kindern und Jugendlichen Mut zu machen, sie aufzufordern, über ihr Martyrium zu sprechen, dann aber andererseits keine Gesprächspartner anzubieten.

Wir bedauern dieses Mißverhältnis zutiefst und wir hätten uns aus tiefstem Herzen eine vernünftigere Verwendung der Mittel vorstellen können. Aufklärungskampagne ja, aber nicht um 11 Millionen S, während gleichzeitig Opfer nicht einmal auf Wartelisten aufgenommen werden können. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Ein anderes Thema, das durchaus auch im Zusammenhang mit Gewalt an Kindern gesehen werden kann, obwohl wir wissen, daß Gewalt an Kindern leider in allen Einkommensgruppen und in allen Bevölkerungsschichten vorkommt, man aber sehr wohl weiß, daß beengte Verhältnisse, daß zu wenig Geld dazu beitragen, daß Konflikte eskalieren, daß Gewalt eskaliert und daß Gewalt gerade auch an Kindern ausgeübt wird.

Wir sind davon überzeugt, daß man dann, wenn man Gewalt an Kindern bekämpfen will, gerade dann, auch die Kinderarmut bekämpfen muß, und wir setzen uns massiv dafür ein. Das ist im Zuge der derzeit aktuellen Diskussion zum Thema Familienförderung ein ganz wichtiges Argument. Ich möchte hier die Argumente der Kinder- und Jugendanwaltschaft darlegen und erklären, weil ich denke, man soll diese Argumente hören, man soll diese Argumente einer Institution, die sich bewußt als Lobby für Kinder versteht, ernst nehmen und ihnen zuhören.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft lehnt nämlich eine steuerliche Besserstellung der FamilienerhalterInnen ohne auch einer Verbesserung der infrastrukturellen Bereiche, wie zum Beispiel der Kinderbetreuung und ähnlichem, ab. Es geht nämlich um die Versorgung der Kinder und nicht um die finanzielle steuerliche Besserstellung der Eltern. Beim Steueransatz, so wie er jetzt von der Regierung forciert wird, stehen aber die Eltern beziehungsweise deren Einkommen im Mittelpunkt. Und das ist der Grund, warum die Kinder- und Jugendanwaltschaft und auch wir dieser Idee kritisch gegenüberstehen.

Wie im Übrigen das Steuersystem generell nicht als Grundlage für die Förderung von Kindern als sinnvoll erachtet wird, und das, wie wir meinen, aus gutem Grund. Das Steuersystem ist nämlich nicht dazu geeignet, die Armutsbekämpfung bei Kindern voranzutreiben. Entweder man will tatsächlich über die Steuer

fördern, so wie es das Verfassungsgerichtshofurteil eigentlich nahelegt, dann würden aber Besserverdienende unverhältnismäßig mehr profitieren als einkommensschwache Familien. Es traut sich daher keine politische Partei, dieses Verfassungsgerichtshofurteil in seinem vollen Umfang umzusetzen. Vielmehr versucht man, andere Varianten zu finden, man interpretiert einfach um.

Eine der anderen Varianten, die derzeit von der ÖVP angedachte: Es geht um die Erhöhung des Kinderabsetzbetrags um 400 S. Meine Damen und Herren! Sie müssen zugeben, das ist in Wahrheit nicht mehr als das, was wir bereits jetzt haben, nur etwas mehr, mehr vom gleichen. Daß die Kinderabsetzbeträge, ursprünglich eingeführt, um genau diese steuerlichen Aspekte, um die es auch jetzt wieder geht, zu berücksichtigen, de facto nichts anderes sind, als eine zusätzliche Transferleistung, das ist ein Faktum, denn diese steuerlichen, diese sogenannten Steuerförderungen werden ja auch als Negativsteuer ausbezahlt, um eben den Schlechterverdienenden diesen Steuervorteil zukommen zu lassen.

Ich denke, die derzeit diskutierten Modelle und vor allem das von der ÖVP vorgeschlagene, sind daher zweierlei: Einerseits ist es nicht besonders einfallsreich und nur mehr vom gleichen und andererseits laut Meinung der Kinder- und Jugendanwaltschaft, kein geeignetes Instrument zur Bekämpfung der Kinderarmut. Meine Damen und Herren! Wir teilen diese Meinung vollinhaltlich.

Im Übrigen wird noch ein zweites Steckenpferd der Konservativen kritisch hinterfragt: Es ist der Kinderbetreuungsscheck. Dieses Schreckgespenst all jener, die davon überzeugt sind, daß es darum geht, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Familie und Beruf vereinen zu können, und daß es nicht darum geht, Muttergeld zu bezahlen, um die Frauen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, taucht leider regelmäßig wieder auf. Aber ich denke, wenn eine Lobby, wie die Kinder- und Jugendanwaltschaft, zu dem Schluß kommt, daß dieses Instrument kein geeignetes ist, dann sollte man, wenn es einem wirklich um die Interessen der Kinder geht, diese Idee auch einmal aufgeben.

Will man Kinderarmut tatsächlich bekämpfen, geht es nämlich weder um die steuerliche Entlastung der Eltern, es geht auch nicht um einen Kinderbetreuungsscheck, es geht vielmehr darum, Kindern ein Grundeinkommen zu garantieren.

Wir haben in Österreich 1,5 Millionen Kinder unter 15 Jahren. 20 Prozent dieser Kinder, das sind 300 000, befinden sich an der Armutsschwelle. Will man gegen diesen, in unseren Augen in einer reichen Gesellschaft wie der, unseren untragbaren Zustand ankämpfen, dann reicht es nicht aus, über Steuerabsetzbeträge oder Kinderbetreuungsscheck zu reden. Dann muß man vielmehr das Kind und seine Interessen und sein individuelles Auslangen in den Mittelpunkt rücken. Es geht darum, über direkte Förderungen von Kindern nachzudenken.

Und ich denke, es gibt ein sehr plakatives Beispiel, das beweist, was damit gemeint ist. Man muß sich nur einfach ein Waisenkind vorstellen. Ein Waisenkind profitiert nicht von steuerlichen Absetzbeträgen, die seiner Mutter oder seinem Vater gutgeschrieben werden. Ein Waisenkind profitiert auch nicht von einem Kinderbetreuungsscheck, der dazu dient, daß seine Mutter zu Hause bleibt, denn ein Waisenkind hat keine Mutter. Ein Waisenkind steht nach diesen derzeit angedachten Modellen vielleicht mit ein paar 100 S besser da als jetzt. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Vielleicht eine Pflegemutter. Aber es geht nicht darum. Sie verstehen das nicht, aber das macht nichts. Es geht darum, das Kind und seine Interessen in den Mittelpunkt zu rücken und nicht Interessen der Pflegemutter, der Mutter, des Vaters, des steuerlichen Vorteils oder des Kinderbetreuungsschecks. Es geht um ganz etwas anderes.

Und es gibt andere Modelle. Wir haben nachgedacht und wir haben ein solches Modell entwickelt, das das individuelle Existenzminimum des Kindes anstatt den Steuervorteil der Eltern im Blickpunkt hat. Und, meine Damen und Herren, auf der vorletzten Armutskonferenz in Salzburg wurde unter anderem auch über dieses Modell diskutiert. Und da hat Bernd Marin - ich denke, der Name ist Ihnen bekannt - eines gesagt und auf das sind wir sehr stolz. Er hat in einer Diskussion, in der es um Kinderarmut ging, das liberale Modell, unser Modell, mit den Worten kommentiert: "100prozentige Modelle gibt es nicht. Aber das Modell, das wohl am besten dazu geeignet ist, Kinderarmut zu bekämpfen, das ist das der Liberalen." Und darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren, denn vom ÖVP-Modell hat er das nicht gesagt. (Beifall beim Liberalen Forum.)

Wir sind stolz, daß wir dieses Modell entwickelt haben, aber wir sind betrübt, daß es seitens der Regierung keinen Willen gibt, dieses Modell auch nur näher zu prüfen. Statt dessen werden zirka 10 Milliarden S für die Familien lockergemacht, um es so salopp auszudrücken.

Und damit Sie mich nicht mißverstehen: Ich bin sehr froh, daß es mehr Geld für Familien geben wird. Die Frage ist nur, wie man diese Gelder verteilt. Die Modelle, die derzeit diskutiert werden, sind nicht wirklich dazu geeignet, die Kinderarmut zu bekämpfen, und ich werde Ihnen das anhand eines Beispiels zeigen.

Ich nehme Ihren Familienminister, der dieses Modell massiv forciert, als Beispiel. Er wird nach seinem eigenen Modell rund 24 000 S beziehungsweise 1 773 Euro jährlich mehr an Familienförderung bekommen. Nun, das freut mich zwar für ihn persönlich, aber ein Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut ist das nicht. (Abg Mag Franz Karl: Heute hat schon einer gesagt: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich!) Das ist kein Vergleich, das ist eine Tatsache. Das ist ein Ergebnis Ihres Modells. (Weiterer Zwischenruf des Abg Mag Franz Karl.) Das ist Ihr Modell. Das ist nicht meine Erfahrung, auch kein Vergleich; das ist eine Tatsache.

Auch wir werden von diesem Modell profitieren und ich nehme an, alle anderen Eltern in diesem Haus auch. Ich habe mir das durchgerechnet. Nach dem SPÖ-Modell bekämen allein die liberalen Abgeordneten im Wiener Landtag für ihre Kinder pro Jahr 25 080 S beziehungsweise 1 806 Euro mehr pro Jahr und nach dem ÖVP-Modell noch ein bißchen mehr, nämlich 25 800 S oder 1 857 Euro jährlich mehr an Familienförderung. In etwa soviel wie Herr Minister Bartenstein allein. Er hat halt mehr Kinder.

Aber, meine Damen und Herren, unsere Kinder und auch die des Herrn Bartenstein haben bis jetzt nicht zu den armutsgefährdeten gezählt und werden das auch in Zukunft nicht tun. Ich denke, es ist nicht argumentierbar, es ist nicht fair, es ist nicht gerecht, wenn wir alle hier in diesem Haus Zuschüsse seitens des Staats erhalten, während gleichzeitig 300 000 Kinder in diesem Land armutsgefährdet sind.

Meine Damen und Herren! Nach dem liberalen Modell bekämen wir hier alle gar keine Familienbeihilfe mehr, und zwar deshalb, weil unser Einkommen ausreicht, um sicherzustellen, daß unsere Kinder nicht in Armut rutschen und wir eine staatliche Förderung daher nicht brauchen. Wir profitieren vom Lastenausgleich zwischen Kinderlosen und Elternteilen mit Kindern. Wir können unsere Kinder gratis in die Schule schicken, dort bekommen sie Schulbücher und Schülerstreckenkarten, Hefte und Stifte, und wenn sie die Pflichtschule beendet haben, dann werden unsere Kinder möglicherweise eine weiterführende Schule besuchen und die Matura machen und dann werden sie vielleicht auch noch ein Studium absolvieren. Das alles wird von Kinderlosen mitfinanziert. Wenn unsere Kinder krank werden, dann sind sie selbstverständlich bei uns mitversichert und können darauf vertrauen, eine gute Behandlung zu bekommen und das gratis und das halte ich für gut.

Meine Damen und Herren! Von all diesen Möglichkeiten und Leistungen profitieren unsere Kinder genauso wie Kinder von Alleinverdienerfamilien mit 12 000 S brutto im Monat zum Beispiel. Aber nicht nur das. Wir alle, wir bekommen auch die gleiche Familienbeihilfe und den gleichen Steuerabsetzbetrag. Nach den Plänen der Regierung bekommen wir alle jetzt mehr. Wenn Sie das für gerecht und vernünftig halten, dann muß ich das akzeptieren. In unseren Augen ist das weder gerecht noch vernünftig. Mit Ihren Vorschlägen wird erst recht kein Existenzminimum für Kinder sichergestellt. Statt dessen bekommt jeder ein bißchen mehr. Und dieses "bißchen mehr" ist in vielen Fällen nicht genug.

Der Kinder- und Jugendarbeitsbericht ist so umfangreich und so dicht, daß es schwerfällt, auf alle Ideen und Vorschläge einzugehen. Trotzdem möchte ich noch ganz kurz auf drei Vorschläge der Anwaltung eingehen:

Das eine betrifft die Forderung nach Konfliktregelungsteams in Wohnhausanlagen. In Wohnhausanlagen wie auch in Parkanlagen nehmen beziehungsweise nahmen Konflikte zwischen Jugendlichen, aber auch

zwischen den Generationen in den letzten Jahren zu. Wir wissen, daß die seitens der Regierung erzwungenen schlechten Wohnverhältnisse für ausländische Mitbürger zu dieser Situation beigetragen haben. Durch die engen Wohnverhältnisse sind ausländische Kinder und Jugendliche meistens gezwungen, ihre Freizeit in Parks oder rund um Wohnhausanlagen, jedenfalls aber im öffentlichen Raum zu verbringen, und dadurch entstehen natürlich Konflikte.

Es wäre daher schön, wenn es ähnlich den Parkbetreuungsteams, die neben der Parkbetreuung auch konfliktregelnd zwischen den Generationen oder auch unter Jugendlichen eingreifen, auch mobile Konfliktregelungsteams für Wohnhausanlagen geben könnte. Diese Teams sollten flexibel und kurzfristig einsetzbar sein, um die Eskalation eines Konflikts, wenn er schon entstanden ist, zu verhindern. Wir werden im nächsten Gemeinderat einen entsprechenden Antrag einbringen.

Das Pilotprojekt - ein zweites Beispiel - Schulmediation. Hier sollen innerschulische Konfliktlösungen nicht durch Lehrerinnen, sondern durch Schülerinnen in Form von Peergroup-Mediation erprobt werden. Lediglich die Mittel zur Auswertung dieses Projekts sind noch nicht sichergestellt. Der Stadtschulrat für Wien hat keine Mittel zur Verfügung, um solche Pilotprojekt auswerten zu lassen. Aus diesem Grund werden wir im nächsten Gemeinderat einen Antrag stellen, daß die Gemeinde Wien die Mittel zur Verfügung stellen soll, um dieses Pilotprojekte auszuwerten, um dieses Projekt, wenn es ein erfolgreiches ist, dann auch auf andere Schulen ausweiten zu können.

Im dritten Antrag, den wir nächste Woche einbringen werden, geht es um die Errichtung von Kinderschutzgruppen, die entsprechend dem Vorbild im Preyer'schen Kinderspital auch an anderen Wiener Spitäler eingerichtet werden sollen. Ich denke, jeder, der sich mit der Materie auseinandersetzt, weiß, wie erfolgreich dieses Projekt ist, und wir hoffen daher, daß im Interesse der Kinder dieser Stadt diese Anträge nächste Woche eine Mehrheit finden werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt über den wir in der Fragestunde schon ausreichend Gelegenheit hatten, die Standpunkte aller Fraktionen in diesem Haus zu hören. Es geht um die Senkung des aktiven Wahlalters. Es kommt nicht von ungefähr, wenn eine Reihe von Personen und Persönlichkeiten, die als Experten zu den wichtigsten Anliegen im Bereich der Kinderrechte befragt werden, antworten, daß ihnen eine Senkung des Wahlalters am Herzen liegt. (Zwischenruf des Abg Mag Franz Karl.) Es geht nicht um Böllerschießen, Herr Karl, es geht auch nicht ums Heiraten. Es geht um Rechte, es geht um Mitbestimmungsrechte in dieser Stadt und ich würde mich freuen, wenn Sie das verstehen könnten.

Die Kinder in dieser Stadt sind unserer Meinung nach mündig genug, mitzuscheiden, wer für die Zukunft dieser Stadt die Verantwortung übernehmen soll. Wir wünschen uns daher, daß die von Frau StR Brauner angekündigten Verhandlungen und Beratungen

bald abgeschlossen sind und vor allem hoffen wir auf eine positive Erledigung dieses Anliegens der Experten und auch unseres Anliegens.

So bleibt mir nur, den beiden Kinder- und Jugendanwälten und ihren Mitarbeitern für ihre hervorragende Arbeit zu danken. Es ist sicher nicht einfach, mit dem zur Verfügung stehenden Budget von 367 000 S die Arbeit zu leisten, die geleistet wird. (*Beifall beim Liberalen Forum.*) Zum Vergleich: Die Umweltanwaltschaft erhält fast dreimal so viele Mittel und hat fast doppelt so viel Personal. Die Patientenanwaltschaft hat ebenfalls doppelt so viel Personal wie die Kinder- und Jugendanwaltschaft. Es geht mir nicht darum, die eine Anwaltschaft gegen die andere auszuspielen. Es geht mir darum, daß diese wichtige Einrichtung ausreichend gefördert wird. Ich hoffe, daß wir alle, die wir heute diese Arbeit hier würdigen - auch die Frau Stadträtin hat die Arbeit gewürdigt -, bei der nächsten Budgeterstellung - und da wende ich mich vor allem an die Regierungsparteien - dafür eintreten, daß diese Wertschätzung ihren Niederschlag findet, indem eine bessere Dotierung der Kinder- und Jugendanwaltschaft in finanzieller und personeller Hinsicht ermöglicht wird. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Im übrigen wird das Liberale Forum dafür sorgen, daß die Tage der Parteibuchwirtschaft in Wien gezählt sind. (*Neuerlicher Beifall beim Liberalen Forum.*)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Jerusalem. Ich erteile es ihr.

Abg Susanne Jerusalem (*GRÜNE*): Herr Präsident! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal mein herzlicher Dank an Herrn Dr Schmid und an Frau Dr Gebhart für den ausgezeichneten Bericht, der uns vorliegt, der tatsächlich viel Engagement für die Sache der Kinder verrät, und ich nehme einmal an, daß die Praxis eine ähnlich gute ist.

Ich möchte zuerst einmal gleich bei der Einleitung anfangen, in der zwei für mich durchaus interessante Bemerkungen festgehalten sind. Ich beginne mit dem ersten Satz, der da lautet: "Es liegt Ihnen nun der dritte Jahresbericht der 1994 neu etablierten Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien vor." Es ist also der dritte Bericht. Das heißt auf gut deutsch, wir haben schon einen ersten und wir haben schon einen zweiten gelesen, wir haben schon in einem ersten und in einem zweiten Bericht vieles an Kritik erfahren und viele gute Vorschläge erhalten.

Und die Frage lautet natürlich: Was ist mit diesen vielen guten Vorschlägen geworden? Welcher Stadtrat hat in seinem Bereich oder welche Stadträtin hat in ihrem Bereich derartige Vorschläge bereits umgesetzt und kann etwas bieten und kann herzeigen: Schaut her, ich bin durchaus kinderfreundlich? - Was ich mir erwarte, ist - vielleicht in einer der nächsten Landtagssitzungen -, daß es so etwas wie einen zusammenfassenden Bericht darüber gibt, was die Stadträtinnen aus den Vorschlägen bisher schon Gutes gemacht haben, damit wir nicht nur alle Jahre hier stehen

und nette Reden halten, sondern auch einmal sehen und erfahren, was daraus Konkretes an Projekten und an Maßnahmen entsteht. Soviel zu dieser ersten Überlegung.

Die nächste schließt an einen anderen Satz des Berichts der Kinder- und Jugendanwälte an, dem ich mich vollinhaltlich anschließe. Hier steht: "Die aufmerksamen LeserInnen werden" - ich hoffe, es waren alle aufmerksame Leserinnen und Leser; es würde mich eigentlich interessieren, wieviele der Landtagsabgeordneten den Bericht auch tatsächlich von der ersten bis zur letzten Seite gelesen haben - "in nahezu allen in diesem Bericht behandelten Themen zwischen den Zeilen lesen können, daß im Bewußtsein des größten Teils der Bevölkerung Kinder und Jugendliche immer noch nicht als gleichwertige, aber schutzbedürftige MitbürgerInnen, sondern als sich an die Erwachsenenwelt anzupassende, rechtlöse Minderheit betrachtet werden." - Und hier liegt das gesamte Übel am Tisch. So ist es: Die Kinder werden nicht als gleichwertig betrachtet, sie sind schutzbedürftig und es sind im Grunde genommen immer die Erwachsenen diejenigen, die über die Kinder verfügen, und nicht die Kinder diejenigen, die sagen, was sie wollen, was sie brauchen, wo ihre Bedürfnisse und Wünsche liegen und wo man dann auch versucht, das in die Politik zu integrieren und einiges umzusetzen.

Die grüne Forderung ist klar: Wir wollen erstens die Herabsetzung des Wahlalters. Wir können uns darüber unterhalten, ob es auf 14 Jahre herabgesetzt werden soll, wie der Vorschlag von Dr Jesionek oder durchaus auch von einem Dr Scholz, der sich jetzt geäußert hat, und von vielen anderen Fachleuten gelautet hat, die das gefordert haben. Ich lasse da mit mir reden: Vielleicht wird es 15 sein, vielleicht sagt man, 16 ist das beste Alter, wo man schon wählen kann, Aber eines ist für mich klar: Es soll deutlich herabgesetzt werden, damit Kinder und Jugendliche erstens mitreden können und damit zweitens an die Bevölkerung ein klares Signal ausgesendet wird, das heißt, die sind gleichwertig, die haben etwas in dieser Stadt zu reden. Ich halte das für notwendig, denn es liegt im argen.

Die Mitsprachemöglichkeiten und Mitgestaltungsrechte können selbstverständlich auch bereits jetzt ausgebaut werden, solange es kein Wahlrecht gibt. Und es gibt Ansätze in einigen Bezirken. Ich habe zum Beispiel ein Protokoll vom 12. Bezirk gelesen. Meiner Meinung nach, soweit mein Einblick das gestattet, ist das jener Bezirk, der die Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte am weitesten vorangetragen hat. Das müßte natürlich in allen Bezirken der Fall sein.

Und ich füge hinzu: Das Ärgste, was passieren kann und was leider auch immer wieder passiert, ist, daß man die Kinder fragt, was sie eigentlich wollen und dann wird heftig in der Schule projektmäßig tage- und wochenlang gearbeitet, gezeichnet, gebastelt, werden Modelle gebaut und der Teufel was. Dann kommen die Kinder und haben eine Antwort auf die Frage und dann braucht die Politik zum Umsetzen so

lange, daß diese Kinder längst Erwachsene sind, die auf diese Umsetzung in der Regel kaum noch Wert legen. Das hat dann zwar für die nächste Kindergeneration einen Wert, aber was nicht erlebt wird, sind diese unmittelbare Demokratie und diese unmittelbare Anerkennung und Wertschätzung.

Das heißt, auch in diesem Punkt Mitspracherechte ausbauen. Das ist ein grünes Anliegen, seit wir hier im Hause sind, weil wir auch in diesem Punkt viel von Emanzipation halten.

Das, worauf ich mich jetzt im besonderen beziehen möchte, ist der Sonderteil, das Sonderthema der Kinder- und Jugendanwälte. Ich halte es nämlich für ganz wichtig, daß Kinder- und Jugendanwälte nicht nur auf Einzelfälle eingehen oder die Probleme von kleinen Gruppen der Bevölkerung benennen. Das ist gut, das soll auch so sein und dann können wir uns damit befassen. Aber ich halte es für wichtig, daß auch ein Thema gezeigt wird, das im Grunde genommen alle Kinder und alle Eltern angeht, das eigentlich die Gesellschaft unmittelbar betrifft.

Auf der Seite 17 beginnt das Sonderthema: "Bespielbare Freiflächen in Wohnhausanlagen." Die Forderung ist sehr einfach, nämlich: "Bespielbare Freiflächen" - das ist im Grunde genommen ein neuer Begriff, der in die Diskussion eingebbracht wird; ich halte den Begriff durchaus für recht gut - "sind all jene gemeinschaftlichen Flächen (besonders in Wohnhausanlagen)" - natürlich nicht nur dort -, "die von allen BewohnerInnen bespielt werden können. Pro Wohnung sollten mindestens 10 Quadratmeter vorgesehen sein." So die Forderung der Kinder- und Jugendanwälte.

Ich schließe mich dieser Forderung 100prozentig an, obwohl - wie wir alle wissen - genau daraus die Konflikte resultieren werden mit den anderen Bewohnern dieser Häuser und weil wir alle wissen, daß es jetzt schon in diesen Wohnhausanlagen heiß zugeht.

Ich kann mich erinnern, im vorigen Jahr ist es zum Beispiel in der Anlage Haydnpark im 12. Bezirk zugegangen. Da hat es eine Mieterin gegeben, die nicht einmal wollte, daß die Kinder auf der Parkbank sitzen, denn dort sitzt der Hund, wie sie gesagt hat. Da ist es drunter und drüber gegangen und der Konflikt ist hin und hergegangen.

Ich nehme einmal an, daß es eine der Hauptaufgaben der Kinder- und Jugendanwälte auch ist, in diese Konflikte laufend einzugreifen, was ja gar nicht so einfach ist, denn die Interessenslage ist einfach eine unterschiedliche.

An der Stelle halte ich es aber für notwendig zu sagen: Sosehr ich einsehe, daß Leute ein Ruhebedürfnis haben, so muß das doch in irgendeiner Form zusammengehen mit nicht nur dem Bedürfnis, sondern quasi der Notwendigkeit, daß Kinder spielen, denn Kinder erarbeiten sich die Umwelt auf diese Art und Weise. Kinder müssen faktisch spielen. Ein gesundes Kind spielt. Und unsere Aufgabe von seiten der Politik ist es, dafür zu sorgen, daß Kinder spielen können, daß Kinder sich bewegen können, daß Kinder auch laut

sein können.

Ich verstehe nicht, daß zum Beispiel neben Wohnhausanlagen ein Kleinkinderspielplatz um 19.00 Uhr abgesperrt wird. Geschlossen ist er, weil ab dann das uneingeschränkte Ruhebedürfnis der Bevölkerung regiert. Um 19.00 Uhr, meine Damen und Herren, kann das nicht anfangen. Da sitzen die Leute zu Hause und stellen ihren Fernsehapparat ganz laut, daß er plärrt. Ich glaube nicht, daß es um diese Zeit darum geht, die Kinder einfach abzustellen.

Es gibt in diesem Kapitel Vorschläge für die Änderung der Bauordnung. Es sind gesetzliche Bestimmungen angeführt, wo ich meine Hoffnung ausspreche, daß der zuständige Gemeinderat sich das ebenfalls vorstellen kann, sich das anschauen wird, das diskutieren wird und sich in diesem Punkt etwas ändern wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch ein bißchen über die Stadtplanung sprechen und mich diesbezüglich zum Beispiel an die ÖVP wenden: Herr StR Görg, Sie sind jetzt zuständig für die Stadtplanung. Ich erlaube mir, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die ÖVP einmal eine Partei war, die ganz massiv für die Rechte der Kinder Partei ergriffen und zum Beispiel gesagt hat, daß die Bedürfnisse unserer Kinder seit Jahren mißachtet werden. Ihre Partei hat die SPÖ mehrfach scharf dafür kritisiert, daß sie im Wohnbau und in der Stadtplanung nicht die richtigen Maßnahmen setzt. Es war die Rede von 5 500 Hektar Spielfläche, die in Wien fehlen. Es gab, in mehreren Punkten aufgespaltet, Forderungen an eine kindgerechte Stadt. Die Ignoranz der Verantwortlichen wurde gleichgesetzt mit Kindesmißhandlung.

Jetzt sind Sie in der Regierung und ich hoffe, daß Sie der Forderung Ihrer damaligen Kollegen - das waren Frau Abg Brinek und Herr Umweltsprecher Hawlik, die damals diese Pressekonferenz gemacht haben - jetzt gerecht werden können und auf die Bedürfnisse der Kinder tatsächlich eingehen werden.

Ich möchte aber nicht darauf verzichten, zum Beispiel aus der Hausordnung der Gemeinde Wien zu zitieren, denn da sind wir unmittelbar zuständig. Diese Hausordnung der Gemeinde Wien nimmt auf die Bedürfnisse der Kinder - kann man sagen - nicht Rücksicht.

Hier steht: "Benützung der Hof- und Gartenanlagen: Die Hof- und Gartenanlagen sind zu schonen und rein zu halten." - Normalerweise tun Kinder spielen und nicht schonen und rein halten. Dazu kann man sie anhalten, aber das hat mit Kinderspiel nichts zu tun. - "Beschädigungen der Anlagen werden auf Kosten der Verursacher behoben. Die Benützung von Spielgeräten erfolgt auf eigene Gefahr."

Zur Ruhestörung wird gesagt: "Auf den Stiegen und Gängen und in den Höfen ist jeder unnötige Lärm zu vermeiden. Das Spielen der Kinder in den Höfen und auf den vorgesehenen Spielplätzen ist mit Einbruch der Dunkelheit einzustellen." - Das ist im Winter um 16.30 Uhr oder so. (Abg Alessandra Kunz: Um 16.00 Uhr) Um 16.00 Uhr. Da werden die Kinder

aufgefordert, um 16.00 Uhr mit dem Spielen aufzuhören. (Abg Brigitte Schwarz-Klement: *Im Sommer ist es um zehn Uhr!*) Warum weiß kein Mensch. Kein Mensch kann wahrscheinlich darauf eine befriedigende Antwort geben, weil es kann nicht daran liegen, daß die Kinder dann einander nicht mehr sehen. Ich habe keine Ahnung, wie das dort hineinkommt.

"Spiele dürfen nicht zur übermäßigen Belästigung der Hausbewohner führen." - Punkt. Nächster Satz: "An Sonn- und Feiertagen muß besondere Rücksicht auf das Ruhebedürfnis der Hausbewohner genommen werden." - Sonst gibt es die normale Rücksicht, jetzt kommen an den Feiertagen die besondere Rücksichtnahme und das besondere Ruhebedürfnis hinzu. Kleinkinderspielplätze neben Wohnhausanlagen - das füge ich nur hinzu - werden teilweise um 19.00 Uhr zugesperrt.

Das ist eine Schande für Wien. Das zeigt, daß Wien keine kinderfreundliche Stadt ist, denn sonst würde mit einem Satz erwähnt sein, daß irgendwo vorgesehen ist, wo Kinder spielen können, wo Platz für Kinder ist. Es würde mit einem Satz drinnenstehen, daß sie ebenfalls anerkannte Mitglieder der Gesellschaft sind.

Es gibt einerseits die Erwachsenen, die ein Ruhebedürfnis haben, und andererseits die Kinder, die ein Spielbedürfnis haben. Beides ist zu beachten, beides ist unterzubringen. Ich hoffe, daß in diesem Punkt demnächst eine Änderung eintritt und daß diesbezüglich auch der zuständige Stadtrat - diesmal ist Herr StR Faymann angesprochen - eine Änderung herbeiführen wird.

An dieser Stelle möchte ich bemerken, daß dies ein Thema ist, das keineswegs nur die Jugend- und Sozialstadträtin betrifft, die nun Maßnahmen zu setzen hat, sondern es ist der klassische Fall eines Querschnittsthemas, wo im Grunde genommen jeder Stadtrat darauf schauen müßte, ob in seinem Ressort das Notwendige getan wird, damit auch Kinderbedürfnisse befriedigt werden. Dabei rede ich noch gar nicht von Wünschen und sonstigem, sondern das sind echte Bedürfnisse, deren Erfüllung notwendig ist, damit sich Kinder gesund entwickeln können.

Was mir sehr gut gefällt - und was ich auch einbringen möchte -, ist das Grundsatzpapier der Kinder- und Jugendanwälte mit der Überschrift "Kinder- und jugendfreundliches Planen und Bauen". Dort wird in der Präambel ebenfalls darauf hingewiesen, daß kinder- und jugendfreundliches Planen und Bauen Querschnittsarbeit städtischer Planung ist.

Dann gibt es - das ist wirklich einfach zu verwenden für die amtsführenden Stadträte - einen Fragenkatalog zur Sicherheit, Gesundheit und Umwelt. Diesen können die Stadträte einfach durchgehen, abhaken, was schon geschehen ist und schauen, was noch geschehen muß. Es gibt einen Fragenkatalog zu Spielbewegung und Freizeit. Es gibt einen Fragenkatalog zur Zukunftsorientierung. Und last but not least gibt es einen Fragenkatalog zur Partizipation. Ich hoffe, die Stadträte haben diese und werden darauf eingehen.

Jetzt vielleicht ein Wort zu allen Parteien: Ich halte es für notwendig, daß wir alle - nicht nur, wenn es darum geht, diesen Bericht zu diskutieren - über dieses Thema "Kinderpolitik" reden. Man muß auch bei ganz normalen Beschußfassungen hinterfragen, ob das eigentlich nicht gegen die Interessen der Kinder gerichtet ist.

Diesbezüglich möchte ich alle Parteien daran erinnern, daß beim letzten Mal zum Beispiel alle außer den GRÜNEN dafür gestimmt haben, daß am Reithofferplatz eine Spielfläche für Kinder - und mit dieser Spielfläche auch Sonne, Licht und Bewegungsraum - entfernt wird. So, meine Damen und Herren, wird es nicht gehen, daß wir uns an dem Tag, wo der Bericht diskutiert wird, alle herausstellen und sagen, wunderbar, das ist eine ganz großartige Einrichtung, toll, wir sind alle für die Kinder, und tschüß, sondern es geht im Grunde genommen darum, während des gesamten Jahrs die Entscheidungen daraufhin zu überprüfen, ob sie auch tatsächlich kinderfreundlich sind.

Ich möchte, weil meine Vorednerin die Kinderarmut angesprochen hat, die zu einem kleinen Teil Kommunalpolitik, aber zu einem großen Teil im Rahmen der Familienpolitik auch Bundespolitik ist, festhalten, daß wir die Ansicht der Liberalen nicht teilen, daß diejenigen, die gut verdienen, keine Familienbeihilfe erhalten sollen. Wir teilen diese Ansicht nicht. Wir gehen tatsächlich davon aus - das klingt manchmal merkwürdig, Klima sagt das manchmal -, jedes Kind ist gleich wert. Aber wir gehen tatsächlich auch davon aus und sagen, das soll jede Familie bekommen, unabhängig davon, wie hoch ihr Einkommen ist, denn die Steuerschraube und die Differenzierung werden nicht bei jeder einzelnen Förderung gemacht, sondern - das ist bürokratisch auch wesentlich einfacher und wesentlich kostengünstiger - im Rahmen der Lohnsteuer, der Einkommenssteuer oder auch der Vermögenssteuer festgesetzt.

Ich weise deswegen darauf hin, weil wir eigentlich - wie es die Kinder- und Jugendanwälte in ihrem Bericht festgeschrieben haben - der Meinung sind, daß ab einem bestimmten Alter eine Grundsicherung, die wesentlich höher zu sein hat als die jetzige Familienbeihilfe, nicht an die Familie ausgezahlt werden soll, sondern direkt an das Kind, durchaus mit der Auflage, es für bestimmte Dinge zu verwenden. Diesbezüglich ist noch nicht alles ausdiskutiert. Die Diskussionen sind im Laufen. Wir gehen jedenfalls davon aus, daß das eine Möglichkeit ist, die Kinderarmut zu reduzieren. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Ich möchte noch auf einige wenige punktuelle Dinge eingehen: Das ist zum einen der Karenzgeldzuschuß, das Kapitel auf Seite 7. Darin geht es um eine unlösbar zu scheinende Ungleichbehandlung von Müttern. Es geht darum, daß Mütter, die einen Anspruch auf Karenzgeld haben, aber den Vater nicht angeben wollen oder können, weder Karenzgeldzuschuß noch Sozialhilfe bekommen, obwohl sie meist mangels anderen Einkommens deutlich unter dem Richtsatz liegen. Das ist tatsächlich ein Problem, das die Jugend- und

Sozialstadträtin unmittelbar angeht und das mit der MA 12 auf eine befriedigende Art und Weise zu lösen sein wird.

Ich hoffe, daß - vielleicht ist es sogar schon erledigt, ich weiß es aber nicht - dies demnächst erledigt werden kann. Das ist der eine Punkt, den ich isoliert herausgreife.

Der zweite Punkt, den ich ganz kurz ansprechen will, ist das Thema "Gewalt". Lesen können sowieso alle selber. Ich möchte aber für die GRÜNEN festhalten, wir fordern das Recht auf eine kostenlose Therapie für jedes Kind, das Gewalt - sei es sexueller oder körperlicher Art - ausgesetzt war. Auf alle Fälle muß dieses Kind eindeutig das Recht auf eine Therapie haben.

Ein allerletztes: Wir wünschen uns selbstverständlich den Ausbau der Anwaltschaft und ich erwarte mir demnächst - ich habe es schon einmal gesagt - eine Stellungnahme beziehungsweise eine Darstellung aller Stadträte, wo nachgewiesen wird, inwiefern die Vorschläge der Kinder- und Jugendanwaltschaft aus den Berichten eins und zwei bis jetzt schon umgesetzt wurden. - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg Pfeiffer gemeldet. Ich mache auf die Redezeitbeschränkung aufmerksam.

Abg Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine Damen und Herren!

Nur eine kurze Berichtigung zur Frau Kollegin Jerusalem: Es ist nicht wahr, daß sich die Parteien, die für diese Widmung am Reithofferplatz gestimmt haben, nicht um die Agenden der Kinder gekümmert hätten. Wahr ist vielmehr, daß es so ist, daß in Hinkunft die Fläche, auf der das abgerissene städtische Bad gestanden hat, als Kinderspielplatz zur Verfügung steht, und die Randverbauung durchgeführt wird, wodurch die Kinder gegenüber dem Straßenlärm und dem ganzen Input, der von dort kommt, geschützt sind. In Wahrheit war die Annahme und das Interesse dieser Widmung, die Kinder, die dort ihren Spielplatz haben werden, vor Verkehrslärm und vor den Abgasen zu schützen.

Ich meine, wenn das ein Beispiel dafür sein sollte, wie die anderen vier Parteien nicht an die Kinder denken, liegen Sie falsch! (*Beifall bei der ÖVP.* - **Abg Susanne Jerusalem:** Wenn dem so ist, dann ist es in Ordnung!)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Walter Strobl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Walter Strobl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine Damen und Herren der Jugendanwaltschaft! Meine Damen und Herren!

Ich darf damit beginnen, daß ich den Bericht insgesamt für sehr positiv und sehr wichtig einschätze. Ich glaube, daß dies eine ganz wichtige Einrichtung ist. Das zeigt sich auch in der Darstellung der vielen Einzel-

fälle.

Ich darf aus dem Internet - Sie sind im Internet schließlich recht schön vertreten - über den Aufgabenbereich zitieren: "Beratung von Minderjährigen, Erziehungsberechtigten, Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten, Aufgabe und Empfehlungen, soweit es sich um Interessen von Kindern und Jugendlichen handelt, Begutachtung und Anregung von Gesetzesbestimmungen, Informationen über die Rechte und Pflichten bei Interessen der Kinder, die wahrgenommen werden sollen."

Sie üben in einigen, prägnant umschriebenen Bereichen heftige Kritik. Das ist auch gut so, weil Sie die Augen öffnen. Ich darf meinerseits das aber zum Anlaß nehmen, mich mit dem Bericht auch ein bißchen kritisch auseinanderzusetzen.

Ich werde das Gefühl im gesamten Bericht nicht los, daß es quasi bei einem Grundverständnis zur Durchsetzung von Interessen bei Kindern zu einer Art Pseudopolarisierung zwischen der Erwachsenenwelt auf der einen Seite und der Kinderwelt auf der anderen Seite in Ihrer Darstellung kommt und daß sozusagen auch eine Trennung zwischen Familie und dem Recht der Kinder ein bißchen dargestellt wird. Mir persönlich geht es nicht um eine Harmonieromantik, der ich auch nicht das Wort reden möchte. Es gibt eine Reihe sehr gut dokumentierter und dargestellter Konflikt- und Problembereiche, die auch sehr deutlich die brutalen Übergriffe aus der Erwachsenenwelt dokumentieren. Es geht auch darum, diese Problemfälle zu lösen, abzustellen und ein Bewußtsein dafür zu schaffen. Das geschieht in diesem Bericht ganz hervorragend. Es geht aber auch um ein Grundverständnis von Familien dieser Gesellschaft, um die Frage der Rolle des Staates, seiner Einrichtungen, um die Frage der Subsidiarität, der Stärkung der Familie, aber auch um die Frage der Verallgemeinerung von Problemdarstellungen und den Schlußfolgerungen, die daraus durchaus politische Konsequenzen darstellen können.

Ich möchte dies am Beispiel des eingangs zitierten Berichts, der mit Seite 2 oder - besser gesagt - Seite 3 eine Tendenz aufzeigt, die ich nicht ganz nachvollziehen kann, darstellen: "Wir müssen uns" - heißt es hier - "endlich verabschieden vom Denken der Gesellschaft, die Initiationsriten" - und dann wird aufgezählt -, "Großjährigkeit, Wahlalter et cetera, als Aufnahmekriterium in die Erwachsenenwelt verlangt."

Die ÖVP hält es für wichtig, die Rolle der Eltern und der Erziehungsberechtigten zu stärken, das Verantwortungsbewußtsein in diesem Bereich zu stärken und weniger nach einer Art - wie das Schelsky einmal so schön gesagt hat - "einer Herrschaft der Betreuer zu schießen".

Ich darf Ihnen aus einem Vortrag von Prof Zulehner zitieren: "Familien müssen ein geschützter Lebensraum für Kinder sein." - Dem kann ich mich nur vollinhaltlich anschließen. Darin heißt es: "Familien müssen künftig mehr als bisher aus der Perspektive der Kinder beurteilt werden. Sie müssen ein geschützter Lebensraum für

Kinder sein. Damit Kinder unbeschädigt gedeihen können, ist es wichtig, daß dieser Raum, geprägt von Stabilität und Liebe, auf Jahre hinaus vorhersehbar geschützt ist. Insgesamt" - so sagt Zulehner - "sind in unserer Gesellschaft Kinder in Gefahr, das Leben von Erwachsenen zu stören und daher entsorgt zu werden ins Internet, vor Gameboys, manchmal in außfamiliale Einrichtungen für Kinder, die für deren Entsorgung mißbraucht werden."

Er nennt dann als mögliche sozialpolitische Unterstützung die Idee des Betreuungsschecks, aber dazu komme ich später noch.

Es muß daher Ziel sein, unseren Kindern ein kindgemäßes Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und den Erwachsenen nahezubringen, wie wichtig es ist, daß unsere Kinder einfach Kind sein können und ihnen umgekehrt, auch nicht die Erwachsenenwelt aufzuzwingen.

Ich habe in dem gesamten Bericht tendenziell eher Ansätze einer Befindlichkeitspädagogik in Verbindung mit einem Verschwinden der Erwachsenen, mit einem Verschwinden der Erziehungsberechtigten und mit einem Verschwinden der Familien festgestellt. Das heißt, auch in der Rollenverteilung zwischen den Erwachsenen und den Kindern gibt es für mich in diesem Prozeß des Erwachsenwerdens eigentlich keine Umkehrung und kann es keine Umkehrung geben, weil dieser Prozeß unauflösbar ist. Man sollte daher Kinder nicht einem Überforderungssyndrom aussetzen.

Ich persönlich glaube, wir haben einfach nicht das Recht, ihre Kindheit zu zerstören. Dazu gehört für mich, daß wir sie auch nicht überfordern dürfen. Ganz konkret möchte ich einige Punkte ansprechen, die mir persönlich wichtig erscheinen und mir dann in einem weiteren Teil im Bericht überhaupt fehlen.

Zur Senkung des Wahlalters: Ich teile die grundsätzlichen Aussagen von Frau StR Brauner bezüglich internationaler Vergleiche und vor allem - das erscheint mir besonders wichtig - die Beachtung der bedingten Rechtsfähigkeit bei Kindern im Hinblick auch auf die Vergleichbarkeit des Anspruchs. Ich persönlich lehne daher einen Populismus - quasi in der Hoffnung auf ein neues Stimmenpotential - ab, bin aber bereit zu einer Diskussion, soweit sie sich ehrlich mit der Frage der Übertragung der Verantwortung auf Kinder beschäftigt und versucht, sich seriös damit auseinanderzusetzen.

Wir haben heute in einer Tageszeitung - in der "Presse" - eine Studie über Jugendliche präsentiert bekommen, in der ganz deutlich gezeigt wird, daß es eine Politikverdrossenheit und - was mich besonders erschüttert - einen Wunsch nach einem starken Mann gibt. Ich nehme an, dieser "Mann" ist wertneutral gemeint. Persönlich glaube ich, es wäre viel vernünftiger, in diesem Zusammenhang die politische Bildung an den Schulen zu verbessern und deutlich zu modernisieren.

Ein Wort zum Betreuungsscheck, auch wenn mich bereits Musik begleitet (*Der Redner spielt darauf an, daß im Saal ein Handy mit musikalischen Tönen läutet.*): Ich persönlich bin in diesem Zusammenhang

vorsichtig bis skeptisch und glaube nur, daß die kritisch-negative Darstellung im Bericht der Jugendanwaltschaft in der Einschätzung eigentlich falsch ist.

Ich darf aus der Machbarkeitsstudie des Österreichischen Instituts für Familienforschung zitieren. Dort wurde aufgezeigt, daß die öffentliche Hand bei Teilzeitbetreuung der Zwei- bis Vierjährigen rund 9,5 Milliarden S weniger aufwendet als für andere Kinder im Vorschulalter.

Aus diesem gravierenden Mißstand heraus ist die Idee des Betreuungsschecks ursprünglich geboren worden. Die Zentralität dieses Betreuungsschecks ist es, generelle Maßnahmen möglichst unspezifisch - das geschieht nun einmal am meisten mit Geld - zu gewähren, eine Vielfalt zu erhalten und gleichzeitig eine grundsätzliche Wahlfreiheit zu gewährleisten. Ein ähnlicher Schritt ist beim Pflegegeld bereits gewählt worden.

Darüber hinaus, sagt die Studie, daß Auswirkungen auf den Generationenvertrag, auf die Bekämpfung der Familienarmut und auf eine Änderung des Grundeinkommens zu erwarten sind.

Mit fehlen im Bericht Aussagen zur Bewertung der unbezahlten Arbeit in der Familie, weil ich persönlich glaube, daß Familien unverzichtbare Leistungen für die Gesellschaft erbringen, sowohl materiell, emotional als auch sozial, diese Leistungen aber weder ideell noch finanziell ausreichend anerkannt werden.

Es fehlen mir Aussagen und Überlegungen zu der Idee der Verankerung der Familie in der Verfassung.

Es fehlt mir auch die Einbindung der Familie bei Maßnahmen zur Suchtprävention.

Und es ist kein Wort von der Idee der Familienverträglichkeitsprüfung zu finden. Das heißt, Familienverträglichkeit ist immer dann gegeben, wenn eine politische beziehungsweise gesetzliche Maßnahme zu keiner zusätzlichen Belastung für diese kleinen Lebenswelten führt.

Es fehlt mir eine Aussage zu einer Studie über die Sicherheit von Kinderspielplätzen, die bereits vorliegt. Hier gäbe es, glaube ich, einiges aufzuzeigen.

Es fehlt mir zum Beispiel im Zusammenhang mit der Frage der Politisierung oder des Politikverständnisses bei Kindern und Jugendlichen eine durchaus wichtige Intention, wie sie im 12. Bezirk derzeit erprobt wird, nämlich der Jugendbeirat.

Es fehlt mir auch eine Aussage zur Gewalt in den Medien, speziell im ORF. Auch damit hat sich die Gesellschaft in letzter Zeit in der Öffentlichkeit massiv auseinandergesetzt. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg Susanne Jerusalem: Aber die haben ja kein Buch geschrieben!*) Das ist aber eines, das mir vorliegt. Ich glaube, da hätten einige Punkte schon noch Platz gehabt. Es geht also gar nicht darum, wie üppig das Ganze ist, Frau Kollegin Jerusalem, sondern daß so etwas überhaupt noch aufgenommen werden sollte. Ich bin auch nicht böse auf die beiden, sondern ich habe nur gemeint, als Anregung könnte man durchaus noch weitere Ideen einbauen.

Zusammenfassend möchte ich folgendes sagen: Ich glaube, es geht im wesentlichen darum, daß es einen klaren Auftrag an den Staat, an die politischen Parteien und an die gesellschaftlichen Gruppen geben muß, ganz besonders an die Familien und jeden einzelnen Menschen, bewußt und verantwortlich von ihrer jeweiligen Position aus an der sinnvollen Gestaltung dieser Rahmenbedingungen mitzuwirken und den Kindern ihr Recht auf besonderen Schutz und Beistand zu gewährleisten. Es geht also um ein Miteinander von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen und nicht um eine Trennung und ein Gegeneinander und schon gar nicht um eine Trennung von Familien und Kindern.

Ich möchte trotzdem der Jugendarbeitschaft für diesen Bericht sehr herzlich danken, weil er wichtig ist - das habe ich eingangs auch gesagt -, doch sollten ebenso Anregungen aufgenommen werden. Das ist der Sinn der heutigen Debatte.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für die zukünftige Arbeit noch mehr Erfolg! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächste Rednerin hat sich Frau StR Landauer gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

StR Karin Landauer: Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Herr und Frau Jugendarbeitsamt! Meine Damen und Herren!

Bei der täglichen Arbeit werden die Kinder- und Jugendanwälte wiederholt mit Problem- und Defizitbereichen konfrontiert, welche die Lebensqualität der Kinder und Jugendlichen beeinträchtigen. Sie kümmern sich vor allem um Erziehungsfragen, Obsorgebescheide, schulische Probleme und drogengefährdete Jugendliche. Aber auch Anfragen, die sich auf sexuellen Mißbrauch und Sekten beziehen, werden von den Kinder- und Jugendanwälten bearbeitet. Ganz wesentlich ist hier die anonyme Beratung, die es vielen Betroffenen leichter macht, den ersten Schritt zu setzen.

Um solchen Kindern frühzeitig zu helfen, sind neben Kindergärtnerinnen und Lehrern besonders auch die Kinderärzte gefordert, denn der Arzt hat aufgrund seiner Vertrauensbildung und medizinischen Ausbildung die Möglichkeit, Mißbrauch aufzudecken und Betroffene zu beraten. Vor allem kommt es darauf an, daß Anzeichen sehr früh erkannt werden, daß man bei Frühzeichen hellhörig wird und lernt, nachzuhaken. Daher unsere Forderung an Sie, meine Damen und Herren: Schaffen Sie endlich den Schularzt als Arbeitsmediziner der Kinder!

Nahezu jeden Tag erreichen uns Meldungen von Gewalttaten an und von Jugendlichen. Wir sind übersensibilisiert und gleichzeitig dem Thema gegenüber hilflos. Viele schauen dann einfach weg und beklagen, wie schrecklich unsere Welt geworden ist. Daher haben wir die Kampagne der Stadt Wien, die aufmerksam gemacht und aufgerufen hat, hellhöriger zu werden, sehr begrüßt.

Das Heranwachsen von Kindern bedarf einer Führung und Begleitung von Erwachsenen, zu denen sie Vertrauen haben können, auf die sie sich verlassen

können. Wenn eine klare, offene und eindeutige Atmosphäre fehlt, wenn Kinder nicht lernen, Regeln und Pflichten zu akzeptieren und wenn sie den Erziehenden nicht vertrauen können, werden sie haltlos. Erfahren die Kinder und Jugendlichen darüber hinaus, daß Konflikte nur durch Gewalt gelöst werden, neigen sie selbst dazu, Gewalt anzuwenden.

Was geschieht dann mit diesen Kindern und Jugendlichen? - Wegsperren kann nicht die Lösung sein. Noch leben wir in einer guten Zeit.

"Wenn wir die Kinder und Jugendlichen bewahren wollen, dann dürfen wir niemanden seinem Schicksal überlassen", heißt es im Jahresbericht des "Zentrums Spadtstraße" in Linz, einer Einrichtung der Diakonie. Im "Zentrum Spadtstraße" versucht man, auf unkonventionelle Art und Weise, jungen Menschen, die ohne Geborgenheit und elterliche Führung aufwachsen und aus unserer Gesellschaftsordnung herausgefallen sind, zu einem selbstverantworteten Leben zu verhelfen und den Schmerz ihrer Kindheit aufzuarbeiten.

Den stetig wachsenden Problemen im Bereich der Jugendwohlfahrt kann mit den gegenwärtig eingesetzten Lösungsstrategien kaum mehr wirksam begegnet werden. Problemfelder wie der Zerfall der Familienstrukturen durch die hohen Scheidungsraten und die wachsende Drogenproblematik im Kindes- und Jugendalter können nicht dadurch gelöst werden, daß für jede betroffene Familie oder jeden betroffenen Minderjährigen ein Hilfsangebot zur Verfügung steht, welches die bereits eingetretenen Schädigungen beheben soll. Wir Freiheitliche befürchten, daß der quantitative Ausbau eines solchen Hilfesystems sehr bald an die Grenzen der Finanzierbarkeit stoßen könnte.

Meine Damen und Herren des Wiener Landtags! Wir müssen im Aufgabenbereich der Jugendwohlfahrt daher neue Strategien entwickeln, die bereits beim Entstehen von Problemfeldern ansetzen, die vorhandenen Mittel und Kräfte koordinieren und zielgerichtet zum Einsatz bringen.

Der Bericht der Kinder- und Jugendarbeitschaft in Wien enthält viele neue Strategien, die es rasch umzusetzen gilt. Ich möchte nur einige wenige erwähnen.

Auf Seite 3: "Wir müssen das Nebeneinander mit gleichberechtigten Mitbürgern, wie Kindern, Jugendlichen, Senioren, Behinderten, als zentrale Aufgabe für den Beginn des nächsten Jahrtausends verstehen."

Alle anderen vorhergehenden Punkte sind schon von meinen Vorrednern erwähnt worden. Es ist von Frau Kollegin Jerusalem auch schon auf den Sonderteil bezüglich bespielbarer Freiflächen in Wohnhausanlagen hingewiesen worden. Hierzu möchte ich noch verstärkt auf die Mehrfachnutzung von Freiräumen hinweisen. Es handelt sich dabei um solche Freiräume, die zusätzlich zu ihrem ursprünglichen Verwendungszweck - Parkplätze, Schulanlagen, Baulücken - als Bewegungs- und Aufenthaltsflächen für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene zur Verfügung stehen könnten.

Was mir ganz wichtig erscheint - Sie haben es er-

wähnt -, was zu verändern wäre, sind Konfliktteams in Wohnhausanlagen. Ich glaube, daß es mit Konfliktteams in Wohnhausanlagen alleine aber nicht getan ist. Ich glaube, daß man bereits in Schulen eine Konfliktkultur lernen sollte, weil ich einfach der Meinung bin, daß wir verlernt haben, Konflikte auszutragen, und zwar, indem man sie wirklich ausspricht und zu einer Lösung kommt. Ich glaube, wir sollten versuchen, in die Ausbildung, in die Schule Spiele einzubringen, die eine Konfliktkultur mit sich tragen, weil ich einfach glaube, daß das für die Kinder sehr sinnvoll wäre.

Als letzten Punkt möchte ich Ihren Vorschlag bezüglich der Änderung der Hausordnung aufgreifen. Frau Kollegin Jerusalem hat die Hausordnung im Gemeindebau bereits zitiert.

Sie schlagen vor: "Prinzipiell ist das Spielen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, ausdrücklich in den Stiegen, Gängen und Höfen gestattet, ausgenommen Nachtruhe. Die Erziehungsberechtigten haben die Kinder und Jugendlichen darauf hinzuweisen, daß das Spielen keinen unzumutbaren Lärm und Belästigung verursachen soll. HausbewohnerInnen, die sich Kindern gegenüber unlieidlich verhalten, müssen mit Konsequenzen seitens der Hausverwaltung rechnen."

Wenn man diesen Satz liest, denkt man sich zuerst, das ist eine harte Forderung, die Sie hier aufstellen. Aber ich glaube, man sollte über diesen Satz wirklich nachdenken. Ich glaube, wenn es dazu käme, daß in der Hausordnung auch Aggression von Hausbewohnern gegenüber Kindern festgeschrieben wäre, dies dazu führen würde, doch einen anderen Stellenwert der Kinder zu erreichen.

Ich komme schon fast zum Schluß. Ich möchte mich im Namen von zwei Jugendlichen, wo ich Sie um Vermittlung gebeten habe, bedanken. Ich muß sagen, ich habe schon gewußt, daß die Kinder- und Jugendanwaltschaft gut arbeitet, aber für das, was Sie im Zusammenhang mit diesen zwei Jugendlichen aus Salzburg in einer wirklich sehr schnellen und kurzen Zeit zusammengebracht haben, möchte ich mich im Namen der zwei Betroffenen bedanken. Es ist zwar nur ein Einzelfall, aber ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, mich bei Ihnen zu bedanken und wollte es jetzt einmal sagen, weil das Ganze völlig unbürokratisch vor sich gegangen ist und Sie den beiden wirklich sehr schnell geholfen haben. Ich möchte dafür herzlichen Dank sagen.

Abschließen möchte ich mit einem Rilke-Gedicht, das zu Ihrem Vorschlag zur Hausordnung paßt: "Laß ein Kind, laß es laut sein, laß es sich freuen, laß es sich austoben, laß es ausprobieren, laß es fragen, laß es Gefühle zeigen. Laß ein Kind ausgelassen sein, indem Du es ausläßt, gib ihm die Chance, sein Leben in wachsenden Ringen zu leben." (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Vettermann zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Heinz Vettermann (SPÖ): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Frau Kinder- und

Jugendanwältin! Herr Kinder- und Jugendanwalt! Meine Damen und Herren!

Wenn man den Bericht betrachtet, glaube ich, kann man feststellen, daß dieser zum einen keine Lobhudelei gegenüber der Situation in Wien, aber zum anderen auch keine generelle Kritik ist. Gelungen ist aber wohl - das war damals Intention, wie die Kinder- und Jugendanwaltschaft gegründet wurde -, daß man eine Lobby institutionalisiert hat. Ich glaube, das ist gelungen. Es gibt Kritik und es gibt auch Ermutigung, weiterzumachen.

Ich freue mich, daß diese Hoffnung eingetreten ist und möchte mich für die engagierte Arbeit bedanken, ebenfalls vielen Dank auch für das gesamte erwähnte Team und die geleistete Arbeit.

Vielleicht nur ein paar Antworten zur Frau StR Landauer: Ich glaube, wir hätten, obwohl ich die Arbeit der Diakonie schätze - das sei vorweg gesagt -, nicht unbedingt nach Linz schauen müssen, um durchaus gute Beispiele von Jugendwohlfahrt zu finden. (StR Karin Landauer: Das "Modell Spadtstraße" gibt es in Wien nicht!) Es gibt in Wien, glaube ich, wohl einige, die es wert gewesen wären, auch erwähnt zu werden. (StR Karin Landauer: Das hat nichts mit dem "Modell Spadtstraße" zu tun!)

Die ganze "Heimreform 2000", die dezentralisiert agiert und näher herangeht, ist, glaube ich, zumindest eine Antwort auf die Probleme, die Sie aufgezeigt haben. Daß bei der Mehrfachnutzung etwas weitergeht, wird gerade von der MA 18 betrieben. Ich glaube, Sie haben das unterstützt.

Dazu, daß das in der Schule eine wichtige Sache ist, gebe ich Ihnen ebenfalls recht, aber gerade die Kinder- und Jugendanwaltschaft bringt mit der Schulmediation ein Beispiel, wie man lernen kann, mit Konflikten umzugehen. Ich glaube, das ist - wie man sieht - ein richtiges und gutes Beispiel.

Wenn man sich den Bericht anschaut, muß man überhaupt sagen, das ist eigentlich ein Beitrag im Ringen um die Kinderrechte in Wien. Ein Schwerpunkt ist der Kampf gegen die Gewalt in den Familien. Dazu möchte ich das Ganze jetzt nicht noch einmal bringen. Diejenigen, die es gelesen haben, wissen es ohnedies, von der Homepage angefangen bis zu den Schulungen und Informationen.

Mir ist jedoch aufgefallen, daß das sozusagen keine isolierte Aktion ist, sondern daß es gelungen ist, von der Gemeinde Wien her dieses Thema aufzunehmen und gemeinsam mit der MA 11 eine Aktion gegen die Gewalt in der Familie nicht nur zu starten, sondern auch erfolgreich durchzuführen. Es ist eben ein politisches, ein inhaltliches Projekt, das hier aufgenommen wurde.

Ich glaube, es war sein Geld wert - weil das zuerst auch kritisiert wurde -, denn es bedarf einfach eines gewissen Mitteleinsatzes, um Bewußtsein zu bilden. Ich glaube, es war ganz im Gegenteil ein guter Start, aber es kann mit der Bewußtseinsbildung nicht zu Ende sein. Wenn man sagt, Armut ist ein Thema, dann

stimmt das. Der Kampf gegen Armut ist auch ein Thema, das in Wien durchaus diskutiert wird.

Dem Kollegen Strobl muß ich sagen, die Sache mit dem Betreuungsscheck sehe ich anders. Ich nehme an, das haben Sie fast erwartet, aber - das will ich wohl konstatieren - beide Regierungsparteien haben das Ziel, Familien und Kinder zu unterstützen. Wenngleich wir auch im operationalen Teil - weil wir eben nicht die gleichen Parteien sind - auch verschiedene Einsätze haben, uns unterscheiden, bin ich doch guten Mutes und eigentlich guter Hoffnung, daß man das Ziel außer Streit stellt und es gelingen wird, tatsächlich zu Schritten zu kommen, dieses Ziel zu erreichen.

Ich bin aber auch dankbar, daß in diesem Bericht sehr gut dargestellt wurde, daß es ebenso darum geht, Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, die unabhängig vom Geld jede Person, jeder Alleinerzieher, aber vor allem alle Kinder benützen können. Denn Geld hat kein Mascherl und ob die Geldbeihilfen wirklich zum Kind kommen, ist immer die Frage. Wiewohl ich zugebe, daß es natürlich "ohne Geld ka Musi" gibt - auch das ein wichtiger Beitrag ist -, glaube ich, daß das Ganze gut gewichtet wurde und diese Darstellung eigentlich lesenswert wäre.

Der Kollegin Bolena bin ich übrigens sehr dankbar für die wirklich gute Darstellung, was es alles kostenlos gibt und wie es jetzt schon ein gewisses Ausmaß an Umverteilung gibt, vom Kindergarten angefangen bis zur Schule. Sie haben den Weg, glaube ich, sehr gut dargestellt. Zumindest in dem Punkt, daß man Ärmere prinzipiell besser und anders fördern sollte als diejenigen, die es nicht ganz so brauchen, sind wir uns, glaube ich, nahe. Daher bin ich sehr froh, daß das in diesem Bericht sehr ausführlich behandelt wurde.

Bei den Freiflächen muß ich der Gerechtigkeit halber und um der Wahrheit willen sagen, daß die meisten vielleicht sowieso wissen, aber es zumindest bisher nur nicht gesagt worden ist - das kann man von Oppositionsparteien vielleicht auch nicht in diesem Ausmaß erwarten -, daß Frau LhptmSt Laska einen sehr massiven Kampf führt, die Dinge weiterzubringen, von der Planung angefangen, wo es um die Infrastruktur geht, um eingeplante freie Flächen bei den neuen Projekten, wo das Landesjugendreferat, aber durchaus auch die Anwaltschaft einbezogen sind. Sie hat diesbezüglich durchgesetzt, daß schon vieles geschehen ist. Zugegebenermaßen kann und soll aber noch mehr geschehen.

Es geht jedoch ebenso darum, daß wir ein Bewußtsein schaffen, denn die Konflikte, die angesprochen sind, sind nicht nur mit Gesetzen zu ändern, sondern hauptsächlich über eine Bewußtseinsänderung. Alle, die das wollen, sind aufgerufen, im Diskussionsprozeß mit der Bevölkerung auch das entsprechende Bewußtsein zu schaffen, um im legitimen Weg Änderungen vornehmen zu können, die von den Betroffenen auch akzeptiert werden.

In einigen Punkten - und ich denke mir, man sollte es sich nicht ganz ersparen, weil durchgeklungen ist,

was überhaupt geschehen ist, ob niemand reagiert, es gibt einen schönen Bericht und was macht Wien - sage ich Ihnen, ist es gelungen, Anregungen aufzunehmen. Ich habe mir einige Punkte, die vorgeschlagen wurden, herausgeschrieben:

Verbindungsdienste in den Spitätern - eine Forderung: Diese sind ziemlich massiv ausgebaut worden.

Mehr Mitsprache in den Bezirken: Das geschieht nicht nur im 12. Bezirk. Es gibt solche Gruppen im 2. Bezirk und in vielen anderen Bezirken, von denen ich das auch sagen könnte. Aber es ist noch nicht in allen Bezirken der Fall. Wohl gibt es jetzt aber in allen Bezirken Jugendbeauftragte. Ich glaube, das ist ein erster und ein richtiger Schritt, damit in allen Bezirken das Bewußtsein gestärkt wird und Jugendliche und Kinder eine eigene Anlaufstelle haben, diese Anlaufstelle nicht nur im Bewußtsein existiert, sondern tatsächlich in einer Person vorhanden ist. Ich glaube, diesbezüglich hat Wien solche Anregungen durchaus aufgenommen.

Bei den Lehrstellen ist viel geschehen, die WiFi-Aktion, BFI "Job-Start" mit dem Jugendamt Wien gemeinsam, die "Initiative Lehrling". Das heißt, hier sind Schritt für Schritt auch Dinge passiert, um zum Beispiel am Arbeitsmarkt etwas weiterzubringen. Dies hat gerade auch ausländischen Jugendlichen genützt.

Betreffend den Behinderten hat es bei den Integrationskindergärten einen massiven Ausbau gegeben - auch das eine der Forderungen.

Zuletzt, betreffend Schule: Internet in allen Wiener Pflichtschulen, was für die Zukunft unserer Jugend, glaube ich, ein wichtiger und monetär gewichtiger Schritt ist.

Insgesamt gesehen kann man sagen, es werden Dinge umgesetzt, Wien ist hellhörig, aber natürlich nicht alles und nicht alles sofort, auch dies sei zugegeben. Es ist auch Sinn einer Anwaltschaft, von der Umweltanwaltschaft angefangen bis zur Kinder- und Jugendanwaltschaft, daß man die Kritik institutionalisiert und in die eigenen Reihen sozusagen hineindringt. Daher ist es nicht verwunderlich, daß eine Reihe weitertreibende und weiterreichende Forderungen gestellt wird. Das ist eigentlich der Gründungszweck gewesen.

Bei der Mehrfachnutzung haben wir schon gesehen, daß es einen Arbeitskreis gibt, der von der MA 18 mitinitiiert wurde, und dort von der Gruppe "Grünen Freiraum".

Was mir persönlich sehr gut gefallen hat, weil es zeigt, wie die Kinder- und Jugendanwaltschaft arbeitet - das muß man sagen -, war die Plakataktion, die sich auf freie Flächen, auf das Spielen bezogen hat, auf das Recht, entsprechend aktiv zu werden. Man hat nicht nur plakatiert, sondern auch in dem Sinn reagiert, daß die Kinder- und Jugendanwaltschaft selbst hingefahren ist, sich die Probleme angeschaut und teilweise Konflikte moderiert hat sowie aus der Welt geschafft hat.

Ich glaube, daß es diesbezüglich durchaus politische Unterstützung gibt, weil Frau LhptmSt Laska zwei-, drei- oder viermal bei allen möglichen Presse-

konferenzen, aber auch bei Aktionen, bei Sportaktivitäten und neuen Trendsportarten, immer wieder darauf hingewiesen hat, daß eine Gruppe Jugendlicher ernstens keine Bande ist und zweitens das Recht hat, dort zu sein, sich im Freien nicht nur aufzuhalten, sondern auch sportlich aktiv zu werden, dies ein bißchen Lärm bedeuten kann und daß wir eben gemeinsam darum ringen, dieses Bewußtsein zu schaffen.

Ich habe die Schulmediation schon erwähnt. Ich möchte sie noch einmal erwähnen, und zwar deshalb, weil mir das eigentlich als sehr positiver Punkt vorkommt, weil das beispielhaft zeigt, wie man mit Konflikten umgehen kann, daß man das sozusagen nicht nur bedauert und sagt, es gibt eben mehr Konflikte, die teilweise schärfer und ärger werden, sondern auch einen Weg aufzeigt, wie man unter Gleichaltrigen üben kann, daß Konflikte ausgetragen werden, ohne alles unter einer Einheitssoße zuzukleistern und keine Konflikte zuzulassen, was dann zu umso ärgeren Eruptionen führen würde, also keine falsche Harmonisierung von Konflikten, sondern eine Besprechbarmachung.

Es ist dann sehr gut beschrieben, wie das Ganze - von der Analyse der Schulsituation bis zum Close-down am Schuljahresende - durchgeführt werden kann. Ich glaube, das ist eine durchaus unterstützenswerte Aktivität.

Zum Schluß kommand möchte ich daher sagen: Der Bericht eignet sich nicht nur für oppositionelle Polemik, aber natürlich ebenfalls nicht dazu, die Hände selbstzufrieden in den Schoß zu legen und zu sagen, es ist sowieso alles bestens, denn er bestärkt uns in der Richtung sowie im Inhalt unserer Politik für die Kinder.

Die Wiener Kinder und Familien haben in Frau LhptmSt Laska als Person sowie in der Sozialdemokratie als Partei verlässliche Partner, um diese Forderungen auch durchsetzen zu können. - Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Die nächste Wortmeldung erfolgt von Frau Abg Kunz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Alessandra Kunz (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geehrte Damen und Herren von der Kinder- und Jugendanwaltschaft! Meine Damen und Herren!

Es ist dies nicht ein Thema aus meinem Ressort - Sie wissen, ich beschäftige mich üblicherweise mehr mit Gesundheitsangelegenheiten als mit Angelegenheiten der Kinder und Jugendlichen -, aber es gibt in diesem Fall einige Überschneidungen und vor allem ein Kapitel, auf das ich speziell eingehen möchte, welches meine Kollegin Susanne Jerusalem nur kurz gestreift hat, und ich deswegen denke, ein paar Minuten dazu würden nicht schaden.

Ich möchte mich zuerst beim Herrn Kollegen Strobl bedanken. Er hat mir in seiner Rede ein paar Stichwörter geliefert. Zwar sehe ich ihn jetzt nicht mehr, aber vielleicht hört er mich oder erfährt dies von irgendwo. Er hat nämlich namens der ÖVP heute gesagt, Familien

müßten ein geschützter Lebensraum für Kinder sein und er hat dann noch eine fast poetische beziehungsweise fast lyrische Definition für das Wort "Familienverträglichkeit" gefunden. Er hat gesagt: "Eine Entscheidung ist dann familienverträglich, wenn sie zu keiner zusätzlichen Belastung für diese kleine Lebenswelt führt."

Das ist eine sehr schöne Definition, man hat aber, wenn man diesen Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft liest und auch sonst die Sozialpolitik und Familienpolitik sowie die Frauenpolitik der ÖVP anschaut, den Eindruck, allzuklein sollte diese Lebenswelt nicht sein. Diese Lebenswelt sollte mindestens aus drei Personen bestehen und sie sollte so ausschauen, wie es in unseren Kinderspielen der Fall war: Mutter, Vater, Kind. Dann ist die Welt in Ordnung. (Abg Mag Franz Karl: Stimmt!) Stimmt, sagt der Herr Karl als Familiensprecher der ÖVP. Ich habe es mir fast gedacht. (Abg Mag Christoph Chorherr: Frauensprecher!) Frauensprecher sind Sie? (Abg Mag Franz Karl schüttelt verneinend seinen Kopf.) Nein, Familiensprecher! (Abg Mag Franz Karl schüttelt bejahend seinen Kopf.)

Wir wollen schon festhalten, daß bei der ÖVP ein gewisser Unterschied gemacht wird. Wenn kein Vater in dieser Familie vorhanden ist, sondern nur Mutter und Kind, dann können Belastungen für eine noch kleinere Lebenswelt offensichtlich hingenommen werden. (Abg Mag Franz Karl schüttelt verneinend seinen Kopf.) Nein? Doch nicht? Sie werden mir das nachher erklären müssen!

Diese Belastungen nimmt die ÖVP nämlich hin. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft weist dankenswerterweise darauf hin, welche Folgen diese Belastungen - unter anderem der letzten Sparpakte - für Familien beziehungsweise für Kinder gebracht haben und widmet dem ein eigenes Kapitel beziehungsweise einen eigenen Bereich "Kinderarmut".

Worauf ich hier ansvoie, ist die Geschichte mit dem Karenzgeldzuschuß und mit den Alleinerzieherinnen. Es wird im Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft auch aufgegriffen, daß es darum geht, wenn es keinen Karenzgeldzuschuß gibt, weil der Vater nicht bekannt ist oder nicht genannt wird, daß man auch den Anspruch auf Sozialhilfe verliert, obwohl man als Frau mit Kind mit dem Einkommen deutlich unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz liegt.

Das ist etwas, was ich nicht nachvollziehen kann. Ich kann nicht nachvollziehen, daß wir solche Entscheidungen treffen. In diesem Fall geht es um die MA 11 und um die MA 12, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Ich kann nicht nachvollziehen, daß wir Entscheidungen treffen, von denen wir wissen, und wo uns unsere eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter - sogar noch einmal darauf hinweisen, daß dies zu Armut führt, und dann veröffentlichen wir Berichte, bedanken uns bei den Verfasserinnen und Verfassern dieser Berichte und sagen, es ist so toll, daß das alles passiert.

Im Bericht steht ganz klar, daß das Entscheidungen sind, welche die Kinder in die Armut stürzen. Lassen Sie mich das kurz vorrechnen:

Karenzurlaubsgeld - ich sage jetzt Karenzgeld: 5 650 S. Rechnen Sie dazu einen allfälligen Alimentationszuschuß, rechnen Sie dazu die Familienbeihilfe für ein kleines Kind, dann sind Sie immer noch weiter unter den 9 150 S netto, die als Armutsgrenze für eine Alleinerzieherin mit Kind angenommen werden. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, das ist bereits die Hälfte dessen, was eine vergleichbare Durchschnittsfamilie an Einkommen hat. So ist nämlich Armut definiert.

Das heißt, ich würde vor allem Ihnen, meine Herren von der ÖVP, wirklich empfehlen, versuchen Sie einmal, einen Monat lang mit 9 150 S und einem Kind auszukommen, oder seien Sie so ehrlich, nehmen Sie nur 8 000 S, weil Frauen, die alleine mit Kind sind und den Vater nicht angeben können oder wollen, haben nicht mehr, und versuchen Sie einmal, damit Ihre Wohnung, die Lebensmittel, die Sie brauchen, und alles, was das Kind braucht, zu bezahlen. Und dann schauen Sie, ob Sie auch nur einmal im Monat Kaffee trinken gehen können. Ich wünsche Ihnen viel Spaß! Sie werden Kaffee vielleicht trinken, aber wahrscheinlich nicht bezahlen können!

Darüber sollten Sie einmal nachdenken, wenn Sie von Sozialpolitik, von Familienpolitik beziehungsweise von Frauenpolitik sprechen. Und dann sollten Sie sich überlegen, ob Sie dagegen nicht etwas tun wollen!

An die Adresse des Herrn Familiensprechers, des Herrn Abg Karl: Sie haben in der letzten Rede, die Sie zu diesem Thema gehalten haben - ich habe mir extra das Protokoll geholt und es mir sehr genau angeschaut -, Zahlen vorgelegt, wie sich die Zahlen der De-facto-Alleinerzieherinnen, je nachdem, ob sie Zuschüsse bekommen oder nicht, entwickelt haben, und haben gesagt, das sei doch ein Hinweis dafür, daß früher viel mehr Frauen mit einem Mann gelebt haben. (Abg Mag Franz Karl: Und weniger Mißbrauch getrieben haben!) Was sagen Sie? (Abg Mag Franz Karl: Ich sage, sie haben weniger Mißbrauch mit Unterstützungen getrieben!) Weniger Mißbrauch haben sie getrieben! Genau, weniger sozialen Mißbrauch haben sie getrieben! Weniger Sozialschmarotzerinnen waren es, um dieses schöne Wort zu verwenden! (Abg Mag Franz Karl: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich habe mir in der Zwischenzeit - seit Ihrer Rede - das Ganze angeschaut, weil ich mir gedacht habe, das kann man nicht einfach vom Tisch wischen, das muß man sich genau anschauen. Ich habe mich seit Ihrer letzten Rede mit den Frauen der Erzdiözese Wien zusammengesetzt, weil ich mir gedacht habe, ich gehe dorthin, wo man - wahrscheinlich Ihnen weltanschaulich nahestehend - kompetent ist. Ich habe mich weiters mit der Kontaktstelle für Alleinerzieherinnen in Graz zusammengesetzt. Ich habe mich ebenso mit dem nicht katholischen Verein der Alleinerzieherinnen zusammengesetzt. Und ich habe mit verschiedenen So-

zialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus den Jugendämtern der Stadt Wien telefoniert und mich kundig gemacht. Darf ich Ihnen aufzählen, was die Gründe dafür sind, warum Frauen den Vater des Kindes nicht angeben?

Man konnte mir zwar keine statistischen Angaben geben, aber es wurde mir gesagt, inhaltlich ist es die Angst vor einer Verschlechterung der Beziehung, der eigenen Beziehung, aber auch der Beziehung des Kindes zum Vater. Das ist vielleicht auch für die Frauen der SPÖ interessant, weil es das letzte Mal irgendwie geheißen hat, es wäre schön, wenn wir etwas tun könnten, aber das ist leider so. (Abg Mag Franz Karl: Das verstehe ich bitte nicht!) Herr Karl, ich kann Ihnen sicher einiges erklären (Abg Mag Franz Karl: Können Sie mir das erklären? Das verstehe ich nicht!), aber wenn ich Ihnen das erklären muß, muß ich sehr weit ausholen. (Abg Mag Franz Karl: Warum verschlechtert sich die Beziehung, wenn man den Vater angibt?) Ich fürchte, da muß ich bei Adam und Eva anfangen. (Abg Mag Franz Karl: Dann beginnen Sie! Ich habe Zeit!)

Ich meine, wenn Sie nicht verstehen, daß sich eine Frau vor der Verschlechterung der Beziehung zwischen ihrem Kind und dem Vater dieses Kindes fürchtet, wenn diese Beziehung eben durch finanzielle Angelegenheiten belastet wird, dann tut es mir leid. Ich weiß nicht, wo ich anfangen soll! Sie scheinen die ganze Welt nicht verstanden zu haben! Das ist unglaublich! Es tut mir leid, da muß ich passen! Diese Erklärung ist mir zu komplex! (Abg Mag Franz Karl: Dann passen Sie also!)

Angst davor - ich glaube, das ist für Sie vielleicht leichter zu verstehen - , daß die Väter, wenn sie genannt werden, die Vaterschaft leugnen, führt nämlich dazu, daß die Frauen nicht nur den Zuschuß zum Karenzurlaubsgeld nicht bekommen, weil der Vater sagt, er sei es gar nicht, sondern der Vater muß natürlich auch - ob er will oder nicht, aber in der Regel will er es dann auch - die Alimentationszahlungen einstellen, und sie steht da und hat weder das eine noch das andere. (Abg Mag Franz Karl: Es gibt aber Nachweise, ob man Vater ist oder nicht! Stellen Sie sich das vor!)

Herr Karl, das habe ich in meiner grenzenlosen Naivität auch gesagt, daß man das Geld doch nachher bekommt, aber sehr richtig haben mir die Frauen in den Beratungsstellen gesagt, nachher ist es nicht mehr so wichtig, weil man nachher sowieso arbeiten geht und wieder sein Einkommen hat. Wichtig ist es in der Zeit des Karenzurlaubs, weil man da de facto nur ein sehr geringes Einkommen hat. (Abg Mag Franz Karl: Aber die Feststellung auf Vaterschaft kann nicht Jahre dauern!) Melden Sie sich! Kommen Sie heraus! Erklären Sie mir, wie Sie die Welt sehen!

Ich sage Ihnen jetzt, wie die Frauen der Erzdiözese Wien das Ganze sehen. Vielleicht setzen Sie sich einmal mit ihnen zusammen und überlegen, ob Sie mit ihnen nicht zu einer besseren politischen Lösung finden.

Dritter Grund ist der Glaube von Frauen, daß eine

informelle Regelung, die mit einem Mann vereinbart worden ist, auch halten würde, und dann hält die Regelung nicht, sie steht da und müßte zum Jugendamt gehen und sagen, jetzt sei ihr gerade eingefallen, sie wisse doch, wer der Vater ist.

Natürlich eine sehr peinliche Lage. Eine Situation, wo sehr viele Männer von vornherein wissen, das wird sie nicht machen und sie sind aus dem Schneider, wenn sie sie einmal soweit gebracht haben, daß sie einer informellen Regelung überhaupt zugestimmt hat.

Vierter Grund, auch dieser ist aus dem Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft ersichtlich: Angst vor Gewalt. Angst vor schlichter Gewalttätigkeit eines Mannes, der als Vater eines Kindes genannt wird. Da zucken Sie mit den Schultern, wahrscheinlich können Sie auch das nicht verstehen. Wahrscheinlich wollen Sie auch da, daß ich Ihnen und der ÖVP erkläre, wie ist das möglich, daß Männer so böse und gewalttätig gegen Frauen sind. Herr Karl, es gibt so etwas. (Abg Mag Franz Karl: *Dann wird man es den Männern eben zeigen müssen!*) Dann wird man es ihnen zeigen müssen und viel Spaß dabei. Aber Sie werden nicht erwarten, daß die Frauen diejenigen sind, die es den Männern zeigen werden müssen. (Abg Mag Franz Karl: *Vielleicht die Gesellschaft!*) Richtig, wir kommen genau dorthin, wo wir hingehören, vielleicht die Gesellschaft.

Fünfter Grund: Es gibt viel mehr außereheliche Vaterschaften, viel mehr verheiratete Väter, als wir uns das vielleicht nur landläufig vorstellen. Vielleicht sollten Sie mir nächstes Mal diese Zahlen bringen. Vielleicht sollten Sie mir nicht die Zahlen über angebliches Sozialschmarotzertum von armutsgefährdeten Alleinerzieherinnen bringen, sondern vielleicht reden wir einmal darüber, wieviele Männer Kinder zeugen und Kinder haben, obwohl sie bereits verheiratet sind. Das würde mich einfach statistisch interessieren. (Abg Mag Franz Karl: *Das muß man doch angeben, die sollen zahlen!*)

Sechster Bereich, Herr Karl, und das können Sie sich vielleicht überhaupt nicht vorstellen: Vater de facto unbekannt. Jawohl, auch das gibt es. Da könnten Sie sich vielleicht auch die Mühe machen, einmal die Augen vor der Wirklichkeit nicht mehr so ganz zu verschließen, sondern zu sagen, so ist es, das ist das Ende des 20. Jahrhunderts und so etwas kommt vor. Und es kommt gar nicht so selten vor, wie Sie es sich wünschen würden.

Sie können jetzt sagen, diese Frauen und ihre Kinder - denn um die Kinder geht es in allererster Linie - gehören für dieses Mißverhalten sozial bestraft. Wenn Sie das jedoch nicht sagen, dann können Sie den Regelungen, die wir hier haben, eigentlich wirklich nicht mehr länger zustimmen. (Abg Mag Franz Karl: *Das erklärt noch nicht meine Zahlen!*) Kommen Sie heraus und reden Sie hier! Diese Zwiegespräche sind so lästig. Ich will es so nicht mehr machen. Führen Sie diese Debatte öffentlich! (Abg Gerhard Pfeiffer: *Aber Sie sprechen uns ja an!*) Jawohl vom RednerInnenpult aus, dazu ist dieses RednerInnenpult gemacht worden und

das geht an die gesamte Adresse der ÖVP. (Abg Mag Franz Karl: *Die Zwischenrufe sind das Salz der Debatte!*) Ich möchte, daß namens der ÖVP jemand herauskommt und sagt, wir wollen trotzdem, daß die Dinge so bleiben, wie sie sind. Kommen Sie heraus und tun Sie das!

Weil ich normalerweise und hauptberuflich die Gesundheitssprecherin meiner Fraktion bin, möchte ich jetzt auch noch ein paar Worte zu dem verlieren, was ebenfalls meine Kollegin Jerusalem bereits angeschnitten hat. Sie hat gesagt, es wäre ganz schön, wenn wir bei diesen Berichten der Kinder- und Jugendanwaltschaft auch immer dazusagen könnten, was in den einzelnen Ressorts passiert ist, was man für die Kinder und für die Jugendlichen gemacht hat.

Eine gute Gelegenheit zu schauen, was ist im Gesundheitsressort passiert? - Heute ist auch ein besonders geeigneter Tag dafür. Heute früh, Sie wissen, hat es auch informelle, aber doch Fraktionsgespräche gegeben. Es ist wieder einmal um die Zukunft des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals gegangen. Ich möchte ganz kurz resümieren, was in letzter Zeit für die Kinder und Jugendlichen im Gesundheitsbereich passiert ist.

Nummer 1: Jahrelang haben wir wider besserem Wissen und Gewissen ein Kinderspital offengelassen, das uns gute 100 Millionen S pro Jahr gekostet hat, obwohl wir es nicht mehr gebraucht haben. Wir haben eine Statistik, die zeigt, daß Wiener Kinder und Jugendliche - ich würde mich freuen, wenn das in Zukunft auch einmal Gegenstand des Berichts sein oder darin Erwähnung finden könnte - viel häufiger als Kinder in anderen europäischen Städten in Spitalspflege aufgenommen werden. Nicht weil die Kinder soviel kränker sind als in anderen Städten, sondern weil wir so viele Spitalsbetten haben und weil diese Spitalsbetten danach schreien, mit Kindern belegt zu werden. "Every built bed is a filled bed", ist ein Grundsatz aus der Gesundheitspolitik und so ist es leider.

Ich traue mich zu sagen, wir wissen es mindestens seit fünf Jahren, daß wir dieses Haus nicht mehr brauchen. Eine halbe Milliarde S ist in die Erhaltung dieses Hauses geflossen. Wir haben uns diesen Luxus geleistet, der nicht nur für die Kinder schlecht war, sondern auch für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Dafür ist eine ganze Reihe von Maßnahmen, die im Gesundheitsbereich für die Kinder hätte passieren sollen, nicht passiert. Ich möchte hier nur, weil die Fachleute heute auch gar nicht da sind, ein paar Stichworte bringen: Sie wissen, daß wir in dieser Stadt an den Wochenenden, in der Nacht oder an den Feiertagen nach wie vor keine notärztliche Kinderversorgung haben. Nach wie vor müssen Kinder Spitalsambulanzen aufsuchen, wenn sie akut erkranken. Der existierende ärztliche Notdienst ist "nur" ein praktischer Arzt oder eine praktische Ärztin. Es gibt keine fachärztliche medizinische Kinderbetreuung. "Zu teuer", ist die Ausrede, obwohl - wie gesagt - hunderte Millionen S in völlig sinnlose Maßnahmen gesteckt werden.

Nummer 2: Heilpädagogische oder sozialpsychiatrische Einrichtungen haben wir nicht, verlangen wir seit vielen Jahren, verlangen auch andere Fraktionen seit vielen Jahren. "Zu teuer", ist die Ausrede, warum das nicht gemacht wird, obwohl - wie aufgezeigt - hunderte Millionen S in einen Bereich gesteckt werden und worden sind, wo wir sie nicht gebraucht haben.

Nummer 3: Semmelweis-Frauenklinik - neonatologische Versorgung der Kinder im zweitgrößten Geburtshaus Österreichs. Sie wissen, wir leisten uns dort keine eigene Neugeborenenversorgung, unter anderem mit der Begründung: "Zu teuer". "Liebe Frau Kunz, wo soll das Geld herkommen?", sagt der Herr Gesundheitsstadtrat, obwohl - wie aufgezeigt - hunderte Millionen S in einen Bereich gesteckt worden sind, wo wir sie nicht gebraucht haben.

Ich möchte das deswegen noch einmal zusammenfassend anführen, weil ich mir denke, das zeigt so gut auf, was eigentlich passiert. Es geht in der Politik sehr oft überhaupt nicht darum, ob ein bestimmter Bereich dringend etwas braucht oder nicht und ob etwas anderes eingespart werden könnte, das nicht notwendig ist. Es geht in diesem Fall nicht um die Interessen der Kinder. Es geht um ganz andere Interessen.

Es geht um die Interessen der Gewerkschaft, es geht um die Interessen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Es geht im Fall der ÖVP um die Interessen einer Klientel, die sicherlich auch berechtigte Wünsche auf Geld aus diesem Steuersäckel angemeldet hat und wo man sich gedacht hat, juntimieren wir eben und schauen wir, was wir herausverhandeln können. Selbst wenn das heißt, daß wir jahrelang einem Zustand zustimmen, der Geldvernichtung bedeutet, so macht das auch nichts. Hauptsache zum Schluß steigen wir mit etwas aus, das wir für unsere Klientel herausverhandelt haben. Das sind in diesem Fall keineswegs die Kinder dieser Stadt.

Ich würde mich sehr freuen, wenn sich da etwas ändern würde und der Vorschlag meiner Kollegin Jerusalem aufgegriffen wird und wir dann im nächsten oder übernächsten Jahr tatsächlich gemeinsam mit diesem Bericht aus den einzelnen Ressorts Berichte vorliegen haben, wo aufgelistet wird, was geschehen ist. Vor allem aber auch, was warum nicht geschehen ist.

Dies wäre mein Wunsch und mein Anliegen und ich glaube, daß das zu deutlichen Verbesserungen für die Kinder und Jugendlichen in Wien führen würde. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich bitten, daß Sie noch ein bißchen durchhalten und den Lärmpegel wieder etwas absenken.

Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Ulm zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang Ulm (ÖVP): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geschätzte Kinder- und Jugendarwälte! Meine Damen und Herren!

Die Kinder- und Jugendarwältschaft ist zweifelsohne eine sehr bedeutende und sehr wichtige Einrich-

tung. Sie ist eine der wenigen Einrichtungen, die eine Lobby für die Kinder darstellt, sie gehört zu jenen, die die Rechte der Kinder wahrnimmt und sich vehement auf deren Seite stellt.

Eine der vornehmsten Aufgaben der Kinder- und Jugendarwältschaft ist sicherlich ihre Einzelfallarbeit. Die Arbeit insgesamt hat zugenommen, wenn man die beiden Berichtsjahre vergleicht, insbesondere hat die Einzelfallarbeit zugenommen. Hat es im Berichtszeitraum Juli 1996 bis Juni 1997 3 640 Einzelfälle gegeben, die zu bearbeiten waren, so stellt das eine Erhöhung um 19 Prozent im Vergleich zum Bericht vor zwei Jahren dar. Ich glaube, das ist eine beträchtliche Steigerung und zeigt, wie die Kinder- und Jugendarwältschaft angenommen wird.

Bedauerlich sind die Schwerpunkte, die in dieser Einzelfallarbeit gesetzt werden mußten. Die Schwerpunkte liegen nämlich leider Gottes beim Kindesmißbrauch und bei der Kindesmißhandlung. Dort nahmen die Einzelfallarbeiten von 240 auf 361 Fälle zu, nämlich um 50 Prozent, und bei der Kindesmißhandlung sind die Interventionen sogar von 109 auf 226, also um 107 Prozent gestiegen.

Das zeigt uns, daß es ein ungeheures Problem gibt, daß es überdurchschnittlich viele Kinder gibt, die geschlagen, mißhandelt und mißbraucht werden. Rechnet man die Zahlen hoch, so kommt man Österreichweit auf circa 300 000 Kinder und auf circa 60 000 Kinder in Wien. In solchen Krisensituationen zu helfen, ist sicherlich vornehmste Aufgabe der Kinder- und Jugendarwältschaft und das ist ihr in hohem Ausmaß gelungen.

Es geht aber nicht nur um den Einzelfall, es geht auch darum, das Gewissen der Gesellschaft wachzurütteln. Das Gewissen der Nachbarn und Verwandten oder oft auch nur des zweiten Elternteils, der allzugehne weghört, wenn ein Kind mißbraucht wird. Solche Dinge sollten in Zukunft weniger, eigentlich gar nicht mehr passieren. Einen Anteil zu dieser besseren Entwicklung leistet die Kinder- und Jugendarwältschaft.

Ein weiterer wesentlicher Punkt, insbesondere für uns im Gemeinderat, ist das Kapitel Kommunalpolitik. Wie sieht die Planung für die Kinder in dieser Stadt aus? Wie werden Wohnungen und Wohnhausanlagen gestaltet? Sind sie kinder- und jugendgerecht? - Nicht immer kann diese Frage im Sinne der Schwächeren in der Gesellschaft positiv beantwortet werden. Wir treten jedenfalls für die Berücksichtigung kindlicher Bedürfnisse bei der Grünflächengestaltung, der Wohnbauplanung, der Raumordnung und der Verkehrsplanung ein. Insbesondere sind ausreichende Möglichkeiten zur Sportausübung zu schaffen.

In den Mittelpunkt der Kommunalpolitik in diesem Bereich ist das Wohl des Kindes zu setzen. Wir wollen eine kindgerechte Umwelt schaffen. Daß das auch im ureigensten Bereich nicht gelingt, zeigt das Beispiel der Hausordnung im Gemeindebau. Wenn ich daraus zitieren darf, so heißt es dort: "Das Spielen der Kinder in den Höfen und auf den vorgesehenen Spielplätzen ist

mit Einbruch der Dunkelheit einzustellen. Spiele dürfen nicht zur übermäßigen Belästigung der Hausbewohner führen." Ich frage mich, warum es eine solche Hausordnung immer noch in Gemeindewohnhausanlagen gibt.

Warum dürfen ältere Kinder und Jugendliche, beispielsweise im Winter, ab 16.00 Uhr nicht mehr im Freien spielen? Und warum sind es gerade Kinder, die davor gewarnt werden, andere Hausbewohner nicht zu belästigen? Dürfen andere andere Hausbewohner belästigen? - Diese Frage stellt sich unwillkürlich. Wir kennen alle die Tafeln, die in den mehr oder weniger schön gepflegten Rasenanlagen stehen: "Betreten des Rasens verboten!" "Spielen im Rasen verboten!" Leider Gottes gibt es immer noch zu viele Tafeln dieser Art. Auch hier schrillt die Kinder- und Jugendanwaltschaft immer wieder ein, versuchte man, Generationenkonflikte auszuräumen, und man hat mit dem Thema "Bespielbare Freiflächen in Wohnhausanlagen" sicherlich im Sinne der Kinder etwas geleistet.

Ich darf aber auch einige kritische Anmerkungen zu diesem Bericht machen. Kritik halte ich in all jenen Bereichen für angebracht, wo der Bericht allgemein politisch wird und wo eine gewisse ideologische Tendenz herauszuspüren ist. Völlig richtigerweise hat sich der Bericht mit der Kinderarmut an sich beschäftigt. Doch gibt es auch hier eine Passage zu zitieren, die mehr als zweifelhaft ist. Hier heißt es nämlich: "In der gängigen Diskussion wird davon ausgegangen, daß Kinderarmut zu verhindern sei, wenn den Familien geholfen wird, sich aus der Armutgefährdung zu befreien. Das ist mit Sicherheit der falsche Ansatzpunkt."

Wie das der falsche Ansatzpunkt sein soll und noch dazu mit Sicherheit, ist mir - aber auch vielen anderen - unerfindlich. Nun, was ist gemeint? - Gemeint ist, daß niemand garantieren kann, daß Transferleistungen und Steuervorteile für Familien auch tatsächlich den Kindern zugute kommen. Das ist an sich richtig, doch wenn das Kindeswohl durch die Eltern nicht gewährleistet wird, dann sind die Behörden auf den Plan gerufen, dann müssen sie einschreiten und dann muß man diese Eltern eben auch entsprechend auf ihre Verantwortlichkeiten hinweisen.

Darum geht es in allererster Linie, daß man die Eltern nicht aus der Verantwortung läßt. Ich finde es richtig, daß die Eltern nach wie vor Rechte haben, denn sie haben auch wesentliche Pflichten. Sie haben dafür zu sorgen, daß sich das Kind richtig entwickelt und daß es erzogen wird. Diese Verantwortung dürfen wir den Eltern niemals nehmen. Aus dieser Verantwortung dürfen wir sie nicht entlassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer Diskussionspunkt, der im Bericht aufscheint, ist, daß uns alle Kinder gleich viel wert sein müssen. Das ist der Grund oder das Argument, warum man meint, daß sich die Familienbesteuerung eigentlich nicht ändern sollte, jedenfalls nicht in dem Ausmaß, wie das der Verfassungsgerichtshof vorgesehen

hat. Nun, ganz selbstverständlich sind natürlich alle Kinder gleich viel wert und wenn es für das dritte Kind mehr Familienbeihilfe gibt, so heißt das ja jetzt nicht, daß um die paar hundert Schilling dieses Kind mehr wert ist.

Es ist ja auch nicht so, daß jetzt dieses Kind die paar hundert Schilling auf sein Sparbuch bekommt. Nein, es geht darum, es der Familie zu erleichtern, auszukommen und Kinderarmut zurückzudrängen. Es gibt 150 000 Kinder, die am Rande der Wohlstandsellschaft leben, das sind eindeutig zu viele. Es gilt jetzt, die Familien zu entlasten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer problematischer Punkt ist sicherlich die Forderung nach einem Grundeinkommen für Kinder sowie daß mehr Kinderrechte statt mehr Elternrechte verlangt werden. Hier entnehme ich ein gewisses Auseinanderdividieren zwischen Kindern und Eltern, das mir völlig unverständlich ist. Die Hauptverantwortung für das Kindeswohl trägt selbstverständlich die Familie, tragen die Eltern. Jedoch stehen wir selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß die Gesellschaft eine Aufgabe hat und daß der Staat die Eltern bei dieser wesentlichen Aufgabe zu unterstützen hat.

Eine ganz gute Idee mag das Kinderrechtenedenkmal sein. Andere Vorschläge fehlen mir, wie beispielsweise eine betriebliche Kinderbetreuungsmaßnahme. Eine alte Forderung der ÖVP, die wir immer wieder verlangt haben. Es gäbe auch die Möglichkeit, bei Magistratsdienststellen solche Kinderversorgungseinrichtungen einzurichten, möglicherweise auch hier im Rathaus.

Nicht unproblematisch - das sei an dieser Stelle auch ausdrücklich erwähnt - ist es, wenn Beamte der Gemeinde Wien aufgefordert werden, mit ihrem Beamtentitel und mit ihrer Funktion, die sie im Magistrat bekleiden, eine politische Aussage zu machen. Ich glaube, daß man hier dem Bericht nichts Gutes tut und daß man auch den Beamten nichts Gutes tut, die da selbstverständlich in einen gewissen Widerspruch zur Dienstpragmatik geraten.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige grundsätzliche Dinge sagen: Der wesentliche Schlüssel für eine solidarische und gerechte Förderung des Kindeswohles in Österreich sind die Familien. Wir sind der Überzeugung, daß die Familie Keimzelle und Grundeinheit unserer Gesellschaft ist. Sie ist die natürliche Umgebung für das Wachsen und Gedeihen aller ihrer Mitglieder, insbesondere der Kinder. Wir bekennen uns zum Recht eines jeden Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard. Und es ist in erster Linie Aufgabe der Eltern - soweit sie dazu in der Lage sind und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten selbstverständlich -, die für die Entwicklung des Kindes notwendigen Lebensbedingungen sicherzustellen. Nur dort, wo es Existenzsorgen gibt, ist auch das Kindeswohl gefährdet.

Wer Kinder erzieht, betreut und ihnen Werte vermittelt, erfüllt für unsere Gesellschaft unverzichtbare Leistungen. Davon profitieren alle, auch jene, die

selbst keine Kinder haben. Die ÖVP bekennt sich daher zu einer Familiensteuerreform, die den Familien ein steuerfreies Existenzminimum für ihre Kinder sichert. Mit der steuerlichen Entlastung der Familie wird ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet, der Gefahr der Familienarmut entgegenzutreten und das Kindeswohl zu fördern. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Schwarz-Klement zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Brigitte Schwarz-Klement (FPÖ): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Geschätzte Jugandanwaltschaft! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie alle meine Voredner oder fast alle meine Voredner, freue auch ich mich natürlich über die Anwesenheit der Wiener Kinder- und Jugendanwälte und möchte auch ich mich namens meiner Fraktion sehr herzlich für Ihre Arbeit und vor allem für Ihren Bericht bedanken. (Beifall bei der FPÖ.)

Denn mit vielen, zu vielen Problemen haben unsere Heranwachsenden zu kämpfen und Sie sollen rettend, schützend, beratend und in vielen anderen Dingen noch mehr eingreifen. Ich glaube aber, daß Kinder und Jugendliche als das, was sie sind, behandelt werden sollten - eben als Kinder und Jugendliche und nicht als kleine Erwachsene. Denn damit sind sie rasch überfordert. Dadurch werden ihre Reaktionen oder besser ihre Überreaktionen sichtbar und die sind allseits bekannt.

Ich glaube aber auch, daß man Kindern und Jugendlichen sehr wohl klar machen muß, daß die Freiheit nicht grenzenlos ist. Denn nicht umsonst sprechen Psychologen und Pädagogen von einzelnen Entwicklungsphasen, in denen Kinder und Jugendliche sehr genau ausloten, wie weit sie gehen können. Das heißt aber natürlich nicht, daß Kinder und Jugendliche als eine rechtlose Minderheit betrachtet werden dürfen, die sich an die Erwachsenenwelt anzupassen haben.

Aber gerade diese Forderungen erheben Sie, wenn Sie zum Thema Familiensteuerreform meinen, und ich zitiere wörtlich von Seite 3: "Erst wenn wir solche Bedingungen schaffen, die es den jungen Menschen ermöglichen, selbst in diesen Fragen mitzureden und mitzuentscheiden, werden sie ihre eigene Zukunft wirklich neu gestalten können."

Meine Damen und Herren von der Jugandanwaltschaft! Ich glaube, Sie wären gut beraten, diese Forderung, die Sie hier erheben, vielleicht doch noch einmal zu überdenken. Denn ich kann mir vorstellen, daß nicht jedes Kind gleich ist und die Mehrheit der Kinder, wenn es zum Beispiel Geld in die Hand bekommt, es vielleicht doch statt für die Jean, für ein Eis ausgeben wird.

Zum Thema Kinderarmut oder wie Sie richtig sagen, Kinder sind nicht erst dann arm, wenn sie hungrig, möchte auch ich noch einiges beitragen. Sie beziehen sich in diesem Kapitel nur auf die finanziellen Mittel, die zugegebenermaßen sehr wichtig sind. Aber wissen Sie eigentlich, wie arm ein Kind oder ein Ju-

gendlicher ist, der auf die Zuwendung, Aufmerksamkeit und Liebe von Vater und Mutter verzichten muß? Wissen Sie eigentlich, wie einsam Kinder und Jugendliche sein können, selbst wenn sie in einer großen Familie leben? - Gameboy, Video, Fernsehapparat und Computer haben sie, was sie nicht haben, das sind die Ausflüge mit den Eltern, gemeinsame Spiele, Gespräche, Spaß und das Gefühl von Geborgenheit und Liebe.

Der Anteil an Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten ist rapid im Steigen begriffen. Nach meiner Meinung müßten hier vordringliche Initiativen gesetzt werden, die diese Defizite abbauen helfen. Ich will daher nicht verstehen, warum Sie den freiheitlichen Vorschlag des Kinderbetreuungsschecks abqualifizieren, wäre gerade er in diesem Bereich der erste Schritt in die richtige Richtung und könnte er sicherlich auch zum Rückgang der Gewalt oder der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Schulen führen, deren Existenz heute wohl niemand mehr bestreiten wird. Als Lehrerin stelle ich im Gespräch mit Schülern fast täglich fest, wie wichtig und richtig die Bedeutung, Verwendung und richtige Zuordnung von Themen, wie Umgang mit meinen Mitmenschen, Fehler eingestehen und zugeben, oder womit mache ich jemandem wirklich Freude, sein kann.

Sie werden sicher heute alle Zeitung gelesen haben und da begrüßen wir Freiheitliche sehr eine Initiative, die gesetzt wurde: "Lebensräume für Kinder", heißt es da. Da haben sich Initiatoren für die Gründung einer Lobby, die Bedürfnisse junger Menschen ernst nimmt, zusammengeschlossen. Sie meinen, es gibt keine Räume für Kinder und Jugendliche, die nicht völlig durchverwaltet sind. Es steht dann weiters: "Es sollten in der Stadt wieder die 'Gstätt'n' eingeführt werden."

Das ist ein Wunsch, den auch ich schon seit Jahren hege, wo ich sage, die Kinder brauchen einen Spielplatz, wo sie nicht beaufsichtigt sind, wo sie nicht Rücksicht nehmen müssen, wo sie nicht aufpassen müssen, und ich sage jetzt auch, wo die Stadt Wien nicht verantwortlich ist, wenn etwas passiert. "Die Initiatoren", steht hier weiter in der Zeitung, "wollen den Kindern Nischen geben, in denen sie spielen, träumen und ihre eigene Kultur entwickeln können. Kinder seien oft Leidtragende einer Gesellschaft, die den Eltern zwischen Arbeits- und Freizeitstreß keine Muße mehr für die Beschäftigung mit Kindern lasse. Daher sei auch nicht der viel beklagte antiautoritäre Erziehungsziel das Problem, sondern das Desinteresse und die Vernachlässigung." Die Initiatoren sprechen uns aus tiefster Seele, muß ich dazusagen.

Seit vielen Jahren ist nämlich die zunehmende Gewalt an den Schulen Arbeitsschwerpunkt auch vieler Organisationen. Solange aber eingereichte Projekte ignoriert oder abgelehnt werden, solange es Engagierten und auch kompetenten Menschen unmöglich gemacht wird, etwas zu tun, solange bleiben Aussagen leider auch der Kinder- und Jugandanwaltschaft unglaublich.

Es wäre mir noch viel zum Thema Kinder- und Ju-

gendarwaltschaft eingefallen, vor allem zu dem Sonderthema, einige haben heute schon dazu Stellung genommen, oder zu Ihren Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen.

Ich bin heute die letzte Rednerin und habe auch nicht vor, den vom Kollegen Kenesei aufgestellten Rekord an Redezeit zu brechen. Zusammenfassend möchte ich daher festhalten: Vieles ist dank der Kinder- und Jugendanwälte schon positiv verändert worden, sehr viel hat sich noch zu ändern. Bei all Ihrem Engagement für Kinder und Jugendliche bitte ich Sie, nicht darauf zu vergessen, daß wir in Österreich noch immer Kinder und nicht Kids haben. Ich bitte Sie aber auch nicht darauf zu vergessen, daß Kinder und Jugendliche nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben. Für Ihre weitere Arbeit wünsche ich Ihnen alles Gute. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Bevor ich der Berichterstatterin, Frau LhptmSt Las-ka, das Schlußwort erteile, darf ich die beiden Kinder- und Jugendanwälte Frau Dr Gebhart und Herrn Dr Schmid, ersuchen, Ihre Stellungnahme zum Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft vor dem Plenum abzugeben.

Ich erteile Frau Dr Gebhart als erster das Wort.

Kinder- und Jugendanwältin Dr Marion Gebhart:
Herr Präsidentl Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mich sehr herzlich bedanken und ich freue mich wirklich, daß wir heute hier die Gelegenheit haben, zum ersten Mal selbst zu unserem Bericht etwas zu sagen, zu unserer Tätigkeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft.

Es ist unser dritter Bericht und wie jedes Mal, wenn wir diesen Bericht erstellt und dabei auf das vergangene Arbeitsjahr zurückgeblickt haben, haben wir uns selbst gewundert, wie haben wir das eigentlich gemacht?

Es kommt in einem Jahr immer so eine Fülle an Dingen zusammen, abgesehen von der Einzelfallarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Themenarbeit, daß man sich manchmal selber fragt, wo haben wir die Zeit hergenommen, und uns auf der anderen Seite wieder sagen müssen, aber eigentlich wäre noch mehr notwendig gewesen. Denn wenn Kinder auch eine Minderheit sind, so haben sie doch einen enormen Nachholbedarf an Lobbyarbeit für ihre Anliegen, für ihre Rechte und für ihre Bedürfnisse.

Diese Lobbyarbeit wird auch dadurch nicht erleichtert, daß sie in einem enormen Spannungsfeld stattfinden muß. In einem Spannungsfeld, das vielleicht an den äußeren Polen durch Positionen eingegrenzt werden kann, daß auf der einen Seite Sätze stehen wie: "Alles, was für Kinder gut ist, ist auch für Erwachsene gut", und daß aber auf der anderen Seite die Wertschätzung zum Ausdruck kommt, die man Kindern entgegenbringt, die durch den Ausspruch einer Hundebesitzerin dargetan wird, die ihren Hund damit an-

preist, daß sie sagt: "Er mag Menschen, er mag Kinder und er mag andere." Ich glaube, ich muß nicht sagen, welcher Position wir mehr zugeneigt sind.

Aufgrund der Fülle von Problemen und Anliegen müssen wir in unserer Arbeit immer Schwerpunkte setzen. Einer der ersten Schwerpunkte war der Schwerpunkt der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Das war unser allererster Schwerpunkt, wie wir unsere Tätigkeit aufgenommen haben, und wir haben uns gedacht, wir werden das ein Jahr lang zu unserem Schwerpunkt machen und dann werden wir uns anderen Schwerpunkten zuwenden. Die Entwicklung hat uns gezeigt, das geht so nicht. Dieser Schwerpunkt hat uns durch unsere Tätigkeit bis heute begleitet und wird es auch noch in den nächsten Jahren tun.

So wie die Zahl der Anzeigen zunimmt, haben auch die Kontakte und Anfragen zugenommen, die zu diesem Thema der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche an uns gerichtet worden sind. Das ist eine Entwicklung, die wir gar nicht nur negativ sehen wollen, denn so wie wir der Ansicht sind, daß nicht sosehr die Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zunimmt, sondern daß eher das Hinschauen zunimmt, der Mut darüber zu sprechen, sind wir eben der Ansicht, das ist etwas Positives.

Man ist bereit, über Gewalt zu sprechen. Die Betroffenen sind zunehmend bereit, sich zu dieser Gewalt zu äußern, sich jemandem anzuvertrauen. Nur ist es leider so, daß für diesen Mut, den die Betroffenen und Personen, die ihnen nahestehen, zeigen, oft die ausreichende Würdigung, die Belohnung, die Unterstützung fehlt.

Noch immer ist es so, daß sich Verfahren gegen Täter wegen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche total auf die Person des Täters konzentrieren. Daß die Täter mehr Rechte haben als die Opfer, daß der Täter einen Rechtsanwalt bezahlt bekommt, wenn er ihn sich nicht leisten kann, daß die Opfer etwa noch immer keinen Anspruch auf eine Prozeßbegleitung, auf eine juristische und psychologische Begleitung durch ein Verfahren haben, das für sie so belastend ist.

Etwas was wir als besonders dramatisch erleben und was auch heute schon zur Sprache gekommen ist, wir haben einen zunehmenden Mangel und einen Engpaß an Therapieangeboten für die Opfer von Gewalt. Es werden immer mehr Opfer bekannt, dadurch steigt die Nachfrage. Diese Nachfrage kann aber immer schwieriger befriedigt werden und wir sind hier wirklich am Rande eines Notstands, denn die öffentlichen Mittel für die Therapieeinrichtungen müssen gekürzt werden oder werden eingefroren, es muß gespart werden.

Dieses Sparen schlägt auch den Opfern entgegen. Opfer sind mit Wartezeiten konfrontiert, das heißt, sie können ihre Therapien nicht dann bekommen, wenn sie sie brauchen, sondern dann, wenn ein Platz frei ist. Das kann drei Monate dauern, das kann auch länger dauern. Das sind Anliegen, wo wir sagen, da muß wirklich im Interesse der Opfer etwas geschehen. Die

Opfer, die diesen Mut aufbringen, darf man dann nicht alleine lassen, man muß sie begleiten und unterstützen. Ich denke, so wie die Entwicklung bisher war, wird das ein Thema sein, das uns noch länger begleitet. Denn es ist ein mühsamer Weg und die Dinge brauchen leider ihre Zeit.

Bei diesem Stichwort möchte ich die Gelegenheit ergreifen, mich noch einmal zu bedanken und meinem Kollegen auch noch die Möglichkeit geben, zu Ihnen ein paar Worte zu sagen. (*Allgemeiner Beifall*.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Nun erteile ich Herrn Dr Schmid das Wort.

Kinder- und Jugendanwalt Dr Anton Schmid: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Ich verspreche, ich mache es sehr kurz. Aber bitte gestatten Sie mir, daß ich mich auch für diese Möglichkeit bedanke, hier vor Ihnen zu sprechen, und gestatten Sie mir, einige wenige Punkte, die heute in dieser Diskussion gefallen sind, auch ein wenig aus unserer Sicht zu beantworten. Ich möchte mich auch für die doch hauptsächlich sehr positiven Rückmeldungen bedanken.

Das Wahlalter. Ich glaube, wir wären schlechte Kinder- und JugendanwältInnen, wenn wir diesem Vorschlag negativ gegenüberstehen würden. Ich denke aber, daß der Ausbau von Projekten, wie das Lernen von politischer Verantwortung, wie zum Beispiel Konfliktlösungsstrategien, wie wir es in unserem Projekt "Schulmediation" haben, wesentlich wichtiger ist - darf ich das so sagen -, als die formale Herabsetzung des Wahlalters. Aber ich möchte dazusagen, selbstverständlich stehen wir zu dieser Idee, haben sie aber nicht so ausführlich in unserem Bericht erwähnt, weil wir ihm nicht dasselbe Schwergewicht geben, wie anderen Punkten.

Es wurde uns teilweise vorgeworfen, daß wir eine Pseudopolarisierung zwischen Erwachsenen und Kindern betreiben, daß wir teilweise das Verschwinden der Familie fördern, daß die Rechte und Pflichten der Eltern zurückgedrängt werden, bis hin zum Vorwurf, daß wir so tun, als wären Kinder kleine Erwachsene.

Darf ich unsere Ansicht kundtun: Es gibt genau zwei verschiedene Punkte in diesem Bereich und das ist eigentlich das Entscheidende, Kinderrechtsdiskussionen werden von dem getragen et cetera. Wir haben auf der einen Seite Kinder, die schutzbedürftig sind, und die Erwachsenen haben die Aufgabe und die Pflicht, diesen Schutz zu gewähren. Aber auf der anderen Seite, das wird leider oft vergessen und das wird immer wieder in den Diskussionen nicht erwähnt, sind es ganz gleichberechtigte Menschen und MitbürgerInnen. Dieser Unterschied wird in den Diskussionen nicht berücksichtigt. Wir haben gleichwertige, gleichberechtigte Menschen, aber sie sind schutzbedürftig. Wenn wir auf der Straße gehen und manchmal sehen, wie Kinder von einigen behandelt werden, nicht nur Wienerinnen und Wiener, sondern auf der ganzen Welt, dann fehlt dieser zweite Teil, das konkrete Ernstneh-

men der Persönlichkeit jedes kleinen und größeren Kindes.

Es wurde erwähnt, daß wir bei der Kinderarbeit nur Finanzielles diskutieren. Wir haben im Vorjahr eine Veranstaltung, die Österreichweit anerkannt wurde, zum Thema Kinderarmut gemacht und da ist auch vorgekommen, inwieweit Kinderarmut auch in anderen Bereichen wichtig ist, nicht nur im finanziellen Bereich.

Ich darf noch eines sagen: Wir schreiben am Anfang unseres Berichts, daß es in Wien um die Kinder und Jugendlichen etwas leiser geworden ist. Wir wurden natürlich sofort darauf angesprochen, in Wien passiert doch so viel für die Kinder und Jugendlichen. Das stimmt auch. Ich denke, daß die Kinder- und Jugendarbeit in Wien einen sehr wesentlichen Bestandteil für eine Situation darstellt, daß wir nicht Zustände wie in Paris oder in anderen großen Städten Europas haben. Aber wir dürfen uns damit nicht zufriedengeben. Kinderfreundlichkeit einer Stadt ist nämlich noch wesentlich größer. Sie muß über die Jugendarbeit hinausgehen.

Wir müssen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, auch in allen Bereichen - verzeihen Sie mir das - der politischen Entscheidungen an die Kinder und Jugendlichen denken. Weil heute auch schon oft das Wort Wohnhausverwaltung et cetera gefallen ist, wir müssen auch in diesen Bereichen trachten, daß alle Bediensteten, alle Verantwortlichen in der Stadt Wien Kinderfreundlichkeit an den Tag legen. Ich denke, das ist unser nächstes großes Ziel.

Die Mitarbeiter in den Ämtern für Jugend und Familie, im Landesjugendreferat, in den Jugendzentren arbeiten natürlich überall ausgezeichnet - wir können uns jeden Tag davon überzeugen. Aber auch in anderen Bereichen sollte mehr Kinderfreundlichkeit Einzug halten und es sollte nie wieder passieren, daß zum Beispiel ein zweijähriges Kind ausgewiesen wird und die Eltern das Recht haben, hierzubleiben. (*Allgemeiner Beifall*.)

Präsident Mag Hilmar Kabas: Ich danke den beiden Anwälten.

Wir kommen nunmehr zum Schlußwort der Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin LhptmSt Grete Laska: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich bei Ihnen für die Diskussion, die hier stattgefunden hat. Selbstverständlich freut es mich besonders, wenn Kinder- und Jugendthemen so intensiv diskutiert werden und ich würde mir wünschen, daß bei der Vorlage des nächsten Berichts der Kinder- und Jugendanwaltschaft bereits von der von vielen - vor allem der Oppositionsparteien - geforderten Möglichkeit, Dinge eingehend im Ausschuß zu diskutieren, Gebrauch gemacht wird.

Dieser Bericht ist ja bereits im Ausschuß auf der Tagesordnung gestanden und für mich überraschenderweise von keiner der Parteien zur Verhandlung verlangt worden. Vielleicht hat das mit der Kamera zu tun, die hier steht, ich weiß es nicht. Ich würde Sie

jedenfalls auffordern, die Diskussion und vor allem die intensive Diskussion, weil vom Rederecht her, im Ausschuß andere Möglichkeiten bestehen, auch dort zu suchen.

Selbst im Stadtsenat, wo der Bericht auf der Tagesordnung stand, hat es keine Wortmeldung gegeben. Auch das wäre eine Möglichkeit, einen solchen Bericht dreimal und damit intensiv über die Anliegen von Kindern und Jugendlichen zu diskutieren und auch den Bericht der beiden Jugendanwälte einer eingehenden Diskussion und Formulierung zuzuführen.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die Anwesenheit und für die Stellungnahmen, die Sie abgegeben haben und bitte Sie, den Bericht jetzt wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen.

Abschließend würde ich meinen, daß wir jedenfalls einen Auftrag unabhängig von der Sorge um Kinder und Jugendliche mitgenommen haben. Wir haben uns nämlich mit der Begriffsdefinition auseinanderzusetzen: "Was ist ein wertneutraler Mann?" - Ich denke mir, ein Diskussionsthema, das Herr Abg Strobl hier in den Raum gestellt hat, wo ich mir wünschen würde - nicht heute, aber vielleicht zu gegebener Stunde -, eine ausführliche Definition zu bekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag Hilmar Kabas: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht 1996/97 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen.

Die Postnummer 3 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Veranstaltungsgesetz geändert wird.

Der Berichterstatter dazu ist Herr amtsf StR Dr Marboe. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Dr Peter Marboe: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es liegt ein Antrag des Ausschusses Kultur vom 20. Jänner 1998 vor. Der Wiener Landtag wolle beschließen: Die in der Beilage Nr 2 enthaltene Vorlage eines Gesetzes in der durch den Ausschuß abgeänderten Fassung, mit dem das Wiener Veranstaltungsgesetz geändert wird, wird zum Beschuß erhoben.

Präsident Mag Hilmar Kabas: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Weg bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen und ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Schluß um 16.43 Uhr.)

